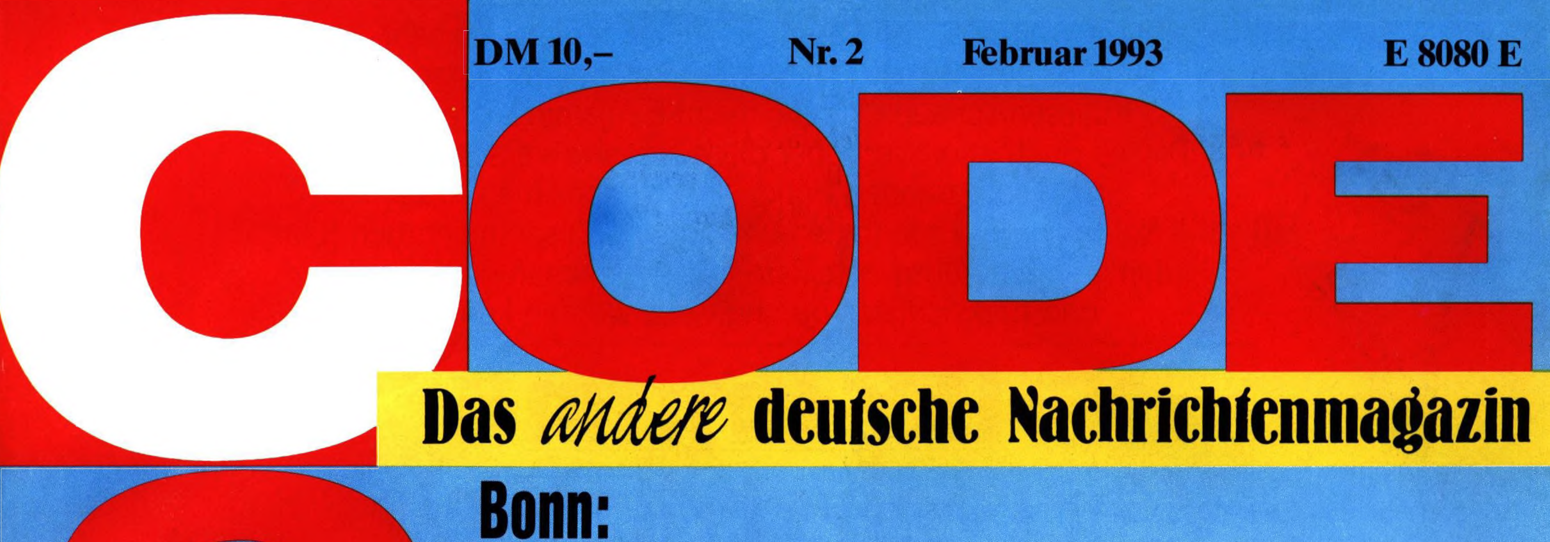
DM 10,– Nr. 2 Februar 1993 E 8080 E



Bonn:
Die CDU verliert ihre treuesten Kämpfer

Super geheime Machtzirkel in der Bonner politischen Grauzone regieren und entscheiden deutsche Politik

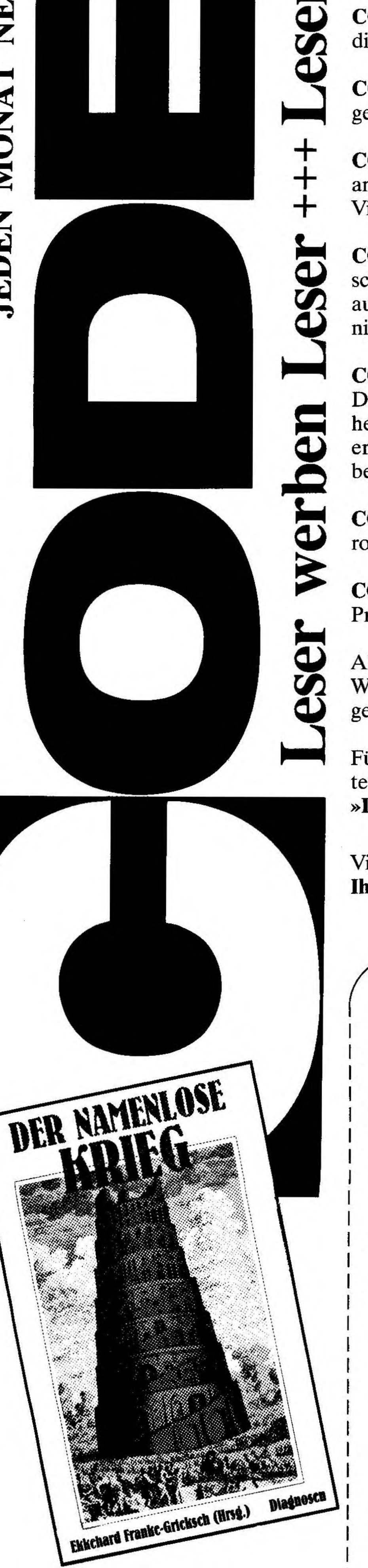
Prognose 1993:
Ein ziemlich schwieriges Jahr

Banker:
Geldinteressen hinter Ärzte-Establishment

USA:
Ratschläge an den neuen Präsidenten

Kapitalismus:
Das Problem mit den Schulden

Bundespräsident:
Der vertuschte Holocaust des Richard von Weizsäcker



Lieber Leser,

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.

CODE veröffentlicht regelmäßig die Arbeitsergebnisse des Institutes for Historical Review. Die Beiträge werden aus der Vierteljahreszeitschrift »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, übernommen und für den deutschen Sprachraum erstmalig publiziert. Das Institute for Historical Review wird von einer Reihe international bekannter Historiker und Publizisten getragen.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«.**

Vielen Dank
Ihr Diagnosen Verlag

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementpreis von 90.– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vornahme

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

☐ Jährlich DM 90.–

☐ Zweimal jährlich jeweils DM 45.–

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des *Abonnements ohne Angabe von Gründen* gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land



Deutschland



Bundeskanzler Helmut Kohl ist sich seiner Sache noch sicher trotz gravierender Fehler, Inkonsequenz und Beschwichtigung statt Politik.

Finanzen



Der damalige US-Präsident Franklin D. Roosevelt stand vor den gleichen Problemen wie heute Bill Clinton.

7. Jahrgang Nr. 2 Februar 1993

Internationales



US-Präsident Harry S. Truman ordnete die Hinrichtung der Deutschen in Fort Leavenworth zwei Monate nach Kriegsende an.

Ständige Rubriken

Deutschland-Journal

Alarmierende Statistik

Eine alarmierende Statistik hat vor kurzem das Bundesinnenministerium veröffentlicht. Dabei wurde bekanntgegeben, wieviele Drogen vom Grenzschutz und den Zöllnern 1990 insgesamt beschlagnahmt wurden. Dabei entfielen von den 1991 festgestellten 892 Fällen 734 oder 82 Prozent auf die Grenze zu Holland. Ein Jahr davor hatte diese Quote noch bei 72 Prozent gelegen.

Ein weiterer Schwerpunkt sei der Balkan gewesen, wo hauptsächlich versucht wurde, das Rauschgift mittels präparierter Lastkraftwagen nach Deutschland zu schmuggeln. Doch auch Kokainschmuggler »nutzen verstärkt den Weg über Osteuropa zur Versorgung des westeuropäischen Marktes«, heißt es weiter in dem Bericht. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in der ehemaligen Sowjetunion bestehe zudem die Gefahr, daß der organisierte Rauschgifthandel auch dort versucht, Fuß zu fassen.

Insgesamt wurden nach der amtlichen Statistik 1991 100563 Kilogramm Haschisch sichergestellt, nach nur 51753 Kilogramm noch ein Jahr zuvor. Noch stärker ist die Steigerungsrate bei Marihuana. Hier stieg der beschlagnahmte Anteil von 1306 Kilo auf 15289 Kilo. Weniger fündig wurden die Fahnder beim Heroin, das im gleichen Zeitraum von 7125 Kilo auf 3442 Kilo abnahm.

Dies wurde aber durch die Kokain-Funde wieder mehr als ausgeglichen. Von dieser neben Heroin härtesten Droge wurden 1991 8894 Kilo sichergestellt, gegenüber nur 2731 Kilo 1990. Bei Amphetaminen nahm der gefundene Anteil von 1905 Kilo auf 1156 Kilo ab. Dafür stieg die Zahl der von den Zöllnern und ihren Spürhunden aufgespürten LSD-Trips von 41 auf 1832 Stück. Beim Methadon wurden nur 31 Tabletten, nach noch 389 Tabletten ein Jahr zuvor, beschlagnahmt. Dafür stieg das sichergestellte flüssige Methadon von sechs auf 590 Milliliter.

Dabei gilt es als sicher, daß nur ein verschwindend geringer Bruchteil des über die Grenzen geschmuggelten Rauschgiftes gefunden wird. Angesichts der ohnehin nur stichprobenartigen Kontrollen an den Grenzen zu den EG-Ländern und der »grünen Grenze« zu diesen Ländern war der Schmuggel auch vor dem Inkrafttreten des Binnenmarktes kaum noch gefährlich.

So paßt dann auch, was die Oberfinanzdirektion (OFD) Düsseldorf kurz vor Jahresende bekanntgab. Danach nimmt der Schmuggel von Drogen aus den Niederlanden in die Bundesrepublik immer größere Ausmaße an. Angesichts der nun wegfallenden Grenzkontrollen sprechen die Drogenfahnder dann auch bereits von einem »Schlaraffenland« für Drogendealer.

Dabei habe sich bereits ein neuer Trend bemerkbar gemacht. Vom Drogenmarkt Amsterdam verlagert sich das Geschäft mit Heroin, Kokain, Haschisch und Amphetaminen nämlich nach Erkenntnissen der Fahnder zunehmend in die grenznahen Städte.

So heißt es dann auch in der Jahresbilanz der Zollfahndung der OFD Düsseldorf: »Es ist unverkennbar, daß neben Amsterdam die Grenzstädte Arnheim und Venlo ihre Bedeutung für die Versorgung des hiesigen Rauschgiftmarktes weiter haben festigen können.«

Nach Angaben von Fahndungschef Werner Köhler kommen die harten Drogen Kokain und Heroin vor allem über Arnheim, während aus Venlo überwiegend Haschisch geschmuggelt wird. Der Leiter der Rauschgiftfahndung, Udo Nickel, meinte dann auch hierzu: »Die Hemmschwelle zum Schmuggel ist auf ein Minimum gesunken, die totale Versorgung der inländischen Drogenszene nimmt ihren Lauf.«

Weiter meinte Nickel: »In den Großstädten haben sich Residenzen von Schmuggelorganisationen und Großhändlern etabliert. In einigen Städten wird deutlich, daß der gesamte Straßenhandel organisiert ist. Neben Bargeld nehmen diese Gruppen jede Art von Diebesgut an.« Die Zollfahnder wollen deshalb künftig mehr im grenznahen Hinterland tätig werden, wo sie seit Jahresanfang – wenigstens etwas positives – ein erweitertes Anhalte- und Durchsuchungsrecht haben.

Wie leicht der Schmuggel von Rauschgift ist, zeigt auch folgendes: Von Mönchengladbach nach Venlo und zurück fährt ein Zug, der schon seit einiger Zeit nahezu unbehelligt von Jugendlichen als Hasch-Transport genutzt wird. Da die oftmals alles andere als vertrauenserweckend aussehenden Jugendlichen zumeist in Gruppen auftreten, werden sie von den Kontrolleuren in Ruhe gelassen. Und auch die Zöllner haben sich abgewöhnt, jeden Zug gründlich zu kontrollieren und beschränken sich auf Stichproben. So ist es dann kein Wunder, wenn das Reinigungsteam jeden Abend Einwegspritzen und sonstiges Drogenzubehör en masse im Zug und dort vor allem in den Toiletten findet.

Die Niederländer profitieren dabei von der liberalen Rauschgiftgesetzgebung in ihrem Land. Dort ist die Einnahme von Hasch nämlich nicht verboten; vielmehr wird dies ganz offen auf der Straße mit riesengroßen Pappschildern in allen möglichen Sprachen angeboten. Zudem ist es noch weitaus billiger als in Deutschland, so daß die Einkaufsfahrten heute nicht nur wegen billiger Butter oder billigem Obst von Deutschland nach Holland führen, sondern auch zu einem nicht unbedeutenden Anteil wegen des Rauschgiftes.

Wie bereits bei den meisten anderen Vergehen auch, droht einem Jugendlichen, der beim Rauschgiftschmuggel erwischt wird, kaum Gefahr – sofern es sich nicht gerade um Kokain oder Heroin handelt. Ist es »lediglich« Hasch oder Marihuana, so drohen ihm im schlimmsten Fall ein paar Tage Jugendstrafdienst in Altenheimen oder sonstigen caritativen Organisationen – und das war's.

Kritisch wird es erst, wenn der Betreffende das zweite oder dritte Mal erwischt wird. Dieses Risiko ist aber derart minimal, daß es praktisch überhaupt nicht mehr beachtet wird. Zudem gehen immer mehr Staatsanwaltschaften dazu über, die Verfahren bei »geringen« Mengen einzustellen beziehungsweise direkt ohne Richter das Verfahren gegen zwei, drei Wochenenden sozialen Dienst einzustellen.

Dabei haben neueste Untersuchungen ganz eindeutig festgestellt, daß Haschisch und Marihuana Einstiegsdrogen zu härterem Rauschgift sind. Auch wird geschätzt, daß alleine in einem Jahr mehr als 4000 zum Teil schwerste Verkehrsunfälle passieren, weil der Fahrer oder die Fahrerin high war.

Damit schaden die Süchtigen aber nicht mehr nur sich alleine – wie es von vielen Befürwortern der Straffreiheit für Hasch und Marihuana fälschlicherweise behauptet wird, denn durch die nach mehreren Jahren regelmäßigen Hasch- oder Marihuana-Konsums immer eintretenden schweren Gesundheitsstörungen wird die Solidargemeinschaft aller Krankenversicherten in nicht mehr hinnehmbaren Ausmaß belastet, was sich in immer höheren Krankenkassenbeiträgen niederschlägt –, sondern auch unmittelbar andere.

Falsch wäre es sicherlich, jetzt mit Kanonen auf Spatzen zu schießen. Genauso falsch ist es aber auch Rauschgiftschmuggler mit zwei, drei Wochenenden sozialen Dienst laufen zu lassen. Hier muß ein guter Kompromiß zwischen Strafe und Aufklärung gefunden werden, zum Beispiel sechs Monate abends und an Wochenenden Dienst bei durch Rauschgift zu Krüppeln gewordenen Männern und Frauen.

Konsequent müssen Drogenabhängige auch zu Entziehungskuren eingewiesen werden. Wer diese abbricht, muß im Wiederholungsfall mit Gefängnis rechnen. Damit nicht die Solidargemeinschaft unnötig belastet wird, müssen die Kosten für diese Entziehungskur entweder bei den Eltern oder bei dem Betreffenden später persönlich wieder zurückverlangt werden. Der Rückgriff auf die Eltern ist dabei sehr wohl gerechtfertigt, da erst durch schlechte familiäre Verhältnisse viele Kinder und Jugendliche in die Arme des Teufelszeugs getrieben werden.

Einhergehen damit muß aber auch eine drastische Änderung der Politik, hinweg von einer immer stärker werdenden Familien-

entwöhnungspolitik hin zu einer Politik, die die Familie wieder als Basis des gesellschaftlichen Lebens anerkennt und ihr den ihr zustehenden Stellenwert einräumt. Etwa durch niedrigere Steuersätze, sonstige Vergünstigungen, wie etwa ein Kindergeld, das diesen Namen wirklich verdient, die Schaffung von mehr und besseren Kindergärten und Schulen sowie entsprechendem Engagement der Kindergärtner und Lehrer. Denn das Verhalten der Kinder und dann später der Jugendlichen kommt nicht von irgendwoher, sondern basiert auch auf der Liebe und dem Zuspruch, den sie bekommen. □

Schutz der Ehe wird ausgehöhlt

Der vom Grundgesetz eigentlich vorgesehene Schutz der Ehe wird immer mehr ausgehöhlt. Nach neuesten Plänen von Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) sollen ab 1994 bei der Berechnung des Existenzminimums die sogenannten »wilden Ehen« der vor der Standesamt geschlossenen Ehe gleichgestellt sein. Bislang war es immer so, daß der Staat wilde Ehen dann mit in seine Berechnungen einschloß, wenn er dadurch Vorteile hatte; so zum Beispiel bei der Berechnung von Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe. Dagegen hatte der Lebensgefährte im Falle eines Todes oder auch einer schweren Krankheit so gut wie keine Rechte, durfte ihm oder ihr vom Krankenhaus noch nicht einmal gesagt werden, wie es dem Patienten geht.

Wenngleich es sicherlich richtig ist, daß die Rechte von Lebensgefährten etwa im Krankheitsfall oder beim Erbrecht nach jahrzehntelangem Zusammenleben den geänderten Sitten und Lebensweisen angepaßt werden, so ist dies aber grundsätzlich bei den etwa steuerlichen Vergünstigungen einer Ehe, durch den sogenannten Splitting-Tarif, nicht tolerierbar.

Die Ehen stellten in der Vergangenheit und sollen auch heute noch die Basis eines jeden Staates und auch des Familienlebens darstellen. Gleichzeitig sollen sie auch das Verantwortungsgefühl stärken sowie der Gesellschaft überhaupt durch eine stabile Basis die Gestaltung einer besseren Zukunft ermöglichen. Durch wilde Ehen, selbst wenn dies auf den ersten Blick sehr altmodisch klingen mag, ist dies aber nicht gegeben.

Sicherlich ist das Band der betreffenden Personen nach jahrzehntelangem Zusammenleben ohne Trauschein ebenfalls sehr fest. Doch stellt dies auch heute noch immer die Ausnahme dar. Auf der anderen Seite darf sicherlich auch nicht übersehen werden, daß der Anteil der Scheidungen heute noch nie so groß war wie früher. Doch ist dies kein Argument gegen die Ehe, sondern nur ein Argument gegen die derzeitige Politik, die immer mehr das Wohl des Einzelnen über das Wohl der Gesamtheit stellt. Auch wird durch eine immer laxer werdende Moral, ausgelöst durch den Liberalismus, und einem damit einhergehenden Verfall der sittlichen Werte, das Verantwortungsgefühl ausgeschaltet. Neben einer immer weiter sinkenden Moral ist der Zusammenbruch des Staates die nächste Konsequenz. Hieran ist bereits das römische Reich zugrunde gegangen; die Welt ist auf dem besten Wege, diesen verhängnisvollen Weg zu wiederholen.

Sind aber erst einmal auch wilde Ehen gleichberechtigt, dann ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch gleichgeschlechtliche Ehen erlaubt werden und unter den gleichen Schutz des Staates wie die Ehen Heterosexueller gestellt werden. Damit wäre der Staat aber noch einen Zentimeter näher an den ohnehin nur noch minimal entfernten Abgrund herangerückt. □

Die CDU auf dem Marsch nach links

Der Marsch der CDU nach links scheint schneller und weitgehender zu sein, als selbst von den größten letzten konservativen Hoffnungsträgern der Christdemokraten vorhergesehen. Denn auf der Suche nach Verbündeten gegen die brandenburgische Ampelkoalition unter Ministerpräsident Stolpe hat CDU-Fraktionschef Dieter Helm jetzt die SED-Nachfolgepartei PDS entdeckt. Dabei soll an eine gemeinsame Abstimmung in Sachfragen von Fall zu Fall gedacht sein. Nach Informationen Potsdamer Insider zeigte sich Helm, aber nicht nur er, von der parlamentarischen Arbeit der PDS beeindruckt. So habe PDS-Landes- und Fraktionschef Lothar Bisky, der auch wahrscheinlicher Nachfolger Gregor Gysis an der Bundesspitze der Partei ist, im Stolpe-Untersuchungsausschuß fraktionsübergreifend Punkte gesammelt.

Bei der brandenburgischen CDU hat Helms Vorstoß vereinzelt aber auch Kritik ausgelöst. Eine »instrumentalisierte Zusammenarbeit« werde es nicht geben, versuchte CDU-Generalsekretär Klein abzuwiegeln.

Anscheinend ist linksextrem weniger schlimm als rechtsextrem. Denn gerade diesen Rechtsextremismus wirft die CDU der aus den Republikanern hervorgegangenen »Freien Wählergemeinschaft« (FWG) Düsseldorf vor, obwohl es sich bei der FWG um eine zwar nationale, aber nicht um eine neonazistische Organisation handelt – selbst wenn diese aus irgendwelchen unerfindlichen Gründen jetzt vom Verfassungsschutz beobachtet wird –.

Jede Zusammenarbeit mit der FWG wurde ausdrücklich ausgeschlossen. Ja, die Parteien und ihre Offiziellen verdummten sich sogar bei zwei Wahlen zum Oberstadtdirektor, bei denen CDU und SPD jeweils einen eigenen Kandidaten aufgestellt hatten, die beide Male erfolgte Wahl der CDU-Kandidaten mit dem Hinweis abzulehnen, er sei auch mit FWG-Stimmen gewählt worden.

In einer Demokratie sei es »unerträglich«, so lautete die offizielle Begründung, sich mit rechtsextremen Stimmen wählen zu lassen. Es scheint aber nicht unerträglich zu sein, sich mit den Stimmen einer Partei wählen zu lassen, die sich offiziell als Nachfolgepartei der stalinistischen SED ausgibt, die 40 Jahre einem Verbrecherregime vorstand, Folter als politisches Mittel verstand und tausende von Toten auf dem Gewissen hat.

Der Verstand der Bürger scheint jedenfalls nicht so eingestaubt zu sein, wie der der Politiker. Denn bei einer einstündigen Live-Veranstaltung des Privatsenders »Antenne Düsseldorf« über die Politik in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt war bei den meisten der befragten Bürger eine klare Sympathie für die FWG zu erkennen. Sein großes Demokratieverständnis offenbarte der verantwortliche Redakteur dadurch, daß er die Bürger, die ganz zufällig auf der Straße angesprochen wurden, dann verunglimpfte. □

Späte Einsicht über den Zweiten Weltkrieg

Der Welt hätte viel Schaden erspart bleiben können, wenn sich die Ansicht des früheren britischen Staatssekretärs im Verteidigungsministerium, Alan Clark, einige Jahrzehnte früher durchgesetzt hätte. Bei einer Besprechung des Buches »Churchill, The End of Glory« des Historikers John Charmley hatte Clark es nämlich als schweren Fehler des damaligen Premierministers bezeichnet, daß dieser 1941 keinen Frieden mit dem Deutschen Reich schloß. Wenn Churchill damals das Friedensangebot von Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess angenommen hätte, wären das britische Empire sowie die soziale Ordnung in Großbritannien durch den anhaltenden Weltkrieg nicht zerstört worden, argumentierte Clark.

Die Buchbesprechung Clarks beweist darüber hinaus aber auch, daß Rudolf Hess sehr wohl im Auftrag des Führers nach Schottland flog. Denn falls dem nicht so gewesen wäre, wie hätte Churchill denn dann das Friedensangebot annehmen können? Es wäre doch absolut nutzlos gewesen, wenn es eben nicht auf einem Angebot Hitlers basiert hätte! Auch kann man davon ausgehen, daß Clark als Mitglied der britischen Regierung Einsicht in die bis 2017 gesperrten Hess-Akten hatte. Damit ist ein weiteres gegen Deutschland gerichtetes Lügengehäuse in sich zusammengefallen, wie so viele davor, denen in den kommenden Jahren noch viele weitere folgen werden. □

Bonn

CDU verliert ihre treuesten Kämpfer

Hans-Joachim Barlinger

Die CDU ist auf dem besten Wege, Deutschland in den Abgrund des Sozialismus zu führen. Nicht nur, daß die Christdemokraten heute schon die SPD der frühen achtziger Jahre links überholt haben, lassen sie es zu, daß die alten SED- und Stasi-Bonzen in Mitteldeutschland auch heute noch weitgehend ungehindert ihre alten Machenschaften betreiben können.

Hierzu hat der parlamentarische Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium Sachsen-Anhalts, Klaus Gille, am 18. August 1992, einen eindringlichen, ja fast schon verzweifelten Brief an Bundeskanzler Kohl geschrieben (der CODE in Kopie vorliegt). Wie wenig der Einsatz wirklich konservativer Kräfte in der CDU aber heute noch gilt, kann man daran erkennen, daß Gille bis heute auf Antwort wartet. Vielmehr steht er nach Ansicht politischer Beobachter inzwischen wegen seiner internen Kritik sogar auf der Abschußliste. Ironischerweise hatte Kohl in einem Schreiben an Gille vom März 1992 sogar noch gebeten, sich »ganz massiv für die Union zu engagieren«.

Der Klassenkampf geht weiter

Dies fällt Gille und »vielen Freunden« aber »zunehmend schwerer«. Er begründet dies auch: »Die gravierenden Fehler, die Inkonsequenz des Vorgehens gegen die kommunistische Hydra, die Beschwichtigung, die die dubiosen Diestel-Gysi-Stasi-›Komitees für Gerechtigkeit‹ (welch ein Mißbrauch des Wortes) erst ermöglicht haben, sind verbunden mit gigantischen materiellen, finanziellen, ethisch-moralischen und Motivationsverlusten. Es ist ein Zurückweichen vor der linken Strategie, die wir leider 40 Jahre lang schmerzhaft haben erfahren müssen. Der von den Kommunisten ausgerufene Klassenkampf ist nicht beendet, er wird auf anderer Ebene, mit anderen Mitteln fortgesetzt.

Die Bundesregierung ist aus Unkenntnis der historischen Gegebenheiten, in Unkenntnis der strategischen Zielsetzung der perversen menschenverachtenden kommunistischen Ideologie, aus Verstrickung mit dem System der modrowschen Strategie der Restauration kommunistischer Missetäter und insbesondere der kommunistischen Eigentumsschändung voll und ganz erlegen. Der sogenannte Rechtsstaat – Bundesrepublik Deutschland – versagt kläglich.«

Dannach zeigt der CDU-Politiker dezidiert auf, wie die Kommunisten doch noch gewinnen wollen. »Die seinerzeit von Modrow und Gysi an die Funktionäre und Nomenklatura dieses Verbrecherregimes ausgegebene Parole: ›Nicht zu resignieren, sondern sich bereit zu halten und im entscheidenden Zeitpunkt alle Schlüsselpositionen in Staat und Regierung zu besetzen‹, ist hundertprozentig aufgegangen.

Wir brauchen nicht über die sizilianische Mafia und die Gefahr für Deutschland zu reden. Wir haben die kommunistische Mafia bereits in allen Instanzen etabliert. Es nutzt überhaupt nichts, in einer staatlichen und öffentlichen Verwaltungseinrichtung eine integre Führungspersönlichkeit zu haben, wenn der Personalkörper kommunistisch durchseucht ist. Dabei wird der integre Kopf zum Harlekin.

Die Täter des Regimes sind nicht geläutert, und sich auf sie stützen, heißt, sich aufgeben.
Sie, die Täter, hätten konsequent von den Hebeln der Macht ferngehalten werden müssen, bis der Staat aufgebaut ist. Dazu hätte es Politiker bedurft, die in der Lage gewesen wären, dem alten Spruch gerecht zu werden: ›Landgraf werde fest wie Eisen‹.«

Daß so etwas die Mitteldeutschen, die mehr als vier Jahrzehnte gegen das kommunistische Joch gekämpft haben, oft unter größten Gefahren für ihr Leben, natürlich bitter enttäuscht, versteht sich von selbst. So schreibt Gille dann auch:

»Ich, wir, mir nahestehende Freunde, unsere Familien haben 45 Jahre lang unerschütterlich und fest zu Deutschland gestanden. Die Wiedervereinigung Deutschlands stand für uns, im Gegensatz zu fast 60 Millionen verführter Bürger und Politiker, vor allem aus dem Lager der SPD, aber auch aus unserem eigenen Lager, völlig außer Zweifel. 45 Jahre lang haben wir mit abergläubischem Vertrauen auf die Bundesrepublik Deutschland, auf das Grundgesetz, auf die CDU/CSU geschaut.

Haben Repressalien, Demütigungen, Erniedrigungen über mehr als eine Generation ertragen. Haben in der Wende alle Brücken hinter uns abgebrochen, haben unter Gefahr und Risiko die chinesische Lösung auf dem ›Platz des himmlischen Friedens‹ erleiden zu müssen, den größten Wurf gewagt, der die Einheit Deutschlands erzwungen hat...

Bundeskanzler Helmut Kohl wird immer häufiger auch aus den eigenen Reihen angegriffen wegen gravierender politischer Fehler, Inskonsequenz und Untätigkeit.

Enttäuschung über kapitale Fehler

Zwei Jahre danach haben der Frust, die Enttäuschung über kapitale Fehler der Politik, die restaurative Zustände zementieren, die Oberhand gewonnen. Behörden, Verwaltung, Arbeitsämter, die Telecom und Vermögensämter etc., etc. sind getreu der modrowschen Strategie fest in der Hand der alten SED-Nomenklatura, der PDS-Mafia.

Dies ist ein Zustand, als hätte man 1945 den Volksgerichtshof und Herrn Freisler mit der Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit Deutschlands beauftragt.

Die CDU (Ost), zu der ich immer eine weite, weite Distanz hatte, die vertrauensunwürdiger denn

je ist, die sich nicht vom Makel der Blockflötenpartei hat befreien können, im Gegenteil, durch die verhängnisvolle Fusion mit dem noch willfährigeren Handlanger der SED, der DBD, belasteter und unglaubwürdiger denn je ist, verliert weiter Vertrauen, denn es zu gewinnen.

Analog liegen die Dinge in der Kirche. 40 Jahre haben ich, wir, unsere Familien, trotz staatlich verordneter materialistischer Weltanschauung und sogenannter proletarischer Diktatur an unserem Glauben, an unseren Pfarrern festgehalten und haben unsere Gotteshäuser in Ehren gehalten. Nach dem Vertrauensmißbrauch, den die geistlichen Hirten durch die enge Stasiliaison den ihnen verbliebenen und anvertrauten Menschen angetan haben, sind Gotteshäuser leerer denn je. Und wir pflegen unseren Glauben ohne geistigen Beistand an den Ruhestätten unserer Ahnen, um so zu innerer Besinnung zu finden.

Eine die Stasischuld der evangelischen Kirche kritisch verfolgende Jugend wird leider unsere Kirche durch das Versagen der Oberhirten und Hirten weiter ablehnen. Inkonsequenz und Beschwichtigung helfen der alten Nomenklatura und richten sich vor allem gegen die CDU.

Eine zunehmende Parteiverdrossenheit

Eine Ungeheuerlichkeit ist das Verhalten eines Herrn Stolpe, eine Unerträglichkeit, ihn als Ministerpräsidenten eines Landes zu sehen.«

Ergebnis dessen ist eine zunehmende Parteienverdrossenheit. Viele seiner politischen Freunde würden ihn, Gille, auffordern, sich von der CDU zu lösen; dann wären sie auch wieder bereit, sich mit vollem Einsatz an seiner Seite zu engagieren. Gille resigniert:

»Dieses wertvolle initiativreiche, an Aufrichtigkeit so reiche Potential ist derzeit bereits wieder in die innere Emigration zurückgefallen. Diese kritische Jugend ist verprellt durch die opportunistische Politik der CDU. Wenn die CDU den Menschen, denen konservative Wertvorstellungen etwas bedeuten, konservative Wertvorstellungen, die ihr Leben geprägt haben und weiter prägen, keine politische Heimat geben kann, dann werden sie sich eine klare konservative, mit allen positiven dem Wort ›konservativ‹ innewohnenden Merkmalen versehene Partei schaffen, oder sie werden in die Arme der rechtsradikalen Gruppierungen getrieben.«

Ein paar Absätze weiter kritisiert Gille in scharfen Worten die sogenannte »Bodenreform«: »Sachsen-Anhalt hat seinerzeit in Karlsruhe betont, daß die sogenannte Bodenreform, die in Durchsetzung der marxschen Philosophie von Kommunismus gleich Urgesellschaft als Bubenstreich der deutschen Kommunisten vollzogen wurde, nicht akzeptiert und anerkannt werden darf.

Diese sogenannte Bodenreform war nichts anderes als Mord, Totschlag, Vergewaltigung und Vertreibung unschuldiger Menschen von Haus und Hof.

Dieser Rechtsstaat – diese Bundesrepublik Deutschland –, der im Grundgesetz die Eigentumsposition klar definiert hat, stellt sich schützend vor die kommunistischen Missetaten, wird zum größten Hehler, zum größten Kriegsgewinnler aller Zeiten aufgrund kommunistischen Unrechts an unschuldigen Bürgern.

An Bürgern dieses Staates, an Menschen dieser Nation, die keine andere Schuld auf sich geladen haben, als tüchtig gewesen zu sein.

Ein Hohn auf alle Opfer des Regimes

Dieser Staat sagt nun, völlig ohne Not, dieser kleinen Gruppe dem Kommunismus zum Opfer gebrachter Menschen, die eigentlich unseres Schutzes am nötigsten bedurft hätten, ihr könnt euch euer Eigentum ja zurückkaufen. Ihr bekommt 1000,– DM Entschädigung, und wir – der Staat – verkaufen euch euer Eigentum dann für eine Million DM.

Wie schrieb Enno von Löwenstern so sarkastisch in der ›Welt‹ vom 23. Juni 1992: ›Die Stasi-Spitzel können nicht belangt werden. Ein Hohn auf alle Opfer des Regimes. Menschen, denen das Eigentum vom SED-Staat gestohlen wurde, bekommen es nicht zurück. Entweder dürfen die Günstlinge der SED die Beute behalten oder der Rechtsstaat sackt sie ein, macht Milliardengewinne und zahlt den Opfern ein höhnisches Trinkgeld.‹ Da ist man in Palermo schon weiter, wo die Eigentümer für ihre gestohlenen Autos den Rückkauf in Ratenzahlungen vornehmen können.«

Eine der größten Skandale seien in diesem Zusammenhang auch die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die LPGs: »Die LPG, die 1960 mit der Zwangskollektivierung als letzte der vier Stufen der Eigentumsunterschlagung und Beseitigung des Bauernstandes gegründet wurde, wurden von diesem Rechtsstaat als Genossenschaften anerkannt. Obwohl sie Gebilde kommunistischen Terrors und kommunistischer Repressalien waren. Sollen die Zwangskollektivierten verhöhnt werden?

Auch hier sichern sich SED-PDS-Mafia und ihre willfährigen – auch westlichen – Helfer im Schutze des Rechtsstaats die in 45jährigem Terror zusammengeraubten Pfründe, während den Anspruchsberechtigten, den von den Kommunisten entmündigten Eigentümern in der Regel alten, unserem Schutz anvertrauten Menschen, Brosamen und Almosen hingeworfen werden.

Eine Orgie des Rechtsmißbrauchs

Bilanzfälschungen gigantischen Ausmaßes werden staatlich abgesegnet und sanktioniert, während westliche und östliche Liquidatoren auf den Schultern dieser alten Menschen, die den Naziterror und den kommunistischen Terror erlebten, sich im Schutze des Rechtsstaates bereichern und zu Millionären werden. In diesem Tollhaus, in dieser Orgie des Rechtsmißbrauchs der fortgesetzten Eigentumsmißachtung gedeihen Kräfte, die der Gesellschaft zum Verhängnis werden können.«

Dann geht Gille auf einen Brief des Bundeskanzlers vom März 1992 ein, in dem dieser ihn und die mitteldeutschen CDU-Mitglieder zu Engagement auffordert: »Sie mahnen in Ihrem Brief Geduld an. Ich sage nein. Geduld ist für uns das Schändlichste, ist genau das, was die Scharlatane, die Wölfe im Lammfell, Modrow, Gysi, Diestel und Stolpe und Erben wollen.

Härte, Unduldsamkeit und Konsequenz sind vonnöten.

Sie sagen, dem Mißtrauen muß der Boden entzogen werden.

Ja, aber wie soll denn in der vorher geschilderten Situation und Atmosphäre Vertrauen wachsen?

Sie bitten jedes Mitglied in der CDU die Einheit des Vaterlandes voranzubringen.

Ja, aber wir haben schwindende Mitgliederzahlen zu verzeichnen, und das, was im Namen der CDU jetzt in praxi geschieht, ist das Gegenteil.«

So weit große Teile des Briefes des Parlamentarischen Staatssekretärs im Landwirtschaftsministerium Sachsen-Anhalts.

Es ist bedrückend, welche Resignation sich schon bei den wahrlich konservativ, national und freiheitlich denkenden Politikern durchgesetzt hat. Eine Resignation, die ihren Ursprung in einer völlig verfehlten Politik der Bundesregierung hat, einer Politik, die vor den Linken und vor dem in den linken Medien durchgesetzten Zeitgeist kapituliert hat.

Gleichzeitig zeigt der Brief aber sehr gut auf, daß die Linke, die SED, die Stasi, die Grünen, die Kommunisten und auch linkeste Teile der SPD die wahren Gewinner der (Teil-)Einheit sind. Waren sie vor dem Fall der Mauer durch die DDR noch weitgehend isoliert, so können sie ihr Unwesen jetzt völlig legal in einem Rechtsstaat betreiben.

Ihnen geht es natürlich nicht um eine Stärkung des freiheitlichen Rechtsstaates, der sogenannten Demokratie, sondern vielmehr um eine Unterminierung eben derselben. Ihr Ziel war, ist und bleibt der Aufbau des Sozialismus. Und sie sind seit 1989 viele Schritte auf diesem Weg weitergekommen – nicht zuletzt auch dank der Unfähigkeit der CDU und des Verrats dieser Partei an den konservativen Idealen! □

Bonn

Der Holocaust des Richard von Weizsäcker

Alfred König

Bundespräsident Richard von Weizsäcker dürfte, eine objektive Geschichtsschreibung vorausgesetzt, in 100 Jahren als Präsident in die Geschichtsanalen eingehen, der seinem Volk nicht nur am meisten aller bisherigen Bundespräsidenten geschadet hat, sondern auch als skandalösester. Nicht nur, daß er bislang die gegen ihn gerichteten Vorwürfe der Fahnenflucht in den letzten Wochen des Zweiten Weltkriegs ebensowenig entkräften konnte wie Seltsamheiten bei seiner Stellung als Gesellschafter bei der Robert Bosch GmbH – bis hin zuviele Jahre später in die Handelsregisterakten eingereichter Klarstellungen zu Gesellschafter-Sitzungen –, so verdichten sich jetzt auch die Verdachtsmomente wegen seiner Tätigkeit bei Boehringer Ingelheim.

Ende des vergangenen Jahres hatte der NDR den – ausnahmsweise – mal hervorragenden Bericht »Das Hamburger Gift« gesendet, in dem die Geschichte des Dioxin und der Chemiefirma Boehringer Ingelheim dargestellt wurde. Inzwischen hat die Firma auch öffentlich die Verantwortung für die katastrophalen Folgen übernommen, die sich im Laufe von 30 Jahren aus der Produktion sogenannter T-Säuren für viele Mitarbeiter und die Umwelt, aber auch für zahllose südvietnamesische Zivilisten ergeben haben. Dazu gehört deren gefährlichstes Nebenprodukt, das TCDD. Dieses ist das giftigste aller Dioxine und auch unter den Namen »Seveso-Gift« bekannt.

Die Gefahr war lange unbekannt

In einer von Boehringer Ingelheim veröffentlichten Broschüre »Unsere Dioxin-Geschichte« zeichnet das Unternehmen die TCDD-Produktion von ihrem Beginn 1953 bis heute nach. Es wird zugegeben, daß nicht nur relativ früh die Gefährlichkeit der T-Säure und des TCDD-Dioxins bekannt war. Auch habe die Unternehmensleitung gewußt, daß die Erkrankung zahlreicher Mitarbeiter an Chlorakne und auch Krebs in den Boehringer-Werken ihre Ursache in dem Umgang mit diesem Gift hatte. So wurde die Produktion dann auch 1954 verboten, ehe sie 1957 wieder aufgenommen wurde.

Offiziell hieß es damals, das Unternehmen habe ein Verfahren gefunden, T-Säuren ohne TCDD herstellen zu können. Als sich dieses als falsch herausstellte, warnte Boehringer Ingelheim im gleichen Jahr sogar Konkurrenzfirmen vor dieser hiervon ausgehenden Gefahr, verhinderte aber gleichzeitig Veröffentlichungen darüber in Fachzeitschriften.
Man entschuldigte sich damit, daß 1957 schließlich »die tückischen Langzeitwirkungen« nicht bekannt gewesen seien, gibt aber zu, daß es heute »wie purer Leichtsinn« erscheinen muß. Zugegeben wird auch, daß die Schließung des Hamburger Werkes 1984 nicht wegen der Erkrankungen der vielen Mitarbeiter erfolgt sei, sondern wegen der immer strengeren Auflagen der Umweltbehörden.

Es besteht eine Mitschuld

Wörtlich heißt es: »Heute steht das Unternehmen mit seiner Verantwortung gegenüber den geschädigten Mitarbeitern selbst vor der Frage, ob es seiner Sorgfaltspflicht genügt hat ... Es bleibt bitter, sich über fast drei Jahrzehnte hinweg einer objektiv nicht vorhandenen Sicherheit hingegeben zu haben.« Aufgrund des gestiegenen Wissens könne man »einen Teil des damaligen Handelns heute für nicht nachvollziehbar halten«.

Gleichzeitig räumte das Unternehmen auch eine Mitschuld und Mitverantwortung für die Entlaubungsaktionen der US-Armee während des Krieges in Vietnam ein, die unzähligen Zivilisten den Tod brachte und weite Landstriche auf Jahrzehnte verseucht hat. Zwar habe man keine Produkte an den US-Hersteller des berüchtigten Herbizides »Agent Orange«, die Firma Dow Chemicals, geliefert, man habe jedoch das Know-how zur Verfügung gestellt. »Boehringer Ingelheim war in die Vietnampolitik involviert«, gibt das Unternehmen zu. Es bleibe eine »moralische Last«.

Und nun kommt Bundespräsident Richard von Weizsäcker ins Spiel. So schreibt dann auch die Frankfurter Rundschau: »Boehringer-Mitarbeiter versichern, die Abrechnung mit der Vergangenheit wäre deutlicher ausgefallen, wenn nicht einer der damaligen Geschäftsführer Richard von Weizsäcker geheißen hätte, der heute Bundespräsident ist. Nur so erklärte sich der ›Spagat‹, einerseits auf die Verantwortung der damaligen Firmenleitung zu verweisen, andererseits um Verständnis für deren handeln zu werben.«

Wie sehr auch heute noch verharmlost wird, geht aus einem Bericht des »Weser-Kurier« vom 2. Dezember 1992 hervor. Der Autor der NDR-Sendung und »Spiegel-Redakteur« Schnippen antwortete auf die Frage: »Wie sehen sie die Rolle des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, der zur fraglichen Zeit Personalchef bei Boehringer war?«

»Eine Haltung, die enttäuscht«

Schnippen antwortete: »Er war ein qualifizierter Nebendarsteller, der für einen Teil der durch Boehringer Ingelheim entstandenen Probleme mitverantwortlich ist. Von Weizsäcker verhält sich ähnlich verdrängend zu seiner Vergangenheit wie viele DDR-Größen. Er sagt, daß er nichts gewußt habe und nur mit den oberen Etagen im Personalbereich beschäftigt gewesen sei – eine Haltung, die enttäuscht, wenn man weiß, wie hoch von Weizsäcker ansonsten die moralische Latte legt.«
Dieses ist eine sehr seltsame Auslegung der damaligen Tätigkeit Richard von Weizsäckers. Dieser war nämlich persönlich haftender Gesellschafter der Firma C. C. Boehringer Sohn, Ingelheim und Hamburg. Damit war er gleichzeitig auch Mitinhaber der Firma. Auch trat er bereits am 1. Mai 1962 in die Firma ein und nicht erste Ende 1962, wie von ihm immer wieder behauptet.
In einem CODE vorliegenden Brief eines Herren an die CDU-Landesleitung in München heißt es: »Aus den uns vorliegenden Unterlagen des Hauses Boehringer geht einwandfrei hervor, daß dem geschäftsführenden Gesellschafter Dr. jur. Richard von Weizsäcker u.a. auch die Zentral-Abteilung unterstand. Der uns ebenfalls vorliegenden Aufgliederung der Firma ist zu entnehmen, daß der Zentralabteilung die Sparten Planung, Produktion und Vertrieb unterstehen. Von Weizsäcker lagen sämtliche Vorgänge über Planung, Produktion und Vertrieb des Super-Giftes Agent Orange vor.«

Die oberste moralische Instanz

Man stelle sich einmal vor: Da war der erste Mann des Staates jahrelang persönlich haftender Gesellschafter, also ein Mitglied des Topmanagements, eines Konzerns, durch dessen unverantwortliches Geschäftsgebaren, das selbst in der Broschüre »Unsere Dioxin-Geschichte«, wenn auch beschönigend, dennoch schlimm genug dargestellt wird, zehntausende von Menschen unter unerträglichen Qualen ums Leben gekommen sind, ein Unternehmen, das wie auch immer die Veröffentlichung des Giftskandals in den Medien verhinderte, dadurch die Schuld trägt, daß viele Angestellte nicht oder wenn, dann verspätet zum Arzt gingen, und dieser Mann zieht keine Konsequenzen, stellt sich im Gegenteil noch immer als oberste moralische Instanz in Deutschland dar. □

Gesunde Medizin

Jahresabo für 6 Ausgaben:
30 DM Inland
39 DM Ausland
einschließlich Porto

Aus dem Inhalt:



VERLAG DIAGNOSEN · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich abonniere die Zeitschrift Gesunde Medizin

Ich bestelle hiermit ab Ausgabe Nr. 1/93 die zweimonatlich erscheinendeZeitschrift **Gesunde Medizin.**
Der Abonnementspreis für sechs Ausgaben beträgt DM 30,– einschließlich Porto und Mehrwertsteuer.
Das Auslands-Abonnement kostet für sechs Ausgaben DM 30,– zuzüglich DM 9,– für Versandkosten für den einfachen Postweg.
Den Betrag für das Abonnement überweise ich erst nach Erhalt der Rechnung.

Vorname/Name: ______________________

Straße/Nr.: ______________________

Postleitzahl/Ort: ______________________

Datum: __________ Unterschrift: ______________________

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei:
Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

Unterschrift: ______________________

Bonn

Justiz ist auf dem linken und ausländischen Auge blind

Alfred König

Die Hysterie kennt keine Schranken mehr. Immer mehr Politiker und »Experten« verkünden lauthals, die deutsche Justiz sei zu lange auf dem rechten Auge blind gewesen. viele der in der Vergangenheit gefällten Urteile gegen Skinheads oder »andere rechtsextremistische Gewalttäter« seien kaum mehr nachzuvollziehen. Statt zu viel Rücksichtnahme sei vielmehr Härte verlangt.

So geschehen auch Mitte Dezember. Da trafen sich der Generalbundesanwalt Alexander von Stahl und die Generalstaatsanwälte und kündigten an, mit »nachdrücklichen Bestrafungsanträgen« gegen rechtsextremistische Täter vorgehen zu wollen. Angesichts der »verheerenden Auswirkungen für das Ansehen Deutschlands im Ausland« soll dabei besonders auch auf eine abschreckende Wirkung der Strafen gesetzt werden.

Sind die Richter voreingenommen?

Da muß doch die Frage erlaubt sein, ob das Ansehen Deutschlands im Ausland wirklich ein Maßstab für Gerichtsurteile sein kann oder ob sich diese nicht vielmehr an der Tat selber ausrichten sollten. Und dann ist es eben nicht zu verantworten, wenn etwa, wie kürzlich in Magdeburg geschehen, ein Skinhead wegen Todschlags zu sechs Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt wird, ohne daß feststand, wer aus der mehrköpfigen Gruppe den tödlichen Schlag an einem Punker auch wirklich verübte.

Führende Anwälte und Staatsanwälte sprachen sich jetzt sogar dafür aus, Personen, die Molotow-Cocktails auf Asylantenheime werfen, wegen Mordversuchs zu mehr als »nur«, wie bisher, zwei Jahren ohne Bewährung zu verurteilen. Wie verträgt sich das dann damit, daß total betrunkene Autofahrer, die jemanden totfahren, zu zwei bis drei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt werden, ebenfalls meist angetrunkene Jugendliche aber viel härter bestraft werden sollen, auch wenn niemand zu Schaden kam.
Ein weiterer Skandal ist, daß Richter auch für ein entschiedeneres Vorgehen gegen Rechte eintreten. Wie wollen diese Personen denn dann vorurteilsfrei entscheiden, wenn sie sich bereits im Vorfeld einseitig äußern?

In Wirklichkeit sieht es doch so aus, daß die Justiz auf dem linken und ausländischen Auge blind ist. Von dort geht nach wie vor die größte Gewalt aus; auch wenn dies von den »fortschrittlichen Kräften« Deutschlands immer wieder verneint wird. Wer schon die überwiegend überharten Urteile gegen rechts als »zu mild« abtut, der muß eigentlich an den nachfolgend aufgeführten Urteilen gegen Linke und Ausländer, die die Zeitschrift »Deutschland« zusammengestellt hat, am Rechtsstaat verzweifeln.

»Im Jahre 1987 wurde der Kreisvorsitzende der Wuppertaler NPD auf offener Straße vom linken Pöbel erschlagen. Die Täter blieben unbekannt, die Medien schwiegen.

Im Herbst 1989 wurde ein Rentner in Dortmund, der seine Freude über das Abschneiden der Republikaner äußerte, von linken Türken totgetreten. Die Täter wurden zwar gefaßt, doch die Strafe auf Bewährung ausgesetzt.

Im November 1990 wurde ein 21 Jahre alter Berliner Republikaner in der U-Bahn von Türken erstochen. Der Türke wurde zwar gefaßt, aber freigesprochen.

1991 hatte Berlin gleich zwei Mordopfer zu beklagen. Der Republikaner René Gruber, 19 Jahre, wurde durch Messerstiche eines Türken tödlich verletzt. Zwei seiner Freunde wurden schwer verletzt. Der einschlägig vorbestrafte Türke wurde freigesprochen. Das Beschämende ist der Aufruf für den Täter in der Presse.

Aufruf zum Mitleid für den Täter

Das zweite Opfer war ein 18jähriger Sachse, den Mitglieder einer deutsch-türkischen Jugendgruppe zu Tode geprügelt hatten. Er wurde wegen seines Aussehens für einen Neonazi gehalten. Er hatte sich für seinen Berlinbesuch lediglich die Haare kürzer schneiden lassen, um nicht wie ein Provinzler auszusehen. Es wurden Jugendstrafen von zwei Jahren zur Bewährung und Geldstrafen bis zu 3000 Mark verhängt.

In Dresden wurde am 31. Mai der bewaffnete René Sonntag, als Neonazi durch die Presse gezogen, auf offener Straße erschossen. Er zog vor allem gegen das Aufkommen des ›Rotlicht-Milieus‹ zu Felde. Die Täter Matz und Simeonidis, Zuhälter aus Mannheim, wurden im März 1992 freigesprochen. Den Angeklagten wurde Notwehr zugebilligt, obwohl sie in einem Pkw und mit abgesägter Schrotflinte vorgefahren waren.

In Berlin überfiel am Abend des 21. Februar 1992 in der Anhalter Straße in Kreuzberg eine Bande von zehn bis 15 Kriminellen aus der Antifa-Szene die ersten Besucher (etwa fünf bis acht Personen) einer Abendveranstaltung der Deutschen Kulturgemeinschaft. Ein 65jähriger wurde durch Schläge mit einer Eisenstange und Fußtritte schwer, weitere Personen, darunter völlig unbeteiligte Hotelbesucher, erheblich verletzt. Der Hoteleingang wurde durch einen Brandsatz verwüstet. Die Berliner Presse lehnte es ab, darüber zu berichten.

Die Presse will nicht berichten

In Berlin wurde am 3. April 1992 der Landesgeschäftsführer der ›Deutschen Liga für Volk und Heimat‹, Gerhard Kaindl, 47, in einem Chinalokal in Berlin-Kreuzberg erstochen. Weitere Vorstandsmitglieder wurden zum Teil schwer verletzt. Kaindl saß mit Bekannten und politischen Freunden im hinteren Teil des Lokals Jin San am Cottbuser Damm, als sechs bis acht Maskierte, wahrscheinlich Türken, das Lokal betraten und die Runde sofort mit Messern attakkierten. Hätte der Wirt nicht mit einer Waffe eingegriffen, wären sämtliche Vorstandsmitglieder und deren Begleiter ermordet worden.

Das ist bislang der schwerste Übergriff verhetzter politischer Gegner: In Nauen, Land Brandenburg, wurden Schüler, die sogenannte ›rechte Thesen‹ in den Klassen vertreten hatten, von Schlägertrupps sogenannter Antifaschisten zu Hause aufgesucht, wobei auch Türen eingetreten wurden, und zusammengeschlagen.

Der Hintergrund: Linke Lehrer, die offensichtlich den alten Seilschaften angehörten, hatten die Kreuzberger Szene mobilisiert, denn anders ist es nicht zu erklären, Namen und Anschriften der Schüler festzumachen.

Die Hysterie eines Rechtsstaates

Die Konsequenz im Lande des Herrn Stolpe: Nicht die Lehrer wurden entlassen oder ersetzt, sondern die Schüler wurden auf andere Schulen verteilt. Die Massenmedien schwiegen!

Letztlich noch ein Bericht aus Mainz vom 7. März 1992: ›Vor dem Dom sollte eine Großdemo mit Kundgebung nationaler deutscher Jugendgruppen stattfinden. Diese Demo wurde in dritter Instanz unter dem angekündigten Druck von Antifa-Terroristen aus Mainz, Wiesbaden, Berlin usw. vom rot-grünen Mainzer Stadtrat verboten. Rechtsanwalt Worsch konnte nichts unternehmen.

Da die Entscheidung des Verwaltungsgerichts erst um 22.00 Uhr am 6.5. gefällt wurde, sind viele Teilnehmer in Mainz von dem Urteil überrascht worden. Die Polizei hatte Schutz für die Kundgebung auf dem Schiff ›Deutschland‹ zugesagt.

Die linken Demonstranten konnten um ca. 11.30 Uhr den Mainzer Theaterplatz unter dem Schutz der Polizei besetzen. Portraits des Massenmörders Stalin usw. wurden hoch gehalten. Die Kampflieder der KPD wurden abgespielt. Offen wurde zum Mord an uns Deutschen aufgerufen, trotz Empörung der Passanten. Alles unter dem Schutz der Polizei. Ihre Parolen: ›Ausländer bleiben, Nazis vertreiben‹ und ›Schlagt die Nationalsozialisten wo ihr nur könnt‹ usw.

Zu Fuß läuft man vom Dom bis zum Mainzer Hafen ca. 15 Minuten. Die jungen Kameraden zeigten Ortsunkundigen den Weg zum Hafen. Einige gingen schon um 15.00 Uhr an Deck. Um 15.15 Uhr mußte der Kapitän abfahren, da die Polizei nicht bereit war, die Teilnehmer vor den Antifaschisten zu schützen. Die Demonstranten feuerten sogar Leuchtraketen auf das Schiff ab, die aber zum Glück nicht trafen.

Rechtsbeugung statt Recht

Als das Schiff ablegte, beobachteten wir fürchterliche Szenen. Die Antifaschisten stürzten sich mit Baseballschlägern, Knüppeln usw. auf Kameraden, die zur zweiten Anlegestelle eilten, um noch mitgenommen zu werden. Dem Kapitän wurde verboten, an der besagten Stelle anzulegen. Unsere Herzen bluteten, als wir sahen, wie die Antifaschisten, Kurden, Zigeuner usw. mit einer Übermacht von 1:20 Kameraden niederschlugen. Ein Bekannter von mir hatte fürchterliches durch diese in der BRD geduldete Brut mitgemacht.

Die Kundgebung auf dem Schiff verlief ruhig. Per Funk führte die Wasserschutzpolizei einen Krieg gegen uns. Man wollte uns keinen Schutz bei der Rückkehr in den Mainzer Hafen gewähren, wie ursprünglich zugesagt worden war. Der Kapitän fuhr zum Anlegeplatz zurück, die Demonstranten waren verschwunden.‹«

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen. Wer jetzt noch davon spricht, daß die deutsche Justiz nicht auf dem linken, sondern auf dem rechten Auge blind ist, dem ist nicht mehr zu helfen.

Daß es in der derzeitigen Hysterie auch noch Personen gibt, die Vernunft anmahnen, und dies auch noch öffentlich, grenzt schon fast an ein Wunder. Einer dieser wenigen Mahner ist der Magdeburger Staatsanwalt Klaus Breymann. Seit 1991 ist er Leiter der Jugendstaatsanwaltschaft am Landgericht in Magdeburg, nachdem er zuvor zehn Jahre als Ankläger in Braunschweig tätig war. Gleichzeitig ist der 47jährige im Vorstand der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe.

Breymann äußerte sich jetzt in einem Interview mit dem »Spiegel« über die aktuellen Geschehnisse. Ganz am Anfang steht der bedeutungsvolle Satz: »Was die Öffentlichkeit derzeit von der Justiz erwartet, grenzt an Rechtsbeugung.«

Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß es sich »bei den rechten Gewalttätern größtenteils um Jugendliche und Heranwachsende (handelt), bei denen man besonders genau hinschauen muß. Das oberste Ziel im Jugendstrafrecht ist: Was können wir tun, um in Zukunft solche Kriminalität zu reduzieren? Und da ist das Strafverfahren nur bedingt geeignet.« So könne es auch falsch sein, alle Beteiligten etwa eines Überfalls anzuklagen. Dadurch würden nur »falsche Solidaritäten« geschaffen. Nichts schweiße eine Gruppe aber mehr zusammen, als ein gemeinsam durchgestandenes Ermittlungsverfahren.

Zudem hätten Strafverfahren aber auch einen nachteiligen Effekt. »Denn da darf man sich nicht nur, da muß man sich sogar verteidigen. So geben wir den Tätern in der Hauptverhandlung noch die Chance zur öffentlichen Selbstdarstellung – die sie häufig auch nutzen. Auf diese Weise schafft man schnell die Helden und Szeneführer, die wir gerade nicht haben wollen.«

Die Fehler der Vergangenheit

Viel wichtiger sei gerade bei den Mitläufern von einer Strafverfolgung abzusehen, wenn man sie stattdessen zu geeigneteren Erziehungsmaßnahmen wie sozialpädagogisch begleiteten Arbeitseinsätzen verpflichten könne. Statt diese Personen durch Strafverfahren zusammenzuschweißen, habe man stattdessen schon mehr als einen aus der gewalttätigen Szene herausholen können.

Falsch sei es auch, so Breymann weiter, jetzt zu argumentieren, derartige Chancen hätten frühere linke Demonstranten oder Chaoten nicht gehabt. Dies seien Fehler der Vergangenheit gewesen, die man heute doch nicht zu wiederholen brauche, wenn man sie als falsch erkannt habe.

Scharf wandte sich Breymann gegen die Rufe nach härteren Gesetzen. »Dieses gerade ist fatal und erinnert manchmal an politische Brandstifterei. Schon die DDR hat versucht, die Gesellschaft mit dem Strafrecht zu leiten, und ist gescheitert.

Wir wissen aus der Vergangenheit, daß man soziale Probleme nicht durch Änderung von Strafgesetzen regulieren kann... Ich vermisse, daß ein Verantwortlicher auch mal sagt, wo er eigentlich die Grenzen des Rechtsstaates sieht, oder wie weit wir es eigentlich noch mit der Gesetzesverschärfung betreiben wollen.«

Ein völlig falsches Signal

Kaum jemand, auch nicht die meisten Jugend- und Sozialpolitiker, sei auch bereit, sich daran zu machen, die Entstehungsbedingungen der rechten Gewalt zu bearbeiten. Die Gewalt von rechts sei »kein Spuk, der schnell vorbei ist, sondern ein Phänomen, das uns lange beschäftigen wird. Vielleicht liegt sogar das Schlimmste noch vor uns. Aber alles starrt bloß auf die Justiz. Wir sollen die Kastanien aus dem Feuer holen, indem wir am besten möglichst viele einsperren.«

Als »ein völlig falsches Signal« bezeichnete der Staatsanwalt auch die Pläne von Bundesinnenminister Seiters, rechtsradikalen Führern die Bürgerrechte abzuerkennen. »Das wäre ein völlig falsches Signal. Wir können die Leute nicht einfach ausgrenzen. Solange sie sich nicht strafbar machen, müssen wir uns mit ihnen auseinandersetzen.«
Scharf ging Breymann auch mit Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger ins Gericht, die Staatsanwälte mit »Leitlinien« auf Trab bringen will. »Sollten die wirklich ergehen, was ich mir nicht vorstellen kann, wird es mächtig Zoff geben. Denn das widerspräche in jedem Fall dem geltenden Jugendstrafrecht. Staatsanwälte haben da auch eine Funktion als Wächter des Rechtsstaates. Und Justiz funktioniert heute nicht mehr so, daß sie nur auf ein Fingerschnipsen von oben wartet, um irgendwo hinzumarschieren – auch wenn manche das beklagen.« □



Bonn

Geheime Machtzirkel regieren die Republik

Alfred König

Wenn jemand behauptet hat, in Wahrheit regiere nicht die Bundesregierung die Republik, sondern geschehe dies in kleinen, oftmals zumindest für die Öffentlichkeit geheimen Machtzirkeln der Parteien, wurde er als Phantast oder, schlimmer noch, als »rechtsradikaler Spinner« abgetan. Daß die Wirklichkeit aber sogar noch schlimmer ist als die Vorwürfe offenbarte jetzt der Rücktritt von Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) am 15. Dezember 1992.

Offiziell wurde der Rücktritt in den Schlagzeilen der Medien mit »Kritik an der Bonner Bosnien-Politik« begründet. Die Wahrheit geht aber tiefer. In Wirklichkeit stellte der Rücktritt des Ministers eine massive Kritik an der Verfilzung von Partei, Parlament und Regierung in »diesem unserem Staate« dar.

Politisch entschieden wird in einer Grauzone

Angefangen hatte alles bereits viel früher, bevor es dann erstmals am 9. Dezember aus Schwarz-Schilling herausplatzte. »Ich schäme mich, diesem Kabinett anzugehören, wenn es beim Nichtstun bleibt«, machte er in der Kabinettssitzung dieses Tages aus seinem Herzen keine Mördergrube, als mal wieder viel über die furchtbaren Greuel der Serben in Bosnien berichtete, aber erneut keine Entscheidung zu tatkräftiger Hilfe beschlossen wurde.

Bundeskanzler Kohl fiel dabei nichts besseres als die lapidare Erklärung ein, schließlich werde niemand gezwungen, Mitglied dieser Regierung zu sein. Wie Kohl mit Kritikern umgeht, Schwarz-Schilling hatte ähnliches bereits im August 1992 geäußert, zeigt sich auch daran, daß er einen mit Schwarz-Schilling anberaumten Termin einfach absagte, und sich weigerte, ihn zu empfangen.

Daß es dem ehemaligen Postminister aber um viel mehr als »nur« um Bosnien geht, beweisen weitere Auszüge aus seiner Rücktrittserklärung. So heißt es darin: »Maßgeblich für meine Abwägung ist gewesen, daß ich erkennen mußte, daß ich als Kabinettsmitglied in den großen politischen Fragen, welche uns und das Volk bewegen, nichts mehr voranbringen konnte. Durch die Handhabung von Parteitagsbeschlüssen wie imperative Mandate, die in Koalitionsrunden geltend gemacht werden, ist die Regierungsunfähigkeit in einer pluralistischen Demokratie vorprogrammiert. Die Abnutzung der großen Mehrheitspartei in der Koalition, also der CDU, und der Zwänge, die dadurch dem Kanzler auferlegt werden, machen schnelle Entscheidungsfähigkeit, wie sie heute erforderlich ist und in Deutschland erwartet wird, unmöglich.«

Noch deutlicher drückte sich der CDU-Politiker bei einem Besuch der »Bild«-Redaktion aus: »Alle Welt glaubt, daß Minister in Bonn die Entscheidungen treffen. Aber das stimmt schon lange nicht mehr. Entschieden wird in kleinen Koalitionszirkeln, in einer Grauzone. Ich bin es leid, mich für alles von meinen Wählern prügeln zu lassen. Die sagen: Du bist doch Minister, du hast das doch entschieden.«

Niemand trägt wirklich Verantwortung

Ein weiteres Beispiel für die Vogel-Strauß-Politik ist das derzeitige Verhalten der SPD in der Asylfrage. So billigte jetzt zwar die SPD-Fraktion den Asylkompromiß, für den sie sich vorher vom Parteitag die Erlaubnis geholt hat, verlangte jetzt aber Nachbesserungen. Eine endgültige Entscheidung soll im Frühjahr fallen. Ansonsten droht nämlich, was natürlich offiziell nicht gesagt wird, ein Aufstand der linken Parteimitglieder, was die Fraktion natürlich nicht zulassen kann. Daß bis dahin aber erneut mehr als 100 000 Asylbewerber, davon etwa 95 000 Scheinasylanten, in die Bundesrepublik geströmt sind, wird dabei geflissentlich übersehen.

Zwar ist es im Grundsatz richtig, was CDU-Generalsekretär Hintze zur Kritik Schwarz-Schillings sagte, daß es zu den Bedingungen einer Koalition gehöre, daß vor Entscheidungen politische Mehrheiten gesichert werden müßten. Nur sollte dies doch, wenn schon, dann auf Parlamentsebene geschehen und nicht bis zum letzten Mitglied runter. Dazu sind die Parteitage da, auf denen schließlich das politische Profil der Partei durch die entsprechende Wahl der Delegierten oder Parlamentskandidaten aufgestellt werden sollte.

Schließlich heißt es doch so schön im Grundgesetz, daß jeder Abgeordnete nur seinem Gewissen und sonst nichts und niemandem verantwortlich ist. Das bedeutet aber auch, daß er von niemandem aus seiner Partei zur Verantwortung gezogen werden kann, wenn er nicht so abstimmt, wie es die Partei eigentlich wünscht.

So ist es zumindest in der Theorie. Die Praxis sieht natürlich ganz anders aus. Denn dort kann es sich überhaupt kein Politiker, besonders die einfachen Abgeordneten, leisten, gegen seine Führung zu stimmen. Macht er dies einmal, kommt er vielleicht noch mit einer einfachen Belehrung davon. Beim zweiten Mal wird ihm, oftmals natürlich schön verklausuliert, bedeutet, ob er sich denn Schwierigkeiten einfangen wolle. Spätestens beim dritten Mal kann sich der betreffende Politiker dann sicher sein, bei der nächsten Wahl entweder seinen Wahlkreis zu verlieren oder auf der Landesliste auf einen Platz abzurutschen, der einen Wiedereinzug ins Parlament praktisch ausschließt.

Der Bürger kann nichts machen

Der Hauptgrund hierfür ist, was schon des öfteren in CODE kritisiert wurde, daß in der jetzigen Form der pluralistischen Demokratie, was auch Schwarz-Schilling bemängelte, niemand mehr wirklich Verantwortung trägt.

Der einfache Abgeordnete ist, wie schon oben angeführt, nur seinem Gewissen verantwortlich. Auch weiß bei der Mehrzahl der Abstimmungen, die fast alle geheim erfolgen, ohnehin offiziell und damit rechtlich nicht verwertbar niemand, wie der jeweilige Abgeordnete gestimmt hat.

Die Bundesregierung, also Kanzler und Minister, können auch nicht verantwortlich gemacht werden, da sie die Gesetze nicht beschließen, sondern nur ausarbeiten. Die Beschlußfassung liegt dabei beim Parlament – siehe vorherigen Absatz.

Der Bundespräsident hat nicht die Qualität zu prüfen, ob das Gesetz sinnvoll ist, sondern nur, ob das Gesetz mit der Verfassung übereinstimmt oder nicht. Macht es das, dann sind dem Bundespräsidenten die Hände gebunden, selbst wenn er das Gesetz von der Sache her ablehnen sollte.

Das gleiche gilt für das Bundesverfassungsgericht. Doch selbst wenn dieses quasi die neuen Gesetze durch vorgegebene Vorgaben vorschreibt, ist es praktisch die letzte Instanz, die hierzulande entscheidet. Eine Möglichkeit, die Verfassungshüter verantwortlich zu machen, besteht nur dann, wenn man ihnen Rechtsbeugung nachweisen könnte. Wie wollte dies aber jemals jemandem gelingen? Die Aussichten hierfür sind praktisch Null. □

Deutschland

Israel verhindert deutsch-jüdische Aussöhnung

Erich Glaubner

Eines der schwierigsten Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte war und ist die Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen. Obwohl immer andersrum dargestellt, ist es in Wirklichkeit die jüdische Seite, die dies erschwert. Maßlose Forderungen, die Einmischung in deutsche Innenpolitik und die Weigerung, Geschichte Geschichte sein zu lassen, sondern vielmehr diese immer wieder aufwärmen, gehören dabei zu den Hauptfehlern der Juden in aller Welt.

Deutschland war vor der (Teil-) Wiedervereinigung und ist auch heute noch eines der, wenn nicht sogar das judenfreundlichste Land der Welt. In keinem anderen Staat hat der jüdische Teil der Bevölkerung derartig viele Sonder- und Schutzrechte wie hierzulande. Statt diese aber, wie es zur wahren Aussöhnung wünschenswert wäre, im Laufe der Zeit abzubauen und die Juden damit zu einem ganz normalen Teil der Bevölkerung zu machen, bleiben diese vielmehr bestehen oder werden sogar noch weiter ausgebaut.

Bundeskanzler Helmut Kohl an der Seite von Heinz Galinski beim Besuch des Konzentrationslagers Auschwitz.

Die einseitige Sicht der Geschichte

So können sich etwa heute noch Kinder von Juden, deren Großeltern etwa im Dritten Reich getötet wurden, vom Grundwehrdienst befreien lassen. Leugnet jemand öffentlich den Holocaust, kann ihn jeder Jude wegen Volksverhetzung anzeigen. Leugnet aber ein russischer Staatsbürger die Grausamkeiten der roten Soldateska bei ihrem Einmarsch in Deutschland, ist dies dann seltsamerweise nicht mehr schützenswert.

Der Zentralrat der Juden und das Auschwitz-Komitee, das von rund 300 Organisationen und Privatpersonen in Europa und Israel getragen wird, wehrten sich dagegen, im KL Sachsenhausen, das nach Kriegsende von den Sowjets als Internierungs- und Tötungslager verwendet wurde, auch den dabei getöteten Deutschen zu gedenken. Dies sein ein »erbärmlicher und zugleich gefährlicher Versuch, deutsche Geschichte einzuebnen, sie von ihrer Schuld zu entlasten«.

Waren ursprünglich nur etwa drei Milliarden Mark an Wiedergutmachung für erlittenes jüdisches Unrecht im Dritten Reich vorgesehen, sind mittlerweile in Wirklichkeit rund 100 Milliarden Mark gezahlt worden. Und dieses ist noch lange nicht das Ende. Erst jetzt erklärte sich die Bundesregierung trotz aller Finanznöte bereit, der Jüdischen Claims-Conference bis 1999 eine weitere Milliarde Mark Entschädigungszahlungen zu leisten. Daß dieses gerade in einer Zeit, wo die Bundesregierung selbst bei Rentnern und Sozialhilfeempfängern den Rotstift ansetzt, für Empörung bei großen Teilen der Bevölkerung sorgt, dürfte wohl niemanden ernsthaft überraschen.

Bis zu seinem Tod im Jahr 1992 hatte der »Zentralrat der Juden in Deutschland« – alleine dieser Name zeigt die von den Juden selbst gewünschte Ausgrenzung – mit Heinz Galinski einen politischen Hardliner als »unerbittlichen« – so »Der Spiegel« – Vorsitzenden. Der jüdische Historiker Michael Wolffsohn, der wohl der am meisten auf eine wirkliche Aussöhnung bedachte jüdische Repräsentant ist – mit Abstrichen auch der niedersächsische Landesvorsitzende des Zentralrats, Fürst – gehörte zu den schärfsten Kritikern Galinskis.

»Auch als Überlebender der Hölle (Galinski überlebte das KL Auschwitz; die Redaktion) hat man kein Monopol auf Wahrheit.« Oder der öffentliche Vorwurf, Galinski schwinge »die Auschwitz-Keule« bei jedem noch so kleinen Anlaß: »Wer 4000 Jahre jüdische Geschichte auf fünf Jahre Holocaust reduziert, betreibt eine Selbstamputation des Judentums« und die daraufhin einsetzende Empörung zeigt, daß Wolffsohn seine Hand in die Wunde gelegt hat.

Daß Galinski nicht an wahrer Aussöhnung gelegen war, zeigt auch die Tatsache, daß er selbst auf sachliche Bitten um Beantwortung einiger Fragen trotz mehrfachen Anschreibens – sogar per Einschreiben mit Rückschein – junger Menschen nicht antwortete. Oder, wie Wolffsohn schreibt: »Einige meiner jüdischen Glaubensgenossen verhalten sich wenig souverän. Sie halten mich für ›gefährlicher als die Skinheads‹. Heinz Galinski hatte die ›Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland‹ seit 1988 angewiesen, weder Artikel aus meiner Feder abzudrucken, noch meinen Namen zu erwähnen. Bei Kontroversen schwebte ich dann als namenloses Phantom zwischen den Zeilen.«

Nicht anders sieht es jetzt bei Galinski-Nachfolger Ignatz Bubis aus. Auch er ging direkt nach seinem Amtsantritt auf Konfrontationskurs zu Wolffsohn, kanzelte diesen in einem Interview mit der Sex-Postille »Penthouse« sogar als »Vorzeigejuden der deutschen Rechtsradikalen« ab.

Es geht um wirkliche Aussöhnung

Dies alles, weil ein führender jüdischer Vertreter, dem aus nationaler Sicht sicherlich nicht in allen Dingen zuzustimmen ist, sich das Ziel gesetzt hat, Deutsche und Juden wirklich auszusöhnen, statt beide Teile in Wirklichkeit immer weiter auseinanderzutreiben.

Daß dieses keine »rechte Spinnerei«, sondern leider traurige Tatsache ist, zeigt sich doch gerade wieder in jüngster Zeit. Obwohl laut den Politikern und dem Großteil der Medien der Rechtsextremismus stark zunimmt und sich in wahrer »Ausländerhetze« und zunehmendem Antisemitismus äußert, ist dies doch in Wirklichkeit gar nicht so.

Deutschland

Israel verhindert deutsch-jüdische Aussöhnung

Als Beispiel für die Richtigkeit des Vorwurfs wird immer wieder auf den Brandanschlag auf die sogenannte »jüdische Baracke« im KL Sachsenhausen verwiesen. Bis heute sind die inzwischen schon seit mehreren Monaten andauernden Ermittlungen aber kaum weitergekommen und es gibt keine heißen Spuren. Überhaupt deutet die Ausführung des Brandanschlags eher auf Profis als auf rechtsextreme Gewalttäter. Selbst der der CDU nahestehende Bonner Hintergrundinformationsdienst »Privat-Depesche« verwies darauf, daß die Täter vielleicht bei der ehemaligen Stasi gesucht werden müßten, die mit diesem Anschlag weltweit für Empörung sorgen wollten. Und dieses ist auch gelungen!

Das israelische Parlament befaßt sich sogar in Sondersitzungen, eine sogar am Sonntag, mit dem wachsenden Antisemitismus in Deutschland. Dabei ist noch keinem Juden seit Hoyerswerda auch nur ein Härchen gekrümmt worden. Ja, als kürzlich der israelische Regierungschef Rabin in Deutschland war, gab es nicht eine einzige Demonstration gegen ihn, noch nicht einmal eine Zusammenrottung von fünf Skinheads mit einer klitzekleinen Reichskriegsflagge.

Die Saat des Hasses ist aufgegangen

Zwar gibt es zunehmend Droh- und Schmähbriefe an Juden, sind in einem Fall Schweineköpfe auf das Gelände einer jüdischen Synagoge geworfen worden, sind auch einige jüdische Friedhöfe geschändet worden – wobei in mehreren Fällen Jugendliche als Täter identifiziert werden konnten, die absolut nicht mit Politik zu tun hatten, sondern lediglich »auf Randale« aus waren und provozieren wollten –, es ist aber bislang kein gezielter Angriff auf einen Juden bekannt.



Ein 14jähriger Palästinenser wurde von israelischen Soldaten an der West Bank erschossen und von seinen Angehörigen weggebracht.



Arabische Schulkinder auf dem Heimweg in der Stadt Nablus. Sie werden von israelischen Soldaten bewacht.

Selbst der in den Medien, speziell auch des Auslands, aufgebauschte Fall, wo in Wuppertal zwei Skinheads einen Juden zusammengetreten und anschließend verbrannt haben sollen, entpuppte sich nach Angaben der Staatsanwaltschaft als eine auf übermäßigen Alkoholgenuß zurückzuführende Tat ohne jeden antisemitischen Hintergrund. Davon war, wenn überhaupt, in den Medien aber nur ganz klein etwas zu lesen.

Und die von unverantwortlichen Medien und zionistischen Hardlinern – wie etwa der Schriftsteller Ralph Giordano, der in einem Brief Bundeskanzler Kohl mitteilte, »daß nunmehr Juden in Deutschland, darunter auch ich, dazu übergegangen sind, die Abwehr von potentiellen Übergriffen auf unsere Angehörigen und uns in die eigenen Hände zu nehmen, und zwar bis in den bewaffneten Selbstschutz hinein« – gesägte Saat ist aufgegangen.

Aus Frankreich kam eine bewaffnete jüdische Jugendgruppe nach Rostock, verprügelte einen Skinhead, versuchte ins Rathaus einzudringen, befreite mit massiver Gewalt, durch die Polizisten verletzt wurden, von den Gesetzeshütern festgenommene Randalierer? Wie war die Reaktion? Die Polizei habe überreagiert, es werde mit zweierlei Maß gemessen.

Ja, führende israelische Politiker rufen sogar wieder zu einem Boykott auf. Man fühlt sich wieder an 1933 erinnert. Am 24. März 1933 erschien nämlich der Londoner »Daily Express« mit der Schlagseite: »Jews of all the world unite, Boycott of german goods, Mass Demonstrations« oder übersetzt »Juden der ganzen Welt schließen sich zusammen, Boykott deutscher Waren, Massendemonstrationen« – dieses hatte übrigens dazu geführt, daß für den 1. April 1933 zu einem auf einen Tag befristeten Boykott jüdischer Geschäfte aufgerufen wurde, der aber bereits nach einem halben Tag wegen Mißerfolgs aufgegeben wurde, was aber heute verschwiegen wird –.

»Ganz Israel erhebt sich«

Teile des damaligen Textes könnten auch heute noch gelten. So heißt es in dem betreffenden Artikel etwa: »Ganz Israel erhebt sich im Grimm gegen den deutschen Ansturm ... Das Erscheinen des Hakenkreuzes als Zeichen eines neuen Deutschlands rief den Löwen von Juda, das alte Kampfsymbol der Juden, auf den Plan. Vierzehn Millionen Juden, die über alle Welt verstreut sind, haben sich wie ein Mann zusammengeschlossen, um den deutschen Verfolgern ihrer Glaubensgenossen den Krieg zu erklären ... Das Reich steht vor einem totalen Boykott in Handel, Finanz und Industrie. In Europa und Amerika sind Pläne zu einem Gegenschlag gegen das hitlerische Deutschland gereift. Entschließungen in der gesamten jüdischen Handelswelt zielen auf einen Abbruch der Handelsbeziehungen mit Deutschland ... Ein zusammengefaßter Boykott jüdischer Käufer wird voraussichtlich dem deutschen Außenhandel einen schweren Schlag versetzen.«

Sicherlich ist es heute – bei weitem – noch nicht so weit. Bisher ist es nur eine Minderheit in Israel, die so denkt und derartige Forderungen erhebt. Was passiert aber, wenn etwa Ignatz Bubis ermordet werden sollte oder eine Synagoge in Flammen aufgeht und dabei vielleicht Juden getötet werden? Ist dann nicht zu erwarten, daß der jüdische Druck auf die deutsche Innenpolitik, der ohnehin immer größer wird – wie anders sind dann die immer lauter werdenden Forderungen Israels, endlich dem »braunen Spuk« in Deutschland wieder ein Ende zu machen, und die vielen Entschuldigungsreisen deutscher Politiker nach Israel zu werten? –, dann eskaliert.

Schon heute sind doch Demonstrationen in Israel gegen das »Wiederauferstehen des Nazismus« fast an der Tagesordnung.

Man muß sich wirklich fragen, mit welchem Recht Israel so mas-

siv gegen einen total überbewerteten Rechtsextremismus angeht, auf der anderen Seite das Völkerrecht selber jeden Tag auf das massivste bricht. Seit Beginn der Intifada, des palästinensischen Befreiungskampfes, vor nunmehr fünf Jahren sind der Statistik zufolge fast 1000 meist Jugendliche und Kinder in den von Israel besetzten Gebieten getötet worden.

Ablenkung von eigenem Unrecht?

Wer erinnert sich nicht noch an das Massaker an Arabern am Tempelberg? Kein Sturm der Entrüstung erhebt sich, wenn Israel bei Vergeltungsangriffen gegen arabische Terroranschläge bei der Bombardierung von vermuteten Verstecken auch viele Zivilisten tötet, oder wenn die Häuser von bei Terrorangriffen gefaßten identifizierten oder auch nur vermuteten Arabern dem Erdboden gleichgemacht werden und die Familie auf der Straße steht. Man stelle sich einmal vor, in Deutschland würde das Haus eines gerade verhafteten RAF-Terroristen zerstört. Die Empörung wäre, vollkommen berechtigt, groß.

Mit welcher Berechtigung drohen Politiker eines Landes Deutschland mit Boykott, das selber noch Nichtjuden diskriminiert. So werden etwa Ehen von Juden mit Nichtjuden noch immer nicht toleriert, müssen Juden, die dies dennoch tun, oftmals mit schwersten Benachteiligungen bis hin zur Kündigung ihres Arbeitsplatzes und dem Verstoß aus ihrer Familie rechnen. Hat ein solcher Staat wirklich die Berechtigung, Deutschland in derartiger Härte zu kritisieren? Oder soll es vielmehr vielleicht nur zur Ablenkung vom eigenen Unrecht dienen?

Man lese doch nur nach, was die jüdische Rechtsanwältin Felicia Langer, die in Israel mehrere tausend Palästinenser verteidigte und jetzt in Deutschland lebt, kürzlich im »Stern« äußerte: »Ich habe einer Unrechtsjustiz als nützliche Idiotin gedient.«

»23 Jahre lang verteidigte sie mehr als 5000 Palästinenser vor zivilen und militärischen Gerichten. Schonungslos klagte sie dabei ihre eigenen Landsleute an: Soldaten, die mit scharfer Munition auf Kinder und Jugendliche geschossen hatten; Polizisten und Vernehmungsbeamte, die bei Verhören folterten; Gefängnisaufseher, deren kerngesunde Gefangene angeblich an Asthma erstickt waren. ›Juristischen Erfolg hatte ich natürlich so gut wie nie‹, sagte sie.«

Wer hat das Recht zur Verurteilung?

»Zigtausende von Palästinensern, so Felicia Langer, seien seither ohne Urteil, ohne Begründung in Gefängnisse und Gefangenenlager geworfen worden.

Der bloße Verdacht, sie hätten an der ›Intifada‹ teilgenommen, oder dubiose Hinweise von Spitzeln reichten aus, sie sechs Monate lang in sogenannte Administrativhaft zu nehmen...

›Ansar 3 ist ein Konzentrationslager‹, sagt sie, ›kein Vernichtungslager – aber ein Konzentrationslager mitten in Israel, in dem Menschen unter menschenunwürdigen Umständen gefangengehalten werden. Nur ein oder zwei Generationen, nachdem Millionen von Juden in deutschen Konzentrationslagern geschunden worden sind.«

»Israelische Nationalisten und religiöse Fanatiker schickten ihr daraufhin Schmähschriften (nach der Ernennung zur Ehrenbürgerin der arabischen Stadt Nazareth; die Redaktion), Bomben- und Morddrohungen ins Haus.

Einmal weigerten sich sogar Ärzte, sie wegen einer Verletzung zu behandeln.«

Zwar setze sie Hoffnung in den neuen Ministerpräsidenten Rabin, aber »werde sie nicht verzeihen können, daß er als Verteigigungsminister zu Beginn des Palästinenseraufstandes in den besetzten Gebieten seinen Soldaten den Befehl gegeben habe: Brecht ihnen die Knochen! Sie habe danach in den Krankenhäusern junge Palästinenser, oft noch Kinder, getroffen, denen tatsächlich mit Schlagstöcken und Steinen Arme und Beine zerschmettert worden waren.«

Hat dieser Staat, muß die Frage nochmals lauten, wirklich das Recht, sich über das, was derzeit in Deutschland geschieht, aufzuregen, ohne gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, daß die Menschenrechte im eigenen Land eingehalten und nicht auch weiterhin tagtäglich mit Füßen getreten werden?

Medien schüren deutschlandfeindliche Hetze

Unvergessen ist auch das Medien- und Politikergezetere, als der damalige Vorsitzende des Rostocker Innenausschusses, der CDU-Politiker Schmidt, Ignatz Bubis, als dieser sich über das Ausmaß der Ausschreitungen informieren wollte – was gingen ihn diese als Zentralratsvorsitzenden an, schließlich wurden keine Juden verletzt –, fragte, ob seine Heimat denn nicht Israel sei? Dies wurde als Ausgrenzung empfunden.

Anfang Dezember 1992 äußerte der israelische Botschafter Navon aber selber in einem Fernsehinterview auf die Frage, wie er denn dazu stehe, daß immer mehr Juden aus Deutschland nach Israel emigrieren wollten, folgendes sinngemäß: Ihm wäre es lieber, die Juden würden freiwillig und nicht aus irgendwelchem Zwagn zurück in ihre »Heimat« Israel zurückkehren. Hatte Schmidt denn nun Unrecht oder nicht?

Die Medien stürzen sich immer auf deutschfeindliche Meldungen aus Israel. Warum werden denn nicht auch die »Israel Nachrichten« zitiert, die am 13. November 1992 schrieb: »Die Deutschen sind dumm. Dumm ist nicht einmal genug. Sie sind idiotisch!«

Interessant ist die Begründung: Die Deutschen seien dumm und idiotisch, weil sie es zuließen, »daß sie von jenen beschimpft werden, denen sie helfen und beistehen«, sie sich »in die Hand beißen lassen, die ihnen das Futter reicht«, sie »den Völkern, denen blühende deutsche Provinzen zugesprochen wurden, Milliarden und Abermilliarden freiwillig geben, ohne Bedingungen, a fond perdu«.

Auf die rhetorische Frage, was denn ein guter Deutscher nun eigentlich sei, antwortet das Blatt selber: »Ist das einer, der den hemmungslosen Zuzug von Ausländern nach Deutschland freudig bewegt zuschaut? Ist das einer, dem es egal ist, wie es in Deutschland ausschaut? Ist das einer, der selbstlos einen großen Teil seines erarbeiteten Einkommens für Fremde hergibt, die uneingeladen als Dauergäste einreisen? Ist das jemand, der bedenkenlos seine Kinder in Schulen schickt, wo Deutsche in der Minderheit sind? Ist das jemand, den die wachsende Unsicherheit in seiner Heimat und die zunehmende Kriminalität nicht im geringsten stört? ...

Hexenjagd gegen Deutschland

Milliarden hart erarbeiteter D-Mark zahlen die Deutschen jährlich für ihre Zukömmlinge. Sie fühlen sich mehr und mehr als Fremde im eigenen Haus. Wer in Hamburg, Berlin oder Frankfurt am Main mit der Untergrundbahn fährt, kommt sich vor wie im Ausland. Den Ton geben die Zuwanderer an. Und dieser Ton ist laut. Ist nur der ein guter Deutscher, der gedanken- und bedenkenlos zusieht, wie immer mehr Ausländer aus sehr entfernten Kulturkreisen nach Deutschland strömen?«

Im weiteren Text sprach sich das Blatt dagegen aus, die Deutschen immer nur als Zahlmeister zu sehen, denn wenn es so weitergehe wie bisher, »werden die Deutschen nicht mehr zahlen können«. Die ungeheuerlichen Verbrechen der Vergangenheit hätten die Deutschen tief bereut.

Am Schluß wird vor einer Hexenjagd gegen Deutschland gewarnt, sie als »Unverbesserliche, die ewigen Nazis« zu titulieren.

Denn in solch einem Fall drohe die Gefahr, daß sich Deutschland wirklich dahin entwickelt. »Gnadenlose Hexenjagd könnte zu einer Katastrophe führen. Wer ist schuld daran, wenn es so weit kommen würde? Wieder die Deutschen? Nur die Deutschen?«

Diese Zeilen einer israelischen Zeitung sollten sich die deutschen Spitzenpolitiker einmal durchlesen. Sie enthalten mehr Wahrheit, als in den vergangenen Wochen von ihnen gesammelt zu hören war! □

Deutschland

Die Diktatur der Demokraten

Alfred König

»Die Bundesrepublik Deutschland ist der freiheitlichste Staat, der je auf deutschem Boden existierte«, »Die Bundesrepublik ist das Musterbeispiel eines freiheitlichen Rechtsstaates«. Mit diesen und ähnlichen Erklärungen versuchen Politiker aller etablierten Parteien der Kritik an den immer schlimmer werdenden Zuständen hierzulande zu begegnen. In Wirklichkeit entfernt sich dieser Staat aber von Tag zu Tag mehr von dem Wesen einer wahren Demokratie und entwikkelt sich zwar – noch – nicht zu einem linkstotalitären Regime, so aber doch zu einem Land, in dem die Freiheitsrechte einer bestimmten politischen Ausrichtung mit den Füßen getreten werden.

Gerade die Asyldiskussion der jüngsten Zeit sowie die schon an Haß grenzende Auseinandersetzung mit allem, was auch nur den Anschein hat, konservativ oder national zu sein, hat mit Demokratie nicht das entfernteste mehr zu tun. Ganz im Gegenteil trägt es sogar erste, an eine Diktatur erinnernde Anzeichen in sich.

Das Nichtstun der Politiker

Viele werden jetzt sagen »Na, das ist ja ganz schön harter Tobak«; die Fakten werden ihn aber eines besseren – oder genauer gesagt: schlechteren – belehren. Und man muß wirklich den Eindruck haben, daß dies von der Regierung und den im Bundestag vertretenen Parteien absichtlich in diese Richtung gesteuert wird.

Sehen wir uns zuerst einige Fakten an, bevor dann die obige Behauptung bewiesen wird: Das immer stärker und machtvoller werdende Aufkommen nationaler Strömungen wurde durch das Nichtstun der Politiker in der Asylfrage ausgelöst. Auslöser hierfür war die (Teil-)Wiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland, wodurch die ans Schlaraffenland erinnernde Versorgung der (hauptsächlich Schein-)Asylanten erst so richtig sichtbar wurde.

Obwohl die Politiker schon seit mehr als einem Jahrzehnt hier Besserung versprechen, geschah rein gar nichts. So hatte etwa der frühere nordrhein-westfälische Ministerpräsident Heinz Kühn bereits Anfang der achtziger Jahre in verschiedenen Interviews eine Änderung angemahnt – von sich aber auch nichts unternommen, um dies zu ändern –. So sagte er etwa: »Ich wäre glücklich, wenn heute eine Million Türken wieder zurückgingen in ihre Heimat. Denn hier liegt für uns das schwerste Integrationsproblem, auch weil religiöse Probleme eine Rolle mitspielen.«

»Allzuviel Humanität ermordet die Humanität

Wenig später sagte er dann: »Allzuviel Humanität ermordet die Humanität. Eine bestimmte Zahl von Ausländern wird die Bevölkerung im Zusammenleben akzeptieren können. Wenn jedoch eine Grenze überschritten ist, wird sich die Feindseligkeit auch auf jene erstrecken, die wir sogar gern bei uns haben möchten.« Einige Wochen später: »Die Grenze unserer Aufnahmefähigkeit ist erreicht ... Ich bin für Auffanglager. Sie sind nicht unzumutbar.« Ganz in diesem Sinne äußerten sich auch viele andere führende Politiker, ganz deutlich auch Bundeskanzler Kohl. Geschehen ist jedoch rein gar nichts!

Dies führte dazu, daß nach amtlichen Statistiken nahezu jeder zweite von 525584 Ausländern, die 1991 in Europa um Asyl nachsuchten, seinen Antrag in Deutschland stellte. Im Jahre 1992 werden für Deutschland 500000 Anträge erwartet und für 1993 sogar 700000!

Dies hatte zur Folge, daß das Volk den Widerstand in die eigene Hand nahm. Dies war auch kein Wunder, wenn man sich ansieht, daß die Bundesregierung es untätig hinnahm, daß mehr als 95 Prozent Scheinasylanten allein im Jahr 1992 knapp 34 Milliarden Mark kassierten, Geld, das vom Steuerzahler bezahlt wird; Geld, das unbedingt für den Wiederaufbau des durch den Sozialismus ruinierten Mitteldeutschlands gebraucht wird.

Im Artikel 20 des Grundgesetzes heißt es in den Absätzen 3 und 4: »Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden. Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.«

Der Widerstand ist gerechtfertigt

Und genau dieses war und ist gegeben. Die Bundesregierung verspricht seit Jahren, etwas zu tun, unternimmt aber nichts, läßt es vielmehr zu, daß die (Schein-)Asylanten in den vergangenen Jahren insgesamt wohl an die 100 Milliarden Mark ungerechtfertigt erhalten haben, obwohl dieses laut Gesetz verboten ist. Gleichzeitig wurden hierfür die Leistungsgesetze für die Deutschen immer mehr geschmälert. Da die Bürger Deutschlands keine Möglichkeit haben, zum Beispiel in einem Volksentscheid, direkt Einfluß zu nehmen und die Parteien auch allesamt ihre Wahlversprechen gebrochen und damit gegen Artikel 20 Absatz 3 verstoßen haben, ist der Widerstand gerechtfertigt – wenngleich natürlich nicht das Abbrennen von Asylantenheimen –. Doch auch der gewaltfreie Widerstand soll nun per Gesetz gebrochen werden.

Begründet wird dies mit den Gewalttaten gegen Ausländer, die nirgendwo so hoch seien, wie in Deutschland. Dieses ist natürlich alles andere, nur nicht wahr. In Relation zu dem Ausländeranteil gesetzt, sind diese in Deutschland sogar recht gering. Sehen wir uns doch hierzu die amtlichen Statistiken an:

Alleine in England und Wales wurden 1990 2908 »rassistisch motivierte Attacken« registriert. Ein Jahr später waren es bereits 3373. Schottland und Irland sind in dieser Statistik nicht enthalten. Nach ganz Großbritannien kamen 1991 aber nur 44165 Asylanten, nach Deutschland dagegen 255492. Der Ausländeranteil in Großbritannien liegt bei rund drei Prozent, in Deutschland dagegen bei über sieben Prozent. Dagegen gibt es in der Bundesrepublik in diesem Jahr bislang »erst« rund 1600 Anschläge, im vergangenen Jahr waren es erheblich weniger. Wo bleibt denn da der Aufschrei der Welt? Auch ist nicht bekannt, daß die britische Regierung mit einer derartigen Härte gegen »Neonazis« vorgeht, wie die deutsche, die an McCarthys Kommunistenverfolgung in den USA erinnert, nur eben mit umgekehrten Vorzeichen.

So will die Bundesregierung jetzt Rechtsextremisten gemäß Artikel 18 Grundgesetz Grundrechte wie das Wahlrecht, die Versammlungsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung aberkennen, sofern diese Grundrechte zum Kampf gegen die freiheitliche und demokratische Grundordnung mißbraucht werden. Dieses ist in der Geschichte der Bundesrepublik bisher aber noch nie geschehen, selbst bei RAF-Mördern wie Andreas Baader, Ulrike Meinhof und Christian Klar nicht.

»Halt die Schnauze!«

Wie widersinnig die Hatz gegen alles, was auch nur den Anschein hat, rechts zu sein, mittlerweile ist, kennzeichnet folgendes: Die Bundesanwaltschaft wertete den Brandanschlag auf die beiden von Türken bewohnten Häuser in Mölln – noch bevor überhaupt feststand, ob dieser Anschlag überhaupt von Rechten verübt wurde –, wegen des Bekenneranrufs mit der Endung »Heil Hitler« als Hinweis, »daß die noch

unbekannten Täter mit ihrer Straftat zur Wiedererrichtung einer nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland beitragen wollten«.

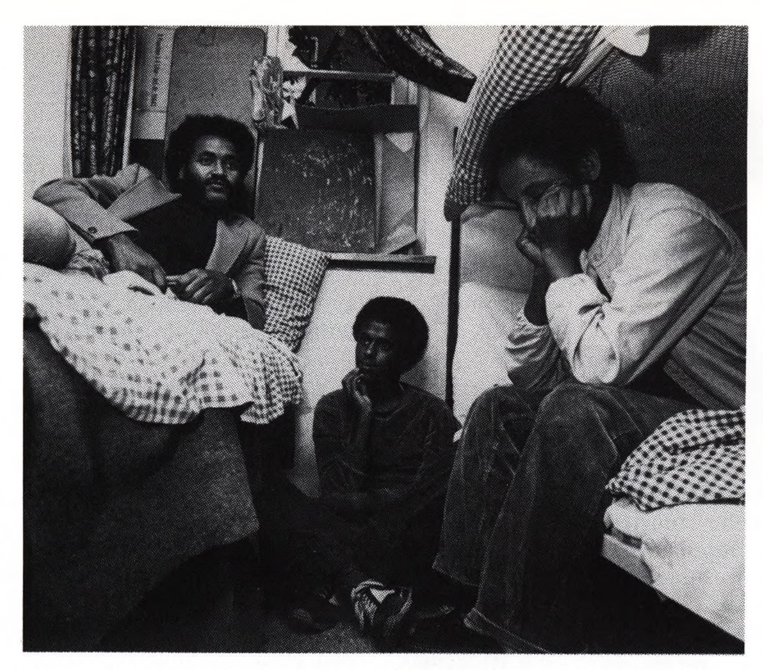
Was für ein hahnebüchener Unsinn! Selbst wenn in allen Städten Deutschlands gleichzeitig jeweils zwei Häuser brennen würden, so wären wir von einem Wiederauferstehen des NS-Staates Lichtjahre entfernt. Ganz abgesehen davon, daß sich ein Nationalsozialismus alter Prägung ohnehin nie mehr verwirklichen lassen würde.

Nach den Anschlägen in Mölln kam es zu einer sehr interessanten Talkshow im 3. NDR-Fernsehprogramm. Zu den Teilnehmern gehörten auch der Sozialwissenschaftler Hepp, der niedersächsische Innenminister Trittin – dem nachgesagt wird, auch heute noch stark kommunistisch geprägt zu sein – sowie der schleswig-holsteinische CDU-Oppositionsführer Hennig. Hepp war der einzige, der in seinen Äußerungen etwas in die Tiefe ging. Da er aber als sehr weit rechts gilt, wurde er geschnitten. Wenn andere fünfmal gefragt wurden, so konnte er nur durch Zwischenreden auch zu Wort kommen.

Durch seine ausgezeichnete Charakterisierung der Lage brachte er Trittin dann kurz vor Sendungsschluß so in Rage, daß dieser Hepp mit haßerfülltem Gesicht mit den Worten anschrie »Halt die Schnauze«, was vom hauptsächlich aus Türken bestehenden Publikum mit lautem Beifall bedacht wurde!

Die tendenziöse Berichterstattung

Als Innenminister soll dieser Mann das Recht auf Meinungsfreiheit, auf Pluralität sichern! Der gleiche Mann, der eine andere Meinung mit dem haßerfüllten Schrei »Halt die Schnauze« abtut. Dies ist der gleiche Mann, der in der selben Sendung erklärte, ein Großteil der Ausländerkriminalität basiere darauf, daß ein Asylbewerber einen anderen in einem anderen Ort besucht, was bekanntlich nicht erlaubt ist. Dabei sind dies nur ganz wenige Fälle, die überhaupt anfallen, und zum anderen scheint Trittin noch nie etwas davon gehört zu haben, wie groß der Ausländer- und Asylantenanteil etwa bei Drogenhandel, Mord, Straßenraub und Vergewaltigung ist.



Das Problem der Asylanten wird immer drängender, aber Bonn diskutiert nur und handelt nicht.

Wie weit ist es mit dem Fernsehen schon gekommen, wenn Türken im deutschen Fernsehen, andere Personen verleumden und/ oder Haßtiraden gegen Deutschland loslassen dürfen? Gleichzeitig wird aber eine riesige Medienkampagne gegen Thomas Gottschalk gestartet, weil dieser den Republikaner-Chef Franz Schönhuber einlud und ihm die Möglichkeit zur Stellungnahme einräumte.

Niemand regt sich aber auf, wenn etwa in der Sendung »Panorama« oder im ARD-Frühstücksfernsehen Autonomen – zum Teil vermummt – die beste Sendezeit eingeräumt wird, um dort zum Kampf gegen rechts aufzurufen. Das wird dann auf entsprechende Beschwerdebriefe hin damit begründet, daß man den Zuschauer informieren muß, wie sich links und rechts gegenseitig aufschaukeln.

Keinen Protest gibt es auch, wenn in Mölln lebende Türken vor laufender Kamera erklären: »Wir Türken sind ein heißblütiges Volk, und wir greifen schnell zur Waffe, wenn man uns bedroht.«

Dafür wird dann die Zensur und das Parteiverbot auf kaltem Wege durchgesetzt. So geschehen bei den Republikanern. Die Reps sind eine zugelassene Partei, die damit durch das Parteiengesetz verpflichtet ist, Parteitage abzuhalten. Dieser wird dann aber von der niedersächsischen Landesregierung kurzerhand verboten, weil ihr angeblich Hinweise vorlagen, wonach am Rande des Parteitags mit schweren Ausschreitungen gerechnet werden müsse.

Die Demokratie wird ad absurdum geführt

Die Verwaltungsgerichte bestätigen diese undemokratische Entscheidung dann auch noch. Nach Anhörung von Polizeibeamten sei man zu der Auffassung gelangt, die Sicherheit am Versammlungsort könne nicht gewährleistet werden, hieß es in der Begründung.

Damit wird aber die ganze Demokratie ad absurdum geführt. Notfalls müssen eben, überspitzt ausgedrückt, 10000 Polizisten aufgeboten werden, um den Parteitag zu sichern. Denn gerade die Parteien- und Meinungsvielfalt wird doch von den etablierten Parteien als eines der größten Verdienste der Demokratie gefeiert. Anscheinend gilt dies aber nicht für rechts!

Auch zeigt dies doch, wo die wirklichen Feinde eines freiheitlichen Rechtsstaates und der Meinungsfreiheit stehen: nämlich links. Bislang ist nämlich nicht ein einziger Fall bekannt geworden, wo etwa eine Versammlung einer linken Partei oder gar ein Parteitag durch rechte Störer verhindert wurde!

In die gleiche Kerbe schlagen dann auch die Kirchen, die den Antisemitismus als »Sünde gegen Gott und die Menschheit« bezeichnen. Gleichzeitig sprechen sie sich gegen eine Änderung des Asylartikel 16 des Grundgesetzes und für die Abwehrung aller Rechtstendenzen aus. Ja, durch die Gewährung von Kirchenasyl für von der Abschiebung bedrohte, sich illegal in Deutschland aufhaltende Scheinasylanten setzt sich die Kirche selber übers geltende Recht hinweg.

Schlußendlich fällt Bundesinnenminister Seiters nichts besseres ein, als eine – zugegebenermaßen extrem – rechte Partei zu verbieten.

Eine Hexenjagd ohnegleichen

Was steht dann am anderen Tag in der Zeitung zu lesen? Man habe bei der Durchsuchung der Wohnungen der Parteimitglieder unter anderem auch Reichskriegsflaggen, Gaspistolen, NS-Literatur und viele andere Beweismittel gefunden.

Kein Wort natürlich davon, daß etwa die Reichskriegsflagge nicht verboten ist, Gaspistolen etwa frei verkäuflich sind und heute von vielen unbescholtenen Bürgern als Selbstschutz gegen Wohnungseinbrüche oder Überfälle auf offener Straße bei sich getragen werden. Und selbst der Besitz von NS-Literatur ist nicht strafbar, sondern lediglich deren Verbreitung oder Tausch.

Man sieht: Alleine die wenigen oben aufgeführten Dinge zeigen, daß eine Hexenjagd ohnegleichen gegen alles, was auch nur den Anschein hat, rechts zu sein, geführt wird. Dagegen bleibt alles, was links ist, unbehelligt. Und so etwas nennt sich dann Demokratie. □



Zuwanderung

Begehrter deutscher Süden

Im Zeitraum von 1988 bis 1992 kamen per saldo voraussichtlich 3,8 Millionen Zuwanderer in den Westen der Bundesrepublik. Ihre Hauptzielgebiete waren vor allem die industriell verdichteten Arbeitsmarktregionen im Süden der Bundesrepublik. Im Jahr 1993 wird sich das Wanderungssaldo in Westdeutschland vermutlich bei 400000 einpendeln – in Mitteldeutschland bewirken Rückwanderung und geringer Wegzug erstmals wieder ein positives Zeichen. Nach einer Modellrechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft steigt die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik insgesamt auf 3,3 Millionen oder eine Quote von 8,5 Prozent.

Mit der Wanderungswelle im Zeitraum von 1988 bis 1991 waren in Westdeutschland 10,8 Millionen Wohnsitzveränderungen verbunden. Davon entfielen 3,1 Millionen auf die Binnenwanderungen und 7,7 Millionen auf die Außenwanderungen.

Orientierung an der Wirtschaftskraft

Von 1988 bis 1991 sind in Westdeutschland 3,2 Millionen Menschen mehr zugezogen als weggezogen – mithin fünf Prozent der Bevölkerung.

Im Durchschnitt dieser vier Jahre liegt der Außenwanderungssaldo damit bei plus 800000 Personen. Das ist eine beachtliche Größenordnung: Zur längerfristigen Stabilisierung des Arbeitskräfteangebots wäre eine jährliche Zuwanderung von 300000 Personen ausreichend.

Die regionalen Wanderungsströme orientierten sich vor allem an der Wirtschaftskraft der einzelnen Bundesländer.

In Berlin-West machten Ende 1991 die Zuwanderungen 7,7 Prozent der Bevölkerung aus. Das ist die bundesweit höchste Zuwanderungsquote. Eine Entwicklung, die nur mit der besonderen Lage der Stadt erklärt werden kann. Es folgen die Länder Baden-Württemberg (5,9 Prozent), der Stadtstaat Hamburg (5,7 Prozent), Hessen (5,6 Prozent), Bayern (5,2 Prozent) und Rheinland-Pfalz (5,1 Prozent).

Die restlichen Bundesländer verzeichnen Zuwanderungsquoten unterhalb des Bundesdurchschnitts. Die niedrigste Zuwanderung hatte das Saarland mit einer Quote von 2,7 Prozent zu verbuchen.
Das bedeutet: Ziel der Zuwanderungen waren weniger die alten Montanregionen, sondern die industriell verdichteten Regionen Baden-Württembergs, Hessens und Südbayerns.

Die Arbeitslosigkeit wird in Westdeutschland in diesem Jahr knapp unter der Zwei-Millionen-Grenze bleiben.

In Westdeutschland ist damit die Bevölkerung seit Anfang 1989 um 3,4 Millionen auf derzeit 65,1 Millionen Menschen angewachsen. In Mitteldeutschland ist die Bevölkerung im selben Zeitraum um 1,1 Millionen auf 15,6 Millionen Menschen zurückgegangen.

Die Folge davon ist: Die Migration hat das Potential der Erwerbspersonen spürbar erhöht.

In Westdeutschland lassen sich 1992 im Jahresdurchschnitt 32,3 Millionen Menschen dem Erwerbspersonen-Potential zurechnen. Das sind 1,74 Millionen mehr als 1989.

Das Erwerbspersonen-Potential berücksichtigt neben den derzeit 29,0 Millionen Erwerbstätigen auch etwa 3,2 Millionen Personen, die der Stillen Reserve, der Fortbildung und Umschulung sowie der Arbeitslosigkeit zugeordnet werden.

In Mitteldeutschland tritt an die Stelle der Stillen Reserve der gesamte Katalog der arbeitsmarktpolitischen Begleitaktionen – beginnend mit dem Vorruhestand und endend mit der Warteschleife im Öffentlichen Dienst. Folge:

Das gesamte Unterbeschäftigungs-Potential in den neuen Bundesländern erreicht derzeit eine Größenordnung von knapp 3,2 Millionen Personen – mithin 40 Prozent des gesamten Angebots an Erwerbspersonen.
Zum Vergleich: In Westdeutschland liegt das Unterbeschäftigungsvolumen bei knapp 2,2 Millionen – das sind 7 Prozent des Angebots an Erwerbspersonen.

Die Prognose für 1993

Für Westdeutschland zeichnet sich ab, daß der Wanderungssaldo von 600000 im Jahr 1992 auf 400000 im Jahr 1993 zurückgeht. Damit wird eine geringere konjunkturelle Reaktion der Zuwanderung unterstellt. Für Mitteldeutschland wird erstmals seit der Wende wieder ein positiver Wanderungssaldo erwartet. Der Grund: Rückwanderungen von Mitteldeutschen angesichts der schwächeren Konjunkturentwicklung in Westdeutschland sowie weniger Fortzüge aus den neuen Ländern.

Die Prognose für 1993: In Mitteldeutschland wird sich das Erwerbspersonen-Potential auf rund neun Millionen Menschen reduzieren. In Westdeutschland führt dagegen die anhaltende Zuwanderung zu einem weiteren Anstieg dieses Potential auf 32,4 Millionen Erwerbspersonen.

Bei der für das Jahr 1993 unterstellten Beschäftigungsentwicklung wird im Westen der Bundesrepublik die registrierte Arbeitslosigkeit nur dann knapp unter der Zwei-Millionen-Grenze bleiben, wenn die Stille Reserve weiter aufgestockt wird, die Kurzarbeit zunimmt und die Arbeitsmarktpolitik in vergleichbarem Umfang wie 1992 aktiv bleibt. Damit wird ein Anstieg der Arbeitslosenquote in Westdeutschland von 5,8 Prozent auf 6,3 Prozent für 1993 erwartet.
Geht der Beschäftigungsabbau über das in der Konjunkturprognose unterstellte Ausmaß hinaus, wird ein Überschreiten der Zwei-Millionen-Grenze nicht zu verhindern sein.
In Mitteldeutschland wird die Zahl der Erwerbstätigen auf 6,1 Millionen zurückgehen – vorausgesetzt die Arbeitsmarktpolitik hält in etwa das hohe Entlastungsniveau des Jahres 1992. Gleichzeitig läßt sich ein Rückgang bei den Kurzarbeiterzahlen prognostizieren – und zwar um gut die Hälfte auf etwa 200000. □

Banker-Journal

Ukrainischer Ministerpräsident weist Schocktherapie zurück

Der ukrainische Ministerpräsident Leonid Kutschma wies in einem Interview in der französischen Tageszeitung »Le Figaro« das polnische Modell der »Schocktherapie« zurück. Gleichzeitig lobte Kutschma das »China-Modell« der Sklavenarbeit als Schein»alternative« zur Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF). Rückendekkung für das chinesiche Modell, gekoppelt mit Angriffen auf den IWF und dessen »Schocktherapie«, ist in den letzten Wochen kennzeichnend für die Fraktion des militärisch-industriellen Komplexes in der ehemaligen Sowjetunion, einschließlich des Vorsitzenden der Bürgerlichen Gewerkschaft, geworden.

»Ich verstehe die Situation in Ungarn. Ich verstehe andererseits nicht die Privatisierung ›à la Polonaise‹, sie ist wie ein Erdbeben. Im Gegensatz dazu mag ich die chinesische Variante«, äußerte Kutschma. Befragt: »Einschließlich der politischen Konsequenzen?«, erwiderte Kutschma: »Sie verstehen sehr gut, was ich sagen will. Dies ist keine Angelegenheit von Panzern. Jedenfalls ist das, was die Chinesen in erster Linie getan haben, die Verteilung von Land an die Bauern. Außerdem wurden freie Wirtschaftszonen geschaffen.«

»Le Figaro« beharrte: »Wie kann dies auf Ukraine übertragen werden?«. Kutschma meinte, daß solche Zonen in »der Krim, Odessa und hinter den Karpaten« geschaffen werden könnten« und fügte hinzu, daß die entsprechende Wirtschaftsstruktur offensichtlich die Vermeidung einer politischen Unstabilität verlangt.

Kutschma steht dem IWF kritisch gegenüber und meint, obwohl er die Kooperation mit dem IWF begrüße, diese »ohne Diktat« erfolgen muß, besonders wenn der IWF übermäßig harte Haushaltskürzungen verlangt.

Wie »Le Figaro« schreibt, machte Kutschma seinen ersten Auslandsbesuch nach Rußland und traf am 22. Oktober 1992 in Moskau ein. Er unternehme diese Reise, »schon bevor er sein Kabinett zusammengestellt hat«. Kutschma hob die Bedeutung der Beibehaltung guter Beziehungen mit Rußland hervor und stellte fest: »Heute zu sagen, daß wir einen anderen Weg einschlagen werden als Rußland ist nicht seriös. Wir müssen unsere jeweilige Wirtschaftspolitik mit einander in Einklang bringen, das bedeutet aber nicht, daß Ukraine sich Rußland unterwerfen muß«. □

Finnland kauft US-Jagdflugzeuge

Der finnische Verteidigungsminister, Elisabeth Rehn, die zu einem »Privatbesuch« in Washington weilte, gab auf einer Pressekonferenz im National Press Club bekannt, Finnland werde für seine kommende Generation Jagdmaschinen amerikanischer Herkunft vom Typ F/A-18-Hornet kaufen. Dies wäre das erste Mal, daß Finnland jemals amerikanische Jäger gekauft hat.

Sie sagte, Finnland vertrete weiterhin eine »bismarcksche Ansicht« über seine unmittelbare Sicherheitsumgebung: »Daß Rußland niemals so stark – oder so schwach ist – wie es den Anschein hat.« Sie sagte: »Es hat ein stetiger zahlenmäßiger Aufbau russischer Truppen an der finnischen Grenze stattgefunden«, was, wie die Russen nachhaltig versichern, eine »vorübergehende Situation« darstellt, basierend auf dem Abzug von Truppen aus den Ländern des Warschauer Pakts und aus den baltischen Staaten.

Frau Rehn meinte, es habe Verbesserungen in der Qualität russischer Boden-Angriffsflugzeuge und Kampfhubschrauber sowie der Panzer gegeben.

In einem Gespräch mit unseren Korrespondenten erwähnte Frau Rehn, daß es den Finnen nicht gelungen sei, eine Zusammenkunft mit dem russischen Verteidigungsminister Pawel Gratschew zustandezubringen. Sie raten ihren estländischen Kollegen, Bürgerrechte für Russisch sprechende Bürger in Estland einzuführen, um jeden Vorwand für eine Reaktion seitens der Russen zu beseitigen. □

NAFTA wird US-Bekleidungsindustrie auslöschen

Ein Bericht über das North American Free Trade Agreement (NAFTA), der kürzlich für eine Sonderkommission des Senats des Staates New York erstellt wurde, kommt zu dem Schluß daß die Bekleidungsindustrie des Staates mit 88000 Arbeitsplätzen »praktisch ausgelöscht« werde, schrieb die »New York Times«.

Es sei »höchst unwahrscheinlich«, heißt es in diesem Bericht, daß der Staat New York von einem Freihandelsabkommen mit Mexiko ebenso wie von dem Freihandelsabkommen mit Kanada von 1989 profitieren wird. Die Vereinbarung von 1989 zog mehr als 80 kanadische Firmen, meistens kleinere, allein in den Bereich Buffalo an, um Nutzen daraus zu ziehen, da amerikanische Arbeitskräfte um zehn Prozent billiger als kanadische Arbeitskräfte sind. Die Studie kommt zu der Schlußfolgerung, daß die in Mexiko verfügbaren weit billigeren Arbeitskräfte einen Run zum Süden von Firmen sowohl aus den Vereinigten Staaten als auch aus Kanada zur Folge haben werde. Die Gewerkschaft AFL-CIO schätzt, daß seit 1979 allein der Staat New York 813000 Arbeitsplätze an Mexiko verloren hat.

Die »New York Times« stellte fest: »Leitende Herren und Wirtschaftswissenschaftler sind sich darüber einig, dies werde sich insgesamt auf die Region so auswirken, daß ein schon lange bestehender, vielleicht unumkehrbarer Verlust an Fertigungsbetrieben, besonders der kleineren, beschleunigt wird ... Es könne kaum bezweifelt werden, daß die größten Vorteile den Finanz-Dienstleistungsindustrien zugute kommen werden.« □

Malthusianische Zustände rückgängig machen

Ein Vorschlag zur vorläufigen Einstellung aller Darlehen, die von der Annahme einer malthusianischen Politik abhängen, wurde auf der Konferenz Lateinamerikanischer Bischöfe (CELAM) von einer Gruppe katholischer Laien gemacht.

»Wir wissen und haben Beweise dafür, daß Darlehen aus verschiedenen internationalen Agenturen in den letzten 20 bis 30 Jahren davon abhängig gemacht wurden, daß die Empfängerländer Programme zur Geburtenbeschränkung aufstellen«, klagte Cristina Vollmer, Leiterin der Laiengruppe, an. Wenn Schuldnerländer über eine solche Politik murren, dann werden ihnen einfach Kredite verweigert. »Geburtenbegrenzung in Lateinamerika und in der Karibik ist eine Form des Rassismus, die multinationale Großgesellschaften stark begünstigt«, sagte Frau Vollmer, eine Venezuelanerin, die im Juni 1992 Gesandte des Heiligen Stuhls beim Erd-Gipfel in Rio de Janeiro war. Sie nannte vor allem die Ford- und Rockefeller-Stiftungen, die eine solche Politik koordinieren, und fügte hinzu, sie sei »sicher«, daß die US-Agency for International Development (AID) und die Weltbank auch eine derartige Politik treiben. □

Kontrolle von Geheimgesellschaften in Britannien

»Spitzengeschäftsleute in Britanniens geheimster Gesellschaft, den Freimaurern, werden mehr und mehr unter Druck gesetzt, aufzustehen und gezählt zu werden. Es wächst der Argwohn darüber, wie weit der lange Arm ihres Ordens zu den Korridoren

der Firmenmacht hinunterreicht«, berichtete Reuters in einem Artikel darüber, wie »Geheimgesellschaften sich in der britischen Geschäftswelt mehr und mehr unter die Lupe nehmen lassen müssen«.

»Viele der 8500 Logen in Britannien konzentrieren sich besonders um besondere Institutionen, seien es Regierungsstellen, Behörden, professionelle Berufe oder einzelne Firmen, herum. Hunderte von ihnen durchsetzen Londons Finanzdistrikt, die City, deren Oberbürgermeister oft ein hochstehender Freimaurer ist«, berichtet Reuters.

»Die Bank of England hat ihre eigene Loge und auch gemeinsame Dealer.«

»Angestellte von Verrechnungsbanken, Midland, National Westminster und Lloyds, haben mindestens je eine Loge, letztere das Black Horse of Lombard Street, nach ihrem Logo und Hauptsitz genannt.

Britanniens größte Bank, Barclays, hat laut Mitteilung eines kürzlich in Ruhestand getretenen leitenden Direktors und langjährigen Freimaurers bis zu vier Logen. Er bestreitet jedoch, daß sich Logenmitglieder gegenseitig eine hilfreiche Hand reichen ... Im Juli 1992 waren Mitarbeiter der Versicherungsgesellschaft Lloyds tief betroffen von Verlusten in Höhe von mehr als zwei Milliarden Pfund Sterling (rund fünf Milliarden Mark), in dem, was, wie viele glauben, bereits ein Club von Insidern ist, sehr aufgebracht, als sie erfuhren, daß drei größere ›Logen‹ auf dem Markt operieren.«

Im November 1992 wurde dem Parlament ein Gesetzesentwurf vorgelegt, nach dem öffentliche Persönlichkeiten aufgefordert werden sollen, ihre Mitgliedschaft bei den Freimaurern offenzulegen. Falls das Gesetz verabschiedet wird, dann wird es auch auf leitende Herren ehemaliger staatlicher Großunternehmen, die jetzt privatisiert sind, darunter Wasser- und Elektrizitätsgesellschaften, Anwendung finden.

Martin Short, Verfasser von »Inside the Brotherhood«, eine kritische Studie über das Freimaurertum, »kam eine Loge in der Rüstungsindustrie auf die Spur, wo Regierungsbeamte, Militärs und leitende Herren von Rüstungsbetrieben alle Mitglieder waren. Solche Klubs hinter verschlossenen Türen sind genau die Art von Situation, auf die der kommende parlamentarische Gestztesentwurf abzielt.« □

Russische Kritik am IWF

Experten des Internationalen Währungsfonds (IWF) wissen nichts über Rußland, sie verbringen zu viel Zeit damit, ihre Köpfe mit den kulturellen Eliten in Moskau zusammenzustecken und schlechte Ratschläge zu erteilen, sagte Arkady Wolsky, der Führer des industriefreundlichen politischen Blocks Civic Union, zu der italienischen Tageszeitung »La Repubblica«.

Wolsky verdammte solche IWF-Empfehlungen, wie Abwertung des Rubels und Anhebung der Energiepreise sowie anderer Preise auf Weltmarktniveau, in Bausch und Bogen als »ohne jeden Sinn. Wir waren vor dieser Krise der Haupterzeuger von Öl in der Welt. Warum also sollten wir den internen Ölpreis erhöhen? Wir haben dies auf Ratschlag des IWF hin getan, und jetzt bricht der Wert des Rubels zusammen, auf 309 pro Dollar.«
Wolsky wies den Gedanken zurück, daß Rußland ein Embargo des Westens auf Kredite riskiere, wenn es die Politik des IWF zurückweist. »Was für Kredite? Uns wird nichts dergleichen angeboten, und die sogenannten Experten im Fonds verstehen die Probleme Rußlands überhaupt nicht. Wenn man Rußland verstehen will, muß man eine Zeitlang hier leben ... Stattdessen kommen diese Kerle vom IWF hierher, besuchen das Bolschoi-Ballett und geben dann vor, ihre Reformen anzuwenden, als wenn Rußland Texas wäre.«

Ein hochstehender Politiker aus Mitteldeutschland beklagte kürzlich unserem Korrespondenten gegenüber, daß der IWF den Russen befehle, keine deutschen Maschinen, sondern Schnaps und Zigaretten und andere »Dinge, die für den Mann auf der Straße eine Bedeutung haben«, zu kaufen, um den unmittelbaren Druck von der Regierung fernzuhalten. Die Experten des IWF sagen der russischen Regierung, sie werde keine westlichen Kredite zur Einfuhr von Maschinen, sondern nur für Verbrauchsgüter und Arzneien bekommen. Dies bedeutet, daß Rußland nicht einmal Zigaretten-Herstellungsmaschinen aus Mitteldeutschland kauft. Diese kurzsichtige Politik ist auf allen Sektoren der Wirtschaft in Rußland zu beobachten, sagte er. Rußland kauft kein landwirtschaftliches Gerät und benötigt verzweifelt Ersatzteile für Industrie-Kräne, Werkzeugmaschinen und andere industrielle Fertigteile. □

Die Theorien von Gary Becker

Die »Theorien« von Gary Bekker, Träger des Nobelpreises für Wirtschaft, sind der Inbegriff der Unmoralität der School of Economics in Chicago. Becker ist ein moderner Benthamit, der freie Marktwirtschaft und kostengünstige Analysen auf Dinge wie Eheschließung, Scheidung und Aufzucht von Kindern anwendet. Zu seinen Vorschlägen gehören die Beseitigung der Mindestlöhne und die Legalisierung von Drogen, angefangen mit Marihuana.

Im »Wall Street Journal« schrieb Becker einen Kommentar mit der Überschrift: »A Nobel Idea: Free Market Immigration«. Anstatt die ansteigende Welle von Einwanderern auszuweisen, schreibt Becker, »wäre es ein guter Gedanke, einen Preismechanismus an die Stelle der komplizierten Kriterien, die derzeit die legale Einreise bestimmen, zu setzen. Die beste Politik in diesem Sinne wäre die Versteigerung von Einreisegenehmigungen an Höchstbieter auf einer Auktion.«
Becker schlägt vor, daß Einwanderern 50000 Dollar berechnet werden, um in die Vereinigten Staaten einreisen zu können.

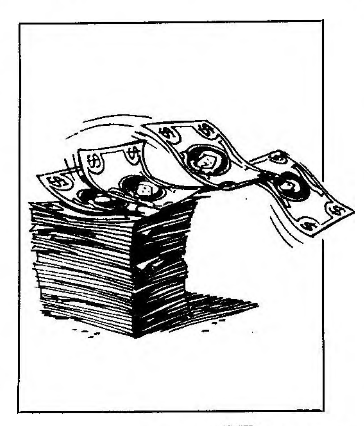
Das »Wall Street Journal« begrüßte Beckers Vorschläge als von jemandem kommend, der als Pionier »Theorien vernünftigen Verhaltens aufgestellt hat, wonach Menschen kein Gemüse sind, sondern auf Situationen so reagieren, daß, wie sie glauben, ihr Eigeninteresse maximal gefördert wird.« □

Schweden gewährt Banken unbegrenztes Bailout

Schweden gab unbegrenzte Bürgschaften für seinen Banksektor bekannt. Damit soll ein Sicherheitsnetz geschaffen werden, um weitere Zusammenbrüche unter den Handelsbanken und Sparkassen zu verhindern, berichtete Reuters.

»Das Paket könnte viele Milliarden Kronen beinhalten, aber es ist heute unmöglich, zu spekulieren, wie viele es sein werden«, sagte der stellvertretende Finanzminister Bo Lundgren auf einer Pressekonferenz, als er einen Gesetzesentwurf vorlegte. Unabhängige Finanz- und Versicherungsfirmen, die ebenfalls durch die durchhängende Wirtschaft und einen Zusammenbruch auf dem Immobiliensektor in Schwierigkeiten geraten sind, sind nicht in dem Rettungspaket eingeschlossen.
Die Regierung stellte fest, sie werde Banken und staatseigenen Hypotheken-Instituten für zukünftige Kreditverluste und Verluste bei Erlösen aus Vermögenswerten Darlehen und Bürgschaften sowie außerdem Garantien für neue Kapitalausgaben gewähren.

»Das Mandat ist zwar nicht auf eine bestimmte Summe begrenzt«, heißt es in einer Regierungserklärung. »Wir müssen aber irgendwo einen Schlußstrich ziehen, und nach unserer Beurteilung sind Banken Schlüsselstellen im Zahlungssystem, und dort müssen wir unsere Bürgschaften einbringen«, äußerte Lundgren. □



Prognose 1993

Ein ziemlich schwieriges Jahr

Die Konjunkturforscher beurteilen die Entwicklung der deutschen Wirtschaft im kommenden Jahr eher zurückhaltend: Die Aussichten auf weiteres Wachstum sind derzeit ziemlich trübe. Sie dürften sich nur dann aufhellen, wenn Weltwirtschaft und deutscher Export im Laufe des Jahres an Fahrt gewinnen.

Besonders kritisch schätzen die Wirtschaftsforscher die Investitionskonjunktur ein (Tableau). Fast alle Prognostiker erteilen zwar den Bauinvestitionen noch befriedigende Noten. Doch sind die Perspektiven für die Ausrüstungsnachfrage wenig verheißungsvoll:

Weiterer Abbau von Arbeitsplätzen

Schleppendes Auslandsgeschäft, Absatzschwierigkeiten auf dem Inlandsmarkt und eine deutliche Verschlechterung der Gewinnerwartungen schlagen mit einem Minus von bis zu gut vier Prozent auf die Ausrüstungen durch.

Aber auch die Bauwirtschaft muß, verglichen mit dem Boom der Jahre 1988/92, im neuen Jahr deutlich kürzer treten: Der minimale Anstieg des Bauvolumens resultiert vor allem aus einem vergleichsweise hohen Auftragsbestand im Wirtschaftsbau und im Mietwohnungsbau. Erweiterungsinvestitionen werden 1993 kleingeschrieben, so daß nur wenige neue Aufträge für Wirtschaftsbauten zu erwarten sind.

Die Beschäftigung leidet unter der breit angelegten Produktionsschwäche:

Die Prognostiker rechnen durchweg mit einem Abbau von Arbeitsplätzen und mit einem spürbaren Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Die Einkommensperspektiven der privaten Haushalte sind deutlich schlechter als in den Vorjahren. Der lohnpolitische Spielraum ist erheblich enger geworden, zudem kommt die Preisstabilisierung nur zögernd voran.

Die verfügbaren Einkommen der Privathaushalte werden nur im gleichen Tempo steigen wie die Verbraucherpreise: Die Kaufkraft stagniert.

Damit ist auch die Entwicklung des privaten Verbrauchs vorgezeichnet. Er kann nur dann noch zulegen, wenn die Haushalte verstärkt auf ihre Ersparnisse zurückgreifen. Jedoch: In Zeiten steigender Arbeitslosigkeit halten sich die Bürger erfahrungsgemäß beim Konsum zurück und legen das Geld vorsichtshalber auf die hohe Kante.

Kaum Anzeichen für eine Konjunkturerholung

Aus dem Inland sind somit 1993 keine Wachstumsimpulse zu erwarten. Daher richten sich die Hoffnungen auf einen neuen Aufschwung, auf eine baldige Belebung der Weltkonjunktur.

Aber: Abgesehen von gewissen Besserungstendenzen beispielsweise in den USA und in Japan sind Anzeichen für eine weltwirtschaftliche Konjunkturerholung derzeit kaum zu erkennen. So hat auch die OECD ihre Wachstumsprognose 1993 für die Industrieländer von drei auf zwei Prozent nach unten korrigiert.

Deutlich günstigere Aussichten als in den Vorjahren attestiert die OECD den Industrieländern bei der Inflationsentwicklung. Doch gerade hier hat die Bundesrepublik ihre langjährige Vorreiterrolle verloren:

Die Mehrwertsteuer-Erhöhung zum Jahresbeginn hält die Inflationsrate in Westdeutschland vorerst auf dem relativ hohen Niveau von zunächst gut vier Pro-

Prognosen '93 auf einen Blick

Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent (Westdeutschland)

Prognosemonat	11/92	11/92	11/92	12/92	12/92	12/92	12/92
Prognoseinstitut	**IW**	**WSI**	**SVR**	**RWI**	**HWWA**	**IfW**	**Ifo**
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts							
Arbeitsvolumen	–1	–1,1	–1,5	–1,5	–1,5	–1,5	–1,5
Produktivität	1,5	2,1	1,5	2	1,5	1,5	1,0
Bruttoinlandsprodukt	0,5–1	0,9	0	0,5	0	0	–0,5
Verwendung des realen Bruttosozialprodukts							
Privater Verbrauch	0	1,5	0	1	0,5	0	0
Staatsverbrauch	1	2	–1	0	0	0,5	0,5
Ausrüstungen	–1	–4,5	–2	–4	–3,5	–2	–4
Bauten	1	–0,5	1	0,5	1	0,5	1
Vorratsveränderung	5,5	–5,5	3	–5	–4	–5	–20
Export	2,5	4	2	3	1,5	1,5	1,5
Import	2	3,5	1,5	3,5	2	1	1,5
Außenbeitrag	83,5	61	77,5	73	66	76,2	75
Bruttosozialprodukt	0,5–1	–	0	0,5	0	0	–0,5
Einkommensverteilung							
Bruttoeinkommen aus:							
unselbständiger Arbeit	4	4,5	2,5	3	3	2,5	2,5
Unternehmertätigkeit und Vermögen	3	5	1,5	0	3	2,5	–2
Verfügbares Einkommen	3,5	4	3,5	4	3,5	–	3,5
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5
Bruttosozialprodukt	3,5	3,5	3,5	3	4	3,5	3,5

Verwendung des realen Bruttosozialprodukts: WSI: reales Bruttoinlandsprodukt;
IW: Institut der deutschen Wirtschaft Köln; WSI: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB;
SVR: Sachverständigenrat; RWI: Rheinisch-Westfälisches Institut Essen;
HWWA: Institut für Wirtschaftsordnung, Hamburg; IfW: Institut für Weltwirtschaft, Kiel; Ifo: Ifo-Institut München;
Vorratsveränderung und Außenbeitrag: in Milliarden DM; in Preisen von 1985

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Auslandskonjunktur '93

Zunahme gegenüber Vorjahr in Prozent

	Nationale Prognosen	Institute	SVR	Ifo	IW	OECD
Reales Bruttoinlandsprodukt						
Frankreich	1½	1¾	2	1½	2	1,6
Italien	1	1¼	1	1	1	0,8
Großbritannien	1	1¾	2	1½	1½	1,3
Niederlande	1½	1½	1½	1½	1½	1,2
Belgien	1½	1½	1½	1½	2	1,3
Österreich	2½	2	2	2	2	1,8
Schweiz	1½	1½	1	1	1½	1,1
USA	2½	2½	2½	2	2	2,4
Japan	2½	3	2½	2	3	2,3
Verbraucherpreise						
Frankreich	3	2½	2½	2½	3	2,4
Italien	6	6	6½	6	5½	6,0
Großbritannien	3	5	5	5	4½	5,2
Niederlande	3½	3	2½	3	3½	2,3
Belgien	2½	2½	2½	2½	3	2,6
Österreich	3	3½	3½	3½	3½	3,7
Schweiz	3	3½	3½	3½	3½	3,4
USA	3	3	3	3	3	2,5
Japan	2	2	1½	2½	2	1,5

Nationale Prognosen: Mittelwerte aus Prognosen verschiedener Institutionen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

zent. Mehr Stabilität ist erst dann wieder in Sicht, wenn zuvor die Finanzpolitik und die Lohnpolitik ihre Hausaufgaben gemacht haben.

Ein Fünkchen Hoffnung

Die weltwirtschaftliche Großwetterlage wird sich im kommenden Jahr allenfalls graduell verbessern. Wesentliche Exportimpulse für die deutsche Konjunktur sind dennoch vorerst kaum zu erwarten: Die Investitionstätigkeit im Ausland, wichtiger Bestimmungsfaktor für die Weltmarkt-Chancen der Bundesrepublik, dürfte so rasch nicht auf Touren kommen.

In allen wichtigen Industrieländern breiten sich Konjunktursorgen aus. Die angelsächsischen und skandinavischen Länder rutschten schon 1990 in eine Rezession. Nun folgen auch die anderen europäischen Länder.

Japans Wirtschaft erlebt derzeit den tiefsten konjunkturellen Einschnitt seit 20 Jahren. Im zweiten Quartal '92 stagnierte das reale Sozialprodukt, im dritten Quartal ging es saisonbereinigt sogar um 0,4 Prozent zurück. Doch im Unterschied zu fiskalpolitisch handlungsunfähigen westeuropäischen Staaten konnte sich Japan leisten, das Gaspedal voll durchzudrücken. Die Leitzinsen wurden drastisch gesenkt und ein 123-Milliarden-Konjunkturprogramm verabschiedet. Das wird sich 1993 auszahlen.

Bereits im Frühjahr werden sich in Japan die Aufschwungkräfte durchsetzen. Doch erst gegen Jahresende dürfte der mittelfristige Wachstumspfad von gut vier Prozent wieder erreicht werden.

In den USA rechtfertigen inzwischen einige Konjunktursignale vorsichtigen Optimismus. Der Verbraucher-Index und der Frühindikator der US-Wirtschaft zeigen leicht aufwärts.

Der überraschend hohe Zuwachs des Bruttosozialprodukts im dritten Quartal um glatte 3,9 Prozent gegenüber Vorquartal (Jahresrate) hellte die Stimmung der Wirtschaft ebenso auf wie der Wahlsieg Clintons.

Nach den meisten Prognosen wird sich das Inlandsprodukt der USA um gut zwei Prozent erhöhen.

In Westeuropa kommt der Aufschwung noch nicht so recht in Gang.

Die Wirtschaftspolitik der meisten Länder leidet darunter, daß der Staat mangels Finanzmasse nur in kleinen Dosen gegensteuern kann.

Hinzu kommt: Der bis Anfang 1992 noch prosperierende deutsche Absatzmarkt ist inzwischen auch in den Strudel der Rezession geraten.

Das Wirtschaftswachstum bleibt 1993 mit nur 1,5 Prozent in ganz Westeuropa deutlich unterhalb der mittelfristigen Möglichkeiten.

Konsequenz dieses Szenarios für die deutschen Exporteure: Ihre Absatzchancen werden durch die schleppende Entwicklung der wichtigsten Märkte in engen Grenzen bleiben. Vor allem: Die Investitionstätigkeit wird bei unterausgelasteten Kapazitäten weltweit schwach bleiben. Das trifft den deutschen Export, der sich zur Hälfte aus Investitions-Gütern zusammensetzt.

Es ist daher zu befürchten, daß ein wachsender Teil der weltweit erteilten Orders eher in ausländischen als in deutschen Auftragsbüchern landet.

Es gibt allerdings auch einige positive Entwicklungen im weltwirtschaftlichen Umfeld, die sich im Jahresverlauf 1993 für deutsche Unternehmen vorteilhaft auswirken könnten:

Nach der europäisch-amerikanischen Annäherung im Agrarstreit bestehen Chancen für einen erfolgreichen Abschluß der GATT-Runde im kommenden Frühjahr.

Osteuropa bleibt zwar auch 1993 ein Bremsklotz für die Weltwirtschaft. Doch werden sich Polen, Ungarn und die Tschechische Republik allmählich stärker in den Welthandel einklinken.

Das beschleunigte Wirtschaftswachstum in China, in den vier fernöstlichen Schwellenländern und einigen südamerikanischen Entwicklungsländern wirkt positiv auf den Welthandel. □

Konjunktur

Morgen-dämmerung im Osten?

Gerhard Fels

Unsere Aufmerksamkeit ist voll beansprucht vom Geschehen in den neuen Bundesländern und in EG-Europa. Was jenseits der östlichen Grenzen Deutschlands geschieht, wird nur am Rande wahrgenommen. Die Staaten des ehemaligen Ostblocks haben sich für einen schwierigen Weg entschieden, der zu Demokratie und Marktwirtschaft westlichen Zuschnitts führen soll. Wie er verlaufen wird, steht keineswegs fest. Gerade die Deutschen kann es nicht gleichgültig lassen, ob der Weg zum Ziel führt oder ob er in lateinamerikanischen Zuständen endet, wenn nicht gar im Chaos von Bürgerkriegen. Dann wäre der Ansturm auf die Wohlstandsburgen des Westens unaufhaltsam.

In Ostdeutschland ist die Talsohle des Transformationsprozesses inzwischen erreicht. Ein sich selbst verstärkender Aufschwung läßt aber noch auf sich warten. Allmählich erholt sich die Produktion, am deutlichsten im Baubereich, bei Handwerk, Dienstleistungen und freien Berufen. Der im internationalen Wettbewerb stehenden Industrie mangelt es aber an wettbewerbsfähigen Produkten und Kostenstrukturen.

Die östlichen Nachbarn haben es leichter

Der Beschäftigungsabbau im industriellen Bereich ist daher noch nicht abgeschlossen, während im nicht-industriellen Bereich vermehrt Arbeitsplätze geschaffen werden. So wird im Laufe des kommenden Jahres auch der Beschäftigungstiefpunkt durchschritten. In der Diskussion ist direktes staatliches Engagement zugunsten der sogenannten alten Industriekerne – ordnungspolitisch ein höchst bedenklicher Weg. Investitionshilfen und allgemein wirkende Maßnahmen zur Absatzförderung sollten statt dessen verstärkt werden.

Im Vergleich zu den neuen Bundesländern haben es die östlichen Nachbarn leichter und schwerer zugleich. Leichter, weil ihnen der Schock einer mehrhundertprozentigen Aufwertung der Löhne, den die Betriebe in Ostdeutschland durch die Währungsunion und die nachfolgende Lohnanpassung hinnehmen mußten, erspart geblieben ist. Sie haben es schwerer, weil die finanzielle Unterstützung von außen eng begrenzt ist, keine Bundesbank für monetäre Stabilität sorgt und die Schaffung einer zur Marktwirtschaft passenden Rechtsordnung im politischen Raum häufig auf Unverständnis und Widerstand stößt.

Die Schwierigkeiten, mit denen die Transformation in Ostdeutschland zu kämpfen hat, hat den Reformeifer der kleineren osteuropäischen Länder nicht gedämpft. Die Preisbildung ist weitgehen den Märkten anvertraut worden, die Privatisierung und Neugründung kleiner Betriebe kommt voran, Anteilsscheine an den großen Betrieben werden den Bürgern angeboten. Allenthalben fehlt es jedoch an Stabilität, in den neu errichteten Demokratien und an Solidität in der Finanz- und der Geldpolitik.

Die Folge sind stark unterbewertete Währungen, die zwar den Export erleichtern und die Importkonkurrenz bremsen, die Einfuhr von Investitions- und lebenswichtigen Konsumgütern aber drastisch verteuern. Immerhin haben die kleineren Reformstaaten ihre Westexporte kräftig ausweiten können, obwohl sie bei Agrarerzeugnissen und industriellen Standardgütern auf Handelsschranken stoßen.

Ungarn, Polen und die frühere Tschechoslowakei sind durch die Europa-Abkommen mit der EG gewisse Handelsvorteile eingeräumt worden. Wenn man diese Abkommen jedoch genauer analysiert, haben sie eher den Charakter der AKP-Abkommen – jener Abkommen, die die Europäische Gemeinschaft mit den früheren Kolonien einiger ihrer Mitgliedstaaten abgeschlossen hat. Bei Produkten, bei denen man vermutet, daß die Vertragspartner nicht wettbewerbsfähig sind, wird Zollfreiheit gewährt. Bei den Produkten jedoch, bei denen diese Länder über konkurrenzfähige Anbieter verfügen, hat die Gemeinschaft sich sehr zögerlich verhalten und lange Übergangsfristen vorgesehen. Dies gilt insbesondere für Agrarerzeugnisse.

Die Westexporte wurden kräftig ausgeweitet

Das ist das alte Schema, das solchen Abkommen zugrunde liegt: Es wird Kapital, technische Hilfe und Beratungshilfe gegeben, aber die einfachste Form der Hilfe, nämlich die der Marktöffnung ist etwas, mit dem man sich in Europa sehr schwer tut. Immerhin will die Gemeinschaft in sieben Jahren den Handel mit den östlichen Nachbarn voll liberalisiert haben. Den Ländern selbst wird eine zehnjährige Übergangsfrist für die eigene Liberalisierung zugestanden.

Es gibt auch bemerkenswerte Erfolge

Nach westlichen Maßstäben ist der Produktionseinbruch, den die postkommunistischen Staaten seit 1989 erlebt haben, katastrophal. In der ehemaligen Sowjetunion, in Rumänien und Bulgarien liegt die Produktion um rund ein Drittel niedriger als 1988, in Polen und der Tschechoslowakei um ein Fünftel und in Ungarn um ein Achtel. Die Arbeitslosigkeit hält sich in Grenzen, aber nur weil viele unrentable Betriebe mit Hilfe der Notenpresse über Wasser gehalten werden. Weite Teile der Bevölkerung sind verarmt, weil die Kaufkraft ihrer Einkommen durch gewaltige Preiswellen ausgehöhlt wurde.

Bemerkenswerte Erfolge haben Polen, die Tschechische Republik und Ungarn bei der Anwerbung ausländischer Investoren verbucht. Aus allen Teilen der entwickelten Welt strömt Risikokapital in diese Länder. Die dortigen Regierungen spielen inzwischen gekonnt auf der Klaviatur der Standortpolitik: Sie bieten von einer langjährigen Steuerbefreiung bis zu neuen Verkehrsanbindungen nach Maß alles, was ein Investor begehrt. Günstige Arbeitskosten von umgerechnet drei bis vier DM kommen obendrauf.

Hongkong vor der Haustür ist längst keine Vision mehr, sondern harte Wirtklichkeit für osteurpäische Standorte, die sich ebenfalls um Auslandskapital bemühen. Durch eigene politische Fehler können die drei Reformstaaten jedoch ihre Attraktivität für internationale Anleger aufs Spiel setzen. Es fehlt bis in die Regierungsparteien hinein nicht an Chauvinisten, die vor Überfremdung und dem Ausverkauf nationaler Werte warnen. Ob die Zahl ihrer Anhänger besorgniserregende Größenordnungen erreicht, hängt vom Tempo der wirtschaftlichen Konsolidierung ab.

Für die neuen Reformstaaten Mittel- und Osteuropas erwartet die OECD im Jahr 1993 ein Ende des Produktionsrückgangs und eine Dämpfung des Inflationsklimas. In den GUS-Staaten ist der Schrumpfungsprozeß noch nicht abgeschlossen, die Inflation scheint ihren Höhepunkt aber überschritten zu haben.

Das Problem der Rohstoffe

Ein Rückgang der Produktion bedeutet nicht zwangsläufig einen Verlust an Wohlfahrt. Häufig ist das Gegenteil der Fall. Verglichen mit Weltmarktpreisen waren in den sozialistischen Wirtschaftssystemen Rohstoffe und andere Vorleistungen unterbewertet, Industriewaren dagegen überbewertet. Nach dem Über-

gang zu Marktpreisen stellen viele Betriebe fest, daß sie Verluste machen. Soweit diese Verluste in Grenzen bleiben und die Umstrukturierung Erfolg verspricht, mag es sinnvoll sein, daß der Staat die Betriebe für eine Übergangszeit unterstützt. Denn auch die Schließung der Betriebe wäre mit sozialen Kosten verbunden. In nicht wenigen Fällen sind die Verluste jedoch so hoch, daß die Betriebe nicht Werte schaffen, sondern vernichten.

Passieren kann das, wenn am Weltmarkt jederzeit verkäufliche Rohstoffe zur Produktion von minderwertigen Industriegütern oder nicht mehr benötigten Waffen eingesetzt werden, die – in Dollar gerechnet – letztlich weniger Wert sind als der Rohstoffeinsatz.

Das Beispiel ist sicher übertrieben, beleuchtet aber das Dilemma: Der Dollar-Wert der Rohstoff- und Energieproduktion Rußlands ist – bei dem gegenwärtigen, sicher wohl unrealistischen Wechselkurs des Rubel – etwa doppelt so hoch wie der Dollar-Wert des russischen Bruttosozialprodukts. Aber auch bei einem wesentlich höheren Wechselkurs wird es noch viele Betriebe geben, die Werte vernichten und deren Liquidation deshalb die Wohlfahrt des Landes erhöht. Das gilt erst recht, wenn durch den Produktionsprozeß auch noch die Umwelt geschädigt wird.

Die Russische Föderation ist ein Fall für sich. Zwischen der Exekutive und dem noch aus der untergegangenen Sowjetunion überkommenen Parlament tobt ein Machtkampf. In der Sache geht es um Tempo und Ausmaß der Reformen. Das von der alten, um ihre Position fürchtenden Nomenklatura durchsetzte Parlament ist der Bremser. Die Entflechtung, Konversion und Privatisierung der großen Kombinationsbetriebe kommt nicht voran.
Gegner des Präsidenten Jelzin sympathisieren mit dem chinesischen Weg, der die großen Staatsbetriebe zunächst unangetastet läßt und nur eine kleine Privatisierung erlaubt. Ministerpräsident Tschernomyrdin hat bereits neue Prioritäten gesetzt, die an die alten erinnern: Mehr Geld für die großen Industriekomplexe aus der Staatskasse.

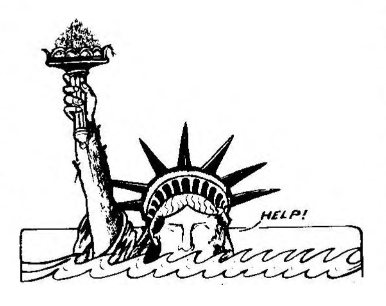
Aber auch dieser Weg ist dornig. Bis heute fehlt es an einer funktionsfähigen Eigentumsordnung, die Vorbedingung dafür ist, daß sich in Landwirtschaft, Handwerk, Handel und Gewerbe ein selbständiger Mittelstand herausbilden kann. Die Bürokratie ist gegenüber Privatinitiativen feindlich eingestellt. Die Gewinnbesteuerung ist konfiskatorisch. Günstige Kredite erhalten bevorzugt Staatsbetriebe. Um überhaupt wirtschaften zu können, müssen sich private Unternehmen in die Grauzone zwischen Legalität und Schwarzmarkt begeben. Dringend erforderlich wäre ein breit angelegtes Programm zum Aufbau mittelständischer Existenzen.

Es fehlt an einer Eigentumsordnung

Eine positive Perspektive für Rußland ist 1993 noch nicht erkennbar. Die Inflation galoppiert und der Rubel ist zu einer Schrumpfwährung geworden. Die Philosophie der Zentralbank erinnert an die der deutschen Reichsbank vor 1923: Sie versucht der Zahlungsmittelknappheit entgegenzuwirken, die durch die hohe Inflation entsteht.

Rußland ist wohl zu groß, um mit einem einheitlichen Reformentwurf in die Marktwirtschaft überführt werden zu können. Insellösungen sind die einzigen, kurzfristig erreichbaren Ziele. In einigen Städten wie Jekaterinburg oder Nishny Nowgorod bahnen sich erfolgversprechende Initiativen an.

Wichtig ist aber, daß die Notenbank die Kontrolle über die Inflation zurückgewinnt und das System der Steuererhebung verbessert wird, damit das Haushaltsdefizit auf eine erträgliche Größe zurückgeführt wird. In einem solchen Rahmen ließe sich dann die Reformpolitik mit besseren Erfolgsaussichten betreiben. □



Kapitalismus

Die Probleme mit den Schulden

Lawrence Dennis

Der Autor, Lawrence Denis hat den Artikel 1933 geschrieben. Er ist Wirtschaftswissenschaftler. Die Leser werden feststellen, daß Dennis Gedanken und Empfehlungen von 1933 die von heute widerspiegeln, und seine Besorgnisse über Schulden und Zinsen stimmen in der Qualität, wenn auch nicht in der Quantität, mit unseren heutigen überein. Darüber hinaus ist seine Lösung des Zinsproblemes auch die gleiche wie die unsrige, nämlich Nichtanerkennung der Schulden.

Es ist für die meisten Menschen eine Neuigkeit, zu erfahren, daß praktisch alle bedeutenden Volkslehrer – Moses, Aristoteles, Jesus, Mohammed und der Heilige Thomas von Aquin, zum Beispiel – die Geldverleihung gegen Zinsen als Wucherei und als moralisch verwerflich verurteilen.

Eine unmoralische gesetzliche Verpflichtung

Man könnte sagen, daß der heutige Kapitalismus mit dem Triumph der Geldverleiher über die Zinsverbote der Kanoniker der Römisch-Katholischen emporgestiegen ist. Die Kanoniker, das sei festgestellt, verboten nicht etwa den Besitz von Privateigentum oder die Einbringung von Landpacht und Geschäftsgewinne. Was sie verboten waren Zinsen, oder unbedingte Verträge zur Zahlung einer bestimmten Geldsumme, ungeachtet der Verwendung der geliehenen Gelder oder der späteren Zahlungsfähigkeit des Schuldners.
Kriege, der laufende Verbrauch von Regierungsbehörden und der laufende Verbrauch durch Einzelpersonen, die Häuser und Luxusgüter erwerben wollen, die sie aus ihrem Einkommen heraus gar nicht bezahlen können, sind für einen Großteil aller offenstehenden zinstragenden Schulden verantwortlich. Zinsen auf Teilzahlungsdarlehen müssen aus dem Lebensstandard des Schuldners heraus bezahlt werden.

Wenn, zusammen mit dem Wachstum der öffentlichen und privaten Schulden, es so geschieht, daß öffentliche und private Einkommen durch solche äußeren Faktoren wie die Eröffnung neuer Kontinente oder der Erwerb ausländischer Märkte erhöht werden, dann ist die Last der Schulden, die durch vergangenen Verbrauch entstanden ist, für die Zinsenzahler vielleicht nicht spürbar. Aber es sind nicht die Zinsen, die die Steigerung des Einkommens verursachen; und es kann nicht damit gerechnet werden, daß Faktoren wie Bevölkerungswachstum oder Besiedlung von Territorien sich für immer so auswirken, wie sie es im 19. Jahrhundert taten, um Schuldenlasten zu erleichtern.

So haben zum Beispiel die Schulden des letzten Krieges weder neue ausländische Märkte für unsere europäischen Schuldner geschaffen, noch neues Land irgendwo in der Welt besiedelt.

Verbrauchsgüter schaffen normalerweise kein Stück Privateigentum um die Zinskosten zu bezahlen. Und was Geld anbelangt, das als Darlehen aufgenommen wird um Kapital zu schaffen, wie Eisenbahnen, Fabriken, Wohn- oder Bürohäuser, so kann es geschehen, wie die Kanoniker erkannten, daß das Einkommen aus derartigem Eigentum negativ ist. Niemand kann zu dem Zeitpunkt, an dem er ein Darlehen aufnimmt, sagen, ob der somit

Kapitalismus

Die Probleme mit den Schulden

geschaffene Vermögenswert in der Zukunft die Zins- und Tilgungskosten aufbringen wird. Da dem so ist, ist es, wie die Kanoniker argumentieren, unmoralisch, eine gesetzliche Verpflichtung herzustellen, der der Schuldner vielleicht nicht nachkommen kann. Schulden sind solche Verpflichtungen.

Die Zinsschulden-Wirtschaft funktioniert nicht

Das Interessante an den Wucherei-Doktrinen der alten Lehrer, die von den heutigen Gelehrten, die von den Früchten der Wucherei und dem Schreiben über Schulden leben, völlig außer Acht gelassen werden, ist, daß jetzt durch die Ereignisse bewiesen wird, daß eine Zinsschuldenwirtschaft nicht funktionieren kann. Es bedarf vielleicht noch mehrerer Persönlichkeiten, um vielen akademischen Geistern die Bedeutung dieser Ereignisse einzubläuen.

Geldschulden schaffen Marktprobleme über die der heutige Kapitalismus jetzt strauchelt. Unter der Feudalherrschaft hatte der Leibeigene Verpflichtungen gegenüber dem Gutsherren, und die Adeligen hatten Verpflichtungen gegenüber dem Prinzen. Aber die Tribute feudaler Zeiten waren stets in Waren und Dienstleistungen zu erbringen. Der Schuldner brauchte nicht zuerst seine Waren und Dienstleistungen auf einem konkurrenzfähigen freien Markt zu verkaufen, um das Geld zu bekommen, mit dem er seine Schulden bezahlen und sein Heim und seine Arbeit behalten konnte.

Anders als der heutige Kapitalismus hatte die Feudalherrschaft die Elemente der Dauerhaftigkeit, und sie könnte immer noch zurückkehren, wenn eine bessere Ordnung des Kollektivismus nicht entwickelt wird.
Die Gesellschaft unter der Feudalherrschaft könnte man in zwei Schichen aufteilen: Diejenigen, die mehr bekamen als sie leisteten, und diejenigen, die mehr leisteten als sie bekamen. Die Gesellschaft unter dem heutigen Kapitalismus kann ebenfalls in Zinszahler und Zinsempfänger aufgeteilt werden. Die Feudalherrschaft konnte 500 Jahre lang und darüber hinaus funktionieren, weil jene auf der Empfängerseite ihr volles Einkommen sofort verbrauchen oder in neue Schlösser, Paläste, Kirchen oder öffentliche Bauten investieren mußten.



US-Präsident Franklin D. Roosevelt stand 1933 vor den gleichen Problemen wie heute Bill Clinton.

Es werden Schulden für den Verbrauch geschaffen

Der heutige Kapitalismus neigt zum Zusammenbruch, weil jene auf der Empfängerseite weder schnell genug konsumieren noch dauerhaftes Eigentum schaffen, sondern danach trachten, einen Teil ihres Gesamteinkommens mit Teilzahlungsdarlehen zu mischen. Es werden Schulden für den Verbrauch geschaffen, mit denen zukünftige Zinszahlungen nicht bestritten werden können.

Ein Cent im Jahr eins halbjährlich mit sechs Prozent Zinseszins angelegt, hätte heute den Geldwert des mehrfachen Gewichtes der Erdkugel in Feingold. Verpflichtungen, Dienstleistungen zu erbringen oder Waren zu liefern und Rechte, dafür Gebühren zu empfangen, ergeben einen Sinn. Geldverpflichtungen und Geldrechte ergeben keinen Sinn und führen zu Weltkrisen, wenn sie durch Zinseszinsen vervielfältigt werden. In seinem Einführungskapitel über »The Nation's Total Interest Debts« (»Die Gesamtzinsschulden der Nation«) unternimmt Evans Clark einen kunstvollen aber erfolglosen Versuch, die Schuldenschwierigkeiten beiseitezuwischen, indem er schreibt: »Es gibt in den Vereinigten Staaten heute keine Schuldnerschicht und auch keine Gläubigerschicht mehr. Die meisten sind beides gleichzeitig.«

Eine solche Erklärung ist Unsinn. Man ist entweder Gläubiger oder Schuldner, je nach seiner Netto-Position alles in allem. Ein Mann, der mehr Zinsen auf angelegtes Kapital einnimmt, als er Zinsen auf seine Privatschulden zahlt, ist offensichtlich ein Gläubiger. Und ein Mann, der mehr an Zinsen zahlt, als er an Zinsen bekommt, ist ein Schuldner.

Es ist absurd, zu sagen, daß ein Bauer, der 1000 Dollar pro Jahr an Zinsen zahlt und 50 Dollar pro Jahr an Zinsen auf eine Versicherungspolice erhält, ebenso Gläubiger wie Schuldner sei.

Unterschied zwischen Kapitalismus und Feudalherrschaft

Der grundlegende Unterschied zwischen dem heutigen Kapitalismus und der mittelalterlichen Feudalherrschaft besteht darin, daß unter der vorherrschenden Ordnung von den Schuldnern verlangt wird, das Unmögliche zu tun. Der amerikanische Farmer und die europäische Regierung, die bei der amerikanischen Regierung in der Kreide standen, wurden aufgefordert, Zahlungen in Dollar zu leisten, die nicht aus dem Verkauf laufend produzierter Güter und erbrachter Dienstleistungen verfügbar waren.

Das Transfer-Problem ist das gleiche für den amerikanischen Farmer wie für die britische Regierung.

Schulden müssen mit Geld bezahlt werden, das bei den derzeitigen Verbraucherpreisen nicht in ausreichender Menge vorhanden ist. Und die derzeitigen Preise sind die unvermeidliche Folge einer verlängerten Periode der Schuldenverringerung, und eine verlängerte Periode der Schuldenerhöhung ist unter einer Schuldenwirtschaft die einzige Möglichkeit, Wohlstand zu genießen. Alle Wege zur Erholung weisen auf die Notwendigkeit hin, weitere Darlehen aufzunehmen oder vorhandene Kredite zu erweitern.

Probleme mit dem Gold und der Geldmenge

Die Bedeutung unserer Aufgabe des Goldstandards besteht darin, daß Schuldenerlaß en masse unter einem Schuldensystem von Zeit zu Zeit unvermeidlich ist, und daß Franklin Delano Roosevelt eine Nichtanerkennung der Verpflichtung unserer Regierung zur Goldklausel (in Schuldverschreibungen) der Zwangsvollstreckung gegen Millionen von Farmen und Häusern und dem Zusammenbruch der meisten Banken unseres Landes vorzieht. Das Weiße Haus sagt, es sei absurd, die Einlösung in Gold beizubehalten, wenn unsere Goldschuld das Zwanzigfache unseres Goldbestandes ausmacht.

Aber das Weiße Haus hätte seine Logik noch weiter treiben sollen. Nach den Zahlen des Twentieth Century Fund belaufen sich unsere Kurz- und Langzeitschulden zusammengenommen auf etwa 237 Milliarden Dollar. Es ist natürlich viel Duplizierung in dieser Gesamtsumme enthalten.

Unsere gesamte in Umlauf gebrachte oder zum Umlauf bereitstehende Geldmenge beträgt nach derzeitigen Währungsgesetzen weniger als 15 Milliarden Dollar. Es gibt daher nicht genug Papierdollar, um Schulden zu bezahlen. Daher hätte das Weiße Haus sagen können: »Wir wollen sowohl die Schulden als auch die Verpflichtung zur Goldklausel abschaffen.«

Die Inflationisten schlagen vor, jeder Schwierigkeit unzureichenden Geldes durch Beschaffung von Geld oder Depots von Amts wegen entgegenzutreten. Aber sie vergessen, daß Darlehensverträge keinen Sinn haben, wenn die Kaufkraft der Währung nicht beibehalten wird. Die Befürworter einer dirigierten Währung glauben, die Kaufkraft des Dollar besser stabilisieren zu können als den Goldstandard.

Möglicherweise könnten sie ihre Sache mit geplantem Geld ebenso gut machen, wie mit der Einhaltung eines festen Verhältnisses zwischen einem seltenen Metall wie Gold und der fehlenden Geldmenge, Geldvolumen, vorausgesetzt, daß die Währungs-Manager den Anstieg der Schulden verhindern können. Aber wie kann eine Erhöhung der Schulden verhindert werden, wenn die Geldverleiher als Ganzes ihr gesamtes Zinseinkommen außerhalb des Darlehensbereiches weder ausgeben noch investieren wollen?

Die angeblichen Vorteile von Schulden

Mr. Clarks Symposium über »Internationale Schulden der Vereinigten Staaten« geht den Grundlagen des Schuldenproblems aus dem Wege. Aus den allgemeinen Empfehlungen geht hervor, daß es zwei Lösungen für das Schuldenproblem gibt. Die erste setzt unsere Wirtschaft als gegeben voraus und versucht, das Schuldenproblem durch Anpassungen auf der Schuldenseite zu lösen. Dies bedeutet größere und bessere Hypotheken-Zwangsvollstreckungen, Konkurse, Bankenzusammenbrüche und Umorganisierung, um die Schulden auf derzeitige Preise herunterzudrücken.

Die zweite Lösung akzeptiert die Schulden als gegeben und strebt danach, die Wirtschaft ihrem Vorhandensein anzupassen.

Das bedeutet Anhebung der Preise und Produktion auf einen Stand, der den derzeitigen Schulden entspricht. Die Empfehlungen des Buches begünstigen die zweite Methode und den Zweck: Erstens, sofortige Hilfsmaßnahmen diskriminierender Natur, die darauf abzielen, nur dort zu helfen, wo es notwendig ist, um Kreditverluste durch Konkurse oder Zwangsvollstreckungen abzuwenden – die akademischen Experten sind offensichtlich am meisten um die Einkommen der Zinsempfänger besorgt –; zweitens, inflationäre Maßnahmen um eine Erholung herbeizuführen durch Verbreiterung der zugrundeliegenden Kreditbasis und deren verstärkte Verwendung, öffentliche Ausgaben für Bauten, die großzügig zu Starthilfen verwendet werden.

Die Vorteile der Schulden werden wie folgt dargelegt und verteidigt:

(1) Größere verhältnismäßige Sicherheit in dem Versprechen eines Schuldners als in dem Eigentumsinteresse des Besitzers eines Stück Eigentums. Der Geldverleiher ist der abwesende Kapitalist, der den Risiken des Unternehmertums und der Geschäftsführung aus dem Wege gehen will und auf gewisse zweifelhafte Chancen größerer Erträge, um der größeren Sicherheit willen, verzichtet. Er genießt die besondere Sympathie der Gelehrten, deren Stipendien weitgehend aus Zinsen finanziert wird.

Die Interessen der Hochfinanz

(2) Mangel an der Art von Verantwortlichkeit, wie sie dem Besitz von Land oder Stammaktien oder einem Geschäft, das persönliche Aufmerksamkeit erfordert, anhaftet. Verantwortungslose und abwesende Eigentümer sind dem Geldverleiher teuer.

(3) Größere Liquidität oder Leichtigkeit der Umwandlung in Bargeld wird in anderen Arten von Eigentum entdeckt. Größere Liquidität dient den spekulativen Interessen der Hochfinanz an der Wall Street.

Die einzigen schwerwiegenden Nachteile der Schulden, die von den Verfassern dieses Buches wahrgenommen werden, sind diejenigen, die aus Preisschwankungen erwachsen. Sie nehmen an, daß, wenn der Dollar in seinem Wert nicht sehr stark schwankt, Darlehen ausreichend produktiv und Schuldner in ausreichendem Maße in der Lage sein werden, ihre Zinslasten zu tragen. Das alte Argument »Schulden sind zweckmäßig angelegte Ersparnisse« wird vorgebracht, ohne einschränkend zu erläutern, daß im Falle sehr vieler Darlehen die Ersparnisse für Krieg, Verbrauchsausgaben oder erfolglose Geschäftsunternehmen verwendet werden.

Die Grundprobleme der Zinsen werden daher beharrlich ignoriert. Indem er die Meinung vertritt, daß das, was an Schulden zu beanstanden ist, vorwiegend auf die zum größten Teil unstabilen Preise zurückzuführen sei, umreißt der Verfasser allgemeine Empfehlungen als Schritte zur wirtschaftlichen Stabilität und eine Reihe von Maßnahmen zur Kontrolle des Geldes und zur Schaffung von Neukapital. Es wird nicht anerkannt, daß »stabil« in der Praxis »statisch« bedeutet, und daß statisch eine Negierung des Fortschritts oder der Veränderung bedeutet.

Grundprobleme der Kreditkontrolle

Das Grundproblem jeder stabilisierenden Kreditkontrolle besteht darin, einigen Leuten die Möglichkeit zu geben, zu verleihen und zu borgen, während andere daran gehindert werden, dies zu tun. Kreditbegrenzung muß eine Expansion verhindern, die nicht mehr im richtigen Verhältnis zur Produktion steht. Überbezahlte Expansion findet natürlich immer in Zeiten der Hochkonjunktur statt.

Nehmen wir einmal an, 1929 hätte ein Kreditbegrenzer entschieden, daß anstatt der zehn Milliarden neuer Wertpapiere, die in jenem schicksalhaften Jahr auf den Markt geworfen wurden, sechs Milliarden Dollar die richtige Menge gewesen wäre. Wie hätte er die Fairneß oder Weisheit folgender Entscheidungen rechtfertigen können:

(1) Den Erlaß, daß dem Manipulierer eines Stück Landes, nicht aber dem Manipulierer zweier anderer Stücke Land gestattet werden soll, von willigen Geldverleihern Geld zum Bauen zu borgen?
(2) Einer Industrie anstatt anderen Bürgern Gelder zur Expansion zuzuweisen?
(3) Investitionskapital einer Region anstatt einer anderen zu bewilligen?

Kontrolle durch die Regierung an Stelle des Spiels eines verhältnismäßig freien Marktes erscheint mir dort undenkbar, wo das Geld zum privaten Profit anstatt zum öffentlichen Wohlergehen ausgegeben wird.

Eine schuldenfreie Wirtschaft scheint zweckmäßiger zu sein, als ein System der Regierungsplanung für sechs Prozent und Sicherheit. Es ist leicht für den Staat, sich zu weigern, unbedingte Verträge für zukünftige Zahlungen in Geld zu erzwingen. Kapitalisten können leicht dazu gezwungen werden, alle mit Investitionen zusammenhängenden Risiken zu übernehmen. Staaten und Einzelpersonen können veranlaßt werden, zu zahlen so wie es geht und innerhalb ihrer Einkünfte zu leben.

Die Essenz des Schuldenproblems ist, daß der Staat es unternimmt, unmögliche Verträge zu erzwingen. Der Staat muß schließlich durch Prozesse der Zahlungsunfähigkeit, Nichterfüllung von Schulden oder Abwertung der Währung doch darauf verzichten, dies zu tun. Das Dumme daran ist, daß unter einem Schuldeneintreibungssystem immer erst dann über die Schuldenlast endgültig verfügt werden kann, wenn das Wirtschaftsleben des Volkes schon seit langem zerrüttet ist.

Die Volkslehrer erfaßten dieses Problem vor über 2000 Jahren. Die gelehrten Empfänger von Wuchergeldern weigern sich jedoch immer noch, das eigentliche Schuldenproblem zur Kenntnis zu nehmen. □

Deutschland

Wirtschaft steuert in eine Rezession

Gerhard Baader

Die deutsche Wirtschaft steuert geradewegs in eine Rezession. Was noch vor Jahresfrist niemand so recht für möglich gehalten hat, ist traurige Wahrheit geworden. Vor allem aufgrund einer völlig falschen und unverständlichen Politik der Bundesbank muß für dieses Jahr in den sogenannten alten Bundesländern mit einem Schrumpfen der Wirtschaft gerechnet werden.

So erwartet das Münchener Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung für Westdeutschland eine »milde Rezession«. Dabei soll das Bruttoinlandsprodukt um ein halbes Prozent zurückgehen. Für West- und Mitteldeutschland geht das Wirtschaftsforschungsinstitut also von einem sogenannten »Nullwachstum« aus, wobei für Mitteldeutschland ein Wachstum von acht Prozent angenommen wird. Die Zahl der Arbeitslosen soll dabei auf mehr als vier Millionen Personen steigen. Hierbei habe man sogar eher optimistische Annahmen zugrunde gelegt.

Ein sich selbst verstärkender Abschwung

Die westdeutsche Konjunktur läuft dabei nach Angaben des Leiters der Volkswirtschaftlichen Abteilung von Ifo, Willi Leibfritz, Gefahr, in einen »sich selbst verstärkenden Abschwung« zu geraten, wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert werde. Die Erwartungen der Unternehmen seien dabei ähnlich pessimistisch wie während der früheren Rezession Mitte der siebziger und Anfang der achtziger Jahre.

Die aktuelle Lage sei allerdings noch nicht so schlecht. So sieht Ifo besonders in der Industrie im ersten Halbjahr einen Rückgang bei der Produktion um »satte drei Prozent«.

Der verbreitete Pessimismus bei Investoren und Verbrauchern und die in den vergangenen Monaten weiter rückläufige Bestelltätigkeit aus dem In- und Ausland ließen erwarten, daß die westdeutsche Konjunktur in der ersten Jahreshälfte 1993 in eine rezessive Phase gerate, die sich allerdings bereits im zweiten Halbjahr wieder verbessern könne.

Die Prognose sei jedoch mit erheblichen Risiken behaftet, sagte Leibfritz. So könne sich die Rezession durchaus noch verschärfen. Die Investitionspläne der Industrie dürften 1993 das Vorjahresniveau real um etwa zehn Prozent unterschreiten. In den übrigen Wirtschaftsbereichen, insbesondere im Dienstleistungsbereich, sei die Investitionsneigung stabiler, so daß die Ausrüstungsinvestitionen insgesamt um etwa vier Prozent sinken dürften.

Der Hauptschuldige ist die Bundesbank

Vom privaten Verbrauch werden ebenfalls keine Konjunkturimpulse erwartet. Den Preisanstieg sehen die Ifo-Wissenschaftler 1993 mit rund 3,5 bis vier Prozent nur wenig geringer als im Jahr 1992 mit rund vier Prozent (das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, DIW, geht dagegen von einer stärker sinkenden Inflation aus; die Redaktion).

Leider nennt das Ifo-Institut einen der, wenn nicht gar den Hauptschuldigen nicht beim Namen: nämlich die Deutsche Bundesbank. Sicherlich ist richtig, daß auch die von der Bundesregierung vorgegebenen Rahmendaten, vor allem die völlig ausufernde Staatsverschuldung und das ewige Gerede, welche Steuern denn noch erhöht werden könnten, sowie das ewige »Hü-Hott« aller möglichen Spitzenpolitiker, alles andere als vertrauenserweckend sind, dies wiegt aber nicht einmal annähernd so schwer wie die Skandalpolitik der obersten deutschen Währungshüter.

So betonte etwa Bundesbank-Präsident Helmut Schlesinger bei der Vorstellung des Geldmengenziels für 1993, dessen Zielkorridor erfreulicherweise von 3,5 bis 5,5 Prozent auf 4,5 bis 6,5 Prozent erhöht wurde, daß die Notenbank in erster Linie nicht zur Sicherung eines Wirtschaftswachstums, sondern zur Sicherung der Geldwertstabilität da sei.

Dieses ist natürlich hahnebüchener Unsinn. Man muß nur in den Paragraph 12 des Bundesbankgesetzes schauen. Dort steht: »Die Deutsche Bundesbank ist verpflichtet, unter Wahrung ihrer Aufgabe die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen.«

Dies klingt also ganz anders, als was Schlesinger und treue Journalisten-Vasallen der Öffentlichkeit weismachen wollen. Zwar heißt es unter Paragraph 3 (»Aufgabe«) auch: »Die Deutsche Bundesbank regelt mit Hilfe der währungspolitischen Befugnisse, die ihr nach diesem Gesetz zustehen, den Geldumlauf und die Kreditversorgung der Wirtschaft mit dem Ziel, die Währung zu sichern, und sorgt für die bankmäßige Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Inland und mit dem Ausland.«

Der Mittelstand leidet unter hohen Zinsen

Paragraph 13 Absatz 2, in dem es heißt: »Auf das Verlangen der Bundesregierung ist die Beschlußfassung bis zu zwei Wochen auszusetzen«, zeigt aber, welch starke Stellung die Bundesregierung trotz der förmlichen und auch faktischen Unabhängigkeit der Bundesbank hat. Die Bundesregierung kann der Bundesbank zwar nichts vorschreiben, dennoch ist diese nach dem Willen des Gesetzgebers verpflichtet, keine der Bundesregierung entgegengesetzte Politik zu betreiben. Denn dies würde nichts anderes bedeuten, als daß die Bundesbank die Möglichkeit zu einer starken Nebenregierung hätte – und dies kann der Gesetzgeber beim allerbesten Willen nun wirklich nicht gewollt haben.

Noch verwunderlicher wird es dann, wenn man den Chef-Volkswirt der Bundesbank, Ottmar Issing, in Interviews sagen hört, nicht die hohen Zinsen, sondern die Vorgaben der Bundesregierung seien Schuld für die derzeitige desolate Verfassung der Wirtschaft. Man fragt sich unwillkürlich, wo dieser Mann sein Metier gelernt haben will, denn alleine dieser eine Satz beweist ein Unvermögen erschreckendsten Ausmaßes.

Anscheinend hat dieser Mann noch nie etwas davon gehört, daß der Mittelstand das A und O einer jeden Wirtschaft ist. Der Mittelstand stellt etwa 80 Prozent aller Beschäftigten, und auch die Konjunkturentwicklung wird weitgehend vom Mittelstand und nicht den Konzernen gemacht.

Die Konzerne, so mächtig und einflußreich sie sind und die einen sicherlich ungleich höheren Einfluß auf das öffentliche Leben als der Mittelstand haben, spielen dagegen eine eher untergeordnete Rolle. Sie haben einen mittelbaren Einfluß. Geht es zum Beispiel der Automobilindustrie schlecht, dann leiden auch die Automobilzulieferer darunter, die insgeamt viel mehr Personal haben. Auf der anderen Seite potenzieren sie die positiven Auswirkungen bei einem Anspringen der Automobilkonjunktur.

Gerade dieser Mittelstand leidet aber besonders unter der Hochzinspolitik der Bundesbank. Denn im Gegensatz zu den Konzernen verfügt der Mittelstand nur über wenig Liquidität. Nach einer Untersuchung der Wirtschaftsauskunftei Creditreform liegt das Eigenkapital derzeit bei rund 60 Prozent der mittelständischen Unternehmen unter 20 Prozent des Umsatzes.
Zudem müssen die Konzerne in der Regel viel weniger Kreditzinsen zahlen als kleine und mittelständische Firmen, da sie von den Banken Sonderkonditionen eingeräumt bekommmen. □

Bonn

Jede zehnte Mark ist geliehen

Der Bundestag hat Ende November 1992 in dritter Lesung den Bundeshaushalt 1993 korrigiert und verabschiedet. Im Vergleich zum Vorjahr steigen die Ausgaben um 2,5 Prozent auf 435,6 Milliarden DM. Fast jede zehnte Mark muß durch Kredite gedeckt werden.

Trotz der Konjunkturflaute und den damit verbundenen geringeren Steuereinnahmen bleibt das Ausgabe-Volumen des Bundeshaushalts für das kommende Jahr auch nach der Korrektur nahezu unverändert.

Neue Akzente bei den Transfers nach Mitteldeutschland

Allerdings hat der Bundesfinanzminister einige neue Akzente gesetzt – vor allem bei den Transfers in die neuen Bundesländer. Gegenüber der ursprünglichen Planung sollen nun rund vier Milliarden DM mehr nach Mitteldeutschland fließen. Insgesamt kommen 1993 rund 93 Milliarden DM zusammen.

Die investiven Schwerpunkte für die neuen Bundesländer im einzelnen:

Regionale Wirtschaftsförderung. Für die Erschließung und Versorgung von Gewerbegebieten sowie für andere gewerbliche Investitionen stellt der Bund 1993 insgesamt 3,6 Milliarden DM zur Verfügung. Weitere 3,3 Milliarden DM können für längerfristige Projekte vor allem im Straßenbau abgerufen werden.

Investitionszulage. Für mittelständische Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und für das Handwerk wird die Investitionszulage von acht auf 20 Prozent erhöht. Damit werden Ausrüstungsinvestitionen bis zu einer Million DM je Betrieb gefördert.

Bis 1997 sind für diesen Posten insgesamt acht Milliarden DM eingeplant.

Infrastruktur. Den Aufbau eines leistungsfähigen Verkehrsnetzes in Mitteldeutschland läßt sich die Bundeskasse 1993 rund 16 Milliarden DM kosten.

Durch diese zusätzlichen Hilfen an die neuen Bundesländer steigt das Invstitionsvolumen des Bundeshaushaltes um knapp zwei auf insgesamt 65,8 Milliarden DM. Die Investitionsquote beträgt nunmehr 15,1 statt 14,6 Prozent.

Der Bonner Nachtragshaushalt ist unumgänglich

Bei den Einnahmen fordert die Konjunkturflaute ihren Tribut. Noch im Mai '92 konnte der Finanzminister mit Steuereinnahmen von 367,5 Milliarden DM rechnen – nach der jüngsten Steuerschätzung muß er sich jedoch mit 7,7 Milliarden DM weniger zufriedengeben.

Von diesem Minus-Betrag können lediglich rund 2,7 Milliarden DM durch zusätzliche Einnahmen aufgefangen werden. Dazu gehören rund 0,8 Milliarden DM aus zusätzlichen Privatisierungserlösen des Bundes und 0,5 Milliarden DM, die die Bundespost über das geplante Maß hinaus an den Finanzminister überweist.

Der größte Teil des Fehlbetrages wird jedoch über neue Schulden finanziert.

Die Nettokreditaufnahme des Bundes klettert 1993 um fünf auf insgesamt 43 Milliarden DM.

Mit der Verabschiedung des Etats 1993 hat der Bundesfinanzminister gleichzeitig einen Nachtragshaushalt für Anfang dieses Jahres angekündigt. Daraus sollen weitere staatliche Gelder in die neuen Länder fließen. □



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burckhardt, Christine Olschewski.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Australien: Les Shaw; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: Vivian Bird, C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexico: Arturo Ramirez; USA: Michael Collins Piper, George Nickolas, Alec de Montmorency, James P. Tucker; Zentralamerika: Moises D. J. Ulluo Durate.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti.

LAYOUT: Nicole Franke-Gricksch.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. S. E., Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, herausgegeben von Victor Marchetti, P. O. Box 999, Herndon, VA 22070, USA.

CODE veröffentlicht außerdem regelmäßig die Beiträge aus »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, Institute for Historical Review, P. O. Box 1306, Torrance, California 90505, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 10.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 90.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementpreis für das Ausland beträgt jährlich DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

Satz und Repro: Fotosatz-Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR.** Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11, Fax (0 71 52) 2 83 40.
ISSN 0932-3473

China

Neue Export-Palette

Noch immer zählt China zu den ärmeren Ländern der Welt, doch in Langfrist-Prognosen rangiert das Reich der Mitte unter den führenden Wirtschaftsmächten. Um den Anschluß an die Weltspitze zu schaffen, hat die Kommunistische Partei ein weitreichendes Reformkonzept vorgelegt – die Sozialistische Marktwirtschaft.

Das Ende der Kulturrevolution und der Tod Maos haben Mitte der siebziger Jahre in China einen radikalen Wandel eingeleitet. Unter der Führung von Deng Xiaoping öffnete sich das Land nach Westen, aus den in Kommunen organisierten Landarbeitern wurden selbständige Pächter; freie Handwerker und Kleingewerbetreibende wurden zugelassen.

Ein kontinuierlicher Zuwachs an Wohlstand

Seitdem können sich die Chinesen insgesamt über einen kontinuierlichen Zuwachs an Einkommen und Wohlstand freuen – allerdings entwickeln sich die einzelnen Regionen äußerst unterschiedlich. Während die südlichen Küstenregionen, in denen die vom Staat eingerichteten Sonderwirtschaftszonen konzentriert sind, boomen, stagniert in den ländlichen Binnenregionen der Lebensstandard.

Die Ungleichgewichte in Zahlen: Über 80 Prozent der 1,2 Milliarden Chinesen leben in der östlichen Hälfte des Landes auf rund 15 Prozent der gesamten Fläche Chinas. Im Schnitt erwirtschaftet das Land heute rund 1900 Yuan (ca. 500 DM) Sozialprodukt pro Kopf und Jahr.

Doch im Riesenreich China sagen Durchschnittszahlen wenig: In den Städten verdienen die Chinesen 18000 Yuan im Jahr – auf dem Lande wird oft nicht einmal ein Zehntel davon erreicht. Trotz dieser Diskrepanz kann sich die Bilanz der chinesischen Wirtschaft sehen lassen.

Im Jahr 1992 wuchs das reale Bruttosozialprodukt um 11 Prozent; für 1993 wird ebenfalls ein zweistelliger Anstieg erwartet.

Die Wirtschaftsreformer des Politbüros sehen sich durch diese Erfolge bestätigt. Auf dem 14. Parteitag der Kommunistischen Partei im Oktober 1992 hatten sie das Programm der Sozialistischen Marktwirtschaft vorgestellt. Tenor: wirtschaftliche Liberalisierung ja, politische Liberalisierung nein. Die Inhalte:

Der Staat verzichtet auf die totale Planung und beschränkt sich auf die Steuerung der Geld- und Finanzpolitik.

Die Wirtschaft soll weiter liberalisiert und privatisiert werden.

Mit dem Ausland kooperiert China in speziellen Sonderwirtschaftszonen der Volksrepublik.

Löhne, Preise und Mieten werden stufenweise freigegeben bei gleichzeitiger sozialer Abfederung.

Die Ein-Parteien-Diktatur bleibt.

Das Nebeneinander von wirtschaftlicher Liberalisierung und Demokratie-Defizit zeigt, welche Handschrift dieses Konzept trägt – die kleinen Drachen Taiwan, Singapur und Südkorea haben vorexerziert, daß dieser Weg für Entwicklungsgesellschaften gangbar ist. Die Erfolge dieser Länder basieren ebenfalls auf einer straffen Ein-Parteien-Herrschaft bei freier, marktwirtschaftlicher Ordnung.

Auch die Export-Strategie Chinas orientiert sich am Vorbild der kleinen Drachen – auch wenn die Startrampe noch sehr niedrig ist.

Die Pro-Kopf-Ausfuhren Singapurs betragen inzwischen 21386 Dollar, in China sind es heute gerade 61 Dollar.

Gleichwohl kann sich das Tempo, mit dem die chinesischen Ausfuhren zulegen, sehen lassen.

Von 1985 bis 1992 stiegen die Ausfuhren um knapp 17 Prozent jährlich. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre waren es lediglich 8,8 Prozent im Jahresdurchschnitt.

Genau umgekehrt liefen die Importe: Seit 1985 wuchsen sie jahresdurchschnittlich um 8,5 Prozent – in der erstenHälfte der achtziger Jahre waren es noch fast 17 Prozent.

Aus der nachlassenden Importdynamik kann geschlossen werden, daß China inzwischen einen größeren Teil seiner Inlandsnachfrage durch heimische Produktionen deckt. Für eine kurze Zeit drückten jedoch auch die Handelsrestriktionen, die nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Jahr 1989 gegen China verhängt wurden, die Importe nach unten. Binnen Jahresfrist sanken die chinesischen Einfuhren um über zehn Prozent.

Bereits 1991 konnten aber die Terrainverluste mehr als wettgemacht werden, und 1992 verbuchte die Einfuhrseite sogar ein Plus von 21 Prozent.

Die Gewichte der Länder, mit denen China Außenhandel treibt, haben sich ebenfalls deutlich verschoben. In den frühen achtziger Jahren gingen je 45 Prozent der chinesischen Ausfuhren in die Industrieländer und in die Entwicklungsländer, der Rest wurde in die RGW-Staaten geliefert. 1991 lieferte China über 60 Prozent in die Entwicklungsländer; der An-

Chinas Kommunisten versuchen es jetzt mit der Sozialistischen Marktwirtschaft – was immer das heißen mag.



Das überfüllte Hongkong soll 1997 an die kommunistische Regierung Rotchinas ausgeliefert werden.

teil der westlichen Staaten sank auf knapp 35 Prozent.

Noch größer sind die Verschiebungen auf der Importseite. Während 1980 noch fast drei Viertel der chinesischen Einfuhren aus den Industrieländern kamen, ist es heute gerade noch die Hälfte. Wie bei den Exporten verschoben sich auch die Importe zugunsten der Entwicklungsländer.

Doch diese Regionalstatistik ist mit Vorsicht zu genießen. Denn Chinas Handelspartner Nr. 1 ist die Kronkolonie Hongkong – und die zählt in den Außenhandelsbüchern zu den Entwicklungsländern. Tatsächlich aber fungiert Hongkong als Sprungbrett Chinas zur westlichen Welt und ist kaum noch als Entwicklungsland zu bezeichnen.

Deutschland ist hinter Hongkong, Japan und den USA viertgrößter Kunde und Lieferant der Volksrepublik.
Die Warenstruktur des chinesischen Außenhandels entspricht noch weitgehend dem klassischen Muster des Nord-Süd-Handels. Auf der Importseite dominieren Maschinen und textile Vorprodukte. Exportiert werden überwiegend arbeitsintensive und technologisch einfachere Verbrauchsgüter wie Bekleidung, Schuhe, Lederwaren, Spielzeug und Eisenwaren.

Inzwischen versuchen die Chinesen jedoch, ihre Exportpalette neu zusammenzustellen. Nahrungsmittel, Rohstoffe und Erdöl verlieren an Bedeutung, der industrielle Sektor rückt in den Vordergrund.

Gefragt sind westliches Kapital und Know-how

Um vollends in die internationale Arbeitsteilung einzusteigen, braucht die Volksrepublik westliches Kapital und Know-how. Als Standortvorteile bietet China niedrige Lohn- und Rohstoffkosten sowie eine massive steuerliche Förderung von Auslandsinvestitionen. Die Rechnung geht auf.

Bis Ende 1991 wurden 42000 Direktinvestitionsprojekte im Wert von 76 Milliarden Dollar genehmigt.

In den ersten acht Monaten des Jahres 1992 wurden nach Angaben des Reformministeriums weitere 22000 Projekte auf den Weg gebracht. Gesamtwert: 24 Milliarden Dollar.

Die Auslandsinvestitionen konzentrieren sich auf die Sonderwirtschaftszonen, die bereits jetzt für 20 Prozent der chinesischen Exporte verantwortlich zeichnen. Bis Ende dieses Jahrzehnts soll ihr Beitrag zum Export auf 60 Prozent steigen. Vor allem Hongkong, Taiwan, Japan und die USA haben das Reich der Mitte längst als Investitionsland entdeckt – die Europäer dagegen denken noch nach. □

Banker

Geldinteresse hinter Ärzte-Establishment

Amerikas geheime Regierung aus Bankern und deren Verbindung zum Ärzte-Monopol ist das Thema des Interviews, das Tom Valentine mit dem Historiker Eustace Mullins führt. Mullins ist Verfasser der drei Bücher: »The Secrets of the Federal Reserve«, »The World Order« und »Murder by Injektion«. Die Fragen sind halbfett gedruckt.

Ezra Pound, der amerikanische Dichter und Literat, war Ihr Mentor. Sie durften ihn besuchen, als er als politischer Gefangener in Washington festgehalten wurde.

Mullins: Ich besuchte Ezra 1948 erstmals im St. Elizabth's Hospital und dann drei Jahre lang jeden Tag für drei Stunden. Mir wurde eine Bildung zuteil, die absolut unübertroffen ist. Ich habe keinen Tag versäumt.

Die Fäden gehen nach London

Da Pound ein politischer Gefangener war, wurden Sie wahrscheinlich vom FBI scharf beobachtet.

Mullins: Oh ja. Das FBI legte am Tage, nachdem ich ihn zum ersten Male besuchte, eine Akte über mich an.

Es war Ezra Pound, der Sie zuerst darauf brachte, das zu untersuchen, was Sie »die Federal-Reserve-Verschwörung« nannten.

Mullins: Ich wußte vor diesem Zeitpunkt nichts über die Fed, aber ich fand heraus, daß diese so interessant ist, daß ich sie seitdem untersuche und darüber schreibe.

Sie behaupten, Eigentümer der Fed sei nicht die amerikanische Regierung und nicht einmal amerikanische Staatsbürger.

Mullins: Die Fed wird von London aus durch die Bank von England beherrscht.

Sie haben das alles in Ihrem Buch dokumentiert?

Mullins: Ja, das habe ich, denn dies war so phantastisch, daß ich es nicht wagen würde, darüber zu schreiben, es sei denn, ich hätte eine makellose Dokumentation darüber.

Benjamin Disraeli, der ehemalige britische Premierminister schrieb einst: »Die Welt wird von ganz anderen Persönlichkeiten regiert, als diejenigen sich vorstellen, die nicht hinter den Kulissen sind.« Er wußte, wovon er redete, nicht wahr?

Mullins: Ganz gewiß. Das schöne an dem System, das sie entwikkelt haben – das heißt Wahlen durch das Volk, Demokratie oder Republik oder was auch immer – ist, daß es so leicht kontrolliert werden kann. Die Herrscher hinter den Kulissen wählen alle Kandidaten selber aus.

Die Geschichte des amerikanischen Bildungswesens

Die Herrschenden haben die Macht, Stiftungen, Universitäten – alles – ins Leben zu rufen, und das Volk zu manipulieren.

Mullins: So ist es. Ich schreibe gerade an einer Enthüllung über das Bildungswesen, an der ich schon fünf Jahre lang arbeite. Ich glaube, es wird das entlarvendste Buch, das ich jemals geschrieben habe. Ich erforsche alle Gesichtspunkte des Themas. Sie wissen, daß die Bildung, die amerikani-

Banker

Geldinteresse hinter Ärzte-Establishment

sche Kinder heute erfahren, pawlowsche Reflexe sind. Ihnen wird beigebracht zu speicheln, wenn die Schulglocke läutet. Bedingter Reflex – das ist die Geschichte des amerikanischen Bildungswesens.

Wenn ich auf die American Cancer Society (ACS), die American Heart Association, die American Medical Association und die American Psychiatric Association verweise – an was denken Sie dann?

Mullins: An die Rockefeller-Stiftung, weil diese hinter allen diesen Gruppierungen steckt. Wußten Sie, daß John D. Rockefeller jun. – im Jahre 1913 – seine Freunde im Union League Club in New York City zusammentrommelte und verkündete, die American Cancer Society gründen zu wollen?

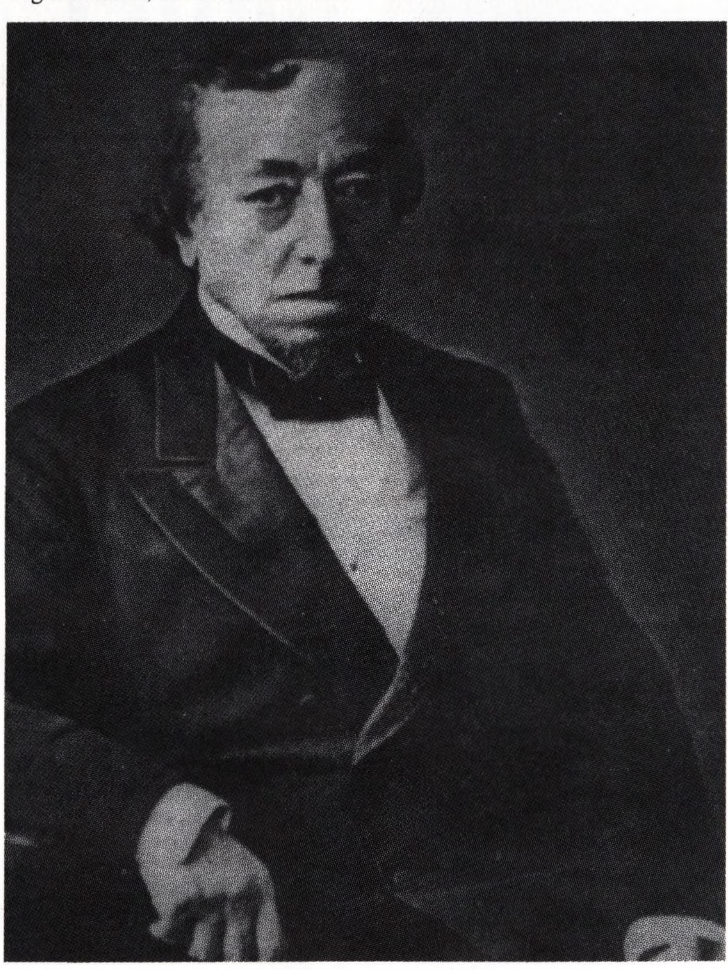
Warum wollte Rockefeller die ACS gründen? Weil sein Großvater, William Rockefeller, Medizinmann einer Jahrmarkt-Veranstaltung war, der schon in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit »Rockefellers berühmter Krebskur« durch die Lande zog. Es war Erdöl, und er berechnete fünf Dollar für die Flasche, was damals viel Geld war.

Rockefeller wurde in Wirklichkeit zum Frontmann der internationalen Bankeninteressen gemacht?

Mullins: Das stimmt. Die berühmte Zusammenkunft auf Jekyll Island (Georgia) im Jahre 1910, wo die Federal Reserve geplant wurde, wurde nämlich von Baron Alfred de Rothschild aus London organisiert, der selbst nicht einmal daran teilnahm. Es waren seine Lakaien, die dort waren und die dem amerikanischen Volk den Federal Reserve Act (Gesetz über die Bundeszentralbank) auferlegten.

In Ihren Büchern werden die Dinge im einzelnen geschildert. Sie erwähnen, daß ein Banker namens Frank Vanderlip auch an dieser Sitzung teilnahm.

Mullins: Ja, und das Interessante daran ist, als einige Patrioten eine Gedenkstunde zum 80. Jahrestag der geheimen Niederschrift des Federal Reserve Act organisierten, die im Januar 1991 bei einer Zusammenkunft auf Jekyll Island stattfand, tauchte Frank Vanderlip jun., sein Sohn, dort auf.

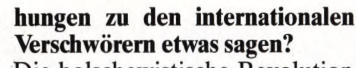


Benjamin Disraeli schrieb: »Die Welt wird von ganz anderen Persönlichkeiten regiert, als diejenigen sich vorstellen, die nicht hinter den Kulissen sind.«

Die Finanzierung der sowjetischen Revolution

Der jüngere Vanderlip dachte, wir seien dort, um das zu feiern, was sein Vater getan hatte, als er dem amerikanischen Volk dieses Gesetz aufzwang. Als ich mich erhob und sagte, was es mit der Fed in Wirklichkeit auf sich hat, stand Vanderlip jun. auf und verließ den Saal.

Könnten Sie zum Aufstieg des Kommunismus und dessen Beziehungen zu den internationalen Verschwörern etwas sagen?



Die bolschewistische Revolution in Rußland wurde voll und ganz von Geldern der Federal Reserve Bank finanziert. Die größten Bankiers an der Wall Street finanzierten diese große »antikapitalistische Revolution«.

Die Bankfirma Kuhn Loeb war eine der Haupttriebkräfte. Ihre Partner waren Jacob Schiff, Paul Warburg und Felix Warburg.

Schiff gab 20 Millionen Dollar seines eigenen Vermögens aus, um die Revolution in Rußland zu fördern. Schiff wurde nämlich direkt im Hause der Rothschilds in Deutschland geboren und später als deren persönlicher Abgesandter nach Amerika geschickt.

Es scheint so, als sei das Ganze eine Großgesellschaft an der Spitze.

Mullins: Es handelt sich ganz entschieden um eine große Gesellschaft mit geheimen Zusammenkünften. Sie halten ihr Programm solange vom amerikanischen Volk fern, bis sie es niederfallen lassen wie eine Tonne Ziegelsteine.

Immer wieder die gleichen Leute

Ihr neuestes Buch trägt den Titel »Murder by Injection«, und darin erörtern Sie die Tatsache, daß die Interessen der Ärzte hierzulande von der gleichen Gruppe von Monopolisten vertreten werden, die Teil des internationalen Bankwesens sind, das auch die Fed beherrscht.

Ja, das ist gewiß richtig. Ich begann damit, mir die verschiedenen Monopole näher anzusehen – das Ärzte-Monopol, das Juristen-Monopol, das Bildungsmonopol. Meine Spur führt immer wieder zu den Rockefellers und Rothschilds, der gleichen Gruppe von Leuten, die das Ganze finanzieren, zurück.

1910 gab John D. Rockefeller tatsächlich eine Studie zur Reform der medizinischen Fakultät in Auftrag, die die ärztliche Versorgung, die dem amerikanischen Volke bis dahin zuteilgeworden war, völlig revolutionierte. Er schaltete uns von der kostengünstigen Naturheilkunde und Homöopathie auf ein kostspieliges allopathisches Behandlungssystem, das sehr viele Medikamente, radikale Chirurgie und lange Krankenhausaufenthalte erfordert.

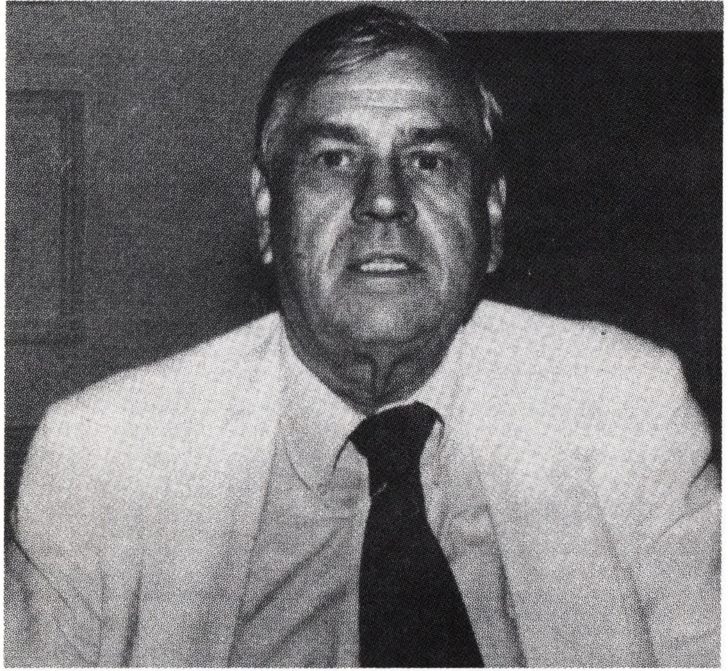
Deswegen haben wir hierzulande heute diese ungeheuren Kosten für Arzneien und die niedrigsten Standards der ärztlichen Versorgung.

Die Food and Drug Administration (FDA) wurde mit hohen uneigennützigen Erwartungen ins Leben gerufen. Können Sie uns sagen, was mit der FDA geschah?

Warburgs Ergebnisse werden totgeschwiegen

Mullins: Nun, die FDA wurde übernommen. Sogar die »New York Times« druckte kürzlich einen Artikel, in dem sie feststellte, daß die FDA selbst nicht einmal irgendwelche Versuche durchführt. Sie haben alle diese Wissenschaftler bei der FDA,

John D. Rockefeller (ganz links) rief 1913 die Familie zusammen, um die American Cancer Society zu gründen. Neben John seine Söhne David, Nelson, Winthrop, Laurence und John D. III.



Der Historiker Eustace Mullins hat ein neues Buch herausgebracht mit dem Titel »Murder by Injektion«.

aber die FDA akzeptiert lediglich die Befunde der pharmazeutischen Industrie innerhalb des Ärzte-Monopols.

Mit anderen Worten, die FDA sitzt nur dort und liest Papiere.

Mullins: Das ist richtig. Sie leitet diese Studien, die von den Arzneimittelherstellern selbst zugeschickt werden, nur weiter.

Stimmen Sie dem zu, was einige sagen, daß die American Medical Association und das Ärzte-Establishment eigentlich keine Heilung für Krebs wollen?

Mullins: Nun, es gibt zwei Probleme, die das Krebs-Establishment mit der Aussicht auf eine Heilung hat. Ich habe ein Kapitel in meinem Buch mit der Überschrift »The Profits of Cancer« (»Die Gewinne mit dem Krebs«), das sich auf diese Sachlage bezieht. Fast jede Krebskur ist nicht sehr teuer, und das Ärzte-Establishment will nichts damit zu tun haben.
Das Ärzte-Monopol kann aus einer Krebskur deshalb kein Geld machen, weil die Behandlungen zu einfach sind.
Ich zitiere in meinem Buch Dr. Otto Warburg, Träger des Nobelpreises von 1966. Er veröffentlichte seine Untersuchungsergebnisse, daß Krebs geheilt werden könnte, und seine Erkenntnisse werden einfach totgeschwiegen.

Die Probleme mit Fluorid

Wie ist das mit der Emission von Fluorid in der Wasserversorgung? Das war lange Zeit ein Thema für Streitgespräche.

Mullins: In »Murder by Injection« habe ich auch ein weiteres Kapitel darüber. Die meisten Amerikaner wissen nicht, daß wir heute fluoridiertes Wasser haben, weil der Leiter des US-Public Health Service (Gesundheitsbehörde), Oscar Ewing, ein mächtiger Insider in Washington, eine Zahlung von 775 000 Dollar von der Aluminum Co. of America – er war übrigens deren Syndikus – entgegengenommen hat.

Ewing nahm das Geld und leitete in Chapel Hill, North Carolina, ein riesiges Forschungsprojekt in die Wege. Es ist das Research Triangle, heute ein milliardenschweres Unternehmen. Er schickte Beamte der Gesundheitsbehörde in jede Gemeinde in Amerika, um die Fluoridierung voranzutreiben, und keiner von ihnen hatte jemals irgendwelche Versuche mit Fluorid durchgeführt.

Am 27. März 1952 erhob sich der Abgeordnete Adolph Miller vor dem Kongreß und sagte: »Wir müssen einige Untersuchungen durchführen, um festzustellen, ob Fluoridierung gefahrlos ist.«

Nach vierzig Jahren sind solche Untersuchungen immer noch nicht durchgeführt worden. Wenn Fluorid erst einmal in den menschlichen Organismus gelangt, wirkt es auf das Herz und die Nieren. Einige Leute glauben, Fluorid sei die Lösung für unsere älteren Mitbürger. Es wird dafür sorgen, daß wir sie alle loswerden. □

Zentralbanken

Die ruinöse Kredit-Orgie

C. Gordon Tether

Wer ist für den internationalen Schlamassel, in dem sich die Welt befindet, verantwortlich? Es gibt nur eine Antwort auf diese Frage: Natürlich die Zentralbanken.

Wo liegt die Schuld dafür, daß die ganze Welt jetzt in einer Wirtschaftsflaute derart tiefsitzender Natur versackt ist, daß Zweifel daran zum Ausdruck gebracht werden, ob sie, wenn überhaupt, vor Ende des Jahrhunderts beendet sein wird? Es gibt nur eine Schlußfolgerung, zu der eine unparteiische Untersuchung dieser Erscheinung kommen konnte.

Eine gewaltige, böse Geldexplosion

Der Hauptschuldige ist in der Orgie der Beschaffung von Bankkrediten zu suchen, über die die Zentralbanker aller Großmächte in den achtziger Jahren den Vorsitz führten. Dadurch haben sich Verbraucher überall so stark verschuldet, daß sich normale Geldausgabemuster derart verzerrt haben, daß sie nicht mehr wiederzuerkennen sind, und das sehr stark zum Schlechteren hin.

Kurz gesagt, es war die Entregularisierung der Finanztätigkeit in allen Industrieländern, die die Tür zu dieser gewaltigen und bösen Geldexplosion öffnete. Und es war die Bruderschaft der Zentralbanker, die den Politikern den Gedanken verkaufte, eine solche Entregularisierung sei eine gute Sache, von der kein Land möglicherweise zu viel haben könne.

Es mag auf den ersten Blick überraschend sein, daß solche anscheinend soliden Mitglieder der Gesellschaft wie die Gouverneure von Zentralbanken dazu bereit sind, sich auf eine derart unverantwortliche Weise zu verhalten. Aber sie neigten schon immer dazu, sich eher mit den Interessen ihrer Bankerkollegen auf dem Handelssektor als mit denen der breiten Öffentlichkeit zu identifizieren.

Mit anderen Worten, um ein altes Sprichwort der Sachlage anzupassen, das Blut der Banker ist fast immer dicker als demokratisches Wasser.

Ein hervorstechendes Beispiel für die ernsthafte Natur dieser Schwäche in den Arrangements zur Ordnung der Angelegenheiten der Menschheit trat im Jahr 1992 durch die Untersuchung der Ursachen für den Zusammenbruch der Bank of Credit and Commerce International (BCCI) in Erscheinung.

Die amtlichen Berichte über diesen Skandal haben bewiesen, daß die Bank von England – vielleicht die angesehendste aller Zentralbanken, angesichts der Tatsache, daß sie schon seit 300 Jahren auf der Bühne steht – tatenlos zusah, als das kriminelle Management der BCCI direkt vor ihrer Nase den größten Schwindel in der Weltgeschichte beging.

Was aus all diesen Dingen zu entnehmen ist, ist die Tatsache, daß dem Zentralbankwesen auf den beiden Gebieten, denen angeblich seine besondere Besorgnis gilt, auch nur annähernd zufriedenstellend zu trauen ist.

Sein Unvermögen zu verhindern, daß das Wohlergehen der Weltwirtschaft auf dem Altar der Gier der Banken geopfert wurde, zeigt, daß es äußerst unklug wäre, ihm weiterhin die große Rolle anzuvertrauen, die es in letzter Zeit bei der Gestaltung der globalen und nationalen Geschäftsführungspolitik gespielt hat. Das Unvermögen der Zentralbank, die Tragödie abzuwenden, die Millionen von BCCI-Kunden überrannt hat, ist gleichermaßen vielsagend in bezug auf die andere Hauptaufgabe: Sicherzustellen, daß die Handelsbanken in ihrer Obhut gebührend diszipliniert werden.

Was die Dinge von lebenswichtiger Bedeutung erscheinen läßt, ist, daß uns die von den Zentralbanken begangenen Sünden eine Lehre sein sollten, und daß die Moral von der Geschichte, auf die unverzüglich zu reagieren ist, darin besteht, daß die Lobby der Internationalisten derzeit eine Kampagne führt, um ihr ein noch größeres Einspruchsrecht in das Wirtschaftsmanagement zu verleihen, als sie bereits hat. Dies ist bislang in den Vereinigten Staaten noch nicht merklich in Erscheinung getreten. Aber das Gegenteil ist in starkem Maße auf der anderen Seite des Planeten der Fall.

Ein Affront für die Demokratie

In Britannien haben führende Kräfte der Geschäftswelt offen dahingehend argumentiert, daß der Schlacht gegen die Inflation und anderen lohnenswerten Bestrebungen besser gedient wäre, wenn der Bank von England bei der Ausübung der Funktionen ihrer Geldpolitik Befreiung von allen Formen politischer Macht und Einfluß eingeräumt würde. Zum Beispiel sollte die Zentralbank solche Dinge wie die Manipulierung von Zinssätzen und die Eindämmung der Kreditbeschaffung beherrschen.

Die Tatsache, daß eine solche Erneuerung ein Affront sogar gegen die grundlegendsten Formen der Demokratie wäre, scheint deren Befürworter nicht zu kümmern.

Ein noch ehrgeizigeres Projekt der gleichen Art steht im Mittelpunkt des Verstoßes, den die »Visionäre« der Europäischen Gemeinschaft übernommen haben, um die vollständige politische Vereinigung ihrer 12 Mitgliederstaaten zustandezubringen. Denn, wie in der in jüngster Zeit lebhaft diskutierten Maastricht-Vereinigung vorgesehen, würde dies nach sich ziehen, daß man die effektive Gewalt über viele Schlüsselaspekte des Wirtschaftsmanagements des vorgeschlagenen neuen Superstaats einer neuen Superzentralbank anvertraut, die nur gegenüber sich selbst verantwortlich wäre.

Weil viele Mitglieder des britischen Parlaments in der Maastricht-Vereinbarung eine stillschweigende Bedrohung für den Weiterbestand der nationalen Souveränität ihres Landes wahrnahmen, rufen die Bemühungen des Premierministers John Major, den Pakt beschleunigt durch das Parlament in Westminster zu peitschen, einen gewaltigen politischen Sturm hervor.

Es ist offensichtlich eine gute Sache, daß endlich den Zentralbanken bei ihrem Höhenflug ein Knüppel zwischen die Beine geworfen und dadurch der Vormarsch zur Weltregierung abgebremst wird. Aber es wäre ein Fehler, sich einzubilden, daß der Kampf um die Globalisierung auf der Stelle stehenbleibt, sei schon gewonnen.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die »Vision« der europäischen Einigung eine beträchtliche Schwungkraft bekommen hat, und es kann nicht damit gerechnet werden, daß die verhältnismäßig geringfügige Herausforderung, mit der sie es bislang zu tun hatte, den großen Einfluß, den ihre Kreuzzügler in den Korridoren der politischen Macht gewonnen haben, wesentlich auswaschen wird.

Die Bereitschaft, die der britische Premierminister zur Schau trug, um die Maastricht-Rebellen in seiner eigenen Partei niederzuknüppeln, legt dafür Zeugnis ab.

Angesichts der Tatsache, daß die Geldmärkte der Welt mehr oder weniger völlig internationalisiert worden sind, kann das, was auf einem großen Markt geschieht, eine große Rolle dabei spielen, zu bestimmen, was auf anderen Märkten passiert, und, als Folge davon, den Bewegungsspielraum jener Länder, ihre jeweilige Wirtschaftspolitik zu gestalten.

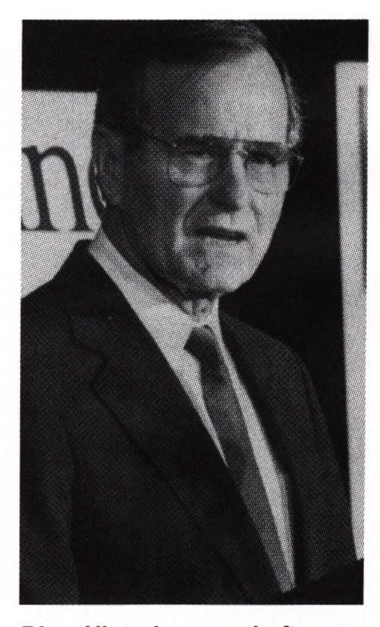
Kurz gesagt, kein Land, einschließlich Amerika, das weiterhin sein Recht, sich selbst zu regieren, hoch einschätzt, kann es sich leisten, der Debatte über die Zukunft der Unabhängigkeit, die die Zentralbanker »genießen« sollen, aus dem Wege zu gehen. □

Was ist Clintonomics?

Victor Marchetti

Clintonomics? Niemand weiß das, nicht einmal Bill Clinton, der neue US-Präsident. Der Wahlkampf um die US-Präsidentschaft wurde durch den derzeitigen Zustand der amerikanischen Wirtschaft bestimmt. Während des Wahlkampfes gab es häufige und manchmal scheinbar tiefgehende Diskussionen über das Haushaltsdefizit, die Staatsschulden und andere schwerwiegende Wirtschaftsthemen. Wörter wie »Infrastruktur«, »Umstellung der Verteidigung« und »unternehmerische Regierung« wurden von den Kontrahenten bewußt in den Mund genommen. Aber meistens ging das Gespräch über Arbeitsplätze und darüber, wie die Präsidentschaftskandidaten Amerikas »menschliches Kapital« auf den Höchststand bringen werden, um »die Wirtschaft hochzuzüchten« – ein Lieblingssatz des demokratischen Kandidaten.

George Bush, der zu der »Theorie des Niedertröpfelns« der reaganschen »Wodu-Wirtschaft« übergegangen war, schien durch das ganze Gerede verwirrt zu sein und versprach wenig. Er glaubte, sich irgendwie entschuldigen zu müssen und bat die Wähler um mehr Zeit im Amt. Ross Perot, der milliardenschwere Geschäftsmann, schien kenntnisreicher zu sein, aber er gewann nicht. Bill Clinton gewann, und auch er erweckte den Eindruck, zu wissen, worüber er redete. Schließlich bezogen sich die Medien immer mehr auf das, was sie die »Clintonomics« (Wortspiel: Clinton-economics = Clinton-Wirtschaft) nannten, was implizit bedeuten soll, daß der Demokrat einen ganz neuen, flotten Plan habe, um alle amerikanischen wirtschaftlichen Wehwehchen mit einem Schlag zu beseitigen.



Die Hinterlassenschaft von George Bush sind 24 Billionen Dollar Schulden, mit denen der neue US-Präsident fertig werden muß.

Die üblichen hohlen Wahlversprechen

Nun, es wird sehr schnell klar, daß die kommende Regierung keine Zauberformel hat, um Amerikas Wirtschaft in Ordnung zu bringen. Der neue US-Präsident und seine Wirtschaftsberater haben keine Ahnung, was Clintonomics überhaupt ist. Sie müssen diese im Laufe der Zeit erst noch erfinden und dabei nach Gefühl vorgehen. Das ganze Gerede Clintons über Wirtschaft, alle funkelnden Allgemeinheiten über die Zukunft waren nichts anderes als Gerede und die üblichen hohlen Wahlkampfversprechen eines ehrgeizigen Kandidaten.

»Er hat keinen Schwerpunkt, der ein großartiger wirtschaftlicher Überblick ist«, sagte Barry Bosworth, Leiter des Council on Wage and Price Control (Rat zur Überwachung der Löhne und Preise) der Carter-Regierung, kürzlich zur »Washington Post«, die während des Wahlkampfe offen für Clinton eingetreten war. »Es gibt keine über alles stehende philosophische Struktur oder Grundsatz. Die große Schlacht um Clintons Seele und Verstand wird zwischen denjenigen Beratern, die in Richtung eines steuerlichen Anreizes etwas Bedeutsames tun wollen, und denjenigen, die sich um das Haushaltsdefizit Sorgen machen, ausgefochten.«

Der Präsident wird »nach dem Gehör spielen«

Wieviel Einfluß die Schar von Wirtschaftsdenkern um das Clinton-Lager herum auf den neuen Präsidenten haben wird, ist eine offene Frage. Clinton, schreibt die »Washington Post«, »bezieht seine Ideen nicht nur aus einem Braintrust von Insidern, sondern von überall her, angefangen von zwanglosen Gesprächen mit Freunden bis zu dicken Positionspapieren.« Die Zeitung hätte hinzufügen können, daß der neue Präsident nach dem Gehör spielen wird, so wie er es daheim in Arkansas getan hat.

Der ehemalige Carter-Beamte und kampferprobte Veteran des Weißen Hauses, Hamilton Jordan, warnte Clinton: »Jetzt ist die Zeit gekommen, von Wahlkampfversprechen Abstand zu nehmen und die Wähler sanft auf den Boden der Tatsachen zurückzuführen.« Der normalerweise hysterische Michael Kinsley, bekannt durch die CNN-Sendung »Crossfire« und durch die israelfreundliche »New Republic«, rät ebenfalls dringend zur Vorsicht und meint: »Vor der Wahl tat Clinton George Bushs Behauptung, die Wirtschaft sei auf dem Wege der Besserung, läppisch ab. Jetzt kann er es sich leisten einzuräumen, daß Bush sehr wohl Recht haben kann.«

Noch mehr Schulden in den USA

Aber früher oder später muß Clinton eine Politik für die Wirtschaft, wenn nicht ein reales Programm entwickeln, und er wird wahrscheinlich so oder so durch einen oder mehrere seiner Wirtschaftsberater, von denen einige schließlich hohe Posten in der neuen Regierung bekleiden werden, beeinflußt.

Der Übergangsleiter der Fakultät für Wirtschaftspolitik an der John F. Kennedy-School of Government in Harvard, Robert Reich, tritt dafür ein, daß »Politiker der Regierung weniger daran interessiert sein sollten, Firmen, die Amerikanern gehören, dabei zu helfen, hohe Gewinne aus neuen Technologien einzustreichen als vielmehr daran, Amerikanern zu helfen, technologisch anspruchsvoll zu werden«.

Reich sagt, es sei ganz in Ordnung, wenn sich die Bundesregierung sogar noch tiefer in Schulden stürzt, wenn das Geld in Menschen und Infrastruktur – Ausbildung, Transport und Fernverbindung – gesteckt wird, solange die Investitionen den möglichen Ertrag nicht überschreiten.

Robert Shapiro vom Progressive Policy Institute ist in der Angelegenheit des Defizits militant und meint, daß ein steuerlicher Anreiz durch die Sorge um das Haushaltsdefizit – das schließlich doch verringert werden muß – ausgewogen werden müsse. Der Träger des Nobelpreises, Robert Solow, unterstützt Clintons während des Wahlkampfes verkündeten Wirtschaftsplan, der das Defizit dadurch verschlimmern könnte, daß mehr Geld für neue Programme ausgegeben wird als möglicherweise durch laufende Steuern und Einsparungen wettgemacht werden kann.

Der Dollar sollte gestärkt werden

Und es gibt andere Berater, die dafür eintreten, das Schwergewicht darauf zu legen, die amerikanische Rüstungswirtschaft in eine kommerziell nützliche Wirtschaft umzuwandeln. Wiederum andere Berater wollen eine engere Partnerschaft zwischen der Regierung und der Geschäftswelt bei der Technologie, um die rivalisierenden und robusten Wirtschaften Japans und Europas abzuwehren. Die FOBs (Friends of Bill) an der Wall Street, Kapitalanlage-Banker wie Felix Rohatyn und Roger Altman, drängen darauf, daß die neue Regierung sich darauf konzentrieren sollte, den amerikanischen Dollar zu stärken und das Investitionsklima in Amerika zu verbessern, um ausländisches Kapital anzulocken. □

Europa-Journal

Kosovo von blutigem Krieg bedroht

»Dies könnte sich leicht zu einem Krieg entwickeln, und dieser könnte noch blutiger und tragischer sein als der Krieg in Bosnien«, warnte Adem Demaqi, die Vaterfigur des kosovo-albanischen Nationalismus, wegen der Anzeichen einer dramatischen Verschlechterung der Lage in Kosovo.

Kürzlich gab es einige Feuergefechte zwischen Albanern und der serbischen Polizei, dabei wurden, wie berichtet wird, mehrere serbische Polizisten getötet. Gleichzeitig begann in der Stadt Pec im westlichen Kosovo ein Prozeß gegen 19 Kosovo-Albaner, die des illegalen Waffenbesitzes angeklagt waren. Mehr als 1000 serbische Soldaten wurden in die Hauptstadt Pristina geflogen, was die Neigung der Behörden in Belgrad zur Konfrontation widerspiegelt.

Während die Stimmung unter jüngeren Albanern immer wütender und ungeduldiger wird, sagte der Führer der Kosovo-Albaner, Ibrahim Rugova, zum Londoner »Independent«, daß »ein Krieg in Kosovo vom Ausgang des Machtkampfes in Belgrad und davon abhängt, ob der serbische Präsident Slobodan Milosevic Kosovo als Trumpfkarte ausspielen wird. Rugova forderte die Völkergemeinschaft auf, Serbien zu warnen, »keine weitere Front zu eröffnen«. □

Unterstützung Großrußlands durch die USA

Rumänische Regierungskreise sind über die Unterstützung der USA für die imperialistische Politik Rußlands zu Lasten der nichtrussischen Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) beunruhigt, berichtete der Korrespondent der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, Viktor Meier.

Die Rumänen sind tief darüber schockiert und besorgt, daß die großrussische Strategie zum Wiederaufbau des Sowjetreiches sogar die Rückendeckung des Westens, »vor allem seitens der Amerikaner hat«.

Meier wies darauf hin, daß die Zugeständnisse des Westens gleichbedeutend mit der Bestätigung des Hitler-Stalin-Paktes sei, auf Kosten der Rumänen, die das Territorium Bessarabiens, das einst von Stalin geraubt und in dem Abkommen von Jalta vom Westen anerkannt wurde, niemals zurückbekommen werden.

Meiers Schlußfolgerungen werden von der »Frankfurter Rundschau« bestätigt, die über die Besorgnis in Lettland berichtete, daß das Land in das Großrussische Reich einverleibt werden könnte. Janis Dinevics, der lettische Gesprächspartner bei den Verhandlungen in Moskau über den Abzug von russischen Truppen, äußerte, er sei über das rüde Verhalten des russischen Verhandlungspartners, Sergej Sotow, schockiert, der erklärt habe, das ganze Gerede über den Hitler-Stalin-Pakt sei Unsinn, und es sei eine historische Tatsache, daß Lettland der UdSSR freiwillig beigetreten ist.

Mavriks Vulfsons, außenpolitischer Berater für die lettische Regierung, sagte, das Skandalöseste an den russischen Intentionen gegenüber den baltischen Staaten sei, daß der Westen sie zu unterstützen scheint. Der Westen habe sich kürzlich neu auf Moskau eingestellt, ähnlich wie die frühere Gorbimanie, kritisierte er. □

Habsburg prophezeit innere Unruhen in Rußland

Europa muß einiger werden, um der Bedrohung durch »eine gewaltige Explosion aus der ehemaligen Sowjetunion« entgegentreten zu können, äußerte Otto von Habsburg in einem in der französischen Tageszeitung »Le Figaro« veröffentlichten Interview. »Ich weiß nicht, wann, aber es wird kommen«, sagte er. »Ich sehe es als äußerst alarmierendes Zeichen an, daß Boris Jelzin nicht nach Japan gereist ist. Dies ist ein entscheidender Sieg des neuen Bündnisses zwischen der Armee und den kommunistischen Kräften, die ihm gegenüber feindlich eingestellt sind... Wenn auch aufgeteilt, besitzt die Ex-Sowjetarmee immerhin noch 30000 Atomsprengköpfe.«

Kürzlich von einem Besuch in den baltischen Staaten zurückgekehrt, berichtet Habsburg, er habe die »Rote Armee« in Lettland gesehen, »immer noch die rote Flagge mit Hammer und Sichel hissend. Wissen Sie, daß sie die russische Flagge zurückweisen? Das ist symptomatisch genug. Man sieht in Riga, im Zentrum der Stadt, einen Distrikt, der völlig in der Hand der Russen ist. Mitten darin befindet sich die kolossale Festung des KGB, ausgerüstet mit Lauschgeräten, mit denen heute noch die Gesamtheit der baltischen Staaten abgedeckt wird, alle Telefongespräche aufgezeichnet werden. Es ist die gleiche Überwachung wie in den guten alten Tagen der Sowjetunion. Dies sind die Realitäten.«

Otto von Habsburg berichtet auch, daß gewisse Fabriken in Riga, die sich in Händen der roten Armee befinden, es mit Geldknappheit zu tun haben, weil sie keine ausreichenden Gelder aus Moskau erhalten. In Kollaboration mit der armenischen Mafia holzen sie Lettlands Wälder ab, um auf diese Weise mit illegalen Operationen im internationalen Holzhandel zu Geld zu kommen. □

NATO-Minister zum Problem der Atomwaffen

Nuklearer Terrorismus und Verbreitung von »gefährlichen Technologien« standen auf der Tagesordnung einer Sitzung von Verteidigungsministern der NATO. Die Minister sollten planmäßig einen Bericht über den soeben beendeten Besuch des Leiters des CIA, Robert Gates, in Moskau, der zu einem Kooperationspakt zwischen dem CIA und der FIS, der Nachfolgeorganisation des KGB gegen »Terrorismus, gegen Weiterverbreitung von Atomwaffen, Drogenhandel und organisierte Verbrechen«, führte, entgegennehmen.

Die Verschärfung der Kontrolle über die Nicht-Weiterverbreitung durch enge Zusammenarbeit zwischen West und Ost wurde auch auf einer Sondersitzung von CoCom in Paris erörtert. CoCom ist der Koordinations-Ausschuß, der während der Jahre des Kalten Krieges die Beschränkung der Lieferung von fortschrittlicher westlicher Technologie an die Sowjets überwachte. Die Tagesordnung dieser Sitzung, die auf »gefährliche Länder im Süden« abzielt, ist vorher zwischen den Vereinigten Staaten und der Russischen Föderation vereinbart worden. □

Russische Soldatenzeitung greift IWF an

»Krasnaya Zvezda« (»Roter Stern«), die Tageszeitung des russischen Militärs, griff den Internationalen Währungsfonds (IWF) und den amtierenden amerikanischen Außenminister Lawrence Eagleburger wegen ihrer fehlenden Hilfe an Rußland an. »Ich glaube, daß Moskau von seinen westlichen Partnern etwas mehr als die theoretischen Werbegags des amtierenden US-Außenministers Lawrence Eagleburger erwartet hat«, schrieb Alexander Golts in einer kürzlichen Ausgabe des Blattes. »Rußland braucht Investitionen, ... um ... die Produktion von Nahrungsmittel und Arzneien in Gang zu setzen. Aber solche Investitionen auf breiter Basis gibt es nicht, und es sieht so aus, als ob auch keine kommen würden.«

»Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Verschärfung des internen politischen Kampfes in Rußland die Folge der andauernden Verschlechterung der Wirtschaftslage und des katastrophalen Rückgangs des ... Lebensstandards ist«, stellte Golts fest, aber »der IWF besteht weiter auf der unbedingten Erfüllung seiner Bedingungen. Diese laufen auf die Bestimmung hinaus, daß Kreditwege erst dann freigegeben

werden, wenn es der russischen Regierung gelingt, die Inflation einzudämmen, aber ... dies kann nur mit einer Methode erreicht werden – Einstellung von Krediten an die Industrie und Einfrierung aller Formen von Zahlungen an die Bevölkerung. Mit anderen Worten, durch weitere Verringerung des Lebensstandards der Russen. Die Regierung wird es kaum riskieren, diesen Weg zu beschreiten.«

Golts schlug vor: »Wir benötigen weit dringender ein Programm zur Stabilisierung der Industrieproduktion, unseren eigenen Kräften angepaßt. Und ein Programm, das ohne Rücksicht auf die Forderungen des IWF oder anderer westlicher Finanzinstitute, auf der Grundlage der in unserem Lande herrschenden Bedingungen, nicht aber auf der Grundlage der Meinung irgendeines anderen ausgearbeitet wird. Wir müssen uns schließlich darüber klar werden, was wir für uns selbst tun können und von dort ausgehen. Dann könnte der Westen vielleicht das Risiko eingehen, uns zu helfen.« □

Politische Unruhen in Bulgarien wegen IWF

Die »demokratische« bulgarische Regierung des Ministerpräsidenten Dmitrov wurde am 28. Oktober 1992 zum Rücktritt gezwungen, nachdem sie im Parlament bei einem Mißtrauensvotum überstimmt wurde. Die technische Sache, über die die Regierung stürzte, hatte mit dem angeblichen Deal eines Ministers, Waffen an Mazedonien zu verkaufen, zu tun. Aber wie Dmitrov selbst in einer öffentlichen Erklärung klarstellte, stolperte die Regierung über das Wirtschaftsreformprogramm, das vom Internationalen Währungsfonds (IWF) erzwungen wurde und das der Billigung durch das Parlament bedurfte. Dmitrov erhielt vom Präsidenten Zhelev das Mandat, eine neue Regierung zu bilden.

Dies ist das jüngste Anzeichen dafür, daß in ehemaligen kommunistischen ost- und mitteleuropäischen Ländern der Zusammenbruch der Demokratie durch die Auswirkungen der IWF-Politik herbeigeführt wird. Kürzlich erlitten der litauische Präsident Vytautas Landsbergis und seine Sajutis-Partei durch die kommunistische Opposition des Landes eine demütigende Niederlage, weitgehend deswegen, weil die Bevölkerung die Sparpolitik des IWF ablehnt.

In Bulgarien hatte die Regierung die grausamste »Schocktherapie«-Politik von allen Regierungen im ehemaligen kommunistischen Bereich in die Tat umgesetzt. Das Programm wurde von den Jeffrey-Sachs-Verrückten als Musterbeispiel angepriesen. □

In den ehemaligen Sowjetrepubliken braut sich ein Sturm zusammen

Ein Leitartikel in der Londoner »Times« lenkt die Aufmerksamkeit auf die Krise in den ehemaligen sowjetischen Republiken, die im Westen geflissentlich ignoriert werde. Der Artikel trägt die Überschrift: »Die Schwierigkeiten des Bären: Nach Osten hin ist das Land dunkel und wird immer dunkler«.

»Europa hat sich durch Maastricht, Amerika durch seine Wahlen in Details verzetteln lassen, und beide haben über den Konflikt in Jugoslawien nicht hinausgeschaut«, heißt es in dem Artikel. »Aber weiter nach Osten braut sich ein mächtiger Sturm zusammen.«

Präsident Boris Jelzin wird »von seinen Feinden an die Wand gedrückt«, die Rußland in den »bösen Totalitarismus« zurückwerfen wollen, während »Fehlschläge seiner Reform-Regierung ins Gesicht starren. Die Hyperinflation hat das Volk in Armut gestürzt. Der Gestank des Faschismus steigt aus dem Mob empor, der seinen ethnischen Haß zur Schau trägt und Rußlands gerade flügge gewordene Demokratie verspottet ... Die Unterstützung des Präsidenten durch das Volk sinkt rapide ... Sein Bewegungsspielraum wird immer enger, der Einfluß seiner Gegner immer größer.«

Aber Seite an Seite mit diesen dramatischen Worten deutet der Leitartikel Sympathie für den Internationalen Währungsfonds und anderer »Geldreformen« in Rußland an, daher können die britischen Eliten sich nur selbst dafür tadeln, wenn sie jetzt darüber beunruhigt sind, was in Rußland geschieht. □

Britischer Schriftsteller verurteilt Lügen gegen Kolumbus

Ein Kommentator des Londoner »Sunday Telegraph« räumte ein, daß die Angriffe der »Schwarzen Legende« auf Spanien weitgehend von den Briten inspirierte Propaganda sei, und rief dazu auf, Kolumbus' Reise in die Neue Welt angesichts der Bemühungen der kolumbusfeindlichen Interessengemeinschaft, »die Zivilisation selbst zu bedrohen«, groß zu feiern.

Unter der Überschrift: »Gott segne Christoph Kolumbus« griff Ambrose Evans-Pritchard das Nobelfriedenspreis-Komitee wegen der Vergabe des Preises an den guatemalischen Terroristen Rigoberta Menchú scharf an.

Er fuhr fort: »Wir sollten uns hüten, der ›leyenda negra‹ über spanische Greueltaten gegen die Indianer im 16. Jahrhundert Glauben zu schenken.« Viele Berichte aus jener Zeit seien »nicht zuverlässig«, sondern von Priestern geschrieben worden, die tatsächlich »leidenschaftliche, fanatische, hochgestochene Zöglinge adeligen, sogar königlichen Geblüts« waren. In einigen Fällen seien diejenigen, die derartige Berichte schrieben, so weit gegangen, Kinderopfer in ihren Kirchen zuzulassen, angeblich zur Unterstützung der Eingeborenen jener Zeit.

Die Propaganda der »Schwarzen Legende« sei »maßlos übertrieben«, schrieb er, besonders wenn einzelne Personen mit solchen spanischfeindlichen Berichten »von britischen Schiffen aufgegriffen wurden, seien diese Berichte in spektakuläre Propaganda gegen das spanische Reich verwandelt worden«.

Heute sei diese »revisionistische Geschichte zu weit gegangen«. Kolumbus wird zu einem »Massenmörder« gestempelt. Diese Propaganda »vergiftet unsere Zivilisation« und die schweren Auswirkungen, die dies auf junge Amerikaner hat, »können nicht unterschätzt werden«. Was untergraben wird, »ist die außergewöhnliche Macht einer Idee, der amerikanischen Idee, daß jeder neue Einwanderer in unser Land seine alte Haut und seine alten Vorurteile ablegen sollte«. Dies alles wird von »der großen Zerstörungsmannschaft«, den »Kultur-Defaitisten«, deren Bemühungen nur als »wahrhaft ekelerregend« bezeichnet werden können, angegriffen. □

Kosovo-Minister warnt vor kommendem Blutvergießen

Es wird als Nächstes ein Blutvergießen in Kosovo geschehen, wenn die Vereinigten Staaten keinen Druck auf Serbien ausüben, seine Aggression einzustellen, sagte der Ministerpräsident von Kosovo, Bujar Bukoshi, in einer Rede im National Press Club in Washington. Er äußerte, sein Land habe das Recht, ein souveräner Staat zu sein, zumal es bis vor zwei Jahren, als Serbien es annektierte, eine Region von Jugoslawien gewesen sei. In Kosovo leben vorwiegend ethnische Albaner und Moslems.

Bukoshi sagte, Kosovo könne sich nicht gegen Serbien verteidigen, aber wenn es angegriffen wird, dann greifen Albanien, Mazedonien und Bulgaren in den Kampf ein und machen den Konflikt international.

Der Ministerpräsident traf sich in Washington mit Beamten des amerikanischen Außenministeriums und mit Kongreßmitgliedern. □

Moskau

Mißtrauen der Russen gegenüber den USA

Mike Blair

In den Medien des Establishments wird viel Aufhebens um das Ende des atomaren Schreckens und die kommende »Neue Weltordnung« gemacht. Aber die Frage lautet nach wie vor: Sind diejenigen, die von dem weltweiten Rüstungswettlauf profitierten und weiterhin davon profitieren, dazu bereit, sich andere Arbeit zu suchen?

Jetzt, wo in Moskau Gespräche über tiefe Einschnitte bei den amerikanischen und russischen Langstreckenraketen mit Mehrfachsprengköpfen geführt wurden, werden ernsthafte Fragen darüber aufgeworfen, ob der eigentliche Zweck der Gespräche darin besteht, die Kriegsgefahr zu verringern, oder ob eine oder beide Seiten keineswegs die Absicht haben, ihr Rüstungspotential zu verringern.

Die Russen haben Angst

Als das amerikanische Volk ein halbes Jahrhundert des Kalten Krieges lang mit dem Spektrum einer monolithischen Sowjetunion, die den Vereinigten Staaten mit atomarer Verbrennung drohte, leben mußte, lebten nach Auffassung der neuen Generation russischer Führer diese ebenfalls mit der gleichen düsteren Aussicht auf atomare Vernichtung.

Beide Seiten haben Grund, bei Abrüstungsgesprächen einander zu mißtrauen. Obwohl die Russen eine verminderte Bedrohung aus dem Westen empfinden, geht es den Vereinigten Staaten laut früherem Verteidigungsminister Cheney darum, unter dem Aspekt der Anzahl der Unterseeboote, die die USA besitzen, einen ausreichenden Stand der Verteidigungsbereitschaft zu bewahren. Ich glaube, das ist stabilisierend, nicht destabilisierend.

»Und da wir MIRV-Flugkörper (Mehrfachraketen)-Systeme loswerden wollen, sind Einfachsprengkopf-Systeme längst nicht so bedrohlich«, setzte Cheney hinzu.

Die zugrundeliegende Einstellung der Amerikaner zu Atom-U-Booten ist, daß diese angeblich »stabilisierend« sind, weil sie in der Lage sind, ihre tödlichen Raketen vom Meer aus abzufeuern, unentdeckt, lange nachdem auf dem Lande stationierte Streitkräfte ausgelöscht worden sind.

Somit erhält ein Feind die klare Botschaft, daß auch sein Land verbrannt werden kann, nachdem er einen dramatischen Erstschlag-Erfolg errungen hat.

Die Russen sind ängstlich mit ihrer gewaltigen Unterseeboot-Streitmacht, wie sie zur Zeit dasteht; sie könnten einen vernichtenden Erstschlag von unterhalb der Meeresoberfläche aus, und zwar direkt von den Küsten der Republiken der neuen Russischen Föderation führen und sind in der Lage, einen Großteil der amerikanischen Abwehr-Landstreitkräfte auszulöschen.

Während das amerikanische Volk mit sowjetischer Heimtücke in der Vergangenheit – die Stationierung von Raketen in Kuba, der Einmarsch in Afghanistan, die Übernahme Osteuropas während der stalinistischen Ära nach dem Zweiten Weltkrieg – vertraut sind, haben die Russen ihre eigenen Gründe dafür, sich zu fürchten.

Offensichtlich ist sich das russische Volk auch der Nachkriegsgeschichte bewußt und dessen, daß das amerikanische Außenministerium, das über Abrüstungsverträge verhandelt, eine lange Kette von Verratshandlungen begangen hat.

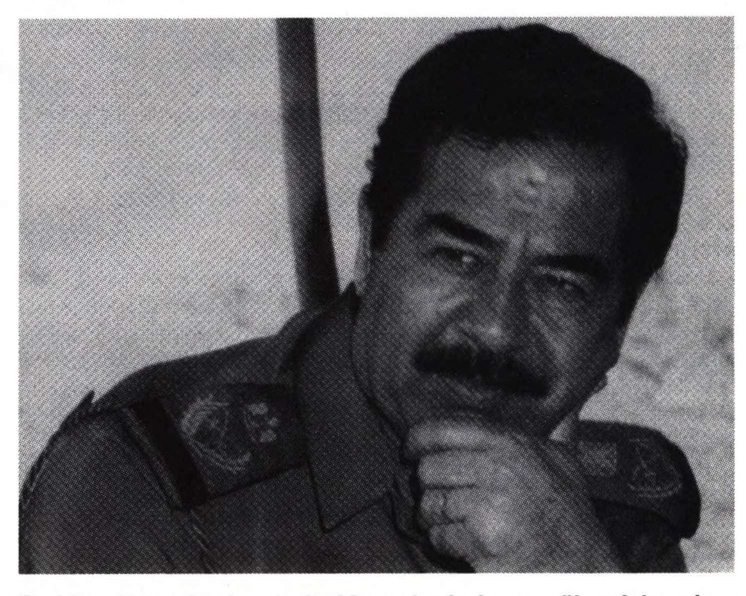
Erst kürzlich waren die Russen Zeugen einer zehnjährigen Bemühung der amerikanischen Regierung, das radikale Regime des irakischen starken Mannes Saddam Hussein aufzubauen. Sie beobachteten auch, daß die Bush-Regierung den irakischen Streitkräften erst grünes Licht zum Einmarsch in Kuwait erteilten, dann aber eine Kehrtwendung vollzogen und eine Streitmacht der Vereinten Nationen auf die Beine stellten, um die Irakis aus Kuwait zu vertreiben und dabei auf »konservative Weise« 160000 Iraker, meistens unschuldige Zivilisten, vernichtete.

Erinnerungen an sogenannte US-Heldentaten

Die Russen erinnern sich auch daran, daß das amerikanische Außenministerium jahrelang aufeinanderfolgende Diktaturen in Panama verhätschelte. Dies ging



Panamas General Manuel Antonius Noriega, jahrelang einer der Lieblingsschurken des CIA, wurde von US-Präsident Bush ins Gefängnis gesteckt.



Saddam Hussein, der starke Mann des Iraks, war über Jahre einer der treuen Freunde der USA.

so weit, daß sie es zuließen, wenn sie sich nicht sogar daran beteiligten, daß jene Diktaturen an den Straßenecken jeder amerikanischen Stadt illegale Drogen verfügbar machten. Dann endete urplötzlich die Liebesaffäre zwischen dem US-Außenministerium und Panamas starkem Mann, General Manuel Antonio Noriega, jahrelang einer der Lieblingsschurken des CIA. Die USA marschierten in Panama ein, und Noriega wanderte als gewöhnlicher Drogendealer ins Gefängnis.

Die Kosten spielten keine Rolle

Den Russen ist auch die Geschichte des kostspieligen militärischen Unternehmens Amerikas nicht unbekannt.

Sie erinnern sich an den Vorfall in der Bucht von Tonkin im Jahre 1964, bei dem Angriffe nordvietnamesischer Kanonenboote auf amerikanische Zerstörer vorgetäuscht wurden, um der Regierung von US-Präsident Lyndon B. Johnson einen Vorwand zu geben, die militärische Aktion in Südostasien eskalieren zu lassen.

Auch ist es russischen Führern nicht unbekannt geblieben, daß die amerikanische Regierung unter US-Präsident Franklin Roosevelt das eigene Volk in die Irre führte, um Amerika in den Zweiten Weltkrieg hineinzuziehen, wobei sie, wie jetzt historisch erwiesen ist, so weit ging, die Japaner zu provozieren, Pearl Harbor anzugreifen.

Die Angst vor China

Jelzin weiß auch, daß die Bush-Regierung über ihren anscheinend blinden Aufbau Rotchinas in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht, ein Schritt, der die Russen in Angst versetzt, wiederholt mit dem Kongreß aneinandergeraten ist.

Den Russen ist schmerzhaft bewußt, daß ihr Atomschild ihre einzige Hoffnung wäre, einen Einmarsch der Rotchinesen über ihre östlichen Grenzen hinweg zum Halten zu bringen.

Die Russen wissen, daß Rotchina jeden Tag stärker wird und eine Supermacht von morgen, beherrscht von einem radikalen Regime, dem man nicht trauen kann, sein wird, auch wenn die Bush-Regierung dieser Tatsache gegenüber blind ist.

Aber der beunruhigendste Gesichtspunkt der derzeitigen Abrüstungsverhandlungen besteht darin, daß beide Seiten Waffen verkaufen. Jahrelang hat das amerikanische Außenministerium die ehemalige Sowjetunion immer wieder kritisiert, weil diese Waffen an andere Länder, vor allem an Länder der Dritten Welt, verkaufte. Dieser illegale Waffenhandel geht indessen munter weiter und bringt den Russen einen Großteil der Devisen für den Außenhandel ein, die sie brauchen, um zu überleben und um ihr Wirtschaftssystem von einem kommunistischen in ein solches des freien Marktes umzuwandeln.

Heute stehen jedoch die Vereinigten Staaten unter den Waffen exportierenden Ländern der Welt an erster Stelle, wie von der Bush-Regierung demonstriert wird. Die amerikanische Wirtschaft soll damit hochgepäppelt werden. Die Russen müssen sich fragen, was ist schlimmer, ihr Waffenverkauf an den Iran oder der Waffenverkauf der USA an Rotchina?

Die Wahrheit ist: Die Rüstungsindustriekomplexe beider Länder haben von einer völligen Einstellung der Feindseligkeiten und einem Ende des Rüstungswettlaufs zu viel zu verlieren und nichts zu gewinnen. Man kann halt zu viel Profit daraus schlagen, Krieg vorzubereiten, ihn zu führen und anschließend Geld zum »Wiederaufbau« zu verleihen, um sich unbekümmert über diese erprobte und reale Formel des Geldscheffelns hinwegzusetzen.

Rußland ist seit 1990 vom Joch des Kommunismus befreit. Es wird Jahre dauern, Vertrauen auf beiden Seiten aufzubauen und zu pflegen, selbst wenn die Führer beider Seiten ehrenhaft handeln.

Und natürlich müssen beide Länder nach Führungskräften suchen, die bereit sind, gegen Kriegsgewinnler in ihren jeweiligen Gesellschaften vorzugehen, und dies ist in der Tat für jeden Führer ein gefährlicher Kurs, den es einzuschlagen gilt. □

USA

Clinton erobert die Präsidentschaft

Victor Marchetti

Obwohl der Demokrat Bill Clinton bei den Wahlmännern ziemlich gut abgeschnitten hat, 370 zu 169, hat er jedoch kein klares Mandat vom amerikanischen Volk bekommen. Clinton vereinigte nur 43 Prozent der Stimmen des Volkes auf sich. Dem Republikaner George Bush gelang es, sich 38 Prozent zu sichern, und Ross Perot sah mit 19 Prozent der Stimmen – die höchste Gesamtzahl, die ein unabhängiger Kandidat jemals erringen konnte – auch nicht gerade schlecht aus. Der letzte Mann, der das Weiße Haus ohne eine Mehrheit der Stimmen des Volkes eroberte, war Richard Nixon im Jahre 1968, während der schwierigen Zeiten des Vietnam-Krieges und der Kontroverse über Bürgerrechte.

Die schlechte Wirtschaftslage und damit zusammenhängende Dinge waren die dominierenden Themen des jüngsten Wahlkampfes, und sie kamen Bush teuer zu stehen. Gleichzeitig wurde die Außenpolitik von den Wählern als eine der am wenigsten bedeutsamen Fragen bewertet, zusammen mit der Frage der Abtreibung. Familienwerte rangierten irgendwo in der Mitte, wurden aber durch wirtschaftliche Besorgnisse stark überschattet.

Die dummen Fehler von Bush

Bush, das ist jetzt klar, beging mit seiner Wahlkampfstrategie sehr dumme Fehler. Vor mehr als einem Jahr hatten ihn viele politische Experten gewarnt, lieber »nach Amerika zurückzukommen« und sich auf innenpolitische Angelegenheiten zu konzentrieren. Schon 1991 berichteten wir, daß »eine Menge Leute« Bush drängten, »seine Konzentration von außenpolitischen Dingen auf wichtigere innenpolitische, wirtschaftliche Probleme zu verlagern«.

Im Eastern Establishment der Vereinigten Staaten geboren und aufgewachsen, und als Kriegsteilnehmer des Zweiten Weltkriegs und des Kalten Krieges, war Bush nicht in der Lage, seine Vernarrtheit in außenpolitische Angelegenheiten und in die Machtspiele der Supermächte abzulegen und seinen Schwerpunkt auf die eigentlichen Probleme des Landes – seine verzweifelte Wirtschaftslage – zu legen. Stattdessen hob er weiterhin seine außenpolitischen Ziele hervor und träumte davon, weltweite Freihandels-Initiativen voranzutreiben.

Als es während des Wahlkampfes offensichtlich wurde, daß diese Taktik bei den Wählern nicht recht ankam, wandte Bush sich weniger bedeutsam sozialen Problemen und der Frage des »Vertrauens« zu. Aber bis spätestens zu diesem Zeitpunkt mißtraute das amerikanische Volk seinem Präsidenten noch mehr als »Slick Willi« (Glattzüngiger Willi), dem Wehrdienstverweigerer und Schürzenjäger. Der Yuppie-Typ und »baby-boomer« trieb bezüglich der Wirtschaft ein raffinierteres Spiel als der alternde, müde gewordene Präsident. Die Welt und das Land gingen an George Bush vorbei.
Indessen verkannte Bush auch

USA

Clinton erobert die Präsidentschaft

die Bedeutung der Perot-Bewegung, die im wesentlichen eine Rebellion der Mittelklasse gegen die alte Ordnung des Establishments war. Die Wirtschaft war das Kernstück von Perots Wahlthema. Aber die Zurückweisung des Schlagworts »business as usual« (alles bleibt, wie es ist) in Washington, an der Wall Street und bei den priviligierten Sonderinteressen des Landes war die Würze, die der Rebellion ihren wahren Geschmack verlieh. Diese Tatsachen außer Acht gelassen zu haben kostete Bush das Weiße Haus und verhalf Clinton zu seinem Sieg. Mit den Perot-Wählern in seinem Lager wäre Bush mit Leichtigkeit wiedergewählt worden. Aber der alte Hund Bush konnte keine neuen Tricks mehr lernen.

Die Rebellion der Mittelklasse

So stellt der Präsidentschafts-Wahlkampf von 1992 weniger ein Sieg für Clinton und dessen verschwommene Versprechen für eine wirtschaftliche Verbesserung und soziale Veränderung als vielmehr eine Zurückweisung der Politik von Bush, besonders dessen nicht vorhandenes Programm für die Wirtschaft des Landes, dar. Clinton hat beinahe durch Nichterfüllung des Präsidenten die Wahl gewonnen. Er brauchte nur auf Bushs wirtschaftliche Fehlschläge – den Verlust von Arbeitsplätzen, rückläufige Familieneinkommen, die Reichen werden immer reicher und die Bürger des Mittelstandes immer ärmer – hinzuweisen, während der alte Präsident weiter davon faselte, daß die Wirtschaft doch gar nicht so schlecht dastehe wie die Medien berichten. Und als Bush und der Parteitag der Republikaner bei der Frage der Familienwerte und Abtreibung ausflippten, trafen ihre Worte auf taube Ohren. Sogar viele christliche Fundamentalisten optierten für einen neuen Besen, um in Washington rein Schiff zu machen.

Die Wirtschaft ist das große Problem

In den ersten hundert Tagen seiner Regierung wird Clinton wahrscheinlich einen ehrgeizigen Plan zur Wiederbelebung der Wirtschaft vom Stapel lassen. Unterstützt von einem demokratischen Kongreß, dürfte er einige Anfangserfolge für sich verbuchen. Aber nach den traditionellen Flitterwochen kann fast alles passieren.

Das amerikanische Volk wird nicht lange damit warten, von seinem neuen Präsidenten konkrete Wirtschaftserfolge zu verlangen. Und die Wirtschaft wird sehr schnell Clintons größtes Problem werden. Es gibt eine wachsende Anzahl von Experten, die glauben, daß die amerikanische Wirtschaft nicht ohne große Opfer für das Volk in Ordnung gebracht werden kann. Ist Clinton der Mann, der auf solche Opfer bestehen wird? Wir glauben nicht. Ist das amerikanische Volk bereit, die verlangten Opfer zu bringen? Wir wissen es nicht. Eines steht jedoch fest: Amerikas schwierige Zeiten sind noch nicht vorüber.

Was Clinton im Amt erwartet

Obwohl die Wirtschaft in den ersten Monaten Schwerpunkt der neuen Regierung sein wird, müssen einige außenpolitische Fragen auch unverzüglich angepackt werden. Schon bemüht sich der israelische Ministerpräsident Yitzhak Rabin um eine Zusammenkunft mit Clinton bald nach dessen Amtseinführung. Rabin hat eine Einladung als Hauptredner auf der Jahreskonferenz des American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) für Anfang des Jahres 1993 angenommen und hofft, dann mit dem neuen Präsidenten zusammenzutreffen.

Zwei Tatsachen muß man im Auge behalten, wenn man darzulegen versucht, wie Präsident Clinton Amerikas Außenpolitik in den Griff bekommen wird: Der ehemalige Gouverneur aus Arkansas hat fast keine Erfahrung in internationalen Angelegenheiten, und Bill Clinton, lebenslang ein Politiker, hat den Spitznamen »Slick Willie« nicht wegen irgendeiner Neigung, aufrichtig zu sprechen oder sein Wort zu halten, bekommen.

Außerdem muß man daran denken, daß Clinton ein Demokrat ist, und die Demokraten sind immer noch die Partei der Arbeiterbewegung in Amerika. Es sind die Gewerkschaften, die am meisten über Japans sehr günstige Handelsbilanz gegenüber den USA beunruhigt sind, und die Japan für den Verfall zahlreicher amerikanischer Industrien verantwortlich machen. Clintons Aufstieg zur Präsidentschaft ist vorwiegend auf die derzeitigen Wirtschaftsprobleme des Landes zurückzuführen, für die das amerikanische Volk George Bush und die Republikaner verantwortlich gemacht hat.

Vorzeitige Prüfungen für Bushs Außenpolitik werden wahrscheinlich in der Form des North American Free Trade Agreement (NAFTA) und der Nahost-Friedensgespräche auf ihn zukommen. Der neue Präsident hat gesagt, er sei für NAFTA, er will jedoch Zusicherungen, daß amerikanische Arbeiter, die ihren Arbeitsplatz an Mexiko verlieren, umgeschult werden, und daß von Mexiko verlangt wird, die amerikanischen Normen zum Umweltschutz zu beachten. Solche Versicherungen könnten sich für alle Betroffenen als sehr kostspielig erweisen, zu kostspielig um durchführbar zu sein, was den Demokraten ein Mittel in die Hand gibt, den Vertrag zu unterlaufen.

Suche nach einer Kooperation mit Japan

Was nun den arabisch-israelischen Friedensprozeß betrifft, so ist Clinton zu nichts anderem verpflichtet, als sich um das allgemeine Wohlbefinden des Judenstaates – sein grundlegendes Wahlkampfversprechen an die amerikanische Judenheit – zu kümmern. Er wird jedoch die 12 Jahre lang von den Reagan- und Bush-Regierungen betriebene geheime – und manchmal skandalöse – Diplomatie als Erbe übernehmen müssen. Dies könnte sehr schwierig sein, wie es damals der Fall war, als Jimmy Carter die Amtsgeschäfte von Nixon und Kissinger übernahm.

Clintons Oxford-Erfahrungen, die mehrere seiner Berater mit ihm teilen, werden ein wesentlicher Faktor seiner Ansicht über Europa und über das zusammengebrochene kommunistische Reich im Osten sein. Wenn überhaupt, hegt der neue Präsident nur wenige der Ängste des Kalten Krieges, die seine republikanischen Vorgänger verfolgten. Hinsichtlich Europas und Rußlands wird der Einfluß seiner zionistischen Berater eine bedeutende Rolle spielen und wahrscheinlich eher von wirtschaftlichen als von militärischen Erwägungen dominiert werden.

Es ist daher anzunehmen, daß Clinton auf erhöhte Lastenteilung seitens Japans in bezug auf die amerikanische Verteidigungs-Präsenz in Asien und auf ein ausgewogenes Handelsverhältnis drängen wird. Er wird Tokios Kooperation bei diesen Fragen anstreben und gleichzeitig anbieten, sich für einen Sitz Japans im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen stark zu machen.

Die Dezember-Überraschung für den Neuen

Clinton hat bereits gesagt, er werde einen Economic Security Council (Wirtschafts-Sicherheitsrat) – ähnlich dem bestehenden National Security Council – ins Leben rufen, um die Wirtschaft auf das gleiche Bedeutungsniveau wie internationale geopolitische und strategisch-militärische Angelegenheiten zu heben. Zumindest wird Clintons Regierung bei der Inangriffnahme wirtschaftlicher Probleme aggressiver vorgehen. Aber schon bevor er das Amt übernahm, wurde der neue Präsident mit einer unangenehmen »Dezember-Überraschung« – den Zusammenbruch mehrerer großer Handelsbanken – konfrontiert werden.

Am 9. Dezember 1992 traten neue Bankengesetze in Kraft, wonach von Handelsbanken verlangt wird, ihr Verhältnis Kapital-zu-Vermögenswert auf zwei Prozent zu erhöhen. Viele amerikanische Banken stehen hoffnungslos ohne Bargeld da und werden entweder schließen oder mit anderen zahlungsfähigeren Banken fusionieren. Selbst die normalerweise zurückhaltenden Wirtschaftswissenschaftler sagen voraus, daß 1500 Handelsbanken um

die Jahreswende in Konkurs gehen könnten.

Die Probleme der Citibank

Das Senate Banking Committee, dessen Vorsitzender Senator Donald Riegle ist, führte kürzlich Anhörungen über die Krise durch. Die Botschaft war unzweideutig: Die Quote der Bankenzusammenbrüche wird von der Bundesregierung stark unterschätzt, und der Steuerzahler wird mit einem »bail-out« in Höhe von mehreren Milliarden Dollar in die Bresche springen müssen, der die Krise um die Spar- und Darlehenskassen wie ein Kinderspiel erscheinen lassen wird.

Während Experten vor der schwerwiegenden Aussicht auf eine »Dezember-Überraschung« warnten, hat Amerikas größte Handelsbank, Citibank, insgeheim bereits bundesweit eine Umstrukturierung vorgenommen. Diese Tatsache wurde von dem Vorstandsvorsitzenden der Bank, John Reed, im August 1992 auf einer spät angesetzten Pressekonferenz, über die in der Presse wenig berichtet wurde, zugegeben. Reed sagte zu einer kleinen Versammlung von Reportern, Citibank habe Anfang 1992 ein »Memorandum of Understanding« (»Denkschrift zur Verständigung«) mit der Federal Reserve Bank in New York und dem Comptroller of the Currency (Leiter der Währungsaufsichtsbehörde) unterzeichnet, wodurch die Bank unter die Aufsicht der Bundesregierung gestellt wird. Bankfachleute räumen ein, daß ein Memorandum of Understanding de facto eine Konkurs-Umstrukturierung ist.

Änderungen im US-Kongreß

Die Kongreßwahlen von 1992 haben wieder einmal bewiesen, daß Amerikaner ihre Brieftasche wählen, wenn sie sich für Senatoren und Abgeordnete entscheiden. Obwohl es den Menschen Spaß macht, den Kongreß zu kritisieren, wenn die Zeit zur Abstimmung kommt, halten sie fast immer an ihren amtsinnehabenden Senatsmitgliedern fest – denjenigen, die ihren Distrikten und Staaten das »pork« (Slang: aus politischen Gründen bewilligte staatliche Zuschüsse) bringen. Taktik und Klugheit statt Politik hat für das Volk nur bei den Präsidentschaftswahlen Bedeutung.

Es ist daher keine Überraschung, daß es in der Zusammensetzung beider Häuser des Kongresses weniger Veränderungen gab als viele gehofft hatten. Nur 24 Amtsinhaber des Repräsentantenhauses und drei Senatoren wurden geschlagen – ungeachtet solcher beschämender Tricks wie der Bankenskandal des Repräsentantenhauses und der Interessenskonflikte des Senats um die Spar- und Darlehenskassen.

Die meisten der neuen Leute, die nach Washington kommen, verdanken ihr Glück der Tatsache, daß fast einhundert Kongreßabgeordnete und elf Senatoren zurücktraten oder schon bei den Vorwahlen ihrer eigenen Partei vor November 1992 geschlagen wurden.

Im neuen Senat werden 58 Demokraten und 42 Republikaner vertreten sein. (Neueste Meldung: Bei einer Stichwahl in Georgia verloren die Demokraten einen Sitz im Senat an die Republikaner, so daß ihre Mehrheit jetzt 57 zu 43 beträgt.

Dieser Reingewinn von einem Sitz durch die Demokraten ist zwei – jetzt drei Sitze – weniger als 60, die benötigt werden, um mögliche Filibusterreden der Republikaner über heiß diskutierte Gesetzesvorschläge zu verhindern. Im Repräsentantenhaus werden 260 Demokraten, 174 Republikaner und ein Unabhängiger vertreten sein. Dies stellt einen Verlust von acht demokratischen Sitzen dar, viel weniger als die Republikaner in dem Jahr des vermeintlich amtsinhaberfeindlichen Fiebers erwartet hatten.

Umfangreiche Erfahrungen auf staatlicher und lokaler Ebene

Die Wahl brachte nicht die Überanzahl an politischen Neulingen hervor, die viele »Weise« vorausgesagt hatten. Stattdessen haben die von den Wählern ausgesuchten neuen Kongreßmitglieder umfangreiche Erfahrung auf staatlicher und lokaler Ebene. Die hereinkommende Schicht hat 48 Anwälte, 28 Geschäftsleute, 17 Erzieher, sieben Journalisten, drei Farmers/Ranchers, zwei Polizeibeamte und eine Vielfalt anderer Persönlichkeiten, darunter ein Arzt, ein Ingenieur, ein Minister und ein ehemaliger Taxifahrer.

Vier neue Frauen wurden gewählt, wodurch die Anzahl der Frauen in dem mächtigen Oberhaus auf sechs ansteigt, fünf davon Demokraten. Die Anzahl der Juden im Senat beträgt zehn, eine deutliche Überrepräsentation bei nur 2,5 Prozent der Bevölkerung. Der ehemalige AIPAC-Boß Moris Amitay, jetzt Leiter des Washingtoner PAC, scherzte, daß der Senat sein eigenes miyan, eine beschlußfähige Anzahl von zehn erwachsenen Juden für Gemeinde-Gottesdienste, haben wird.

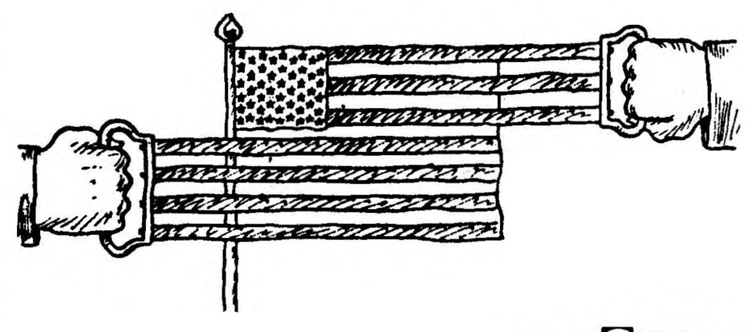
Obwohl Clinton eine demokratische Mehrheit haben wird, mit der er arbeiten kann, wird sein Umgang mit dem Kongreß nicht immer sturmfreies Segeln sein. Der Fraktionsführer der Republikaner, Senator Robert Dole aus Kansas, hat bereits gesagt, nach Ansicht seiner Partei habe Clinton keineswegs das Mehrheitsmandat des Volkes für seine Politik und Programme erhalten. Die Republikaner werden daher die Perot-Anhänger in ihren Heimatstaaten herausfischen, um eine Allianz als Gegengewicht zur demokratischen Mehrheit zu bilden, äußerte er.

Probleme zwischen Präsidenten und Kongreß

Wieviel Schwierigkeiten die Republikaner dem neuen Präsidenten bereiten können oder wollen ist problematisch, speziell während der traditionellen Flitterwochen. Die Probleme der Parteipolitik werden möglicherweise erst später in Clintons Amtszeit ein bedeutender Faktor sein, und wenn er bei seiner Handhabung der Wirtschaftsprobleme stolpert, könnten die Dinge schnell häßlich werden. Steuern, Beaufsichtigung der Großbanken und der Spekulanten an der Wall Street, Umschalten der Regierungsausgaben von der Verteidigung auf andere Gebiete und Umweltprobleme versprechen samt und sonders Streitobjekte zwischen Demokraten und Republikanern zu werden.

Ein zweites, sogar noch größeres Problem mit dem Clinton es zu tun haben könnte, ist das eines demokratischen Kongresses mit eigener Tagesordnung. Der letzte demokratische Präsident, Jimmy Carter, stieß haargenau auf ein solches Problem. Familienurlaubspläne für Angestellte und Arbeiter und andere, von den Gewerkschaften geförderte Programme, erweiterte Bürgerrechte, Fragen der Sozialhilfe, zusammen mit dem North American Free Trade Agreement und den Handelsbeziehungen mit Japan, sind nur einige wenige potentielle Probleme, die sich zwischen dem neuen Präsidenten und dem Kongreß ergeben könnten – und sie alle werden den Republikanern reichlich Gelegenheit bieten, Ärger zu bereiten.

Das dritte und möglicherweise größte Problem mit dem Clinton zu kämpfen haben wird, sind die höheren Erwartungen, die das amerikanische Volk in seine neue Regierung gesetzt hat. Kein Präsident wird diese Erwartungen jemals erfüllen, die sogar noch größer zu sein pflegen, wenn der neue Präsident aus der Oppositionspartei kommt. Wenn die Wirtschaft weiterhin wankt und Clintons Führungsfähigkeit zu wünschen übrig lassen sollte, dann werden die demokratischen Kongreßabgeordneten ihren Präsidenten schon bald im Stich lassen und sich um ihre jeweilige Partei kümmern. □



Wer half Bill Clinton im Wahlkampf

Victor Marchetti

Amerikanische Juden quer durch das politische Spektrum hindurch haben Bill Clinton im Präsidentschaftswahlkampf gegen George Bush unterstützt. Laut Meinungsumfragen des American Jewish Congress erhielt Clinton 86 Prozent der jüdischen Stimmen. Bush bekam 19 Prozent und Ross vier Prozent. Jüdische Experten sagen, »die Wahl spiegelt den Ärger der Juden über Bushs harte Tonart gegenüber Israel, die Furcht davor, daß die Republikaner sich die religiösen Rechte und Besorgnisse über unterminierte Abtretungsrechte zueigen machen könnten sowie die allgemeinen Fragen der Veränderung der Wirtschaft, die den demokratischen Herausforderer zum Sieg verhalfen, wider«, berichtet die Jewish Telegraphic Agency aus New York.

»Jeder, der sich nach einem wohlhabenderen, mitfühlenden Amerika und einem stärkeren amerikanisch-israelischen Verhältnis gesehnt hat, sollte den Sieg von Clinton und Gore als Augenblick des Triumphes und der Freude betrachten«, sagte Morton Mandel, ein erfahrener jüdischer Aktivist und Vorsitzender des National Jewish Democratic Council. Mandel ist für einen hohen Posten in der Clinton-Regierung vorgesehen.

»Es ist ein unglaublich bedeutender Augenblick für die jüdisch-amerikanische Gemeinde«, äußerte Rabbi David Saperstein, Leiter des Religious Action Center of Reform Judaism. Juden zählten zu den frühesten finanziellen Unterstützern, engsten Beratern und Spitzen-Wahlkampfleitern Clintons, stellte Saperstein fest, und Juden gehörten zu den Volksgruppen, die Clinton am meisten unterstützt haben, wobei möglicherweise dessen Unterstützung unter Schwarzen noch übertroffen wurde.

»Es muß ein Element der Bestrafung Bushs im Wahlverhalten der Juden vorhanden sein«, meinte Milton Himmelfarb, ehemaliger Forschungsleiter im American Jewish Committee, und hob die Abwanderung von Juden hervor, die früher republikanisch gewählt hatten. Er stimmte mit anderen jüdischen Experten darin überein, daß die Abtreibungsfrage bei der Unterstützung Clintons durch Juden eine große Rolle gespielt habe: »Es würde mich nicht wundern, wenn man sich mit einer Kerngruppe von Juden zusammensetzt, um mit ihnen zu reden, diese dann die Leidenschaft für Abtreibung ebenso stark bewegt wie ihre Leidenschaft für Israel.«

Himmelfarb behauptete: »Die jüdischen Wähler haben traditionell nicht über jüdische Fragen, sondern über liberale Ideologie abgestimmt. Die Israel-Sache ist zweitrangig.«

Der Israel-feindliche George Bush

David Singer, Himmelfarbs Nachfolger im American Jewish Committee, ist anderer Meinung. »Das Israel-Element ist sehr wichtig«, stellte er fest. »Aber bei den meisten Wahlen besteht die Tendenz, daß es ausgewaschen wird. Man hatte niemals einen Kandidaten wie Bush, der äußerst Israel-feindlich war.«

Michael Lerner, Herausgeber der liberalen jüdischen Zeitschrift »Tikkun«, bemerkte jedoch: »Clinton zählte zu seinen Unterstützern sowohl Führer von Juden, die die israelische Friedensbewegung unterstützen, als auch Juden, die im Lager des ehemaligen Ministerpräsidenten Shamir in Israel standen. Es herrscht also ein scharfer Kampf, der auch in der Clinton-Regierung weitergehen wird, zwischen denjenigen, die glauben, daß die Clinton-Regierung ihr Bestes tun sollte, um den Friedensprozeß zu unterstützen und denjenigen, die glauben, daß die amerikanische Regierung sich den Falken innerhalb der Koalition des derzeitigen Ministerpräsidenten Rabin zugesellen sollte.«

Nichtsdestoweniger schwärmte »Forward«, die in New York ansässige landesweit erscheinende jüdische Wochenzeitung, bei ihrer Berichterstattung über Clintons Wahlsieg in den höchsten Tönen. Ihre Schlagzeile lautete: »Clinton schließt neuen Vertrag ab«. In einem Leitartikel auf der ersten Seite schrieb das Blatt: »Unsere größte Hoffnung für Mr. Clinton ist, daß er wieder einmal die Fackel hochhalten kann, die am Anfang der politischen Reise unserer Generation an Jack Kennedy übergeben wurde.«

Erinnerungen an Roosevelt

In dem Leitartikel heißt es weiter, daß Clintons Sieg die Erinnerungen an die ersten 100 Tage des New Deal von Franklin Delano Roosevelt wachrufe. »Er ist aus vielen Gründen der Erinnerung wert. Es ist eine Mahnung, daß unser Land damals in einem weit schlimmeren Zustand war als heute. Aber die 100 Tage mahnen uns daran, was ein Präsident zustandebringen kann, wenn er sich hinsetzt und die Krise zu einer Zeit anpackt, in der die Führung des Kongresses aus seiner eigenen Partei kommt.«

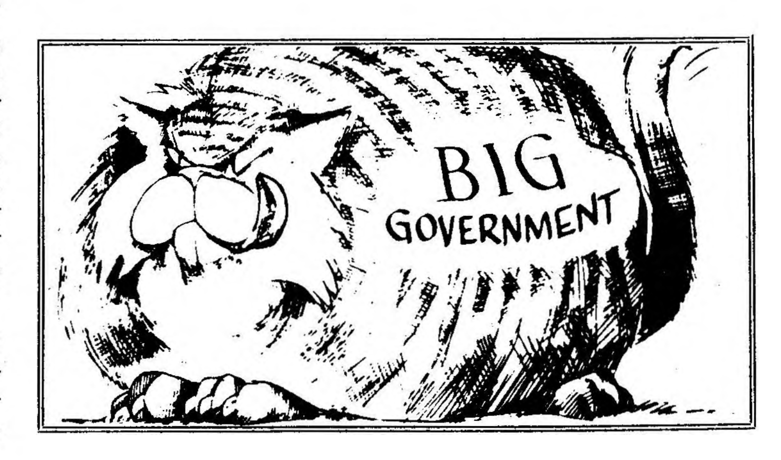
Eine der attraktivsten Merkmale des Clinton-Wahlkampfes, schreibt die jüdische Zeitung, war »seine Strategie des breiten Einschlusses, mit der er arbeitende Menschen aller Rassen und persönlicher Schicksale, Gewerkschaftler, Schwule, Südstaatler, Frauen und Juden, unter vielen anderen, in die gleiche breite Koalition hineinfegte«.

Clintons Verbundenheit zur jüdischen Gemeinde

Daher, schreibt »Forward«, »strahlen diejenigen Juden, die von Anfang an bei den Demokraten waren, übers ganze Gesicht, und die Übriggebliebenen sagen, es sei ein gutes Gefühl, wieder zuhause zu sein. Zuhause zu sein und die Hoffnung zu hegen, daß die Arbeit zuendegeführt wird, die begonnen wurde, als die Fakkel das letzte Mal an eine neue Generation weitergegeben wurde«.

In einem Begleitartikel schreibt der Washingtoner Chefredakteur, David Twersky, der Sieg Clintons spiegele sowohl die traditionelle Verbundenheit der jüdischen Gemeinde mit der Democratic Party als auch Präsident Bushs »Tyrannisierung Israels« und seine Verbindung von Anleihegarantien« mit der »Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu arabischen Diktaturen« wider.

Bushs Beliebtheit bei den Juden sei weiter gesunken, schreibt Twersky, als Führer der »Ultra-Rechten«, »darunter Pat Buchanan und Pat Robertson, offensichtlich den Parteitag der Republikaner in Houston dominierten«. □



USA

Ratschläge für den neuen Präsidenten

Frank Chodorow

Jetzt, wo der neue Präsident Bill Clinton damit beginnt, seine außenpolitische Mannschaft zusammenzustellen, wird er gezwungen sein, sich die amerikanische Nahost-Politik genau anzuschauen. Mit allen guten Wünschen für den designierten Präsidenten legen wir hiermit eine amerikanische Nahost-Politik dar, wie sie in dem nachstehenden Artikel umrissen wird. 1956 von dem inzwischen verstorbenen Frank Chodorow geschrieben, trug der Artikel ursprünglich die Überschrift: »A Jew's Guide to a Middle East Policy« (»Richtschnur eines Juden für eine Nahost-Politik«). Chodorow trat für eine Nichteinmischungspolitik, eine nationale neutrale amerikanische Politik gegenüber den Ländern im Nahen Osten ein. Präsident Clinton wäre gut beraten, diesen Kurs einzuschlagen.

Was Chodorow vor 36 Jahren zu sagen hatte, ist nach wie vor aktuell, obwohl trauriger- und ironischerweise »Human Events« – der Nachrichtenbrief, in dem dieser Artikel am 10. März 1956 veröffentlicht wurde – eine dauerhafte philosophische Kehrtwendung um 180 Grad vollzogen hat.

Eine zeitgemäße Erinnerung

Einst eine hart zuschlagende, nationale US-Zeitschrift ist »Human Events« jetzt, wo so viele in der sogenannten konservativen Bewegung, dem Internationalismus verpflichtet und zu einer schrillen, ungenierten Stimme für eine »Israel-zuerst«-Politik im Nahen Osten geworden sind.

Auf jeden Fall ist Chodorows Artikel – obwohl nahezu 40 Jahre alt – eine zeitgemäße Erinnerung daran, daß, je mehr sich die Dinge ändern, sie desto mehr bleiben, wie sie sind. Wenn Präsident Clinton wirklich nach einer Veränderung strebt, wie er wiederholt auf seiner Wahlkampfreise versprochen hat, dann könnte er nichts besseres tun als Chodorows weisem Ratschlag Folge zu leisten:

Israel ist nur zum Teil Israel, der andere Teil ist weltweiter Zionismus, und es ist nicht gewiß, welcher Teil mit welchem wedelt. Solange diese Ungewißheit nicht beseitigt ist, ist der Friede im Nahen Osten eine unsichere Angelegenheit, und die amerikanische Außenpolitik wird sich in einem ähnlichen tumultartigen Zustand befinden.

Dieser Punkt wird in dem Büchlein, das soeben aus der Druckpresse gekommen ist mit dem Titel »Who Knows Better Must Say No« (»Wer es besser weiß, muß Nein sagen«) von Dr. Elmer Berger, dem leitenden Vizepräsidenten des American Council of Judaism, unterstrichen. Es ist ein sehr lehrreiches und interessantes Buch, trotz der Tatsache, daß es aus einer Reihe von persönlichen Briefen besteht, die Dr. Berger während einer kürzlichen Reise in den Nahen Osten schrieb, anscheinend ohne an eine Veröffentlichung zu denken.

Um die Berichte über diesen Teil der Welt, die fast täglich in unseren Zeitungen erscheinen, besser verstehen zu können, tut man gut daran, sich mit dem Beweismaterial in diesem Büchlein vertraut zu machen. Rabbi Berger ist sicherlich nicht ohne Vorurteile. Die Organisation, die er repräsentiert, vertritt den Standpunkt, daß das Judentum eine Religion und nichts anderes ist, und daß Amerikaner, die dieses Glaubens sind, Amerikaner und nichts anderes sind. Dies mag für Nichtjuden in unserem Lande selbstverständlich und kaum erwähnenswert sein.

Aber für die gut organisierten und hoch finanzierten Kräfte des Zionismus ist der von Dr. Berger und dem American Council for Judaism vertretene Standpunkt Anathema; denn sie sind der Auffassung, daß Juden in der ganzen Welt, ganz gleich welche Staatsbürgerschaft sie innehaben und ungeachtet dessen, ob sie Agnostiker oder Atheisten sind, zuerst dem Land ihrer biblischen Vorväter Ergebenheit schulden. Das heißt, sie behaupten, das Judentum sei keine Religion, sondern ein politisches Gebilde, an das die Angehörigen der jüdischen Rasse durch Blut und Tradition bis an das Ende aller Zeiten gebunden sind.

Die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft

Effektiv legen die Zionisten, auch wenn sie diese logische Schlußfolgerung sorgfältig herunterspielen, allen Juden eine Doppelstaatsbürgerschaft nahe, eine in ihrer Wahlheimat und die andere in Israel. Einige dieser Fanatiker gehen so weit, von einer endgültigen und totalen »Sammlung« – einer Wanderung der 11 Millionen Juden in der Welt – im verheißenen Land zu reden.

Dies ist für diejenigen, die aus einem humanitären Impuls heraus große Batzen von Geld an Israel spenden, doch etwas zu viel, und das Thema »Sammlung« wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt in das Land der Träume verwiesen. Außerdem, ein Gebiet, das so klein wie das von Israel besetzte ist und über keine bekannten natürlichen Ressourcen von Bedeutung verfügt, könnte kaum 11 Millionen Menschen aufnehmen. Die »Sammlung« muß von daher gesehen verschoben werden, bis – nun, gerade das ist es, was die Nachbarstaaten beunruhigt.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt beharren die messianischen Zionisten darauf, daß es die Pflicht aller Juden sei, die kühnen Pioniere und deren Regierung, die auf diesem ungastlichen Stück Erde, das den Arabern abgerungen wurde, den Weg bahnten, zu finanzieren. In ihrem ewigen Verlangen nach Geld heben die Zionisten eher den humanitären als den nationalistischen Zweck Israels hervor. Wo sonst sollten die verfolgten und enteigneten Juden der Welt wohl hingehen?

Die Sammlung der Juden

Dies ist ein lautstarker Aufruf. Er war den Geldauftreibern Milliarden wert, seitdem (Adolf) Hitler die Unmenschlichkeit zu einem Instrument der Staatspolitik machte. Um ihn am Leben zu erhalten, machten die Zionisten viel Aufhebens um die Anzahl derjenigen, die jedes Jahr nach Israel einwandern – die ungefähr gleich hoch ist und in einigen Jahren sogar von der Anzahl derjenigen, die Israel verlassen, übertroffen wird –, und um die Zahl möglichst noch zu halten, führen sie eine ständige Anwerbungs-Kampagne durch.

Im Augenblick konzentrieren sie sich auf Nordafrika, wo die nationalistischen Bewegungen die Dinge für jedermann, einschließlich Juden, verschlimmern.

Die Verarmten werden natürlich dorthin gehen, wo es eine Verheißung auf ein besseres Leben gibt, und die Zionisten sind schnell mit Verheißungen und Versprechen bei der Hand; außerdem werden Transportmöglichkeiten frei zur Verfügung gestellt. Wenn die Armen es jedoch vorziehen, dort zu bleiben, wo sie sind, wird ihnen keinerlei Hilfe angeboten; denn so humanitär sind Zionisten nun auch wieder nicht.

Es wird berichtet, daß sich die »Einnahme« ihrer Geldeintreibungsagenturen allein in unserem Land auf über 50 Milliarden Dollar beläuft. Es gehört mehr als ein Appell an das Herz dazu, soviel Geld aus einem Teil der amerikanischen Judenheit herauszuschlagen; ein Großteil der fünf Millionen Juden geben nämlich überhaupt nichts.

Es gehören Organisationstalent und Methoden dazu, die nur gefühllose Kreuzfahrer anwenden können, Methoden, die an Erpressung grenzen. Wieviele Amerikaner jüdischen Glaubens geben, weil sie den zionistischen Standpunkt vertreten; wieviele geben, um den wirtschaftlichen

USA

Ratschläge für den neuen Präsidenten

und gesellschaftlichen Sanktionen, die unweigerlich folgen, wenn sie der ihnen zugedachten Bewertung nicht gerecht werden, aus dem Weg zu gehen; wieviele von ihnen sogar gegen die Anklage, »Antisemiten« zu sein, immun sind – sollte um amerikanischer Politiker willen einmal dokumentarisch festgehalten werden. Vielleicht liegt die Zahl der Zionisten hierzulande nicht höher als die Zahl derjenigen, denen die »Sache« gut tut.

Ins Auge springende Tatsachen

Dr. Berger hat die Länder, gegen welche jene, die begierig sind, die Prophezeiung schnell in die Tat umzusetzen, Sturm laufen – Ägypten, Irak, Jordanien, Syrien und Libanon – besucht. Die Propagandisten haben an diesen »rückständigen Beduinen« lohnenswerte Arbeit geleistet. Nicht nur haben sie viele der von ihnen Verdummdeubelten davon überzeugt, daß diese »dekadenten« Völker darauf versessen seien, den mit soviel Blutvergießen eroberten palästinensischen Brükkenkopf zu zerstören, sondern auch die amerikanische Presse ist von dieser Propaganda völlig eingewickelt worden, und selbst die Regierung scheint ihr ein gewisses Maß an Glaubwürdigkeit zuzugestehen. Also fuhr er hin, um sich selbst ein Bild von den Dingen zu machen.

Er besuchte viele prominente Juden in diesen Ländern und verantwortliche Beamte des öffentlichen Dienstes. Von den ersteren, denen es in ihrer Wahlheimat recht gut zu gehen scheint, erfuhr er zwei ins Auge springende Tatsachen, die der araberfeindlichen Propaganda glatt zuwiderlaufen.

Erstens, daß es in diesen Ländern keinen offiziellen oder inoffiziellen Antisemitismus gibt, und zweitens, daß diese Juden sich als gute Bürger erachten und von anderen als solche angesehen werden.

Sie waren stolz darauf, »arabische Juden« zu sein – ebenso wie Amerikaner jüdischen Glaubens loyale Amerikaner sind. Sehr zum Unbehagen der Berufszionisten. Wo immer er hinfuhr, wurde er darum gebeten, den Amerikanern folgende Botschaft zu übermitteln: Wir sind Juden, keine Zionisten. Oh ja, es gibt Agenten dieser Weltorganisation überall, aber ihr Einfluß ist auf jene beschränkt, die jede Ideologie akzeptieren, die ein besseres Leben verspricht.

Die unaufdringliche Hautfarben-Abgrenzung

Selbst dieser Einfluß, so wurde ihm gesagt, schwindet langsam dahin, zumal Nachrichten von ehemaligen Emigranten durchsickern, daß »arabische Juden« von dem dominierenden europäischen Element in Israel diskriminiert werden, das tatsächlich eine unaufdringliche »Hautfarben-Abgrenzung« um sich gezogen hat. Einige kehren mit ihrer eigenen Geschichte der Enttäuschung in die Heimat zurück, ungeachtet dessen, daß die israelische Regierung, die die Ansicht vertritt, daß ihre Investitionen, die dazu bestimmt waren, diese Menschen ins Land zu holen, eine Art Zurückbehaltungsrecht auf ihre Körper begründen, die Auswanderung schwieriger als die Einwanderung macht.

Die Beamten, berichtet Dr. Berger, verhielten sich ihm gegenüber sehr kooperativ und gaben ihrer Ansicht über die Sache mit den Israelis rückhaltlos Ausdruck. Was der Innenminister Kairos zu ihm sagte, rundet die Ansichten aller Beamten, die er in all diesen Ländern besuchte, ab. Dr. Berger zitiert ihn wie folgt:

»Es hat bei jeder Lösung der Palästina-Frage drei Elemente gegeben, und zwei davon waren der dritten stets untergeordnet. Wieviele Juden könnte das Land aufnehmen, ohne die Araber zu verdrängen? Es stand immer die Frage des Verkaufs von Land im Raum. Wie könnte dieser Verkauf kontrolliert werden, ohne daß Araber landlos und ohne Mittel zum Lebensunterhalb abgespeist werden? Diese beiden Fragen waren das grundlegende Problem: Mit wem verhandeln wir über diese Punkte? Mit den Juden Palästinas? Oder müssen wir mit dem Weltzionismus verhandeln?«

»Wir hatten niemals etwas gegen die Juden in Palästina. Aber wir konnten kein Palästina dulden, das allen Juden der Welt gehört, denen auf Kosten der Araber Palästinas Rechte eingeräumt werden. Es ist kein Friede möglich, wenn man von uns erwartet, die Rechte der Juden überall in der Welt in Israel anzuerkennen.«

Araber wollen wissen woran sie sind

Um auf die einzelnen Fälle zu sprechen zu kommen, was die Araber wissen wollen ist, ob die Israelis – oder vielmehr die Zionisten – sich mit den derzeitigen Grenzen einverstanden erklären werden, oder ob sie ihren Standpunkt als Vorbereitung auf weiteren Landraub konsolidieren werden? Frieden oder Krieg im Nahen Osten hängen mit der Beantwortung dieser Frage zusammen.

Anscheinend wollen die Israelis einer Beantwortung dieser Frage ausweichen, wie ihre Opposition bei den Vereinten Nationen gegen eine internationale Garantie der derzeitigen Grenzziehung bezeugt. Es geht wieder einmal um Lebensraum.

Für wen? Für 11 Millionen?

Indem sie ihre Unnachgiebigkeit in dieser Sache beiseiteschieben, bauen die Israelis eine Verbitterung gegen sich auf, die sich im Laufe der Jahre unweigerlich verstärken wird. Dies ist die Folge ihrer Behandlung von rund 900000 Arabern, die aus ihren Häusern in Palästina vertrieben wurden und von denen die meisten nun in Lagern, Höhlen und Hütten auf den unfruchtbaren Ländereien längs der Grenzen hausen und mit den sieben Cents pro Tag, die ihnen eine internationale Hilfsorganisation zugesteht, auskommen müssen.

Die Situation in Israel

Dr. Berger beschreibt ihren Zustand als schlechter, als der von Juden in Hitlers Konzentrationslagern erlittene. Diese Araber werden niemals, solange sie über die Stacheldrahtzäune schauen, den Anblick ihrer ehemaligen Wohnstätten und Ländereien vergessen, als sie für igendein grandioses Wohnungsbauprojekt umgepflügt wurden. Ihre Kinder werden den Groll, der in folgenden Worten eines der vielen Opfer zum Ausdruck kommt, erben: »Warum? Warum tut Ihr Juden, die Ihr selbst so verfolgt wurdet, uns dies an, die wir hier mit Euch in diesem Raum sitzen?«

Der New Yorker Rabbiner reiste schließlich nach Israel, obwohl es einige Zeit dauerte, ihn hineinzubekommen. Innerhalb von 20 Minuten nach seiner Ankunft befand er sich in der Obhut eines Begleiters und eines Chauffeurs; der eine, um darauf aufzupassen, daß Dr. Berger keine Verbindung zu irgendwelchen Offiziellen aufnahm, und der andere um über seine Bewegungen zu berichten.

Daher liefen seine fünf Tage im Lande auf wenig mehr als eine offiziell geführte Rundreise hinaus. Aber jemand, dessen Ohren und Augen geschult sind, wird Dinge sehen und hören, die auch ein peinlich genauer Reisebegleiter nicht verdunkeln kann.

Über die angepriesenen »Errungenschaften« dieses subventionierten Landes hinausschauend, erfuhr Dr. Berger, daß Israel ein durch und durch weltlicher Staat ist; daß es weit davon entfernt ist, ein Heiligtum für religiöse Juden zu sein; daß diejenigen, die dorthin kamen, um Gott anzubeten, in ihren eigenen Kreisen als seltsame Vögel betrachtet werden, die man als Sehenswürdigkeit für Touristen zur Schau stellt.

Jude gegen Jude

Und er erlebte, daß dunkelhäutige Juden – besonders die dunkleren aus dem Jemen – für die dominierenden westlichen Juden ein soziologisches Problem darstellen; sie sind für manuelle Arbeiten da und werden gesellschaftlich geächtet.

Als Reaktion auf seine Bemerkungen über die hohen Kosten all dieser großartigen öffentlichen Arbeiten, wurde ihm gesagt: Israel »ist eine Partnerschaft zwischen uns und den Juden in aller Welt. Die Juden

Amerikas haben das Geld, und wir hier leisten Pionierarbeit für den Staat, der jüdisches Leben wieder auferstehen lassen wird. Daher begehen sie einen großen Fehler, wenn sie Kosten unter dem Aspekt unseres Wohlstands und unserer natürlichen Hilfsmittel bewerten. Und unter dem Aspekt des Wohlstands und der Ressourcen des jüdischen Volkes sind die Kosten hier keineswegs maßlos; und auf alle Fälle bringen sie Gelder für den Staat ein.«

Dies ist lediglich eine Umschreibung der Reden zur Auftreibung von Geldern, die bei Zusammenkünften in New York, Chicago, Los Angeles, gehalten werden; die Kosten spielen keine Rolle. Investiere in die Zukunft des Judentums und spende großzügig, heißt die Parole. Israel ist ein Land, das durch Schenkungen aufgebaut wurde, das überhaupt nicht darauf bedacht ist, Selbstversorger zu werden und wenig Aussicht hat, dies irgendwann einmal werden zu können.

Und das ist auf indirekte, obwohl reale Weise das Problem mit dem es der amerikanische Außenminister John Forster Dulles bei seinen Bemühungen, im Nahen Osten den Frieden zu bewahren, zu tun hat. Im Falle Israels hat er es nicht mit einem herkömmlichen Land zu tun, das bestrebt ist, seine Identität durch Selbstversorgung zu bewahren, sondern vielmehr mit einer Weltbewegung, die eine Mischung aus fanatischem Rassismus und Stammesdenken ist, durchdrungen von einer Schicksalsauffassung, die keine Grenzen kennt, am allerwenigsten wirtschaftliche Notwendigkeit.

In Wirklichkeit hat er es nicht mit der Regierung von Israel, sondern mit amerikanischen Juden zu tun. Deren Duldung und Unterstützung des Zionismus ist die Bedrohung im Nahen Osten.

Das versteckte As der Zionisten

Daß Mr. Dulles sich der vorherrschenden Situation durchaus bewußt ist, geht aus seiner Bemerkung vor dem Foreign Relations Committee des Senats hervor, daß die Israel-Frage aus Amerikas Innenpolitik herausgehalten werden sollte. Dies war ein subtiler Hinweis auf das versteckte As, auf das die Zionisten sich bei ihrem faulen Spiel verlassen, nämlich die Drohung, mit der »jüdischen Stimme« zu wedeln. Ob es wirklich einen derart soliden Wählerblock gibt, und ob die Zionisten diesen in der Gewalt haben, ist niemals festgehalten worden.

Es ist eine Gewißheit, daß viele gute, loyale Amerikaner jüdischen Glaubens eine Kraftprobe begrüßen würden, nicht nur um ihre Loyalität zu diesem Staat und ihre Abneigung gegen den Weltzionismus zu demonstrieren, sondern auch um den eisernen Griff zu lockern, in dem sie von den Zionisten gehalten werden. Eine Kopfzählung würde sie von den anrüchigen Bewertungen, denen sie jährlich von den Zionisten ausgesetzt werden, befreien.

Auf jeden Fall ist das arabisch-israelische Imbroglio eines, aus dem wir uns heraushalten sollten. Die Kommunisten werden sich natürlich auf einer oder auf beiden Seiten darin einmischen, denn ihr Geschäft blüht durch nationale und internationale Schwierigkeiten. Die Zionisten werden nicht zulassen, daß eine bloße Angelegenheit der Ideologie ihre Pläne durchkreuzt, und die Araber werden unter dem Aspekt der Selbstverteidigung von jedem Waffen kaufen, der bereit ist, diese zu verkaufen. Selbst, wenn im Nahen Osten ein neuer Krieg ausbricht, wie wird unseren Interessen durch Einmischung gedient werden? □

Der neue US-Präsident Bill Clinton ist gezwungen, die amerikanische Nahost-Politik zu überdenken.



Bill Clinton

Die Probleme der US-Schulden

Dave Hudson

Die hereinkommende neue Regierung der USA hat große Pläne für die Wirtschaft, aber es scheint, daß die Wirtschaft der Regierung ihre Bedingungen diktieren wird. Das Ergebnis: Zahle deine Schulden ab und gehe in die Hocke.

Viele Populisten betrachten die kommende Clinton-Regierung mit Schrecken. Der neue amerikanische Präsident versprach neue Initiativen im Bildungswesen, im Gesundheitswesen, beim Umweltschutz, bei der Hilfe für die städtischen Gemeinden und mehr. Und wie es heißt, gibt es gute und schlechte Neuigkeiten.

Der Umschwung kam zu spät

Die gute Nachricht ist, daß Bill Clinton nicht annähernd soviel für Initiativen der Binnenwirtschaft ausgeben wird, wie er und der demokratische Kongreß es gerne tun möchten. Die schlechte Nachricht ist, daß er dies deshalb nicht tun wird, weil die Wirtschaft es ihm nicht erlaubt.

Es reicht fast dazu aus, daß einem Präsident George Bush leid tun konnte. Zwischen seiner Ernennung und der Wahl hatte er die beschleunigte Ausgabe von Milliarden Dollar für bereits geplante Infrastruktur-Programme und für den vorher umstrittenen Verkauf von Düsenjägern an Taiwan und Saudi-Arabien und von Panzern an Kuwait angekündigt.

Und 1991 verringerte die Federal Reserve Bank den Diskontsatz – der Satz, mit dem sie Geld an ihre Eigentümer, die Handelsbanken, verleiht – von sieben Prozent auf 3,5 Prozent und Anfang 1992 noch einmal um 0,5 Prozent.

Es war zu spät. Die Wirtschaft reagierte einfach nicht rechtzeitig auf diese traditionellen Anreize im Wahljahr, obwohl derzeit ein deutlicher Aufschwung zu verzeichnen ist. Ironischerweise, wenn die Wahl am 3. Dezember 1992 statt am 3. November stattgefunden hätte, hätte es Bush gerade so eben gelingen können, wiedergewählt zu werden. Jetzt ist Clinton eifrig dabei, das Verdienst für die aufkeimende Erholung wegen des »Versprechens der Hoffnung und Veränderung«, die seine Wahl dem Land gebracht haben soll, für sich in Anspruch zu nehmen.

Insgesamt 24 Billionen Dollar Schulden

Der Grund, warum Bill Clinton nicht in der Lage sein wird, Milliarden Dollar für neue innenpolitische Programme auszugeben, kann mit einem Wort genannt werden – Schulden. Die gesamte Schuldenlast auf der amerikanischen Wirtschaft beläuft sich jetzt auf mehr als 15 Billionen Dollar, wovon allein die Bundesregierung vier Billionen Dollar schuldet. Und, wie CODE schon seit seinem erstmaligen Erscheinen immer wieder berichtet hat, wird diese Schuld niemals zurückbezahlt werden.

Wie CODE kürzlich berichtete, belaufen sich die Gesamtschulden der USA, einschließlich laufender Verpflichtungen, auf die ungeheure Summe von 24 Billionen Dollar.

Geld wird geschaffen, wenn eine Bank ein Darlehen vergibt, aber nur das Hauptkapital wird dadurch geschaffen. Das Geld zur Begleichung der Zinsen muß von einem anderen unglücklichen Schuldner hereingeholt werden. Die Betätigung der Pumpen in den Jahren 1991 bis 1992 reichte nicht aus, um eine wirkliche Erholung von der Bush-Rezession herbeizuführen oder um Bush wiederzuwählen.

Die Wirtschaft fordert, daß immer mehr neue Geschäfte getätigt werden, und daß Betriebskapital durch Darlehen geschaffen wird. Aber zukünftige Darlehensnehmer sind zu erschöpft, um weitere Darlehen aufnehmen zu können, und ihre potentiellen Kunden haben gleichermaßen zu viele Schulden, um ihren Ausstoß zu kaufen, selbst wenn sie Zugang zu neuen Darlehen hätten.

Lohnkürzungen und Arbeitslosigkeit

Schulden sind gut, solange keine Zinsen bezahlt werden müssen. Ohne Zinsen wäre die Nachfrage nach neuen Darlehen unbegrenzt. Aber Zinsen sind nun einmal das Lebensblut der Banker, eine Tatsache, die so offensichtlich sein sollte, wie die Tatsache, daß echtes Blut das ist, was Drakula in den Filmen in Schwung hält.

Jeder, der glaubt, daß die USA vor einer wirklichen Erholung stehen – ganz zu schweigen von einem neuen Zeitalter des Friedens und des Wohlstands – wird den Tag bereuen, wenn er jetzt entweder zu Investitions- oder Verbrauchszwecken auf eine Geldanleihe-Bierreise gehen würde. Stattdessen sollte jeder, der über Vermögenswerte zur Geldanlage verfügt, zu Bargeld übergehen, und jeder der Schulden hat, sollte sie jetzt abzahlen.

Von 1986 bis 1991 wurden laut Mitteilung des US-Labor Department (Arbeitsministerium) 5,6 Millionen amerikanische Arbeiter aus ihren Arbeitsplätzen »verdrängt«. Seit Januar 1992 haben weniger als die Hälfte dieser Arbeiter neue ganztägige Beschäftigung gefunden, und fast alle von diesen mußten eine Lohnkürzung in Kauf nehmen. Elf Prozent dieser Arbeiter nahmen eine Teilzeitbeschäftigung auf, und acht Prozent wurden selbständig, gewöhnlich aus einem Notstand heraus. Andere gingen vorzeitig in den Ruhestand, reihten sich in das Heer der Arbeitslosen ein oder schieden ganz aus dem Arbeitsleben aus.

Dies sollte sowohl für Betriebe als auch für Einzelpersonen eine Warnung sein. Gutbezahlte Arbeitsplätze mit herkömmlichen Nebenvergütungen sind immer schwieriger zu finden und zu behalten. Eine defensive Investitionsstrategie ist deutlich angesagt. Man zahle erst seine Schulden ab, angefangen von denjenigen, die mit den höchsten Zinssätzen belastet sind. In der Praxis heißt das, der Reihenfolge nach: Kreditkartenkonten, Autoanleihen und dann die Hypotheken abzuzahlen.

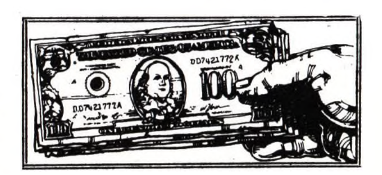
Ein Fenster der Gelegenheiten

Wer das Glück hat, über ein Portefeuille von Anlagepapieren zu verfügen, sollte Aktien, Immobilien, Juwelen und alles andere, was auf diesem vorübergehend steigenden Markt verkauft werden kann, verkaufen.

Dann sollte man mit Bargeld handeln. Bargeld kann viele Formen annehmen. Dazu gehören voll abgesicherte Bankeinlagen, einige Noten der Federal Reserve Bank – bis zu sechs Monate der täglichen Lebensunterhaltskosten wäre ein guter Gedanke – und Edelmetalle – Gold und Silber.

Gold und Silber werden traditionell als Geld anerkannt, und das ist schon so seit Jahrhunderten. Sie sind das einzige Geld, das nicht gleichzeitig jemandes Verpflichtung zur Rückzahlung von Kapital plus Zinsen darstellt.

Diese Metalle werden am besten in der Form von Barren oder Medaillons von einer Unze oder weniger angelegt, um ihre Benutzung als Bargeld zu erleichtern. Und sie sind derzeit zu günstigen Preisen erhältlich. Der nächste große Preisschub von monetären Metallen auf Dollar-Basis wird viel wahrscheinlicher nach oben als nach unten tendieren. □



Krisenherde

Mit den Steuergroschen der Amerikaner

Martin Mann

Die chaotischsten, blutigsten Situationen in der heutigen Welt wurden mit amerikanischen Steuergeldern herbeigeführt und finanziert.

Als US-Präsident George Bush sich anschickte, amerikanische Soldaten gegen die blutige, hirnlose Anarchie in Somalia einzusetzen, wurden die amerikanischen Steuerzahler gezwungen, die militärische Intervention zur Behebung einer Situation, die durch Verwendung ihrer Steuergelder überhaupt erst herbeigeführt wurde, auch noch zu bezahlen.

Nach dem Beispiel des Libanon

In Somalia stützte sich der Diktator, General Mohamed Siad Barre, auf israelische Söldner, um jegliche Opposition zu unterdrücken, bis er schließlich durch eine vulkanartige Revolte gestürzt wurde. Um oppositionelle Kräfte zu spalten und zu schwächen, bewaffnet der Mossad, Israels Geheimdienst, häufig örtliche Klans oder Stämme und wiegelt sie gegeneinander auf, wie er das in dem Bilderbuch-Fall des Libanon getan hatte.

Quer durch Afrika hindurch wurden brutale Diktaturen von Mossad-Agenten, die entweder direkt für die Regierung arbeiteten oder örtliche Streitkräfte ausbildeten und ausrüsteten, an der Macht gehalten und ihre Völker unterdrückt. Der Mossad wurde bei diesen Unternehmungen durch amerikanische Steuergelder finanziert.

Im Herbst 1980, wenige Tage bevor Ronald Reagan zum US-Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wurde, erstach Samuel K. Doe, ein klobiger liberischer Feldwebel, den Präsidenten seines Landes mit dem Bajonett und riß zusammen mit anderen Verschwörern der Armee die Macht an sich. Obwohl sein Regime bald als brutale und korrupte Diktatur berüchtigt wurde, bekam Doe mehr Hilfe von amerikanischen Steuerzahlern als jeder andere afrikanische Herrscher – nahezu eine Milliarde Dollar während der Reagan-Bush-Ära.

Liberia war keineswegs der einzige Unruheherd in der Dritten Welt, der so großzügig von amerikanischen Steuerzahlern bedient wurde, deren eigene Budgets alles andere als üppig waren. Mannschaften der Vereinten Nationen, die in einigen der verzweifelt ärmsten Ländern der Dritten Welt arbeiten, stellten fest, daß die größten Empfängerländer von Auslandshilfe gleichzeitig Stätten der schlimmsten Tumulte – Hungersnot, politische Mißwirtschaft und Anarchie – waren. Bei den Milliarden, die für diese Länder ausgegeben werden, sollten sie eigentlich am besten dran sein.

Der scheinbare Widerspruch ergab sich aus einer geheimen Änderung in der Strategie. Die Washingtoner Bürokraten behielten sich die größten Schenkungen für Regierungen vor, die bereit waren, ihre Goldgrube mit israelischen Lieferanten, Ausbildern und Beratern zu teilen.



Der bösartigste und korrupteste Diktator, Mobutu Sese Seko, traf sich 1989 mit dem US-Präsidenten George Bush.

Der Mossad wurde mit Verträgen belohnt, die zusammen Milliarden von Dollar wert waren, um Sicherheitskräfte in einigen der am meisten unterdrückten und ausgebeuteten Ländern auszubilden und auszurüsten, wie aus Dokumenten der Vereinten Nationen, die unseren diplomatischen Korrespondenten zugänglich gemacht wurden, hervorgeht.

Geheime Veränderung der Strategie

Der Mossad führte in diesen postkolonialen Ländern Systeme der »arrangierten Unterdrückung« ein. Seine Methoden, verhaßte örtliche Diktatoren an der Macht zu halten, waren eine Mischung von Gerissenheit, Grausamkeit und hochtechnischem politischem Terrorismus. Diese Mischung funktionierte nicht. Sie führte nicht zur »Befreiung« und öffentlichen Ordnung, sondern zu Revolte und Anarchie.

Unter dem Schutz elitärer Geheimdienste

Kürzliche Berichte der Vereinten Nationen über die apokalyptische Hungersnot und das sich durch ganz Afrika hindurchziehende Blutvergießen enthalten zahlreiche Fallstudien, mit denen diese Erklärung dokumentiert wird.

Ein weiteres Beispiel: Mobuto Sese Seko, der von Beobachtern der Vereinten Nationen als einer der bösartigsten und korruptesten Diktatoren eingestuft wird, hat seine Gewaltherrschaft über Zaire zwei Jahrzehnte lang unter dem Schutz einer elitären Palast-Garde und einer von Mossad-Ausbildern ausgebildeten, ausgerüsteten und angeführten Polizei aufrechterhalten.

Die Ekel erregenden brutalen Praktiken des Regimes von Zaire - Beobachter haben gesehen, wie paramilitärische Einheiten in Dörfern, die man der Untreue verdächtigte, die Stammesältesten zusammentrieben und dazu zwangen, ihre eigenen abgeschnittenen Ohren zu essen – hatten sogar das amerikanische Außenministerium im Jahr 1991 dazu veranlaßt, Mobutos Abgang zu verlangen. Aber umgeben von israelischen Leibwächtern an Bord eines riesigen Hausbootes, wo es nur so von Maschinengewehren wimmelte, hält sich Mobuto weiterhin an der Macht.

Jetzt werden die afrikanischen Regionen, wo Mossad-Söldner diese brudermordende Taktik eingeführt haben, von hirnlosem Gemetzel und Hungersnot gegeißelt, wie aus einer Reihe von Studien der Vereinten Nationen hervorgeht.

Amerikanische Steuerzahler brauchen sich nicht zu beeilen, ihre Verluste nachzurechnen; bei der augenblicklichen militärischen Intervention der USA in Somalia steht gewöhnlichen Amerikanern eine neue Runde von Nepps bevor. □

Illegale kosten Milliarden Dollar

James P. Tucker

Die Libertären und Freihändler, die glauben, die Vereinigten Staaten sollten ihre Grenzen sowohl Ausländern als auch ausländischen Waren öffnen, argumentieren dahingehend, daß illegale Fremde nur solche Arbeiten verrichten, die Amerikaner scheuen, und daß Fremdarbeiter mehr zur Wirtschaft beitragen als sie wegnehmen. Tatsachen beweisen das Gegenteil.

Illegale Fremde kosten die Vereinigten Staaten mehr als 100 Milliarden Dollar pro Jahr, wie Wirtschaftswissenschaftler ermittelt haben; 360 Millionen Dollar nur in einer Wohlfahrtskategorie – Hilfe für Familien mit abhängigen Kindern.

Die Zahlen geben ein objektives Bild

Und doch werden 1,4 Millionen Einwanderer jedes Jahr legal nach Amerika einreisen, während mehrere Millionen andere die Grenzen illegal überschreiten, sagen Beamte der amerikanischen Einwanderungsbehörde.

Donald Huddle, Professor für Wirtschaft an der Rice University und Verfasser einer kürzlich veröffentlichten Studie, behauptet: »3,5 Millionen Arbeitsplätze gingen 1982 an illegale Einwanderer verloren«, bei einem »nicht entschädigten Lohnverlust« von 4,6 Milliarden Dollar.

Seine Studie legt den Schwerpunkt auf das Jahr 1982, so daß er alle notwendigen Wirtschaftsdaten der Behörden bekommen konnte. Aber die späteren Zahlen, wenn sie erst einmal zu bekommen sind, können nur schlimmer sein.

»Ein großer Prozentsatz von Einwanderern, die in ethnischen Kolonien und Stadtvierteln für Einwanderer arbeiten, zahlen weder Steuern noch ... Beiträge zur Sozialversicherung«, bestätigt Huddle. »Und doch nimmt diese Gruppe, einschließlich Familienangehörige, Junge und Alte, die mit Steuergeldern finanzierten sozialen, Bildungs- und Gesundheitsdienstleistungen in Anspruch«, stellt er fest. »Wenn wir die wahrscheinlichen Arbeitsplatzverdrängungskosten, die 1982 durch undokumentierte Arbeiter in der amerikanischen Wirtschaft verursacht wurden, zusammenrechnen würden, dann kämen wir leicht auf über 30 Milliarden Dollar.

Wenn man für 1982 neun Millionen Illegale mit Angehörigen in den Vereinigten Staaten annehmen soll, wie wir es tun, dann belaufen sich die Kosten der von Steuergeldern finanzierten Programme für solche illegalen Einwanderer auf fast fünf Milliarden Dollar.«

Huddle setzte hinzu: »Die beiden Kostenfaktoren, die der Verdrängung amerikanischer Arbeiter und der von Steuern finanzierten Dienstleistungen für illegale Einwanderer, zusammengenommen machen annähernd 35 Milliarden Dollar pro Jahr aus.«

Ein unfairer Wettbewerb für die eigenen Bürger

David Borjas, Wirtschaftswissenschaftler an der University of California, meinte, daß »unter dem Aspekt der derzeitigen Werte« allein die Ende der siebziger Jahre hereingeströmten Einwanderer – diejenigen, die nachgekommen sind, nicht eingeschlossen – das Land »110 Milliarden Dollar, bei einem entsprechenden Verlust an Steuereinkommen von 27,5 Milliarden Dollar kosten«.

Mehrere Wirtschaftswissenschaftler verweisen auf die Absurdität, daß die illegalen Fremden zu einem Zeitpunkt hoher Arbeitslosigkeit unter Amerikanern in den binnenländischen Markt eintreten.

»Es sind die Illegalen, die für Einheimische und legale Einwanderer oft ein unfairer Wettbewerb sind, weil sie gegen Bargeld auf die Hand, das nicht über die Bücher läuft, arbeiten, entweder keine oder nur sehr wenig Steuern zahlen, da sie übermäßige Steuererlasse für Angehörige, die im Ausland leben, genießen, und weil sie die gesetzlichen Lohn- und Sicherheitsnormen unterschreiten«, sagte Huddle.

»Auf je 100 illegale Fremdarbeiter werden 70 legale Arbeiter verdrängt oder finden überhaupt keinen Arbeitsplatz.«

Huddle meinte, es sei seit den fünfziger und sechziger Jahren ein »bedeutender Rückgang in der Qualität der Einwanderer (legale oder illegale) zu verzeichnen, darunter natürlich die drei Millionen Einwanderer, die durch den Immigration Reform and Control Act (Gesetz zur Reform und Begrenzung der Einwanderung) von 1986 legalisiert worden sind.«

Noch weniger Schulbildung und Beständigkeit

Kürzlich Eingewanderte haben »weniger Schulbildung, geringere Beständigkeit, sich auf dem Arbeitsmarkt zu halten, hohe Arbeitslosigkeitsquoten, niedrigere Löhne, höhere Armutsquoten und höhere Wohlfahrtsunterstützungsquoten als die Wellen, die in den fünfziger und sechziger Jahren bei uns eintrafen«, kommentierte Huddle.

Borjas sagte, Einwanderer schneiden auf den amerikanischen Arbeitsmärkten schlechter ab, »und diese rückläufige Qualität kostet die amerikanische Gesellschaft mindestens sechs Milliarden Dollar« pro Jahr. Diese »jüngsten Wellen von Einwanderungen legen dem amerikanischen Wohlfahrtsstaat eine viel größere Bürde auf«, so Huddle.

Herabsetzung der Quoten gefordert

Abgesehen von wirksameren Aktionen, um illegale Einwanderer an der Einreise ins Land zu hindern und diejenigen auszuweisen, die hier sind, rief Huddle dazu auf, »die Einwanderungsquoten unter den derzeitigen Stand von 750000 pro Jahr zu senken«.

Amerika sollte »einzig und allein nach Kriterien des Arbeitsmarktes entscheiden, wieviele ausgebildete Einwanderer, wenn überhaupt, der amerikanischen Wirtschaft produktiv Nutzen bringen, ohne die Millionen von möglicherweise nach oben beweglichen amerikanischen Arbeiter, die jetzt niedrig bezahlte Arbeiten verrichten, zu schädigen«, äußerte Huddle.

»Einige Experten rechnen damit, daß bis zu 15 Millionen Menschen – zweimal soviel wie New York City Einwohner hat, sich in den neunziger Jahren in den Vereinigten Staaten niederlassen werden«, sagte Richard Lamm, ehemaliger Gouverneur von Colorado.

Lamm hatte sich lange mit der Bevölkerungsbegrenzung befaßt und viele erinnern sich an ihn wegen seiner kontroversen Argumente, daß Amerika viel zu viel Geld am Ende des Lebens ausgibt, und daß die Kranken und Alten ihr Leben nicht künstlich verlängert bekommen sollten.

Amerikas einziges Bevölkerungsproblem ist die Einwanderung, meinte Lamm.

Heute hat die durchschnittliche Frau nur zwei Kinder, sagte Lamm, was bedeutet, daß amerikanische Bürger sich nur ersetzen, die Bevölkerungsziffer aber nicht steigt.

»Falls es keine dramatische Erhöhung der Fruchtbarkeit in den USA gibt, können wir in erster Linie die Einwanderung als den Faktor ansehen, der zwischen den Vereinigten Staaten und der Bevölkerungsstabilisierung steht«, fügte Lamm hinzu. □

Die neue Clinton-Regierung

Victor Marchetti

Obwohl wir nicht genau wissen, was Clintonomics ist, oder ob sie die amerikanische Wirtschaft »großziehen wird«, wie Bill Clinton es während des Präsidentschaftswahlkampfes versprach, scheinen einige Dinge offensichtlich zu sein. Die guten alten Tage des freien Marktes, die herabtröpfelnde Reaganomics – bezahlt durch gewaltige Haushaltsdefizite – sind vergangen. Auch die berauschenden Tage der Entregulierung, die den USA die Katastrophe mit den Spar- und Darlehenskassen der achtziger Jahre bescherte und den Weg für die lauernde Bankenkrise der neunziger Jahre ebnete, sind vorbei. Auf Wiedersehen, Jahrzehnte der Gier!

Als Ersatz für die Ich-zuerst-Jahre werden die USA wahrscheinlich eine starke Dosis des regierungsseitigen Zum-Ansaugen-Bringens der Pumpen der dreißiger und fünfziger Jahre für den Wiederaufbau der Infrastruktur bekommen, ein erster Versuch zu einer von der Regierung gelenkten Industriepolitik, und früher oder später höhere Steuern. Dies alles sollte für eine Weile zu mehr Arbeitsplätzen und fortgesetzter Defizit-Finanzierung des amerikanischen Bundeshaushalts führen. Kein sehr hübscher Ausblick.

Was sonst für uns auf dem Spiel stehen könnte, können wir von der Sorte von Leuten erfahren, auf die Clinton sich verläßt, um seine Wirtschaftspolitik zu gestalten. Überraschenderweise scheinen die staubtrockenen Wirtschaftstheoretiker, jene Meister der Makrowirtschaft, die in Amerikas Universitäten herumgeistern und hinter den Kulissen operieren und dem Präsidenten und seinen Männern Ratschläge zuflüstern, nicht mehr sehr zahlreich zu sein. Stattdessen ist Clinton von einer neuen Bande umgeben, von Beratern, die eher pragmatische Instandsetzer als ätherische Theoretiker sein wollen.

Die meisten von ihnen sind keine herkömmlich ausgebildeten Wirtschaftswissenschaftler. Einige sind Anlagebanker von der Wall Street, und zu viele von ihnen sind Anwälte mit engen Bindungen zu einflußreichen Interessengruppen. Die meisten haben keine Erinnerung mehr an die große Depression, an den Zweiten Weltkrieg oder an den wirklichen Kalten Krieg. Es sind Babyboomers – in den geburtenstarken Jahrgängen Geborene –, Amerikas verwöhnte Kinder der sechziger und siebziger Jahre, und erfahrene Vietnam-aus-der-Ferne-, das heißt, Sicher-zu-Hause-Typen.

Schlüsselberater bei der Entwicklung der Einstellung Clintons zur Wirtschaft ist Robert Reich, ein Rechtsanwalt der in der John F. Kennedy School of Law (juristische Fakultät) an der Harvard University lehrt. Trotz seiner vielen Schriften über weltweiten Wirtschaftswettkampf hat Reich keine Dauerstellung in der Fakultät, weil er keinen Doktortitel der Wirtschaft oder einen anderen akademischen Grad innehat. Reich, der an der Oxford University Kommilitone von Clinton war, leitete die Übergangsmannschaft für Wirtschaftspolitik und wird zweifellos auch eine gewichtige Stimme bei der Beratung des neuen US-Präsidenten haben, wenn dieser die führenden Wirtschaftsbeamten für die kommende Regierung aussucht.

Reichs Mannschaft hatte einen Termin bis Mitte Dezember. Bis dahin hoffte Clinton, sein Wirtschaftsgipfelgespräch mit führenden Geschäftsleuten und Wall Street-Bankern führen zu können.

Die zwei Krankheiten der USA

Eine der Hauptaufgaben Reichs besteht darin, ein »Arbeitsbeschaffungsprogramm« auf die Beine zu stellen, um Clintons Wahlkampfversprechen zu erfüllen. Reich sagt: »Um wirksam zu sein, muß ein solches Programm berücksichtigen, daß Amerikas wirtschaftliche Malaise in Wirklichkeit zwei getrennte Krankheiten sind – eine rezessionäre Grippe, die das Land überleben wird, und eine langfristige Infektion, die es vielleicht nicht überleben wird: Die chronische Infektion bei den Einkommen.«

Die Probleme der Arbeitsplätze und der Einkommen werden durch zwei Faktoren erschwert, sagt Reich. Zunächst einmal sind amerikanische Firmen hoch verschuldet. Sie geben bis zu 30 Prozent ihres flüssigen Bargelds für Zinszahlungen auf Darlehen aus, die aufgenommen wurden, um Firmenübernahmen zu finanzieren oder sie zu vermeiden. Die amerikanische Geschäftswelt ist daher nicht bereit, ohne deutliche Verbrauchernachfrage größere Neuinvestitionen zu riskieren.

Zweitens, da Europa sich gleichfalls in einer Wirtschaftsflaute und Japans Kapitalmarkt sich in einem Tumultzustand befindet, kann man sich nicht auf Exportgeschäfte verlassen, um die amerikanische Wirtschaft aus dem Loch herauszuholen.

Darüber hinaus, sagt Reich, da die Bundesregierung den vier Billionen Dollar, die in den achtziger Jahren geborgt wurden, jährlich weitere 330 Milliarden Dollar hinzufügt, könnten weitere finanzielle Anreize zu einem Run auf den Dollar und einem Zusammenbruch der Aktien- und Wertpapiermärkte führen. »Aber«, sagt er, »wenn die Arbeitsplatz-Grippe den ganzen Januar hindurch anhält, wird der neue Präsident kaum eine andere Wahl haben als einen steuerlichen Anreiz einzuspritzen, der sofortigen Investitionen in den Straßenbau, in die Abwasserbehandlung, in sauberes Wasser und in andere Projekte der Infrastruktur gewidmet ist. Zusammen mit diesem Anreiz muß eine klare und überzeugende Verpflichtung vom Kongreß und vom neuen Präsidenten kommen, daß der Anreiz mit anschließenden Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen finanziert wird, wenn die Wirtschaft ein festgesetzes Wachstumsniveau erreicht hat.

Die langfristige Einkommensinfektion ist jedoch eine ganz andere Sache, eine die sich nicht zu schnellen und leichten Lösungen anbietet, sagt Reich. Zwischen 1977 und 1989 sanken die Einkommen amerikanischer Familien im unteren Fünftel der Wirtschaftsordnung um 6,5 Prozent, und im mittleren Fünftel um 4,5 Prozent und so weiter. Nur das obere Fünftel wurde davor bewahrt. In den oberen Bereichen des obersten Fünftel schnellten die Einkommen nämlich in die Höhe und das oberste ein Prozent verdoppelte sogar seine Einkommen. Die Reichen werden immer reicher, während die übrigen Amerikaner immer ärmer werden.

Um diese langfristige Infektion, die durch drei zusammenhängende Trends – Automation, Globalisierung und höhere Bildung – kompliziert wird, zu heilen, schlägt Reich ein riesiges Programm zur Schulung und Ausbildung von Amerikanern vor, um sich für hochbezahlte Arbeitsplätze der Zukunft zu qualifizieren. Amerikaner, sagt er, müssen in der neuen Welt der wachsenden Weltwirtschaft mit starker Konkurrenz äußerst produktiv werden. Aber das Problem ist mehr eine Sache der Wettbewerbsfähigkeit, meint Reich. Es ist eine Herausforderung zur Beibehaltung einer zusammenhängenden amerikanischen Gesellschaft.

Reicht stellt fest: »Die USA schaffen ein Land der Dritten Welt innerhalb ihrer Grenzen, und dieses Dritte-Welt-Land wächst schneller als die Staatsschulden. Gleichzeitig ziehen sich die Reichen schnell in gut ausgestattete und ›gesperrte‹ Gemeinden zurück. Die Vereinigten Staaten verwandeln sich rapide in zwei Wirtschaften, die nur am Rande miteinander verbunden sind – eine in Bürotürmen und sich wie Pilze vermehrenden

USA

Die neue Clinton-Regierung

Hauptsitzen von Firmen, die andere an der Hauptstraße.«

Derzeit ist Reich der erste unter Gleichgestellten in Clintons Rat der Wirtschaftsältesten, und man erwartet, daß er innerhalb der neuen Regierung eine Schlüsselposition bekleiden wird, höchstwahrscheinlich als Leiter des geplanten Economic Security Council (Wirtschafts-Sicherheitsrat).

Zu den anderen, die möglicherweise in einflußreiche Stellungen der amerikanischen Wirtschaftsführung berufen werden, zählt Ira Magaziner, ein alter Freund sowohl von Reich als auch von Clinton. Er könnte schließlich Handelsminister oder innenpolitischer Berater des Präsidenten werden.

Zwei Anlagebanker an der Wall Street scheinen die innere Spur zum Finanzminister und stellvertretenden Finanzminister gefunden zu haben. Es sind Robert Rubin, der im Augenblick Chef von Goldman Sachs ist, und Roger Altman aus dem Blackstone-Konzern.

Ein Wirtschaftsberater für Clinton während des Wahlkampfes, dem sich Reich und Freunde im Hinblick auf seine Berufung in eine Spitzenfunktion im Finanzministerium sehr wahrscheinlich energisch widersetzen werden, ist der Wall Street Banker Felix Rohatyn. Als Führer der zionistischen »Neuen Mannschaft«, die in den sechziger und siebziger Jahren die Gewalt über Wall Street übernahm und viele Leute vom Schlage eines Michael Milkin und Ivan Boesky hervorbrachte, wird Rohatyn von seinen Clinton-Kollegen als »der Toscanini der Selbstförderung« erachtet.

Die Rollen der beiden anderen Berater in der ganz und gar zionistischen Beratermannschaft, Robert Shapiro und Derek Shearer, sind, wie berichtet wird, in Frage gestellt. Shapiro, der Vizepräsident des Progressive Policy Institute, eines Washingtoner liberalen Beraterstabs, ist, hat sich selbst »überaggressiv« für den Posten des Leiters des Office of Management and Budget (OMB) gefördert. Shearer, ein anderer alter Freund von Clinton – Shearer besuchte die Londoner School of Economics als Clinton in Oxford war – und im Augenblick Dozent am Occidental College in Kalifornien ist, wird selbst von dem heutigen, ganz auf Wohlfahrt ausgerichteten Washington als »zu linksseitig« (sozialistisch) angesehen.

Andere Teilnehmer im Rennen um den OMB-Posten sind Robert Reischauer, zur Zeit Leiter des Congressional Budget Office, und Alice Rivlin von der Brookings Institution, ein anderer Washingtoner liberaler Beraterstab. Und auf der Lauer liegend und nach einem Posten im Weißen Haus angelnd ist der langjährige Zionist Stuart Eizenstat aus der alten Mannschaft um Jimmy Carter herum.
Clintons Wirtschaftsprogramm, das der neue Präsident vorzulegen verspricht, wird wahrscheinlich an die von den Demokraten beherrschte gesetzgebende Körperschaft appellieren. Der Spitzenberater Reich hat uns einen Blick hinter den Vorhang gewährt und sagt: »Jeder Präsident, Republikaner oder Demokrat, Liberaler oder Konservativer, der es mit einer völlig stagnierenden Wirtschaft zu tun hat, wenn er das Amt übernimmt, muß in Erwägung ziehen, sie mit weiteren Geldausgaben anzukurbeln.« Genau das, was die Bande auf Capitol hören will.

»Als letzte Zuflucht«, setzt Reich hinzu, »muß der Präsident unter Umständen das Defizit erhöhen.« Aber er wird das nur mit einer glaubwürdigen Verpflichtung des Kongresses, das Defizit in der Zukunft zu verringern, tun. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird es jedoch keinen Aufruf zur Erhöhung von Steuern auf Benzin geben, sagen Clintons Berater, und neue Kapitalanlagesteuer-Kredite wären rückwirkend. Das ist alles Musik für die Ohren des Kongresses.

Clinton wird kein Steuererhöhungs- und Geldausgeber-Präsident zugleich, sondern erst Geldausgeber-, dann Steuererhöhungs-Präsident sein. □

Zweiter Weltkrieg

Bemühungen um Wiedergutmachung

Mike Blair

Verwandte und Bekannte von deutschen Kriegsgefangenen, die gegen Ende des Zweiten Weltkriegs von amerikanischen Behörden wegen Mordes hingerichtet wurden, versuchen, diesen wieder einen guten Namen zu geben.

In Deutschland werden in aller Stille Schritte unternommen, um die Verurteilung von 14 deutschen Kriegsgefangenen, die während des Zweiten Weltkriegs in Kriegsgerichtsverfahren des Mordes angeklagt wurden, rückgängig zu machen.

Ein amerikanisches militärisches Revisionsgremium empfahl seinerzeit, die Todesurteile gegen die deutschen Soldaten in lebenslange Haft umzuwandeln, aber US-Präsident Harry S. Truman ordnete ihre Hinrichtung in Fort Leavenworth, Kansas, zwei Monate nach Kriegsende, an.

Walter Johe, 67, ein deutscher Fallschirmjäger des Zweiten Weltkrieges, versucht zur Zeit, Gelder aufzutreiben, um die sterblichen Überreste der 14 Kriegsgefangenen nach Deutschland zu überführen.

»Ich versuche, dies so unaufdringlich wie möglich zu tun«, sagte Johe zum »Kansas City Star«. »Es gibt immer noch Gefühle auf beiden Seiten aus der Kriegszeit. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß die Zeit des Hasses sehr groß war.«

Die 14 deutschen Kriegsgefangenen wurden wegen des Mordes an drei Mitgefangenen schuldig gesprochen, von denen sie überzeugt waren, daß sie mit den Amerikanern, die sie gefangengenommen hatten, zusammengearbeitet hatten.

Die Geschichte der 14 hingerichteten Kriegsgefangenen ist Thema eines Fernsehfilmes, der von John Stuart produziert wird. Außerdem schreibt der angesehene Autor John Mullins ein Buch über diese Männer mit dem Titel »Unhallowed Ground«, das im nächsten Sommer herauskommen wird.

»Es gibt keinen Grund dafür, daß diese Männer sterben mußten«, sagte Mullins. »Warum entschieden wurde, sie zu hängen, weiß nur Gott allein. Man frage jeden Soldaten, was er tun würde, und er würde sagen: ›Ich werde die Verräter töten‹.«

»Jeder einzelne von ihnen tötete einen Informanten«, sagte Ken Knox, ein ehemaliger Wachmann in Fort Leavenworth, der Jahre damit verbrachte, das Schicksal der deutschen Soldaten zu erkunden. »Wenn Amerikaner das getan hätten, hätte man ihnen Auszeichnungen verliehen, wenn sie in den Vereinigten Staaten zurückgekehrt wären. Sie – die deutschen Soldaten – handelten als Soldaten, und jetzt sind sie an höchst unehrenhafter Stätte begraben.«

Der Verrat deutscher Militärgeheimnisse

Die Tötungen umfaßten drei getrennte Vorfälle.

Der erste ereignete sich am 4. November 1943 während eines Aufstands im Kriegsgefangenenlager Tonkawa in Oklahoma. Als der Aufstand beendet war, war der Kriegsgefangene Johannes Kunze zu Tode geprügelt worden.

Amerikanische Militärs nahmen fünf Kriegsveteranen des Afrika-Korps des Generalfeldmarschall Erwin Rommel, Walter Beyer, Berthold Seidel, Hans Schomer, Willi Scholz und Hans Demme fest. Diese waren sich sicher, daß Kunze deutsche Militärgeheimnisse verraten hatte.

Im zweiten Fall waren fünf U-Boot-Seeleute beteiligt, die im März 1944 in das Kriegsgefangenenlager Papago Park, Arizona, kamen, nachdem sie vorher in Fort Meade, Maryland, inhaftiert waren. Jeder von ihnen hatte eine Zeitlang in einer Zelle mit dem Kriegsgefangenen Werner Dreschler verbracht, der des längeren über deutsche Militärgeheimnisse gesprochen hatte.

Nachdem die fünf Seeleute, Helmut Fischer, Fritz Franke, Günther Kuelsen, Heinrich Ludwig und Bernard Reyakbeing nach Arizona gebracht worden waren, fanden sie sich wieder in einem Teillager mit Dreschler zusammen.

Am 13. März 1944 schlugen die fünf U-Boot-Leute und zwei andere von einem anderen deutschen Unterseeboot, Otto Stengel und Rolf Wizuy, Dreschler bewußtlos und zerrten ihn in die Brauseanlage des Lagers, wo er gehenkt wurde.

Im dritten Fall wurden zwei deutsche Soldaten angeklagt, in einem Kriegsgefangenenlager bei Aiken, South Carolina, getötet zu haben.

Drei der 14 vom US-Militär des Mordes angeklagte Deutsche behaupteten während ihres Kriegsgerichtsprozesses, sie seien von amerikanischen Verhörern gefoltert worden, um ihnen Geständnisse zu erpressen.

Der U-Boot-Mann Otto Stengel sagte aus, er sei an Dampfheizkesseln verbrannt worden, und man habe ihn gezwungen, eine mit Knoblauch gefüllte Gasmaske zu tragen.

In seinem Geständnis heißt es zum Teil: »Ich betrachte mich nicht als Mörder, sondern als gewissenhafter deutscher Soldat.«

Amerikanische Militärdokumente, die 1972 aus der Geheimhaltung entlassen wurden, belegen, daß die US-Regierung die



US-Präsident Harry S. Truman ordnete die Hinrichtung der deutschen Kriegsgefangenen in Fort Leavenworth zwei Monate nach Kriegsende an.



US-Präsident Roosevelt hatte von der deutschen Regierung einen Hinweis erhalten und die Hinrichtungen verschoben.

deutsche Regierung in Kenntnis gesetzt hatte, daß die 14 Kriegsgefangenen nach Kriegsgerichtsprozessen zum Tode verurteilt worden seien.

Die deutsche Regierung reagierte darauf damit, daß sie durch Hinrichtung der gleichen Anzahl von amerikanischen Kriegsgefangenen Vergeltung üben werde, was den damaligen Präsidenten Franklin D. Roosevelt dazu veranlaßte, die Hinrichtungen zu verschieben.

Der Krieg endete im Mai 1945, und zwei Monate später schrieb der Kriegsgerichtsrat General Myron C. Cramer in einer Denkschrift, datiert vom 3. Juli 1945: »Die Drohung, amerikanische Kriegsgefangene hinzurichten, ist aus Gründen des militärischen Sieges der Alliierten über Deutschland beseitigt worden. Ich empfehle, daß das Urteil eines jeden Angeklagten betätigt und ausgeführt wird.«

Truman stimmte mit einem am gleichen Tage datierten Befehl zur Hinrichtung nach dem einzigen Urteil zu.

Am 10. Juli bestiegen die fünf Soldaten des Afrika-Korps in Fort Leavenworth den Galgen, gefolgt vier Tage später von den zwei Soldaten, die wegen der Tötung in South Carolina verurteilt wurden. Im August starben die sieben U-Boot-Männer in Fort Leavenworth.
Die Leichen der 14 deutschen Soldaten wurden auf einem kleinen Friedhof oberhalb des Missouris, in der Nähe der Strafkaserne von Fort Leavenworth, bestattet.
Edgar Beyer ist zweimal aus Deutschland gekommen, um das Grab seines Vaters zu besuchen. Er sagte, seine Familie habe seinen Vater zuletzt Weihnachten 1942 gesehen.

»Ich war vier Jahre alt, als meine Mutter erfuhr, daß er gestorben war«, sagte Beyer in einem Telefon-Interview aus Hamburg. »Ich erinnere mich daran, wie sie weinte. Ich werde das niemals vergessen.«

Die Geschichte der 14 Männer wurde von Knox ans Tageslicht gebracht, der ihre Gräber entdeckte, als er den Friedhof erkundete, als er Wachmann in Fort Leavenworth war. □

Vatikan und Israel auf dem Weg der Versöhnung

Der israelische Außenminister Shimon Peres traf in Rom mit Papst Johannes Paul II. zusammen. Anders als bei vergangenen Zusammentreffen zwischen dem Vatikan und israelischen Regierungsbeamten gaben beide Seiten am Ende eine positive Bewertung ab, obwohl einige Zweideutigkeiten zurückblieben. Peres ging so weit, anzukünden, daß Israel und der Vatikan bald eine Delegation austauschen werden, als erster Schritt zur Einleitung endgültiger diplomatischer Beziehungen. Das Pressebüro des Vatikans bestätigte jedoch nur die Bildung eines gemeinsamen Arbeitsausschusses.

Was den Status von Jerusalem anbelangt, der ein großer Stolperstein auf dem Wege zu verbesserten Beziehungen ist, gab der Vatikan sein Beharren auf einen »internationalen Status« zugunsten einer »international garantierten« israelischen Oberhoheit über die Stadt auf.

Peres lud Papst Johannes Paul II. ein, Israel zu besuchen und dieser nahm die Einladung an. Der Besuch könnte 1994 stattfinden. □

Angriff auf Jerusalems Tempelberg vorausgesagt

Man glaubt, daß die israelische Regierung einen neuen Angriff durch zionistische Fanatiker gegen die heiligen Stätten am Standort al-Haram al-Sharif, der Felsendom-Moschee, plant, ist aus palästinensischen Kreisen zu erfahren. Über die letzten Wochen hinweg hat der israelische Geheimdienst Shin Bet unter israelischen Journalisten die Nachricht verbreitet, daß der Ateret Coahim Yeshiva, verantwortlich für frühere Zwischenfälle auf dem sogenannten Tempelberg, eine Untergrundorganisation aufbaue. Es ist weithin bekannt, daß die Yeshiva von Agenten des Shin Bet geführt und von staatlichen Behörden finanziert wird. Es heißt, daß ein Schritt seitens der Tempelberg-Fanatiker bevorstehe, den Standort al-Haram al-Sharif als Teil eines Vorstoßes gegen Jordanien, um dieses zu destabilisieren, in die Luft zu sprengen (CODE berichtete darüber).

Unsere Informanten glauben, daß die neue Operation mit der unmittelbar bevorstehenden Ankündigung durch Israel und Syrien, daß bei den Gesprächen über ein separates israelisch-syrisches Abkommen ein »Durchbruch« bevorstehe, zeitlich abgestimmt wird. Eine bevorstehende Ankündigung der Israelis über die teilweise Rückgabe der Golan-Höhen wird von den israelischen Verfechtern des harten Kurses um den ehemaligen Minister Ariel Sharon herum als Verrat angesehen; die Zerstörung wird »alles in die Luft sprengen«. Am 1. Oktober 1992 töteten israelische Soldaten zwei jordanische Palästinenser, die in der Nähe von Jericho aus Jordanien nach Israel eingedrungen waren. Ein bislang beispielloser Hungerstreik von 10000 palästinensischen Gefangenen in Israel ging an diesem Tage zuende, nachdem der israelische Polizeipräsident zugestimmt hatte, ihre Forderung zu überprüfen. Es wird jedoch damit gerechnet, daß der Streik aufs Neue beginnt und das gespannte Klima weiter aufgeheizt wird. □

Israel und die »Freimarkt«-Wirtschaft

Hershel Zvi griff in einem in der in Houston, Texas, erscheinenden Wochenzeitung »Jewish Herald-Voice« abgedruckten Leitartikel die Politik des Freien Marktes an. Der Artikel war eine Reaktion auf einen Begleitartikel vom Leiter der Hollinger Corp., Conrad Black, der von der »Jerusalem Post« und in mehreren Zeitungen veröffentlicht wurde. Zvi griff Black wegen dessen Argumentation an, daß Israel mehr Wirtschaften des Freien Marktes von der Art, wie sie mit dem ehemaligen britischen Premierminister Margaret Thatcher und der Reagan-Bush-Mannschaft in den Vereinigten Staaten in Verbindung gebracht werden, brauche. Als Folge der Deregulierung des Freien Marktes der Ära Thatcher und Reagan, schrieb Zvi, stecken heute Britannien und die Vereinigten Staaten in einem tiefen Sumpf der Wirtschaftsflaute, die, wie eine Handvoll ehrlicher Wirtschaftswissenschaftler jetzt zugeben, in Wirklichkeit schon eine Wirtschaftskrise ist.

»Das Wirtschaftswunder, das es Israel in den Jahrzehnten nach seiner Geburt ermöglichte, zu überleben, beruhte genau auf der Anschauung, die Black angegriffen hat, in der der Staat eine äußerst wichtige Rolle spielt. Durch die Rolle des Staates bei der Steuerung von Krediten, Durchsetzung von Beschränkungen und durch eine Politik des Protektionismus wurde der wissenschaftliche und technologische Fortschritt vorangetrieben«, schrieb Zvi. »Wenn es auch Wirtschaftsprobleme gibt, mit denen Israel es zu tun hat, so rühren viele davon von einer weltweiten Depression her, die durch die Umsetzung der von Black geförderten Politik in die Tat verursacht wurden. Seine Vorschläge anzunehmen, wäre für Israel ein Rezept zur Katastrophe.« □

PLO-Delegation besucht Saudi-Arabien

Als Zeichen der Anerkennung des sogenannten von Amerikanern eingeleiteten Friedensprozesses wird die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) nach Abschluß der derzeitigen Gesprächsrunde in Washington eine Delegation nach Saudi-Arabien entsenden.

Die Delegation wird von Nabil Sha'at, ein altgedienter Gehilfe von Jassir Arafat, geleitet. Letzterer sagte zu einer tunesischen Zeitung: »Es herrscht der allgemeine Wunsch unter Palästinensern vor, die palästinensisch-saudischen Beziehungen wegen der bedeutenden Rolle, die das Königreich sowohl auf arabischer als auch auf islamischer Ebene spielt, wiederherzustellen.«
Die Saudis brachen alle Bindungen und finanzielle Unterstützung für die PLO wegen deren Unterstützung des Iraks während des Golfkriegs ab.

Indem er keinen Zweifel daran ließ, daß die Sache, um die es geht, Geld und politischer Druck ist, meinte Faisal Hussein, oberster politischer Führer der Palästinenser in den besetzten Gebieten, zu einer Gruppe von Palästinensern: »Wenn wir Geld wollen, um es in die besetzten Gebiete fließen zu lassen, brauchen wir uns nur bei Saudi-Arabien und den Golfstaaten wegen der Haltung der Palästinenser während der Golfkrise zu entschuldigen.« Aber, fügte er hinzu, »ich glaube nicht, daß es etwas gibt, wofür wir uns entschuldigen müßten.« □

Türkische islamische Partei siegte bei Gemeindewahlen

Necmettin Erbakans Wohlfahrt-Partei übernahm bei Kommunalwahlen in der Türkei die Kontrolle über fünf von 20 Distrikten. Vier der fünf Wahlsiege wurden in der Provinz Istanbul errungen. »Wohlfahrt-Partei-Schock in Istanbul« lautete die Schlagzeile in der weithin gelesenen Tageszeitung »Hurriyet«. »Die Frage, ob die Türkei in ein ›algerisches Syndrom‹ eintritt, kann die Gedanken vieler Menschen bewegen«, schrieb das Blatt. Die Partei errang 24,5 Prozent von mehr als 500000 Stimmen.

Die größte oppositionelle Mutterland-Partei gewann in vier Stadtgemeinden mit 22,8 Prozent der Stimmen. Ministerpräsident Suleyman Demirels Partei des Richtigen Pfades eroberte 16,7 Prozent und gewann in acht Distrikten. Ihr Koalitionspartner, die Sozialdemokratische Populistische Partei, errang 19,2 Prozent und gewann in drei Distrikten.

Die Wohlfahrt-Partei tritt dafür ein, einen islamischen Staat zu bilden und die weltliche Tradition

Mustafa Kemal Atatürks, des Gründers der modernen Türkei, zu stürzen. Sie verdammte die Verwicklung der Türkei in den Krieg mit dem Irak, die türkische Intervention im nördlichen Irak und die Präsenz amerikanischer Truppen auf türkischem Boden seit dem Krieg in Bausch und Bogen. Solche Positionen, ebenso wie die Verurteilung der Privatisierungspläne des Internationalen Währungsfonds sind vermutlich teilweise der Grund für die Popularität dieser Partei. □

Die Gespräche zwischen dem Vatikan und Israel

Die Möglichkeit offizieller diplomatischer Beziehungen zwischen dem Staat Israel und dem Heiligen Stuhl hängt nicht von einer endgültigen Vereinbarung über solche »politischen Fragen« wie der Status von Jerusalem ab, äußerte der höchste Diplomat des Vatikans in Israel zur »Jerusalem Post«. Erzbischof Andrea Cordero Lanza die Montezemolo, der apostolische Delegierte für Jerusalem, gab das allererste Interview, das jemals von einem apostolischen Delegierten einer israelischen Zeitung gewährt wurde.

Montezemolo berichtete, daß der Heilige Stuhl und die israelische Regierung seit mehr als einem Jahr »vertrauliche Zusammenkünfte« abhalten, die darauf abzielen, möglicherweise »die Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Israel zu normalisieren«. Er wurde wegen eines gemeinsamen im Juli 1992 bekannt gewordenen Briefes, unterzeichnet von dem Lateinischen Patriarchen Jerusalems, Michael Saba, dem Großmufti, dem Anglikanischen Erzbischof und dem Oberhaupt der Griechisch-Katholischen Kirche, befragt, in dem versichert wird, daß Gespräche zwischen dem Heiligen Stuhl und Israel »natürlich den Status von Jerusalem berühren müssen«. Montezemolo kommentierte, der Brief spiegele ein Mißverständnis wider.

Inzwischen traf der israelische Außenminister Shimon Peres im Vatikan mit Papst Johannes Paul II. zusammen. Nach dem Zusammentreffen schickte der Vatikan Sondergesandte nach Amman, um dort mit der jordanischen Regierung Kontakt aufzunehmen, und hatte auch eine Zusammenkunft mit einer Delegation der Palestine Liberation Organization (PLO) in Rom.

In einer Stellungnahme zu den Verhandlungen äußerte sich der Direktor für internationale Angelegenheiten der Anti-Defamation League (ADL), Rabbi David Rosen, gegenüber der »Jerusalem Post«, es wäre ein Fehler, wenn die Israelis jetzt zu viel vom Vatikan verlangen würden – zum Beispiel eine Verpflichtung zur Ausrottung des Antisemitismus in Osteuropa. Stattdessen sollte Israel bei politischen Fragen bleiben. »Es ist weit mehr in unserem Interesse, die Hände der Söhne des Lichts im Vatikan zu stärken, um dann mit allen zwischenstaatlichen Fragen weiterzumachen«, sagte er zu der Zeitung. □

Britannien annuliert Militärübungen in Hongkong

Großbritannien hat Militärübungen in Hongkong, mit denen ein Einmarsch Rotchinas in die Kolonie simuliert werden sollte, abgeblasen, berichtete die BBC. Die Entscheidung, die Manöver, die lediglich Klassenraumübungen gewesen wären, abzublasen, soll weitere Spannungen mit Peking, die bereits durch Streitigkeiten zwischen dem Gouverneur von Hongkong, Chris Patten, und der chinesischen Regierung verschärft worden waren, verhindern.

Ein britischer Militärsprecher sagte: »Es war eine Entscheidung der Regierung Ihrer Majestät, und man war der Meinung, daß dies nicht gerade die beste Zeit ist, um eine Übung dieser Art abzuhalten.« Er sagte, daß 150 Soldaten und Techniker der Fifth Airborne Brigade für diese Komando-Übung aus Britannien ausgeflogen werden sollten.

Der Plan wurde gestoppt, als Zeitungen durchsickern ließen, daß die Übung auf einem Szenario beruhte, das einen Zusammenbruch der chinesisch-britischen Bindungen und das Eindringen chinesischer Truppen vorsah. Chinesische Patrouillenboote des Festlands sind in den letzten Monaten in Hongkonger Gewässer eingedrungen, und es fand mindestens ein bewaffnetes Bully zwischen Marine-Beamten beider Seiten statt. Chinesische Beamte haben in letzter Zeit mehr als ein Dutzend Schiffe, die Hongkong verließen, geentert und entführt, wobei Güter als angebliche Kontrabande beschlagnahmt wurden. □

Saudi-Milliardär neuer libanesischer Ministerpräsident

Rafik al Hariri, 48, ein saudischer Milliardär libanesischer Herkunft, wurde am 22. Oktober 1992 von Präsident Elias Hrawi zum Ministerpräsidenten von Libanon ernannt, nachdem er die Rückendeckung von Syrien, Saudi-Arabien und den meisten der 128 Mitglieder des neuen Parlaments bekommen hatte. Es war Hariris erster Streifzug in die Politik, aber er soll ein guter Freund von König Fahd sein.

Hariri erwarb sein auf drei Milliarden Dollar geschätztes Vermögen auf dem Bau- und Banksektor, nachdem er 1965 mittellos in Saudi-Arabien angekommen war. »Ich werde weiter an der Bildung einer Regierung arbeiten, die in der Lage ist, die Hoffnungen und Bestrebungen der Libanesen zu erfüllen«, sagte er verbindlich und umriß die Hauptaufgabe der neuen Regierung als »Wiederherstellung des Vertrauens und der Stabilität«. Regierungsbeamte meinten, Hariri habe zugestimmt, Ministerpräsident zu werden, als es ihm noch freistand, Technokraten für Geschäftsbereiche zu bekommen, die zum Wiederaufbau einer von einer jährlichen Inflation von 100 Prozent geplagten Wirtschaft von wesentlicher Bedeutung sind.

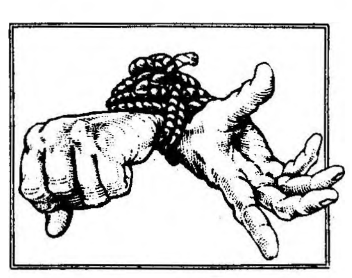
Der im Exil lebende nationalistische Führer General Michel Aoun, der bis zu seinem Sturz im Jahre 1990 Ministerpräsident war, rief seine Landsleute dazu auf, die neue Regierung, die er ein Werkzeug der Besatzungsmächte nannte, zu boykottieren. □

Aoun ruft zum Boykott der libanesischen Regierung auf

Der im Exil lebende General Michel Aoun, ehemaliger Präsident des Libanon, drängte christliche Oppositionsführer des Libanon, die von Syrien unterstützte Verwaltung des Präsidenten Elias Hrawi zu boykottieren. Aouns Aufruf erfolgte in einem in der führenden Tageszeitung Beiruts »An-Nahar« veröffentlichten Interview, anläßlich des zweiten Jahrestags seines Sturzes von der Macht bei einer von Syrien angeführten Offensive der libanesischen Armee.

Befragt, was die zukünftigen Schritte der Opposition nach dem Boykott der ersten allgemeinen Wahlen des Libanon in 20 Jahren sein werden, sagte Aoun: »Den Staat völlig boykottieren ... In der Praxis würde das durch Rücktritte von hohen Regierungsposten verwirklicht werden. Der ganze Staat sollte zum Stillstand gebracht werden.«

Die meisten christlichen Gruppierungen, darunter Aouns Anhänger, haben sich geschworen, das neu gewählte Parlament nicht anzuerkennen. Aoun sagte, es sollten Neuwahlen abgehalten werden, und er rief zu einer internationalen Konferenz über den Libanon auf, an dem Syrien und Israel teilnehmen sollen, um einen Plan zum Abzug der 35 000 syrischen Soldaten aus dem Land auszuarbeiten. Es müsse eine Alternative zum Friedenspakt von Taif aus dem Jahre 1989 gefunden werden, der die Grundlage für die fortdauernde syrische Herrschaft über das Land schuf. □



Israel

Es wird Zeit über Israelismus nachzudenken

Victor Marchetti

»Die großen Fragen über Gott, Glaube und Spiritualität sind die Fragen nicht-orthodoxer Juden des späten 20. Jahrhunderts«, sagt die Autorin Susan Weidman-Schneider in einem reißerisch aufgemachten Artikel in der »New York Times«, der sich mit Heirat untereinander zwischen Juden und Nichtjuden, Assimilation und Überleben der Juden befaßt. Das Bemerkenswerteste an dieser Aussage, daß ihre Botschaft allem zuwiderläuft, was die zielstrebige zionistisch-amerikanische, israelfreundliche Interessengruppe seit der Gründung des Judenstaats predigt, nämlich daß Israel, weniger das Judentum, für amerikanische Juden das Herzstück ihres jüdischen Wesens sein sollte.

Seit langem tritt das bestimmende Merkmal der amerikanischen Judenheit, der »Israelismus«, vor dem alarmierenden Aufschrei über die wachsende interne Bedrohung des jüdischen Lebens durch Assimilation und Mischehen immer mehr in den Hintergrund. Von einem gemeinsamen Anliegen in den Jahren nach dem Unabhängigkeitskrieg von 1948 und nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 zum Status einer »säkularen Religion« befördert, sind Israelismus und Zionismus mittlerweile für eine jüngere Generation amerikanischer Juden, die das gute Leben hierzulande genießen, mehr und mehr irrelevant geworden.

Israel wird ein normaler Staat

Dieser Trend hat sich kürzlich durch den Sturz der den harten Kurs verfolgenden Likud-Regierung in Israel und die Abschiebung von AIPAC, der dem Likud angeschlossenen Lobby in den USA, auf ein Nebengleis, weiter beschleunigt. Nach der Machtübernahme der gemäßigteren Arbeiterpartei und angesichts des immer stärker werdenden Trends zum Frieden hin droht der Staat Israel, ein »normaler« Staat zu werden, der nicht mehr von messianischen Fanatikern besessen ist, die es darauf angelegt haben, ein Großisrael zu gründen. Man kann tatsächlich das Argument ins Feld führen, daß die Lobby in den USA ihre Arbeit zu gut verrichtet hat. Israel ist jetzt zu sicher, zu stabil und zu gut dran, um soviel Aufmerksamkeit und Hilfsmittel von der jüdischen Gemeinde, wie es bislang genossen hat, zu verdienen.

Jetzt, wo die Belagerung mental abflaut und Israels Bedeutung für eine neue Generation amerikanischer Juden dahinschwindet, tritt das größere Anliegen – das Überleben der Juden in Amerika – in die Mittelphase ein.

Der jüdische Historiker Rabbi Arthur Hertzberg, sagt: »Wir haben im Kampf um Israel und gegen Antisemitismus gute Erfolge erzielt. Wir verfügen über enorme Ressourcen und Zuneigung. Die Folge war jedoch, daß Mischehen in der jüdischen Gemeinde von eins zu zwölf in den fünfziger Jahren auf heute über die Hälfte angestiegen sind. Wir müssen von diesem Fimmel herunterkommen und uns mit jüdischer Erziehung und Inhalten befassen ... Die jüdische Gemeinde löst sich in Luft auf. Dies beweist, daß die Mittel, die wir einsetzen, nicht dazu ausreichen, den inneren Kern der jüdischen Gemeinde zu erhalten.«

Seit Mitte der sechziger Jahre ist die Wachstumskurve der jüdischen Bevölkerung in den USA beinahe flach. Amerikas Bevölkerung ist seit 1970 um 22 Prozent gewachsen, aber die Anzahl der Juden – in einer vom Council of Jewish Federation durchgeführten Bevölkerungsstudie als diejenigen definiert, die sich von der Geburt und der Religion her als Juden identifizieren – ist nur um zwei Prozent gestiegen. Dies sind die sogenannten »Kern-Juden«. Innerhalb weniger Jahrzehnte, sagt die Studie voraus, wird sich dieses geringe Wachstum in eine tatsächliche Schrumpfung – vielleicht um sage und schreibe zehn Prozent – verwandeln.

Die Auflösung der Juden in Amerika

Im gleichen Zeitraum, stellt die Studie fest, ist die Quote der Mischehen um das Vierfache, von neun auf 52 Prozent, gestiegen. Nur 28 Prozent der Kinder aus diesen Mischehen werden als Juden großgezogen. Die übrigen wachsen entweder ohne Religion oder in einer Mischung von Glaubensbekenntnissen auf, praktizieren zuhause jüdische und christliche Rituale und gehen, falls sie überhaupt Gott anbeten, sowohl zur Kirche als auch zur Synagoge. Darüber hinaus heiraten nur zehn Prozent der Kinder aus Mischehen Juden.

Diese Zahlen, in denen sich die Erosion der jüdischen Bevölkerung von innen heraus widerspiegelt – »das Produkt nicht der Pogrome sondern der Liebe« –, sind jetzt Grundlage einer hitzigen Debatte in der jüdischen Gemeinde, die die gewöhnlich Israel zuteil werdende Aufmerksamkeit in den Schatten stellt. Gerade die Qualitäten des Lebens in Amerika, die so großartig zum Erfolg der Juden in Amerika beigetragen haben – Säkularismus, Offenheit und Toleranz –, sind genau die Dinge, die zur Auflösung des jüdischen Lebens geführt haben. Daher betonen viele jüdische Führungspersönlichkeiten, daß nur eine Wiedergeburt des Judentums als Religion, eine Wiedergeburt, die die völkische Identifizierung unter Juden verstärkt, zum Überleben der Juden im amerikanischen Schmelztiegel führen könne.

Der Trend weg vom Judentum

Auf Mischehen angewendet, lautet die Frage, ob Anstrengungen unternommen werden sollten, Mischehen zu verhindern oder sicherzustellen, daß nichtjüdische Ehepartner konvertieren und die Kinder aus Mischehen jüdisch aufgezogen werden. Stephen Bayme, zuständig für jüdische Gemeindeangelegenheiten im American Jewish Committee, ist voll auf der Seite der Neinsager.

Er stellt fest, daß der wachsende Streß auf Programme, die darauf abgestimmt sind, die Hand an Mischehen anzulegen, um sie aufzulösen, in der Zukunft zu einer Quote von 95 Prozent Mischehen führen wird.

»Was sind die großen Erfolge dieses Handanlegens nach mehr als einem Jahrzehnt?«, fragt Rabbi Jerome Epstein, leitender Vizepräsident der United Synagogue of Conservative Judaism. Alles, was mit diesen Programmen erreicht wird, ist, die Mischehe annehmbarer erscheinen zu lassen und somit den Trend weg vom Judentum zu beschleunigen.

Sogar unter denjenigen Juden, die dafür eintreten, Hand an Mischehen zu legen, gibt es gemischte Gefühle. Esther Perel, eine New Yorker Psychotherapeutin, die von der liberalen, aber aufmerksamen Zeitschrift »Tikkun« interviewt wurde, sagte: »Heirat von Juden und Nichtjuden untereinander ist ein Symptom des Erfolgs und der Integration. Es ist sehr schwierig, seinen Kindern beizubringen, Selbsterfüllung und individuellen Aufstieg anzustreben, wenn es um finanziellen Erfolg geht, aber nicht wenn es um die Eheschließung geht. Die gleichen Werte die Juden aller Glaubensrichtungen angenommen haben, um sich dem größeren amerikanischen Marktplatz der Wirtschaft anzupassen, können nicht plötzlich auf ein Nebengleis geschoben werden, wenn sie im persönlichen Leben in Erscheinung treten.«



Juden haben etwas gemeinsam, was sie oft nicht artikulieren können, sie sind noch heute »Stammesbrüder«.

Frau Perel stellt ganz richtig fest, daß, obwohl Juden in idealer Weise Juden heiraten sollten, die Realität so ist, daß sie das nicht tun, und daß die einzige Möglichkeit, das Überleben der Juden zu gewährleisten, darin besteht, das Judentum, die Religion, für das Leben junger Juden dynamischer und wichtiger zu machen. Wenn das geschieht, dann geraten junge Juden nicht mehr so sehr in Versuchung, Erfüllung in ihrem persönlichen Leben mit Nichtjuden anzustreben.

Die Schwungkraft ist verbraucht

Kernpunkt der Kontroverse ist die Frage: Werden Juden nach ihrer Volkszugehörigkeit oder nach ihrer Religion definiert? Frau Perels Antwort: Da die meisten Juden säkular (weltlich) sind, müssen sie nach ihrer Volkszugehörigkeit definiert werden. Das jüdische Wesen unter weltlichen Juden sei weniger eine Identifizierung mit dem »geistigen Inhalt des Judentums«, als »in erster Linie mit der jüdischen Kultur – die Gruppenidentität«. »Für den Nichtjuden ist es daher viel schwieriger, zu einem Volk als zu einigen religiösen Glaubensbekenntnissen oder Praktiken zu konvertieren.« Für Christen, sagt sie, ist Religion »eine individuelle Erfahrung«, während unter Juden der Gemeindesinn Vorrang hat.

Rabbi Hertzberg weicht von diesem Gedanken ab. In seinem Buch »The Jews in America« schreibt er: »Nach beinahe vier Jahrhunderten ist die Schwungkraft der Erfahrung der Juden in Amerika im wesentlichen verbraucht. Volkszugehörigkeit wird zweifellos noch weitere Generationen überdauern, ist aber auf gutem Wege, zur bloßen Erinnerung zu werden. Die Notwendigkeit für und die Möglichkeit einer geistigen Erneuerung sind klar. Wenn dies nicht geschieht, wird amerikanisch-jüdische Geschichte bald beendet sein und Teil amerikanischer Erinnerung als Ganzes werden.«

Aber unter der Mehrheit der jüdischen religiösen Führer glaubt man, daß jüdisches Wesen ererbt wird – oft so definiert als werde es von der Mutter an die Kinder weitergegeben. Rabbinern des orthodoxen und konservativen Zweiges ist es verboten, bei Mischehen die Trauung vorzunehmen, und nur eine kleine Anzahl von Reform-Rabbis stört sich nicht daran. Die große Mehrheit der aufmerksamen Juden hat gelernt, daß die Bibel wiederholt vor Mischehen als Bedrohung für das Weiterleben der Juden als Volk warnt und dazu aufruft, jeden der gegen diese scharfe Kritik verstößt, in die Verbannung zu schicken.

Die Überalterung der Gemeindemitglieder

Die durch die Kontroverse über Mischehen erzeugte hitzige Atmosphäre ist ein Zeichen dafür, daß das Zeitalter des »religiösen« Israelismus endgültig vorüber ist. Dies bereitet jüdischen Gemeinde-Organisationen große Sorge. Es ist ein Rückgang in der Spendenfreudigkeit zu verzeichnen, der nur zum Teil auf die Wirtschaftsflaute zurückzuführen ist.

Der Rückgang basiert eher auf der Überalterung ihrer Mitgliederlisten, während gleichzeitig neue jüngere Gemeindemitglieder sich der Sache nicht anschließen.

In der Gruppe der Unter-45-Jährigen bringen weniger als 25 Prozent eine starke persönliche Anhänglichkeit an Israel zum Ausdruck, während unter denjenigen, die 45 Jahre alt und älter sind, der entsprechende Prozentsatz 43 ist. Der Babyboom (geburtenstarke Jahrgänge), den es unter Juden ebenso wie unter der allgemeinen Bevölkerung gibt, bedeutet, daß es zweimal soviele 35- bis 39jährige Juden als 50- bis 54jährige gibt.

Der amerikanischen Geschichte verpflichtet

Es scheint klar zu sein, daß amerikanische Juden trotz der Ermahnungen der Älteren des Stammes weiterhin Mischehen eingehen und sich assimilieren werden. Sie werden weiterhin stolz auf ihr jüdisches Wesen sein, teilweise weil sie anders fühlen als ihre nichtjüdischen Pendants, aber hauptsächlich eher wegen der kulturellen Traditionen, an denen sie nicht teilnehmen, wie zum Beispiel Weihnachten, als wegen bestimmter religiöser Praktiken des Judentums.

Barry Kosmin, Professor für jüdische Studien an der City University of New York, schrieb kürzlich in der Zeitschrift »Moment«, daß, obwohl Juden sich assimilieren können, sie niemals »normal« sein werden. »Juden sind einfach zu gebildet, zu alt, zu liberal, zu sekular, zu städtisch, zu wohlhabend, zu egalitär und zu bürgerlich gesinnt, um normale Amerikaner zu sein. Also, obwohl amerikanische Juden sich assimilieren, werden sie nicht zu gewöhnlichen, zur Kirche gehenden, Waffen besitzenden Amerikanern.«
Amerikanische Juden haben sich nämlich, wie Kosmin glaubt, in die Reihen der historischen kulturellen Eliten – die Episkopalen und Prebyter britischer Abstammung –, Gruppen, die ungefähr so groß sind wie das amerikanische Judentum und aus denen unangemessen viele der Wohlhabenden, der Dekane von juristischen Fakultäten und Universitätspräsidenten, US-Senatoren, Museumsleiter und andere angesehene Karrieren hervorgehen, eingegliedert.

Assimilation war ein Ziel der aufeinanderfolgenden Wellen von Einwanderern in die USA. Nur wenige haben so starken Widerwillen dagegen zum Ausdruck gebracht wie Juden. Aber andererseits ist keine andere Gruppe in der amerikanischen Geschichte dem Wohlergehen ihres Heimatlandes so verbunden und verpflichtet geblieben wie die Juden. □



Israel

Neue Veröffentlichungen und der Zorn der Lobby

Victor Marchetti

Während sich amerikanisch-zionistische Publikationen darum bemühen, die aus Israel kommenden Nachrichten zu verzuckern, weil sie befürchten, daß alles, was weniger als wunderbar ist, die Unterstützung für die politischen Aktivitäten der Lobby und deren Kampagnen zur Auftreibung von Geldern unterlaufen könnte, vertreten die Menschen in Israel eine realistischere Ansicht über das Leben in Zion. Diese Tatsache wird in allerjüngster Zeit durch die Veröffentlichung von »Inside Israel«, ein neuer monatlicher Nachrichtenbrief, der die Dinge so schildert, wie sie im Judenstaat wirklich sind, veranschaulicht.

»Der Zweck von ›Inside Israel‹ besteht darin, zu informieren«, sagen die Herausgeber, die »glauben, daß viele der schwerwiegenden Probleme Israels auf Grund der enormen Berichterstattung über den israelisch-arabischen Konflikt von der zionistischen und internationalen Presse vernachlässigt werden. Inländische Probleme sind jedoch kaum weniger eine Bedrohung für Israel als Grenzkonflikte und der Kampf gegen den Terrorismus. Nur wenn sie von diesen Unzulänglichkeiten erfahren und sich ihnen entgegenstellen, können Israel und seine Anhänger sie mildern.«

Das Versprechen gegenüber dem Volk

Die Herausgeber sind keine Peaceniks oder linksgedrallte Liberale. Es sind zwei junge Journalisten, Barry Chamish und Joel Bainerman, die alyah (Rückkehr nach Israel) gemacht haben und nun wünschen, daß das Land ihrer Wahl sein Versprechen gegenüber seinem Volk einhält.

Chamish ist der Verfasser von »The Fall of Israel«, ein Buch, das einen Großteil der politischen und wirtschaftlichen Korruption in Israel entlarvt. Obwohl das Buch im Vereinten Königreich veröffentlicht wurde, hat die zionistische Lobby seine Veröffentlichung in Amerika bislang verhindert. Bainermans Artikel über israelische politische und wirtschaftliche Angelegenheiten sind im »Wall Street Journal«, »Newsday«, »Christian Science Monitor« und »National Review« erschienen. Er ist der Verfasser von »The Crimes of a President: New Revelations on Conspiracy & Cover-up in the Bush & Reagan Administrations« (»Die Verbrechen eines Präsidenten: Neue Enthüllungen über Verschwörung und Vertuschung in der Reagan und Bush-Regierung«), das bald in den USA veröffentlicht wird.

Die November-Ausgabe von »Inside Israel« berichtet über das brüchige Fundament der Koalitionsregierung des Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin. Bei den Wahlen vom Juni 1992 habe die israelische Öffentlichkeit nicht für den Frieden gewählt. Stattdessen sei die »Spaltung 61 zu 59 zugunsten der Linken nur möglich gewesen, weil israelische Araber für zionistische Parteien gestimmt und die neuen russischen Einwanderer mit dem Stimmzettel deutlich gegen die frühere Regierung protestiert haben«.

Außerdem stellen die Herausgeber fest, daß der Schlüssel zu Rabins Koalition die Shas-Partei, eine ultra-orthodoxe Gruppe, ist, und daß gegen den Knesset-Führer dieser Partei Arye Deri und 18 Mitglieder seiner Partei »seit Mitte 1990 polizeiliche Ermittlungen wegen Betrug und Unterschlagung laufen«. Trotzdem seien meherer Mitglieder der Shas-Partei von Rabin in hohe Regierungspositionen gehievt worden.

Warnungen vom FBI

»Drei Tage bevor Shas sich bereit erklärte, in die Koalition einzutreten, gab das FBI bekannt, daß gegen Deri wegen ungesetzlicher Geldtransfers in die USA und möglicher Mittäterschaft beim Tod der Adoptiveltern seiner Frau ermittelt wird«, berichtet »Inside Israel«. Die Redakteure fragen: »Hat Rabin mit Deri ein Abkommen getroffen, wonach dieser als Gegenleistung für die Niederschlagung der gegen ihn laufenden polizeilichen Ermittlungen in die Regierung eintreten durfte?«

Bei anderen Fragen zu Korruption und Fehlverhalten im Amt geht es auch um »die Israel-Verbindung zur Drogengeldwäsche in den USA« – eine weitere Sache, die derzeit vom FBI untersucht wird. Das FBI »behauptet, daß ein in Tel Aviv ansässiger Geldwaschbetrieb jährlich über 200 Millionen Dollar aus Zweigstellen in Connecticut, Los Angeles, Montreal und Miami wäscht. Wie verlautet, wird der Ring von einem 63jährigen ehemaligen Mossad-Offizier und dessen 39jährigem Sohn, der in einer israelischen Bank tätig ist, geleitet.«

»Inside Israel« schreibt dazu: »Das FBI vermutet, daß das über den Mossad laufende Geld für verdeckte Operationen – wahrscheinlich in den USA und Kanada – verwendet wird.« Die Herausgeber stellen fest: »Dieser seltsame Fall ist einer von mehreren Fällen in die Israel in Zusammenhang mit Drogengeldwäsche verwickelt ist.«

Die Tatsachen können nicht in Frage gestellt werden

Es ist leicht zu verstehen, warum dieser neue, kräftig zuschlagende Nachrichtenbrief von der zionistischen Lobby auf verärgerte Ablehnung stößt. Solche bilderstürmenden Bloßstellungen der zionistischen Gesellschaft Israels kommen gewöhnlich von der linksgerichteten Friedensbewegung, die in den Augen der israelfreundlichen Gemeinde weitgehend in Mißkredit geraten ist. Die Motive und der Patriotismus von »Inside Israel« können jedoch von den pro-israelischen Neokonservativen nicht in Frage gestellt werden. Auch können die Kenntnisse der Autoren über Israel und den Nahen Osten von der Lobby nicht angezweifelt werden.

Die Abhängigkeit von US-Hilfe

Die Herausgeber repräsentieren einen wachsenden Trend im Judenstaat, den Wunsch, die Dinge des Lebens anzupacken – ungehindert von der Hysterie des israelisch-arabischen Konflikts, der Eretz-Yisrael-Fanatik, der inneren politischen und wirtschaftlichen Korruption und vor allem von der Einmischung der amerikanisch-zionistischen Pro-Israel-Interessengruppe. Die Herausgeber sehen amerikanische Hilfe an Israel, oder vielmehr Israels Abhängigkeit von der amerikanischen Hilfe – der eigentliche Daseinsgrund dieser Interessengruppe –, als wenig hilfreich für die Sache des Judenstaats an. Sie glauben, Israel müsse auf eigenen Füßen stehen und nach einem Weg zum friedlichen Zusammenleben mit den Arabern suchen. □



Persischer Golf

Die Aufrüstung des Iran

Mike Blair

Wie CODE in mehreren Ausgaben berichtete, wird der Iran rapide zu einer größeren Bedrohung für Europa und die USA als der Irak es jemals war.

Nachdem es den Irak in den letzten Jahren als Hauptbedrohung für den Persischen Golf unter Beschuß genommen hatte, wird dem US-Verteidigungsministerium jetzt anscheinend das Wiederauftauchen des Irans, als die eigentliche Gefahr für den weiteren Zugang des Westens zum Öl am Golf, klar.

Die ersten U-Boote der Russen

Die Iraner haben soeben das erste von mindestens drei russischen U-Booten geliefert bekommen, das vorübergehend auf dem iranischen Marinestützpunkt bei Bendar Abbas an der Öffnung zum Persischen Golf stationiert ist.

Wie aus iranischer Quelle verlautet, werden die Unterseeboote auf Dauer 400 km östlich der strategischen Straße von Hormuz bei Chah Bahar stationiert sein, von wo aus sie in den tieferen Gewässern des Golfs von Oman und des Arabischen Meeres operieren werden.

Die Straße von Hormuz ist der strategische Engpaß, den tagtäglich rund 12 Milliarden Barrel Öl an Bord von Tankern aus allen ölproduzierenden Ländern am Golf passieren.

Wie CODE erfuhr, handelt es sich bei den neuen iranischen U-Booten um sowjetische dieselelektrische Boote der Kilo-Klasse, jeweils mit sechs Torpedorohren ausgerüstet, die zum Abschuß von Schiffs- oder Unterseeboots-Abwehrtorpedos oder von Minen benutzt werden können. Während des Iran-Irak-Krieges der achtziger Jahre waren die Iraner stark von dem Einsatz von Minen zur Abschreckung des Tankerverkehrs durch den Persischen Golf abhängig.

Man hatte zunächst geglaubt, die Schiffe, die die Russen verkaufen, seien ältere Boote der Whiskey-Klasse. Die Kilos sind jedoch moderne U-Boote, die in Rußland immer noch im Bau sind.

Die Kilos wurden von sowjetischen Militärplanern zur Abwehr von amerikanischen atomgetriebenen Angriffs-U-Booten entworfen, die nach sowjetischen atomgeleiteten Raketen-U-Booten, jenen die in der Lage sind, interkontinentale ballistische Flugkörper (ICBM) gegen Ziele in den Vereinigten Staaten abzufeuern, jagen.

Es ist bekannt, daß die Kilos »Stealth«-Merkmale aufweisen, auf Grund der Form ihres Rumpfes, der mit echofreien Kacheln der Type »Cluster Guard« (= Schutz gegen kondensierte Molekularstrahlen) ausgekleidet ist. Die Kilos sind leiser als atomgetriebene Unterseeboote.

Schallwellen können durch Thermalschichten abgelenkt werden, wo Kalt- und Warmwasserströme zusammentreffen. Im Golf von Oman operierend, können die U-Boote sich in dem kühleren Wasser, direkt unter der von der Sonne erhitzten Oberfläche verstecken, was als »Nachmittags-Effekt« bekannt ist.

Aus Besorgnis über die neuen iranischen U-Boote hat das US-Verteidigungsministerium kürzlich ein atomgetriebenes Angriffs-U-Boot, die »USS Topeka«, zum Persischen Golf entsandt. Dies ist das erste Mal, daß ein amerikanisches Unterseeboot in den seichteren Golf geschickt wurde.



Der Iran kaufte von den Russen unter anderem MiG-23-Düsenjäger neben Unterseebooten und Panzern.

Amerikanische U-Boote zum Golf

Wie berichtet wird, arbeitete das amerikanische U-Boot dort mit Überwasserschiffen zusammen, um die Fähigkeit von Unterseebooten, in den Golfgewässern zu operieren, und die Schwierigkeiten mit denen es die U-Boot-Abwehr bei deren Bekämpfung zu tun haben könnte, festzustellen. Die Straße von Hormuz ist einer der größten »Engpässe« der Welt. Mit Öl beladene Tanker, die die Straße passieren, wären für die Torpedos der Kilos, ebenso wie für Minen, die die U-Boote in der engen Passage auslegen könnten, eine leichte Beute.

Die Kilos sind leicht zu betreiben und zu unterhalten. Iranische Seeleute sind auf einem ehemaligen sowjetischen Marinestützpunkt in Lettland dafür ausgebildet worden. Der Stützpunkt wurde von Rußland beibehalten, obwohl Lettland als Republik der nicht mehr bestehenden Sowjetunion seine Unabhängigkeit erlangt hat. Die Letten konnten die Russen nicht dazu bringen, den Stützpunkt aufzugeben.

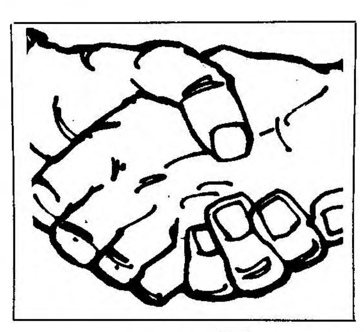
Jährlich zwei Milliarden Dollar für Rüstung

Die Iraner geben jetzt jährlich rund zwei Milliarden Dollar für neues Kriegsgerät aus, darunter nicht nur die Unterseeboote, sondern auch russische MiG-Düsenjäger, Sukhoi-Düsenbomber und russische Schlachtpanzer vom Typ T-72.

Außerdem haben die Iraner Dutzende von irakischen Flugzeugen beschlagnahmt, die während der Operation Wüstensturm in Iran Schutz gesucht hatten.

Iran baut mit Hochdruck seine Ölindustrie wieder auf und liegt in der Ölproduktion jetzt hinter Saudi-Arabien an zweiter Stelle unter den Staaten am Persischen Golf. Iranische Führer haben sich das Ziel gesetzt, bis zum März 1993 fünf Millionen Tonnen zu fördern.

Iran hat bereits die Stärke der irakischen bewaffneten Streitkräfte, die während der Operation Wüstensturm schwer mitgenommen wurden, überschritten, was die Möglichkeit einer iranischen militärischen Aktion gegen das verhaßte Regime von Saddam Hussein offenläßt. Dies würde die empfindliche Golf-Region wieder einmal destabilisieren und für die Länder des Westens, die vom Öl des Persischen Golfs abhängig sind, neue Probleme schaffen. □



Somalia

Der Einmarsch der USA

James P. Tucker

Jetzt, wo amerikanische Soldaten nach Somalia unter dem Kommando der Vereinten Nationen einmarschierten, wird der Präzedenzfall dafür geschaffen, daß eine Armee der Vereinten Nationen den Willen der Welt-Schattenregierung durchsetzt.

Die Intervention durch amerikanische Streitkräfte in Somalia unter einem Banner der Vereinten Nationen verläuft genau nach den von der Bilderberg-Gruppe in Evian, Frankreich, im vergangenen Frühjahr schriftlich festgelegten Maximen. CODE berichtete darüber.



Katharine Graham, Verlegerin der »Washington Post«, sorgte dafür, daß die US-Presse schwieg.

Die Öffentlichkeit muß sich daran gewöhnen

Hier werden Präzedenzfälle geschaffen, die für die internationalistische Schattenregierung, die eifrig darauf bedacht ist, aus Streitkräften der Vereinten Nationen eine Weltarmee zu machen, die unter einer Weltregierung dient, von großer Bedeutung sind:

Zum ersten Male greifen Streitkräfte der Vereinten Nationen unaufgefordert in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates ein.

Zum ersten Male werden die Vereinten Nationen eine Regierung etablieren und einem souveränen Land aufzwingen.

Obwohl die Vereinigten Staaten es als »Beschwichtigungsmittel für die Supernationalisten« vorziehen würden, daß eine Streitmacht der Vereinten Nationen, die zum größten Teil aus amerikanischen Soldaten besteht, von einem amerikanischen General befehligt wird, bestehen sie nicht darauf.

Teilnehmer an der Bilderberg-Gruppe in Evian riefen dazu auf, »die Öffentlichkeit langsam daran zu gewöhnen ... den Gedanken an eine UNO-Armee zu akzeptieren, die den inneren Angelegenheiten eines jeden Landes gewaltsam ihren Willen aufzwingen kann«, berichtete CODE seinerzeit.

»Heute würden Amerikaner äußerst empört darüber sein, wenn Streitkräfte der Vereinten Nationen in Los Angeles einmarschieren würden, um dort die Ordnung wiederherzustellen«, sagte Henry Kissinger auf jener Sitzung. »Morgen werden sie dankbar dafür sein.«

Auf der gleichen Sitzung wurde auch über eine Ansprache des Generalsekretärs der Vereinten Nationen Butros-Ghali vor der American Association of Newspaper Publishers berichtet, in der er zu einer ständigen Streitmacht aufrief, die »auf lokaler und Gemeindeebene eingreifen« kann.

Warum wartete George Bush?

Das Timing der Aktion ist besonders bedeutsam. Amerikaner wurden im Fernsehnetz und in den Zeitungen monatelang dem herzzerbrechenden Anblick ausgemergelter Somalis ausgesetzt. Aber US-Präsident Bush hätte schon vor Monaten handeln können.

Dadurch, daß er in Washington so lange wartete, bis seine letzten Wochen als Präsident dahinschwinden, kann der Trilaterist Bush das Programm der Welt-Schattenregierung ordnungsgemäß an »Bilderberg Bill« Clinton übergeben. Und er wird bis dahin die Massen daran gewöhnt haben, eine amerikanische Intervention in Jugoslawien zu akzeptieren, wiederum unter dem Kommando der Vereinten Nationen, aber diesmal mit dem viel größeren Risiko einer langfristigen, kostspieligen Verwicklung in diese Angelegenheit.

Obwohl Bush gesagt hat, er wünsche, daß die Amerikaner nach Hause kommen, bevor er am 20. Januar aus dem Amt ausscheidet, erhebt er keinerlei Einspruch, wenn seine Generale sagen, daß die Soldaten dann immer noch in Somalia sein werden.

Es hat keinen Einfluß auf die Show

Die Streitmacht der Vereinten Nationen an der Spitze der Intervention setzt sich weitgehend aus Amerikanern zusammen, die nach Beendigung der schwierigen Aufgabe der »Befriedung« zurückgezogen werden und eine Truppe von 2000 bis 5000 UNO-Soldaten in Somalia zurücklassen, um dort eine neue Regierung zu etablieren und zu überwachen. Diese Streitmacht wird sich jahrelang dort aufhalten. Alle Soldaten werden den Blauhelm der Vereinten Nationen tragen und von einem Europäer befehligt werden.
Immerhin konnte das US-Verteidigungsministerium den Gedanken lancieren, daß ein Ausländer amerikanische Streitkräfte befehligen wird, praktisch ohne daß ein Aufschrei erfolgte, teilweise weil die »Washington Post« und andere in der kontrollierten Presse einfach dazu schwiegen. Die Vorstandsvorsitzende der »Washington Post«, Katharine Graham, nimmt seit langem an den Bilderberg-Sitzungen teil.

Direkt darauf angesprochen, ob die Vereinigten Staaten darauf bestehen werden, daß ein amerikanischer Offizier die Truppen befehligt, antwortete der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums Pete Williams am 1. Dezember 1992: »Wir werden mit der UNO zusammenarbeiten, einerlei was diese tun wird. Das wird die Show nicht beeinflussen.«

Mittlerweile versichern einige hohe Beamte des amerikanischen Außenministeriums als »Hintergrundinformation«, daß eine ständige Streitmacht der Vereinten Nationen jahrelang zurückbleiben wird, um die neu installierte Regierung zu überwachen.

Es gibt Stimmen der Kritik

Indessen lassen die Bilderberger und Trilateralen pflichtgemäß den Ruf nach einer amerikanischen Expeditions-Streitmacht zur »Beendigung des Chaos« in Somalia laut werden.
Der Sprecher des Weißen Hauses, Tom Foley, ein Bilderberger und Trilateraler, rief zur »militärischen Intervention« auf. Der neue US-Präsident Clinton, der ungeachtet aller Dementis engen Kontakt zu Bush unterhielt, sagte, er unterstütze die Aktion.

Jetzt, wo der Tag schnell herannaht, an dem junge Amerikaner wieder einmal ihr Blut auf fremdem Boden vergießen werden – und das Verteidigungsministerium gibt offen zu, daß einige von ihnen bei dieser »humanitären« Bemühung sterben werden –, erheben sich Stimmen des Widerspruchs. □



Somalia

Die Amerikaner als Welt-Söldner

Warren Hough

Die Intervention der Vereinten Nationen in Somalia ist nur der Anfang eines Planes, amerikanische Streitkräfte in Söldner der Vereinten Nationen zu verwandeln.

Obwohl die US-Marines an der Spitze des Einmarsches in Somalia »einsatzmäßig« unter amerikanischem Kommando blieben, obliegt die »strategische« und »politische« Leitung ihrer Ausschwärmung dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, und macht somit amerikanische Soldaten, entgegen der Verfassung, zu Weltpolizisten.

Eine neue Rolle für US-Soldaten

»Diese Truppen gehen als amerikanische Soldaten nach Afrika hinein, unter den Befehlen ihres verfassungsmäßigen Oberkommandierenden«, erklärte der Kapitänleutnant Wilbur Tennant, ein Kriegsteilnehmer der US-Navy. »Sie werden herauskommen – wenn überhaupt – als Angehörige einer neuen internationalen Polizeimacht unter dem Kommando der Vereinten Nationen. Sie werden somit zu Welt-Söldnern umfunktioniert.«

General Mohammed Farah »Aideed« (links) und Ali Mhadi Mohammad sind die beiden Führer der zerstrittenen Klans in Somalia.

»Amerikanische Generale im Felde werden zum ersten Male in der Geschichte einer Weltorganisation und deren internationalen Bürokraten unterstellt«, wetterte Kapitänleutnant Tennant, der während des kürzlichen Golfkriegs beim militärischen Stab des Generalsekretärs der Vereinten Nationen Dienst tat.

In Washington verliehen andere gut unterrichtete Kreise ähnliche Besorgnisse und baten ohne Ausnahme andere darum, das Gleiche zu tun. »Die Resolution der Vereinten Nationen vom 3. Dezember 1992, mit der die Intervention in Somalia genehmigt wurde, versetzt den Generalsekretär der Vereinten Nationen in den Kommandostab dieser Operation«, stellte ein Stabskoordinator des amerikanischen Kongresses, der sich auf auswärtige Angelegenheiten spezialisiert hat, fest.

»Diese Expedition unterscheidet sich völlig vom Verlauf des Korea-Konflikts und sogar des Golfkriegs. Sie zielt darauf ab, das amerikanische Militär in eine weltweite Polizeimacht umzugießen.«

Der Vorgang, amerikanische Kampftruppen in internationale Legionen einzutauchen, die von Eine-Weltlern geführt werden, hat bereits scharfe Streitigkeiten zwischen den Joint Chiefs of Staff in Washington und der Bürokratie der Vereinten Nationen in New York City ausgelöst.

Dem amerikanischen Kommandeur in Somalia, Generalleutnant der Marines Robert Johnson, wurde vom US-Verteidigungsministerium gesagt, seine einzige Aufgabe bestehe darin, sichere Enklaven einzurichten, wo internationale Hilfsorganisationen hunderttausende von hungernden Eingeborenen in Sicherheit ernähren und gesund pflegen können.

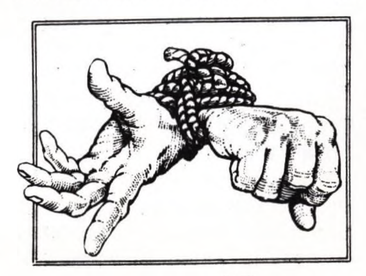
Die Ein-Weltler lassen die Muskeln spielen

Aber die vom Generalsekretär der Vereinten Nationen Butros-Ghali für amerikanische Soldaten geplanten Aufgaben schließen die Entwaffnung der kriegerischen Stämme und Unterklans ein, wobei nicht nur die öffentliche Sicherheit, sondern auch »politische Stabilität« hergestellt werden soll, um den Weg zu einer langfristigen Strategie zum »Aufbau des Landes« in Somalia zu ebnen.

Als er erfuhr, daß der amerikanische Botschafter Robert Oakley in der Stadt Baidoa mit Stammeshäuptlingen über eine Feuereinstellung verhandelte und ihnen erlaubt hatte, ihre Waffen zu behalten, sandte Butros-Ghali am 14. Dezember 1992 eine scharf formulierte geheime Note an US-Präsident George Bush, erfuhren unsere diplomatischen Korrespondenten aus gut unterrichteten Kreisen.

Der Generalsekretär warnt den US-Präsidenten

In der Botschaft des UNO-Chefs warnte dieser Bush, daß derartige Abkommen ein Verstoß gegen »klar und deutlich festgelegte Direktiven der Vereinten Nationen« seien, mit denen die amerikanischen Truppen angewiesen werden, jede Feuerwaffe, die sie in Somalia antreffen, als wesentliche Voraussetzung für eine verbesserte interne Stabilität und verwaltungsmäßige Wiedereingliederung« dieses von Hungersnot und Zwist heimgesuchten Landes zu konfiszieren.
»Die Eine-Weltler lassen ihre Muskeln spielen«, stellte Vincent Moline, ein kanadischer Korrespondent der Vereinten Nationen, fest. »Sie sagen zu Bush: ›Wir haben Ihnen das Abzeichen eines Deputierten verliehen: Jetzt beachten Sie bitte unsere Bestimmungen.‹ Und, was noch schlimmer ist, nach der Resolution des Sicherheitsrats, mit der die ›Befriedung‹ Somalias genehmigt wurde, obliegt es den Vereinten Nationen zu entscheiden, wann die amerikanischen Soldaten wieder heimkehren dürfen.« □



Geheimdienste

Propaganda und Desinformation eines Agenten

Victor Marchetti

Das soeben in den USA veröffentlichte Buch mit Liebes- und Abenteuergeschichten von Ari Ben-Menashe »Profits of War: Inside the Secret US-Israeli Arms Network« ist auf den ersten Blick ein erstaunliches Buch. Ein zweiter Blick darauf entlarvt es jedoch als offensichtliche Bemühung seitens des Likud-Flügels des israelischen Geheimdienstwesens, die Nahost-Politik der Bush-Regierung und diejenigen Elemente des amerikanischen Geheimdienstes, die der Verführung ihrer zionistischen Kollegen im zweitältesten Beruf der Welt widerstanden haben, zu unterwandern.

Obwohl es in dem Spiel für das Eindreschen auf Bush etwas zu spät ist, werden Ben-Menashes Übertreibungen und Ausflüchte zweifellos den Zweck erfüllen, den letzten Nagel in den Sarg zu treiben, zumindest für einige leichtgläubige Leute.

Absurde Behauptungen über Bush

Zu Ben-Menashes unverschämtesten Anschuldigungen gehört seine Behauptung, der republikanische Präsidentschaftskandidat George Bush sei im Oktober 1988 nach Paris gereist, um dort geheime Gespräche mit iranischen Regierungsbeamten zu führen. Laut Ben-Menashe, der seinerzeit ein israelischer Offizier für geheime Operationen war, war es Bush Absicht, die Befreiung der Geiseln in der amerikanischen Botschaft in Teheran, die damals von dem radikalen fundamentalistischen Regime festgehalten wurden, hinauszuschieben, als Gegenleistung für Zusagen, die beschlagnahmten iranischen Vermögenswerte freizugeben.

Diese absurde Behauptung ist gründlich entkräftet worden, aber sie verfolgte Bush für die längste Zeit seiner vier Jahre im Amt, was natürlich die Absicht Ben-Menashes und seiner israelischen Geheimdienst-Vorgesetzten war, als die Beschuldigung 1991 erstmals erhoben wurde. Seinerzeit war Ben-Menashe in New York gerade von der Anklage des Waffenschmuggels, weil er versucht haben soll, drei Frachtschiffe vom Typ C-130 an den Iran zu verkaufen, freigesprochen worden.

Ben-Menashe behauptet, seine Festnahme sei ein abgekartetes Spiel gewesen, das vom CIA als Vergeltung für verdeckte Arbeit, die er im Namen Israels geleistet hatte, um die geheimen Operationen des amerikanischen Geheimdienstes in Chile und anderswo in Lateinamerika zu durchkreuzen, geplant und durchgeführt worden sei. Der israelische Agent behauptet auch, und wahrscheinlich zu Recht, daß als Folge der vermasselten amerikanisch-israelischen geheimen Bemühungen während der Reagan-Jahre, Waffen für Geiseln mit Profit an den Iran zu liefern, sehr viel böses Blut zwischen dem CIA und den israelischen Geheimdiensten geschaffen worden sei. Daher ist es kaum überraschend, daß Ben-Menashe die vielen anderen gleichermaßen lächerlichen Enthüllungen wiederholt, die er schon vorher den Nachrichtenmedien und dem Kongreß untergejubelt hatte.

Laut diesem dreisten Desinformations-Agenten soll der ehemalige Berater für Nationale Sicherheit unter Reagan, Robert McFarlane, auf der Gehaltsliste des israelischen Geheimdienstes gestanden haben – in der Größenordnung von mehr als eine Million Dollar. Und, so behauptet Ben-Menashe, McFarlane sei der geheimnisvolle Mr. X gewesen, der den Israelis sagte, welche Dokumente ihr Spion Jonathan Pollard stehlen sollte.

Hieb- und stichfeste Beweise fehlen

Eine andere bevorzugte Zielscheibe Ben-Menashes ist der derzeitige Leiter des CIA, Robert Gates, der wie der Israeli sagt, im Dezember 1980 in eine Zahlung von 52 Millionen Dollar an den Iran, um die Geiseln in der Botschaft zu befreien, verwickelt gewesen sein soll. Das Geld wurde angeblich von Saudi-Arabien aufgebracht und in Guatemala durch den saudischen Botschafter zur Weiterleitung an Gates in Miami an Ben-Menashe übergeben.

Und es gibt noch mehr Geschichten, einige, die den ehemaligen Mitarbeiter des National Security Service, Oliver North, den ehemaligen Generalstaatsanwalt unter Reagan, Edwin Meese, den inzwischen verstorbenen britischen Publizisten Maxwell und viele andere in Mißkredit bringen.

Ben-Menashe behauptet, der CIA habe Avrahim Nir, seinen Waffengefährten bei der gemeinsamen israelisch-amerikanischen geheimen Waffen-für-Geiseln-Operation – der gerade dabei war, aus der Schule zu plaudern – umgebracht. Maxwell wurde anscheinend von den Israelis auf Eis gelegt, weil er sie bestohlen habe. Gelegentlich scheinen die Stories ein Körnchen Wahrheit zu enthalten, meistens aber sind sie als israelische Propaganda und Desinformation allzu durchsichtig. Darüber hinaus haben wir sie alle schon einmal gehört.
Ben-Menashes Buch ist auf enttäuschende Weise abfallend und entspricht mit seinem langweiligen, selbstüberheblichen Stil. Hieb- und stichfeste Beweise fehlen fast vollständig darin. Und was noch schlimmer ist, es ist voller offensichtlicher Irrtümer.
In den letzten Jahren, als der israelische Agent Gutgläubige in Washingtons liberalem Presse-Korps mit Balladen von Big Bad Bush und den Republikanern blendete, hörte er sich gut an. Aber jetzt, nachdem er die gleichen Geschichten niedergeschrieben hat, erscheint Ben-Menashe als pathetischer Lügner. Er selbst läßt die heiße Luft aus der einstmals schlauen israelischen Schmutzkampagne heraus.

Obwohl, wenn überhaupt, nur wenige seiner dramatischeren Enthüllungen jemals einer strengen Untersuchung standgehalten haben, hatte Ben-Menashems Gerüchteküche die vom Likud-Block des israelischen Geheimdienstes beabsichtigte Wirkung – die Bush-Regierung und das amerikanische Geheimdienstwesen in peinliche Verlegenheit zu bringen. Soviel Verdienst muß ihr zugeschrieben werden. Außerdem, die Art, wie sie ihre Aufgabe zu erfüllen vermochte, wirft einige Fragen bezüglich ihrer Zielobjekte auf.

Ein wandernder Zionist

Warum wurde Ben-Menashe niemals direkt von Präsident Bush, McFarlane und den anderen, die er öffentlich brüskierte, zur Rede gestellt? Wir können nur vermuten, daß, um dies zu tun, diese Zielscheiben der israelischen Operation andere, vielleicht weniger ungeheure, aber gleichermaßen schädliche Handlungen zugeben müßten. Um hieb- und stichfest zu beweisen, daß er im Oktober 1980 nicht bei der Zusammenkunft mit den Iranern in Paris anwesend war, müßte Bush vielleicht enthüllen, daß er an dem betreffenden Tage eine außereheliche Affäre hatte. Kein guter Schritt für einen amtierenden Präsidenten, der sich mit Familienwerten sehr groß tut.

Ben-Menashe sagt, er glaube immer noch, daß die Zionisten das auserwählte Volk sind, aber leider Gottes »habe ich kein Land. Ich bin Weltbürger – ein Bürger des Nirgends.« Ari Ben-Menashe – der wandernde Zionist? □

Neue Weltordnung

Das Establishment macht Vorschläge

Andrew Arnold

Die Befürworter einer Eine-Welt-Regierung haben Pläne verkündet, die Souveränität der Vereinigten Staaten zugunsten der Weltregierung durch die Vereinten Nationen zu beseitigen.

Das Flaggschiff des Blätterwalds des Establishments, die »New York Times«, brachte mehrere Leitartikel an hervorstechender Stelle, in denen die Vereinigten Staaten aufgefordert werden, für die internationalistische Körperschaft Soldaten und Gelder bereitzustellen. In diesen Leitartikeln werden im einzelnen die Schritte erläutert, die von den Vereinigten Staaten unternommen werden, um ihr Militär unter das Kommando der Vereinten Nationen zu stellen.

Fünf der neun leitenden Redakteure – darunter der Chefredakteur Max Frankel, der leitende Redakteur Joseph Lelyveld, die stellvertretenden leitenden Redakteure Warren Hoge und John M. Lee sowie Jack Rosenthal, Redakteur der Leitartikelseite – sind Mitglieder des Council on Foreign Relations (CFR).

Die USA als Weltpolizist

»Die Fähigkeit der Vereinten Nationen, den Frieden zu sichern, muß gestärkt werden, indem ihnen stehende Heere und Gelder zur Verfügung gestellt werden«, schrieb die »New York Times« in einem Leitartikel. »Und die UNO muß handeln können, bevor ein Krieg ausbricht, durch präventive Truppenausschwärmungen«.

Die selbsternannte »Zeitung mit langjährigem Ruf« (»newspaper of record«) trat in ihrem Leitartikel auch für vier Vorschläge einer Eine-Welt-Kommission, die von der Carnegie Endowment for International Peace (Stiftung für Frieden unter den Völkern) und dem International Institute for International Economics mitgefördert werden, ein.

Dazu gehören Etablierung eines neuen US-Militärkommandos zur Planung von Operationen der Vereinten Nationen und zur Ausbildung von Soldaten zu diesem Zweck; Anweisung an das US-Verteidigungsministerium, eine oder zwei in den USA stationierte Brigaden für solche Kontingente abzustellen; Verlagerung der Finanzierung für friedenserhaltende Operationen vom Haushalt des US-Außenministeriums auf den des Verteidigungsministeriums; und Übertragung der Verantwortung für Amerikas Verwicklung in UNO-Einsätze und andere friedenserhaltende Operationen an zwei hochrangige Beamte, einen Staatssekretär des Außenministeriums und einen Staatssekretär des Verteidigungsministeriums.

Die Hilfe für die Welt

»Indem er diesen Vorschlägen Rückendeckung verleiht, könnte der designierte Präsident Bill Clinton sich und der Welt dadurch helfen, daß er es leichter macht, die UNO zu bewaffnen, so daß sie an Orten wie Kosovo (eine ehemalige Provinz Jugoslawiens, jetzt ein von Serbien bedrohtes unabhängiges Land) eingreifen kann, bevor der Konflikt zu einem Krieg ausartet«, schloß die Zeitung.



Vorsitzender des US-Joint Chiefs of Staff General Colin Powell erklärt die militärische Operation in Somalia.

Der unter dem Mandat der Vereinten Nationen stehende, von den USA angeführte Einmarsch in Somalia war die erste Maßnahme seitens der internationalistischen Körperschaft zur Sanktionierung einer bewaffneten Intervention in einem souveränen Staat, bei der keinerlei örtliche Behörden zu Rate gezogen wurden. Dies war der Präzedenzfall für Eingriffe in andere Unruheherde in der ganzen Welt, ohne Notwendigkeit dazu aufgefordert zu werden.

Selbst die Bosnier, die Opfer der brutalen Feldzüge zur »ethnischen Säuberung« sind, haben nur darum gebeten, das internationale Waffen-Embargo aufzuheben, damit sie die Waffen erwerben können, um sich selbst zu verteidigen. Die Eine-Weltler murrten und schauten tatenlos zu, als die Bosnier abgeschlachtet und in Massen aus ihren Wohnstätten vertrieben wurden.

US-Präsident Bush »hat effektiv gesagt, daß wir, weil die Vereinigten Staaten jetzt die einzige noch verbleibende Supermacht der Welt, sind, die Verantwortung für ernsthafte humanitäre Krisen, in denen amerikanische Aktionen sehr wohl für hunderttausende von Menschen eine Frage über Leben oder Tod sein könnte, übernehmen müssen«, schrieb das Mitglied des Council on Foreign Relations Thomas L. Friedman in einer »Nachrichten-Analyse« auf der ersten Seite der »New York Times« einige Tage vor dem Einmarsch in Somalia.

Reaktion auf jeden Fall

»Obwohl für die Vereinigten Staaten keine militärischen, wirtschaftlichen oder politischen Interessen auf dem Spiele stehen, müssen sie auf alle Fälle reagieren.«

Bevor die Streitkräfte der Vereinigten Staaten nach Somalia einmarschierten, hatten die Vereinten Nationen mehr als 52 000 Soldaten in einem Dutzend Unruheherden um den Globus herum im Einsatz.

Außerdem beabsichtigen die Vereinten Nationen, in Kambodscha, bei Bürgerkriegen in El Salvador, Mozambique, Angola und Liberia und bei langfristigen Auseinandersetzungen zwischen Griechenland und Türkei ihren Willen durchzusetzen.

Gleichzeitig führt der ehemalige amerikanische Außenminister George Shultz den Falken-Flügel der Internationalisten an und fordert eine militärische Intervention in Bosnien und Herzegowina.

»Dies ist eine definierbare, machbare Mission, bei der man nicht in den Sumpf gerät«, sagte er. »Die Vereinigten Staaten können nicht die ganze Last allein tragen.

Ich persönlich glaube, daß es eine Aufgabe ist, die die NATO übernehmen kann. Wir haben die Vermögenswerte, wir haben die Stützpunkte. Aber auf jeden Fall sollten wir uns an die Arbeit machen.« □

Planen USA Invasion auf Haiti?

Als Reaktion auf die Ankündigung des gewählten US-Präsidenten Bill Clinton, er werde die Politik der Bush-Regierung, die Einwanderung von Haitianern in die Vereinigten Staaten zu verbieten ins Gegenteil verkehren, pakken tausende von Bürgern des von Armut heimgesuchten Landes ihre Sachen zusammen, bauen Boote und machen sich auf dem Weg in die USA.

Es gibt mehr als 250000 Haitianer, von denen angenommen wird, daß sie es darauf anlegen, in die Vereinigten Staaten einzudringen, sobald sie von der Clinton-Regierung das grüne Licht dafür bekommen.
Wie Befürworter dieser Aktion behaupten, fliehen die haitischen Boat People angeblich vor der Verfolgung durch die dortige Militärregierung, aber die Bush-Regierung behauptete, es handele sich um Wirtschaftsflüchtlinge, und sie hätten daher kein Recht auf politisches Asyl. Während des Wahlkampfes machte Clinton Bush dafür verantwortlich, daß er es zugelassen habe, daß das haitische Militär die demokratisch gewählte Regierung von Jean-Bertrand Aristide stürzen konnte.

Vor dem Staatsstreich gab es einen Strom haitischer Illegale, die den Ozean in brüchigen Booten überquerten, um der erschrekkenden Armut daheim zu entrinnen. Der Staatsstreich rief zeitweilig einen dramatischen Anstieg ihrer Anzahl hervor, die sich jedoch stabilisiert hat, nachdem Bush der Küstenwache den Befehl erteilte, haitische Boote anzuhalten und zurück nach Haiti zu eskortieren.

»Ich glaube, es besteht ein rechtmäßiger Unterschied zwischen politischen und wirtschaftlichen Flüchtlingen, aber ich glaube, wir sollten ein Verfahren anstreben, mit dem diese Haitianer eine Chance bekommen, ihre Sache zu verfechten«, sagte Clinton aus Little Rock, Arkansas. »Ich glaube, daß die Entscheidung – sie unter den Umständen, die im letzten Jahr dort vorherrschten, nach Haiti zurückzuschicken – ein Fehler war.«

Haitianer fliehen auch vor Krankheit und den höheren AIDS-Quoten, die sie natürlich mit sich schleppen werden. Ob Clinton, ein Wehrdienstverweigerer während des Vietnam-Krieges, amerikanisches Militär einsetzen wird, um Aristide wieder an die Macht zu bringen, ist unbekannt. □

Peking droht Taiwan mit Krieg

Die Volksrepublik China wird sich nicht scheuen, Blut zu vergießen, wenn Taiwan seine Unabhängigkeit erklärt, drohte ein hochrangiger Regierungsbeamter aus Peking. Li Ruihuan, der vierthöchste Mann im ständigen Ausschuß des Politbüros der Kommunistischen Partei, sagte, Peking konzentriere derzeit seine Industrie auf die Wirtschaftsentwicklung. »Aber wenn Taiwan es wagen sollte, seine Unabhängigkeit zu erklären«, warnte er, »dann würden wir unsere Wirtschaftsreform vorläufig einstellen und alle möglichen Maßnahmen ergreifen, um einer solchen Aktion Einhalt zu gebieten.«
»Unsere Haltung zur Unabhängigkeit Taiwans ist fest und unzweideutig«, sagte Li. »Wir werden kämpfen, wenn notwendig, um unsere territoriale Integrität zu erhalten.«

Li legte den Unabhängigkeits-Aktivisten in Taiwan dringend nahe, ein solches Risiko nicht einzugehen. »Meine Warnung ist real«, sagte er. »Es gibt keinen Spielraum für Verhandlungen über eine derart lebenswichtige Frage.« □

WHO gibt Strategie zur Ausmerzung der Malaria auf

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat bei ihrer Strategie zur Ausmerzung der Malaria das Handtuch geworfen und strebt jetzt nur noch danach, die Seuche einzudämmen, berichtete Reuters und bezog sich dabei auf eine zweitägige Konferenz in Amsterdam.

Malaria ist wahrscheinlich mit HIV und AIDS die größte Bedrohung der Welt. Chronische Malaria unterdrückt das Immunsystem, und ein bis zwei Millionen Menschen sterben jedes Jahr an Malaria.

»Versuche, den Moskito-Träger auszulöschen, die schon seit 50 Jahren mit dürftigen Ergebnissen betrieben werden, werden nur in solchen Gebieten durchgeführt, wo es eine realisierbare Erfolgschance gibt«, beschloß die Konferenz laut Reuters.

In Wirklichkeit wurde der Malaria-Moskito jedoch in den sechziger Jahren in vielen Gebieten ausgerottet, und die übrige Welt war dabei, das Gleiche zu tun, unter Verwendung von DDT, das Millionen von Menschen vor dem Tod gerettet hat. Aber Malthusianer erzwangen 1972 in den Vereinigten Staaten das Verbot von DDT, wodurch der Rückgang der Moskitos und Todesfällen durch Malaria sofort wieder ins Gegenteil verkehrt wurde.

Erst 1995 rechnet die WHO mit genauen Zahlen über die Anzahl der Malariafälle. Die Konferenzteilnehmer erfuhren, daß die Art von Malaria, die in Thailand und Kambodscha angetroffen wird, allen Medikamenten, die weithin zu ihrer Behandlung verfügbar sind, Widerstand entgegensetzt. Beamte der Weltgesundheitsorganiation gaben ihrer Besorgnis über das mangelnde Interesse westlicher pharmazeutischer Betriebe daran zum Ausdruck, neue Medikamente zu entwickeln.

In Afrika werden jedes Jahr 800000 Afrikaner, hauptsächlich die Armen, von Malaria hingerafft, erfuhren die Konferenzteilnehmer. Weitere 80 Millionen Afrikaner ziehen sich Malaria zu, überleben aber. Alan Shapira, ein Arzt der Weltgesundheitsorganisation, äußerte: »Es wird die ungerechte Beschuldigung erhoben, daß die Dinge in Afrika wegen Desorganisation nicht erledigt werden können. Aber selbst die zäheste koloniale Verwaltung würde angesichts der afrikanischen Ökologie gegen diese Moskito-Spezies nicht weit kommen.«

»Malaria ist für 20 bis 30 Prozent aller Todesfälle von Kindern unter fünf Jahren in Afrika verantwortlich.«

Die neue Strategie der Weltgesundheitsorganisation wird den Schwerpunkt auf Frühdiagnose, schnelle Behandlung und vorzeitige Entdeckung von Epidemien legen, aber das Thema, wo die Gelder herkommen sollen, um dieses Programm durchzuführen, wurde nicht angesprochen. □

Hongkongs Zukunft ist düster

Die Reaktionen auf die Vorschläge des Gouverneurs von Hongkong, Christ Patten, in denen er eine Tagesordnung für die kommenden fünf Jahre für die britische Kolonie, bevor diese unter die Herrschaft der Volksrepublik China (P.R.C.) kommt, umriß, spiegeln die düstere Zukunft, die Hongkong bevorsteht, da die chinesische Herrschaft planmäßig 1997 beginnt, im kleinen wider. Patten schlug eine Umbildung der Regierung vor.

Es sollen die 230 Sitze des Distrikts Hongkong und die Stadträte demokratisch gewählt werden – ein Drittel von ihnen werden derzeit ernannt –, und diese 230 Personen sollen ein Wahlgremium bilden, das 1995 zehn Mitglieder in die gesetzgebende Körperschaft wählt.

Chinesische Führungspersönlichkeiten nannten den Vorschlag »äußerst unverantwortlich«. Die amtliche Nachrichtenagentur Neues China gab eine Erklärung ab, in der die Vorschläge in Bausch und Bogen verdammt werden, weil sie, wie es heißt, ohne vorherige Zustimmung Chinas gemacht wurden. Britannien hat China auch kürzlich in der Frage demokratischer gewählter Sitze im Jahre 1995 bedrängt, worauf die P.R.C. mit einem betonten »Nein« geantwortet haben soll.

Piraten-ähnliche Angriffe chinesischer Sicherheitskräfte sorgen für weitere Unruhe. In den letz-

ten Monaten gab es mindestens fünf Angriffe, und Experten sagen, viele chinesische Regierungsbeamte setzen sich bereits über die britische Herrschaft hinweg, berichtete Reuters. Bei dem jüngsten Angriff am 25. September 1992 wurde eine Barkasse der Polizei von Hongkong mit auf sie gerichteten Kanonen aufgehalten, bis Schiffe der Royal Navy zur Stelle eilten und das chinesische Schiff sich zurückzog.

»Wenn chinesische Kanonenboote Schiffe von Hongkong plündern können, wenn Britannien nominell immer noch an der Macht ist, was werden sie dann wohl nach 1997 tun, wenn es keine britische Regierung mehr gibt, die Protest erheben kann?«, fragte Norman Miners, ein Dozent für Politik an der Universität von Hongkong. »Die Chancen sind ziemlich düster. Die einzige Möglichkeit, diese Dinge zu beenden, ist, daß die britische Kriegsmarine ein paar Schüsse abfeuert. Wenn diese Leute wie Piraten handeln, dann sollten sie auch nach den internationalen Bestimmungen gegen das Piratentum behandelt werden.« □

Repressalien gegen Argentiniens Seineldin

Die argentinische Tageszeitung »La Nación« berichtete, daß der inhaftierte nationalistische Führer, Oberst Mohammed Ali Seineldin, »vor den Gerichten angeklagt hat, daß seine Haftbedingungen im Zuchthaus Magdalena sich in ›ungesetzlicher und ungerechtfertigter Weise‹ verschlechtert haben, seit ihm mitgeteilt wurde, daß der Armeechef Martin Balsa gesagt habe, daß die Verbreitung seiner aufgezeichneten Erklärung ›in politischen Kreisen Unruhe‹ hervorgerufen hat.« Seineldin hatte in Buenos Aires eine auf Band aufgezeichnete Botschaft an die Gründungskonferenz der Bewegung für Nationale Identität und Iberisch-Amerikanische Integration (Mineii) gerichtet.

In einer offiziellen Beschwerde an das Bundesgericht in Buenos Aires klagte Seineldin an, ihm seien auf Balsas Befehl an seinem regulären Besuchstag Besucher verweigert worden. Laut »La Nación« sagte Seineldin, er sei von Militärbehörden informiert worden, daß, »wenn dies so weitergeht – das heißt, wenn andere mündliche Erklärungen an die Öffentlichkeit gelangen – Verlegungen in Gefängnisse für gewöhnliche Häftlinge vorgenommen werden«. Seineldin verurteilte »die Anwendung ungesetzlicher und diskriminierender Maßnahmen« und »die Verletzung meines Rechts auf freie Meinungsäußerung«. □

Savimbi spricht bei der Wahl in Angola von Wahlbetrug

Jonas Savimbi, Anführer der angolanischen Rebellen-Gruppe UNITA, klagte in einer abgegebenen Erklärung die regierende, von Kommunisten unterstützte Popular Movement for the Liberation of Angola (MPLA) des Wahlbetrugs an, heißt es in amerikanischen Presseberichten. »Es ist eine Pflicht von uns Freiheitskämpfern, denjenigen, die diesem Land durch ihr Blut und Schweiß die Demokratie beschert haben, zu sagen, daß die MPLA nicht gewinnt und nicht gewinnen kann«, sagte er.
Nach den Wahlergebnissen liegt die MPLA mit 55 zu 25 Prozent für die UNITA vorn. Internationale Beobachter haben nichts über Wahlbetrug berichtet. Ein Großteil der Unterstützung für die UNITA kam aus dem flachen Land. □

Europa wendet sich gegen die Asylanten

Die Innenminister der Europäischen Gemeinschaft (EG) haben einen Plan aufgestellt, um die Einwanderung nach Europa zu begrenzen, unter dem Titel, »die Politik gegenüber Asylbewerbern in Einklang zu bringen«, berichtete die BBC. Der britische Innenminister Kenneth Clarke bestritt das Vorhandensein eines solchen Planes, aber hochstehende politische Persönlichkeiten, die von der BBC interviewt wurden, gaben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß Themen in dieser Richtung zur Diskussion stehen.
Laut Mitteilungen des Brüsseler Korrespondenten der BBC würden die neuen Richtlinien »denjenigen, die versuchen, Bürgerkriegen zu entrinnen« und denjenigen, die aus »einem anderen Kontinent« kommen, den Flüchtlingsstatus verweigern. Diejenigen, die nach Europa kommen und behaupten, politischer Verfolgung entrinnen zu wollen, müßten dann »zuerst in ihrem eigenen Land Rechtsmittel einlegen«.

Mindestens vier Gruppen innerhalb der EG-Bürokratie arbeiten derzeit an der Frage des Asyls, der Flüchtlinge und der Wanderungsbewegungen. Hochstehende Kreise aus den Geheimdiensten haben geäußert, daß zunächst einmal drakonische rechtliche Richtlinien notwendig sind, so daß Truppen in Bewegung gesetzt werden können, um den Flüchtlingsstrom zu stoppen. Insbesondere die Briten haben sich nachdrücklich um schärfere Maßnahmen bemüht, und Außenminister Douglas Hurd hat wiederholt erklärt, daß die Hauptbedrohung, mit der Europa es zu tun habe, aus »Flüchtlingen und Wanderungsbewegungen« erwachse. Die Briten halten zu der Zeit den Vorsitz in der EG inne. □

Frankreich und Schweden gegen »Leuchtenden Pfad«

Jetzt, wo das Oberste Gericht in Peru das Urteil zu lebenslänglicher Haft gegen Abimael Guzman, dem Führer der Terroristen des Leuchtenden Pfads, ratifiziert hat, haben mehrere europäische Regierungen endlich damit begonnen, gegen diese völkermordende Organisation vorzugehen.

Schweden hat 17 von 18 Guerillas des Leuchtenden Pfades, die sich darum beworben hatten, das Asyl verwehrt. Als Reaktion darauf gingen sie in den Untergrund, und die Zeitung »Expressen« berichtete, daß schwedische Behörden jetzt nach ihnen fahnden. Der peruanische Justizminister Fernando Vega beglückwünschte Schweden wegen seiner »positiven und erfreulichen« Aktion.
Die Präfektur von Paris verbot eine Guzmán-Demonstration, die in der Nähe der Peruanischen Botschaft geplant war. Was die französischen Behörden beunruhigt, ist die mögliche Verbindung zwischen dem Leuchtenden Pfad und den kurdischen Terroristen der PKK. Spanien unternimmt ebenfalls Schritte, um die Aktivitäten des Leuchtenden Pfades zu unterbinden. □

Werden die Falklandinseln ein neuer Staat?

Eine führende Persönlichkeit der Konstitutionellen National-Partei Argentiniens, Alberto Assef, klagte an, daß ein geheimer Plan in Arbeit sei, »gefordert von London, um die Zukunft der Malwinen, der Antarktik und des Südatlantik« zu entwerfen. Wie die Zeitschrift »El Informador Público« berichtete, sagte Assef: »Britannien hat entschieden, daß die Malwinen der Brückenkopf eines neuen unabhängigen Staates sein werden, der sich 3000 km nach Süden bis zum Pol, 2000 km südwestlich bis zu den South Sandwich Islands erstreckt.«

Diese Pläne entwickeln sich zu der gleichen Zeit, in der Argentinien versucht, der NATO beizutreten und eine South Atlantic Treaty Organization aus mehreren europäischen Staaten und Staaten des Southern Cone (Südlicher Zapfen) ins Leben zu rufen.

Der von Assef beschriebene Plan würde Gebiete einschließen, die historisch von Argentinien beansprucht werden. Die Ausdehnung nach Süden zur Antarktis hin würde jedoch einen weiteren britischen Anspruch über einen Teil dieser vielbegehrten Region, reich an Mineralien und Öl, darstellen. Unter jedem anderen als Präsident Carlos Menem würde dies als direkte Bedrohung für die nationale Sicherheit angesehen werden. Aber Menem überstürzt sich geradezu, die Souveränität des Landes an die Briten zu übergeben. □

Briefe

Betr.: Medizin »Die Abtreibung und die Zeit ›Nachher‹« und »Zeitgeist und Medizin«, Nr. 1/93.

Hinter der Ursache für die beiden Beiträge über den Wert des menschlichen Lebens – auch schon, wenn es erst im Mutterleibe wächst – und dem Leserbrief von Herrn H. W. Woltersdorf auf Seite 66, wo er von dem Orden schreibt, den unser Bundeskanzler erhalten hat, läßt sich ein Zusammenhang sehen.

Unser Bundeskanzler wurde offenbar von der jüdischen B'nai B'rith-Loge mit einem Orden ausgezeichnet und unter diesem Bundeskanzler hat sein Parlament im letzten Jahr das fragwürdige Abtreibungsgesetz verabschiedet, mit dem wenigstens einige CDU/CSU-Vertreter nicht einverstanden waren und eine Klage angestrengt haben.
Diese beiden Ereignisse – das Abtreibungsgesetz und der jüdische Orden für Kanzler Kohl – geben zu folgenden Überlegungen Anlaß:
Für jeden orthodoxen Juden ist streng jeder Eingriff in werdendes Leben untersagt, ja ein solcher Eingriff bedeutet für jeden Juden sogar eine schwere Sünde! Sind die Juden also bessere Christen als unsere christlichen Politiker in Bonn?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir das alte Testament studieren. Durch das ganze alte Testament geht – auch wenn die biblischen Juden sich oft von ihrem Herrn Jahwe zu Baal abgewandt haben – die Verheißung des Herrn Zebaoth (Herr der Heerscharen – also Kriegsgott) für sein »auserwähltes Volk«: Es zum Alleinherrscher »über Völker und Königsreiche« zu setzen und alle Nichtgläubigen, also Heiden, zu bekämpfen, zu vernichten oder dienstbar zu machen! Auch heute noch glaubt das Judentum an die Wiederherstellung eines Judenstaates auf den Trümmern der nichtjüdischen Menschheit.

Damit wird verständlich, warum für strenge Juden jede Abtreibung verboten ist, während die Christen ruhig abtreiben können und sollen.
Da die fundamentalistischen Mohamedaner – die sich ja auch auf den jüdischen Stammvater Abraham berufen, bzw. auf dessen, mit der ägyptischen Magd Hagar gezeugten Sohn Ismael – einen ähnlichen Haß gegen Ungläubige predigen, wäre es eine Aufgabe für Zukunftsforscher, einmal zu prognostizieren, wann die Christen mit ihrem Abtreibungsgesetz ausgestorben sein werden.

Dr. Winfried Hellemann, Bonn

Betr.: Gemeinschaft unabhängiger Staaten »Gorbatschow greift zur Macht zurück«, Nr. 12/92.

Ich finde Ihren Aufsatz über Gorbatschow – ohne auf Einzelheiten einzugehen – völlig unangebracht. Gorbatschow verdanken wir Deutschen die Einheit, und jeder nationalgesinnte Deutsche wird diese großartige Tat Gorbatschows nie vergessen und ihm immerzu danken. Wenn Gorbatschow wieder an die Macht streben sollte, so bin ich überzeugt, daß er dies aus uneigennützigen und edlen Motiven heraus versucht. Es wäre gut, wenn ein so edler Mensch wie Gorbatschow ein so großes Land mit seinen gebeutelten Menschen zum Ziel eines wirklichen, echten, humanen und gerechten Sozialismus führen würde, nachdem diese Menschen in den letzten 70 Jahren so viel gelitten haben.

Prof. Dr. Gerhard Ledig, Hamburg

Betr.: Leserbrief zu »Religiöser Rassismus«, Nr. 12/92.

Die Moral im Leserbrief des Herrn Friedrich Düthorn liegt wohl geistig total im hitlerbraunem Dunst. Was dieser Herr schreibt hat weder mit Deutschtum, ja nicht einmal mit Nationalsozialismus zu tun. Ich bin einiges von Ihrem Magazin gewohnt, hier haben Sie aber die Grenze des erträglichen überschritten. Sage man ja nicht es müsse für dies oder jenes einen Anreiz geben.

Wer die Geschichte einigermaßen kennt, weiß, daß es ohne Christentum kein Deutschland gäbe, daß die germanischen Völker Mitteleuropas ein sich gegenseitig bekämpfendes Konglomerat wären, die als Sklaven der Übermacht asiatischer Völker ihr Dasein fristen müßten, oder zu muselmanischen Randvölkern verkommen wären – ist vergleichsweise nach dem Ablauf der Geschichte zu erkennen.

Der ehrenvolle Vorzug, den unsere hl. röm. kath. Kirche Deutschland (das heilige römische Reich deutscher Nation) als Schutzmacht anvertraut hat, bewirkt unter den Internationalisten ein haßerfülltes Wutgeschrei, was vor allem uns Deutsche wachrütteln müßte.

Die Zertrümmerer des Reiches waren die Ketzer und ihre Kumpane, wie ein Luther, ein Friedrich II., (Der Herr von Sans Souci) der Französisch der deutschen Sprache vorzug, ein Menschenverachter, der bei seinen Hunden begraben sein wollte, ein Bismarck, der die deutschen Katholiken haßte, Bischöfe einsperren ließ (Kulturkampf), ein Hitler, der, wenn ein katholischer Priester in seine Nähe kam, seinen Haß nur schwer verbergen konnte. Nicht zu vergessen die deutschen Kurfürsten, welche sich Napoleon andienerten, um sich eine Pseudokönigskrone aufsetzen zu lassen. Heute liegt nicht nur Deutschland, sondern mit Deutschland auch unsere heilige römisch-katholische Kirche entehrt da. Sie wußten, wenn Deutschland zugrunde geht, ist es nur noch eine Frage der Zeit bis auch unsere heilig römisch-katholische Kirche am Ende ist. Aber freut euch nicht zu früh – Gott läßt Seiner nicht spotten.

Robert Ingrimm, Wien

Betr.: Mitteldeutschland »Der Flaschenhals ist die Verwaltung«, Nr. 12/92.

Ein heikles Thema der in diesem Beitrag angesprochenen Probleme ist die von der Bundesregierung festgeschriebene Zwangsenteignung von vor 1949, die niemandem nützt, den wirtschaftlichen Aufstieg nicht fördert, dafür aber dem Rechtsempfinden des aufgeklärten Bürgers einer Demokratie hohnvoll ins Gesicht schlägt. Der skandalöse Vorgang ist den nicht Betroffenen weitgehend unbekannt und sei hier wenigstens in seinen neuesten Auswirkungen und Erkenntnissen noch einmal angesprochen.

So war das Argument, die Enteignung sei auf besatzungsrechtlicher Grundlage ausgesprochen worden und daher nicht mehr rückgängig zu machen, aus drei Gründen falsch:

1. Mit dem SMAD-Befehl Nr. 65 vom 17.4.1948 machte die Militärregierung die Enteignungen rückgängig und überließ die Entscheidung deutschen Stellen.

2. Besatzungsrecht sei nicht korrigierbar, hieß es bei dem Grundlagenvertrag. Dann müßten – das ist hier kein Witz – die Anordnungen Napoleons noch gültig sein.

3. Ist mit dem Untergang der Sowjetunion die Macht erloschen, die das angeblich angeordnet hat. Es bleibt also der Verdacht, daß ganz andere Kreise hieran Interesse haben.

Durch jahrzehntelange marxistische Propaganda – aber nicht nur durch diese – wurde der Junker, wie man polemisch den Gutsbesitzer nannte, als die Gestalt des Bösen schlechthin dargestellt. Zur Zeit der beiden Weltkriege galt selbst in den USA, wo es Großfarmer gab, gegen die unsere Gutsherren bestenfalls Kleinbauern waren, der Junker als das Symbol des auszutilgenden preußischen Militarismus.

Die Kommunisten setzten das »Junkertum« mit dem »Hitlerismus« gleich, wobei sie verschwiegen, daß diese im Dritten Reich eine ungeliebte Kaste darstellten, aus der viele Mitglieder der Verschwörung des 20. Juli kamen. Ganz abgesehen davon waren die »Junker« wirklich rechts-konservativ, während der Nationalsozialismus nach der Definition des Philosophen Erik von Kuehnelt-Leddihn eine nationale Linksbewegung war. Diese allgemeine Ansicht über den Junker erleichterte es unseren Politikern, sich lieber den Willkürenteignungen des Kommunismus zu beugen, als das durch den Sozialismus geschaffene Unrecht wiedergutzumachen. Ein bedenklicher Vorgang.

Nur wenn es sich um andere Personengruppen bei den Enteigneten handelte, haben sich die westdeutschen Verhandlungspartner plötzlich hellwach eine Ausnahmeregelung vorbehalten. Dazu zitiere ich aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 25. März 1992 1 BVR 1859/91: »Mitglieder der jüdischen Familie Tietz haben unter Berufung auf § 1 Abs. 6 VermG Ansprüche auf Rückübertragung der Grundstücke, Gebäude und Warenhausbetriebe gemäß § 3 Abs. 1 VermG angemeldet... Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts ist im übrigen ein Gebot der Gerechtigkeit.« Demnach führten im Gegensatz zum Nationalsozialismus die Kommunisten kein Unrechtsregime, da die Sowjets nach vielfach gehörter Ansicht uns von einem solchen befreit haben.

Ein anderer Punkt, der nach meiner Kenntnis bisher noch nie hervorgehoben wurde, ist der: Beschwörend und larmoyant war vorgebracht worden, die Reprivatisierung schaffe neues Unrecht an den derzeitigen Besitzern (die es übrigens nicht gab, bestenfalls sollten sie welche werden). Nun stellt sich heraus, daß das Ganze ein Geldgeschäft auf Kosten einer bestimmten Personengruppe ist. Die Treuhand verkauft an kapitalkräftige Westeuropäer. Obwohl man das »Junkertum« nicht wiederherstellen wollte, kann sich jetzt jeder Zahlungsfähige zu dem jetzigen Tagespreis für ein paar Millionen zu einem Junker auf mitteldeutschen Gütern machen.

Und obwohl man besonders auch den Adel damit treffen wollte, ist zum Beispiel in einem mich berührenden Falle, dem 700 Hektar großen Gut meines Vaters, der groteske Fall eingetreten, daß dieses Gut jetzt von einem in Zürich lebenden adeligen Erben eines deutschen Großindustriellen gekauft wurde. Ein neuer Junker (einer von vielen) hat sich eingekauft, alles soziale Gerede der damaligen de Maizière-Regierung war Augenwischerei und plumper Trick, woran sich unsere Regierung und das Bundesverfassungsgericht gar nicht ungern gebunden fühlen. Schlimm und den Niedergang des Rechtsstaates anzeigend ist dabei, daß hier das Unrecht zum Gesetz erklärt wurde.

Wolfgang Glantz, Murrhardt

